15. Jahrgang 1967 / 2. Heft / April

E 22019 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

DIETRICH GEYER
Gegenwartsfragen der sowjetischen Geschichtswissenschaft

KLAUS DÖRNER
Nationalsozialismus und Lebensvernichtung

LUTZ NIETHAMMER
Amerikanische Besatzung und bayerische Politik (1945)

DOKUMENTATION
Ein Brief Kurt Riezlers zur Reform der Weimarer Verfassung

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke und Walter Bußmann

Schriftleitung: DR. HELMUT KRAUSNICK

Redaktion: HELLMUTH AUERBACH

8 München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Dietrich Geyer . . . . Gegenwartsfragen der sowjetischen Geschichtswissenschaft 109

Klaus Dörner . . . . . Nationalsozialismus und Lebensvernichtung 121

Lutz Niethammer . . . Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945 153

DOKUMENTATION

Ein Brief Kurt Riezlers an den Hamburger Bürgermeister Petersen vom 1. Februar 1924 *(Eberhard Pikart)* 211

NOTIZEN 219

BIBLIOGRAPHIE *17*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43 36 51. Preis des Einzelheftes DM 9.– = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 30.– = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 24.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Studenten DM 38.– (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITSCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Diesem Heft liegen ein Prospekt des Hoffmann und Campe Verlags, Hamburg, und ein Prospekt der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, bei.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

15. Jahrgang 1967 2. Heft/April

DIETRICH GEYER

GEGENWARTSFRAGEN DER SOWJETISCHEN GESCHICHTSWISSENSCHAFT*

Als Stalin noch lebte, war manches sehr bequem. Wer damals Auskunft suchte über das, was galt in der sowjetischen Geschichtswissenschaft, fand die Axiome dieser Disziplin im „Histomat", in der Geschichtslehre des Diktators, zuverlässig dargestellt. In den Publikationen der Historiker entdeckte man die Weisheit Stalins wieder. Die wissenschaftliche Produktion blieb überschaubar. Diese Erfahrung hat viele Beobachter im Westen dazu angeregt, die Quintessenz der sowjetischen Historiographie in nicht minder simplen Regeln aufzuheben: Die Muse Clio als Magd der Partei, gelenkte Historie im Dienst des sowjetischen Imperialismus, im Strom des großrussischen Chauvinismus, „Weltrevolution durch Weltgeschichte"[1]. Derlei Formeln klingen noch im Ohr. Heute scheinen sie einer kritischen Überprüfung wert zu sein, und wir haben zu fragen, ob sie überhaupt je tauglich waren, um den Stand, die Leistungsfähigkeit und die Probleme der sowjetischen Geschichtswissenschaft zulänglich zu beschreiben. Mir scheint, die Zeit ist reif, von allzu eingängigen Urteilen freizukommen. Sonst nehmen wir nicht wahr, was ist.

Einige Informationen quantitativer Art seien vorausgenommen; sie sollen den äußeren Rahmen markieren, in welchem sich die Wissenschaft von der Geschichte in der Sowjetunion inzwischen eingerichtet hat[2]. An den sowjetischen Universitäten, den Hochschulen und Forschungsinstituten dürften gegenwärtig mehr als 17 000 Historiker hauptberuflich tätig sein; fast 65 000 historische Veröffentlichungen wurden, nach Auskunft der Bibliographen, in den Jahren zwischen 1954 und 1964 zum Druck gebracht – Zeitschriftenaufsätze und Rezensionen eingeschlossen. Solche Angaben sind, wie man sieht, nicht schmächtig. Auch wer den blanken

* Der hier folgende Abdruck beruht auf einem Vortrag, der am 15. Dezember 1966 im Rahmen der Tübinger Ringvorlesung „Wissenschaft in kommunistischen Ländern" gehalten wurde. Die Beiträge dieser Veranstaltung sollen demnächst im Verlag Rainer Wunderlich, Tübingen erscheinen.

[1] Klaus Mehnert, Weltrevolution durch Weltgeschichte, Die Geschichtslehre des Stalinismus, Stuttgart 1953.

[2] Beste deutschsprachige Untersuchung zur Gegenwartslage der sowjetischen Geschichtswissenschaft auf breiter Materialgrundlage und mit reichen bibliographischen Nachweisen: K. Marko, Sowjethistoriker zwischen Ideologie und Wissenschaft, Aspekte der sowjetrussischen Wissenschaftspolitik seit Stalins Tod, Köln 1964; vgl. die Berichte von M. V. Nečkina und A. Z. Manfred auf der sowjetisch-italienischen Historikerkonferenz in Moskau (Oktober 1964) in: Problemy sovetsko-ital'janskoj istoriografii (Probleme der sowjetischen und der italienischen Geschichtsschreibung), Moskau 1966, S. 11–104.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zahlen nicht vertraut, wird zugestehen, daß es nicht leicht sein kann, die Qualität in der Fülle exakt zu bestimmen und die Historiker in der Sowjetunion auf eine Handvoll fixierter Begriffe festzulegen.

Die sowjetische Geschichtsforschung verfügt über eine gewaltige institutionelle Armatur. Wie die meisten anderen Disziplinen hat auch sie ihr Zentrum in Moskau, im Organisationsgefüge der Akademie der Wissenschaften[3]. Dort besteht eine große, vielfach verzweigte historische Abteilung, und die ihr angeschlossenen Institute zeigen an, daß der Begriff „historische Wissenschaften" im Russischen weit über das hinausgeht, was unser gegenwärtiger Fächerkanon, vollends was unsere Staatsexamensordnung unter Geschichte gern verstanden wissen will. Außer dem eigentlichen „Historischen Institut" mit seinen Filialanstalten in Leningrad und Nowosibirsk sind der historischen Abteilung der Akademie im einzelnen noch zugeteilt: ein Archäologisches Institut, ein Etnographisches Institut, ein Institut für Slawenkunde, das Institut der Völker Asiens, ein Afrika-Institut. Geschichtswissenschaft als Weltgeschichte ist hier im institutionellen Gerüst schon abgebildet; eine auf 15 Bände berechnete „Historische Enzyklopädie", eine editorische Leistung hohen Ranges, versammelt die Fakten. In den genannten Moskauer Regionalinstituten arbeiten Historiker und Philologen, Soziologen und Ökonomen beieinander; demnach werden also Orientalistik, Sinologie, Slawistik, Afrikanistik, den amerikanischen „area studies" vergleichbar, jeweils als interdisziplinäre Forschungskomplexe aufgefaßt. Unser Südasieninstitut in Heidelberg oder das Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin entsprechen einem ähnlichen Modell. Kern der historischen Abteilung der Moskauer Akademie ist das Historische Institut. Es umfaßt Abteilungen für die „vaterländische Geschichte", d. h. für Geschichte der Völker der Sowjetunion bis 1917 und für Geschichte der Sowjetperiode, Sektionen für alte Geschichte, für Geschichte des Mittelalters, für Byzantinistik, für Geschichte der Religion und des Atheismus, für neue und neueste Geschichte der Länder Westeuropas, für Geschichte der Länder Amerikas. Hinzu kommen Restaurierungswerkstätten, Kommissionen für Quelleneditionen und Kulturdenkmäler, sowie Museen, Bibliotheken und Archive der Akademie.

Abseits davon steht der mächtige Bau des Instituts für Marxismus-Leninismus, eine Einrichtung nicht der Akademie, sondern des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei[4]. Das Institut ist die zentrale Forschungsstätte für Parteigeschichte und für die Geschichte der Arbeiterbewegung, Hüterin des Erbes der marxistischen Klassiker und – merkwürdigerweise – Koordinationsorgan für die Erforschung des Bürgerkrieges und des „Großen Vaterländischen Krieges". In den letzten Jahren sind eine mehr als 55-bändige Ausgabe der Werke Lenins, eine über 40-bändige

[3] Sovetskaja istoričeskaja enciklopedija (Sowjetische historische Enzyklopädie), Moskau 1961 ff.; zur Organisation der Historischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften und der ihr angeschlossenen Institute: ebenda Bd. 1, Sp. 293—300, Bd. 6, Sp. 103 f.

[4] Ebenda, Bd. 6, Sp. 105 f. Die Zeitschrift des Instituts, Voprosy istorii KPSS (Fragen der Geschichte der KPdSU), erscheint seit 1957 in monatlicher Folge. Das Ministerium für Verteidigung der UdSSR publiziert eine eigene militärgeschichtliche Monatsschrift: Voenno-istoričeskij žurnal, Jg. 1, 1959 ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

russische Edition der Schriften von Marx und Engels, umfangreiche Kriegsgeschichten und vieles andere aus diesem Institut hervorgegangen: sechs Bände einer Parteigeschichte der KPdSU sollen bis zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution abgeschlossen sein; die Wiederaufnahme der unter Stalin abgebrochenen MEGA, der historisch-kritischen Gesamtausgabe der Hinterlassenschaft von Marx und Engels, ist für die nächste Zukunft vorgesehen.

Dem bisher genannten Moskauer Institutskomplex hinzuzudenken ist schließlich noch ein beträchtliches Ensemble historischer Institute außerhalb der Russischen Föderation, an den Akademien der Wissenschaften in den Gliedrepubliken der UdSSR, d. h. in der Ukraine, in Weißrußland, in den baltischen, den transkaukasischen und zentralasiatischen Sowjetrepubliken. Dort wird mit besonderem Nachdruck betrieben, was wir Landes- oder Regionalgeschichte nennen würden und was sich in der Sowjetunion zu einer übergreifenden Geschichte der Sowjetvölker fügen soll.

Im übrigen sind die historischen Wissenschaften auf die erwähnten Einrichtungen nicht beschränkt, obschon das Ansehen, das die Mitglieder und die graduierten Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften genießen, von anderen Plätzen aus kaum einzuholen ist. Längst hat die Forschung auch an den Universitäten wieder Einzug gehalten. Im Rahmen der dort bestehenden historischen Fakultäten sind die sogenannten „kafedry", die Katheder, wie man sagt, nicht nur zur Ausbildung von Geschichtslehrern, sondern auch zu eigener Forschung verpflichtet. Auch in der Sowjetunion hängt die Reputation des Professors an seiner wissenschaftlichen Produktion. Den Lehrstühlen sind Arbeitsgruppen und sogenannte Aspiranturen beigestellt, etatisierte Forschungsassistenzen, deren Inhaber sich in der Regel um die Abfassung ihrer Dissertationen bemühen. Hier wird hart gearbeitet, oft unter Bedingungen, wie wir sie aus den ersten Jahren nach dem Kriege kennen. Der Weg zum akademischen Grad des Kandidaten, der unserem Doktor entsprechen mag, führt für Historiker heute fast immer durchs Archiv und stets durch das Purgatorium einer öffentlichen Disputation. 230 historische Promotionen dieser Art wurden seit 1956 allein an den 15 Lehrstühlen der Moskauer historischen Fakultät vollzogen; 3450 Historiker erwarben hier in dieser Zeit das Abschlußdiplom[5]. Auch pädagogische und andere Fachinstitute promovieren den oft schon nicht mehr jugendlichen Nachwuchs zu Kandidaten der historischen Wissenschaften. Die Doktorpromotion dagegen ist seltener als unsere Habilitation, und sie ist gewöhnlich entsprechend mühevoll. Noch nicht einmal zwei Prozent der Historiker, die an Hochschulen lehren, sind Doktoren ihrer Wissenschaft; die Mehrzahl davon dürfte an den Universitäten in Moskau, Leningrad und Kiew konzentriert sein. Die Provinz ist schlecht versorgt.

Nicht anders als bei uns, gibt es für gute, gelegentlich auch für weniger gute Arbeiten, eine Fülle wissenschaftlicher Publikationsreihen. Druckzwang für Dissertationen besteht noch nicht. Historische Forschung in Bewegung ist, wie anderwärts, vor allem in den Zeitschriften zu sehen. Neben dem monatlichen Zentralorgan der Historiker, den „Voprosy istorii" (Fragen der Geschichte), und neben den

[5] Vgl. I. A. Fedosov, Istoričeskaja nauka v Moskovskom universitete 1956–1965 gg. (Die historische Wissenschaft an der Moskauer Universität), in: Voprosy istorii 1966, Nr. 10, S. 134–144.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

neun historischen Zeitschriften der Moskauer Akademie verfügen die großen Universitäten und Fachinstitute, dazu einige Zentralarchive, Museen und Bibliotheken, aber auch die Akademieinstitute der Gliedrepubliken über eigene historische Periodika oder Reihenwerke. „Bei uns erscheint sehr viel", meinte kürzlich ein angesehener Moskauer Kollege im Gespräch, – als er das sagte, war ich nicht sicher, wie dieses Bekenntnis recht zu deuten sei: als Äußerung selbstgewisser Zunftgesinnung oder aber als Ausdruck einer auch uns vertrauten Resignation im Anblick einer steigenden Flut gedruckter Geschichte.

In der Tat, wer dem Verfremdungseffekt nicht sogleich erliegt, der von der fremden Sprache und von manchen ungewohnten Begriffen, Regeln und Konventionen ausgeht, der wird in der Begegnung mit sowjetischen Historikern immer wieder auf uns selber vertraute Stimmungen, Auffassungen und Probleme stoßen. Offenbar bildet die Historie als etablierte Wissenschaft, bildet Geschichte als Beruf allerorten Gemeinsamkeiten und Solidaritäten aus, die an ideologischen Barrieren und gut bewachten Grenzen nicht leicht haften bleiben. Das beginnt bei den Bedenken und Beschwerden derer, die um ihre Wissenschaft in Sorge sind, und da ist mehr im Spiel als das international übliche Räsonnement über Besoldungsfragen und über den schmal gewordenen Etat: Wir hören von der „komandirovka", von der Abordnung nicht ausgewiesener Leute an historische Fakultäten, von Habilitationsverfahren, deren wissenschaftlicher Ertrag in der hastigen Zusammenstellung einiger dünner, uninteressanter, längst publizierter Traktate besteht, wir hören – selbst an der Moskauer Akademie – von ernsten Nachwuchsproblemen, vor allem bei solchen Disziplinen, die erhebliche Anforderungen stellen müssen und die dennoch des amtlichen Interesses der Ministerien nur selten teilhaftig werden: Paläographie, historische Hilfswissenschaften, die Mediaevistik überhaupt – doch nicht nur hier kann die im Krieg dezimierte mittlere Generation die Plätze der heute 70- und 80-jährigen nicht voll besetzen, und aus den jüngeren Jahrgängen wächst nur wenig nach[6]. Auch in der Sowjetunion gibt es auf diesem Sektor kein Schnellverfahren. Ein Mediaevist oder Byzantinist kommt bekanntlich um die alten Sprachen nicht herum, und die „klassische Philologie" ist denn auch an den Universitäten im Rahmen der historischen Fakultäten untergebracht. Selbst ein Mindestmaß theologischer Bildung wird allenthalben noch benötigt. wer vermöchte schon eine altrussische Handschrift aufzuschließen, wenn er im Bericht des Chronisten die Bibelzitate nicht zu entdecken versteht! Wir hören bewegte Klagen über die fortdauernde Abnutzung der russischen Sprache im Dienstleistungsbetrieb der modernen Gesellschaft, über die Verkümmerung des sprachlichen Ausdrucks und der darstellerischen Kraft; ein langweiliger, hölzerner Stil, ein verdorbener Jargon dominiere in der historischen Literatur. Zu den Folgen wird zu zählen sein, daß

[6] Vgl. Nakaz XXIII s-ezda KPSS (Die Instruktion des XXIII. Kongresses der KPdSU), in: Istorija SSSR 1966, Nr. 3, S. 3–9; L. G. Beskrovnyj, Izučenie dooktjabr'skoj istorii SSSR v Institute istorii AN SSSR za semiletku 1959–1965 gg. (Die Erforschung der Geschichte der UdSSR vor der Oktoberrevolution im Historischen Institut der Akad. d. Wiss. in der Siebenjahresplanperiode 1959–1965), in: Istorija SSSR 1966, Nr. 5, S. 205–211.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

u. a. die große historische Biographie seit langem ein Desiderat geblieben ist. Mit Wehmut erinnert man an den sprachlichen Glanz der Geschichtsschreiber des 19. Jahrhunderts, deren bedeutendste Zeugnisse inzwischen durch vorzügliche Neuausgaben wieder zugänglich geworden sind.

Und natürlich: auch über die studentische Jugend wird geklagt, über ihr mangelndes historisches Interesse, ihren dürftigen Wissensstand, über ein Bildungsdefizit, das angesichts der sinkenden Stundenzahlen für den Geschichtsunterricht an den Schulen die historischen Lehrstühle vor höchst elementare Fragen stellt: wie die Voraussetzungen zu schaffen seien, geschichtlichen Sinn zu wecken, Unterscheidungsfähigkeit für den Stil der Epochen und ihre Überlieferung, ein Gespür dafür, daß ein Profanbau des 17. Jahrhunderts mit dem pseudohistorischen Stil des Kazaner Bahnhofs in Moskau nichts Gemeinsames haben kann, daß Klosteranlagen und Ikonen historische Denkmäler sind und nicht bloß „Opium fürs Volk", daß es der Würde eines Kleinods der Architektur aus dem 15. Jahrhundert zuwider sei, wenn der Student den eigenen Familiennamen an den eben restaurierten Kirchenwänden hinterlasse. Was ist zu tun, so wird gefragt, damit von den Höhepunkten einer Seminarexkursion neben dem fröhlichen Picknick, neben Badefreuden und Ruderpartien auch das in Erinnerung bleibe, was das eigentliche Ziel des Ausflugs gewesen ist: die Bronzetüren in Nowgorod, die Fresken des Feofan Grek, die Parkanlagen in Oranienbaum[7].

Der Katalog auch anderwärts nicht unbekannter Zunftprobleme ließe sich ohne Mühe noch vergrößern. Die sowjetischen Historiker würden, ginge ich in dieser Richtung fort, ihren Kollegen jenseits der Grenzen immer ähnlicher werden. Indessen mag bei Vergleichen, so nah sie liegen mögen, Zurückhaltung wohl anzuraten sein. Reflexionen, wie sie bei uns mit dem resignierenden Wort vom „Abschied von der Geschichte" (A. Weber), vom „Verlust der Geschichte" (A. Heuss), von der „Kapitulation vor der Geschichte" (H. Heimpel) gelegentlich verbunden werden, sind in der sowjetischen Öffentlichkeit noch gänzlich undenkbar. Gleichwohl wird man sagen dürfen, daß nach den Überspannungen und Anstrengungen der Stalin-Ära nun ein nüchterneres Verhältnis gegenüber der Vergangenheit sich ausgebildet hat. Manche Mythen, nicht alle, sind gewichen. Die junge Intelligenz läßt Anzeichen von Müdigkeit, ja gar Verdrossenheit erkennen, wenn von Geschichte herkömmlichen Stils die Rede ist. Von dem exzessiven Mißbrauch, der mit der gesellschaftlichen Funktion der Historie in der Erziehungsdiktatur der Partei über die Jahre hin getrieben wurde, ist der Verdacht zurückgeblieben, daß die Geschichtswissenschaft ihrem Wesen nach von außen her manipulierbar sei. So wird denn eine kritische Orientierung über den Lauf der Welt und ihre Gesetze nicht mehr bloß in Geschichtsbüchern gesucht, sondern bei den Sozialwissenschaften, bei den „konkreten", wie man gerne sagt. Das historische Sortiment in den Buchhandlungen wird von der Übermacht des naturwissenschaftlichen und technischen Fach-

[7] Dazu den Erfahrungsbericht von M. T. Beljavskij (Moskau), Ekskursionnaja rabota i izučenie otečestvennoj perioda feodalizma v vuzach (Exkursionsarbeit und Erforschung der vaterländischen Geschichte in der Feudalperiode an den Hochschulen), in: Istorija SSSR 1966, Nr. 5, S. 68–79.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

buchs geradezu erdrückt. Überhaupt liegen die Probleme der Gegenwart näher als die der Vergangenheit; das Pathos der Technik ist stärker als die patriotische Emotion, die aus der vaterländischen Geschichte, aus dem revolutionären oder dem militärischen Heldenzeitalter der Väter und Großväter ihre Kräfte zieht. Im Interessenfeld der jungen Generation, aber auch im System der sowjetischen Wissenschaften ist die Geschichtsforschung in den Schatten aktuellerer Disziplinen geraten. Die Aktualität der Geschichte, vollends der Fortschritt der historischen Forschung sind einer industriellen Gesellschaft nicht leicht zu vermitteln. Die mächtige Faszination, die nicht nur von den Naturwissenschaften und den technischen Wissenschaften ausgeht, sondern auch von der wieder zugelassenen empirischen Soziologie, dürfte von den Treuhändern der Geschichte nicht mehr einzuholen sein. Bedenkt man diesen Aspekt, dann hat das neuerliche Plädoyer für den Einsatz der elektronischen Rechentechnik in der sowjetischen Geschichtsforschung, für die Kooperation zwischen Historikern, Mathematikern und Kybernetikspezialisten – neben aller sachlichen Berechtigung – doch zugleich auch etwas Rührendes[8]. Der Historiker, der mit Tintenfaß und Federhalter über vergilbten Pergamenten sitzt, empfindet im Anblick der sündhaft teuren Maschinen, was Ralf Dahrendorf vielleicht als „Modernisierungsrückstand" der Geisteswissenschaften dingfest machen würde.

Beobachtungen wie diese dürfen indes nicht zu dem Eindruck führen, als werde die historische Forschung in der Sowjetunion eigentlich nur noch von den Historikern selber gebraucht. Man ruft sie auf zu allen Feiertagen, und der Leistungsnachweis, der verlangt wird, kostet Kraft und viel Mühe. Bis zum 7. November 1967, zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, soll neben ungezählten, mit Erinnerung gefüllten Ehrengaben, eine 12-bändige Geschichte der UdSSR von den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage fertig sein, genau die Hälfte des Werks ist der Sowjetperiode zugedacht. Keine Historikerkonferenz vergeht, die nicht jetzt schon den 1970 bevorstehenden 100. Geburtstag Lenins bedächte, und die 100. Wiederkehr der Pariser Kommune liegt dicht dabei.

Es mag unseren Kollegen an manchem mangeln – an Zuspruch, an Forderungen und Mahnungen, die von außen her in ihre Institute kommen, fehlt es ihnen nicht. Die Forschung in der Sowjetunion ist nicht frei im Sinne dessen, was etwa unser Grundgesetz unter „Freiheit von Forschung und Lehre" versteht. Kein sowjetischer Gelehrter würde das behaupten wollen. Die Arbeitsprogramme der Historiker werden im Rahmen der jeweils geltenden staatlichen Fünf- oder Siebenjahrespläne für die einzelnen Institute festgelegt, und bis zum heutigen Tag sind Parteigremien, ideologische Kommissionen, Ministerien und Staatskomitees nicht müde geworden, den Historikern in immer neuen Variationen vorzustellen, daß ihre Wissenschaft nicht Privatsache, sondern eine öffentliche, eine gesellschaftliche Angelegenheit von höchstem Range sei[9]: unentbehrlich für die kommunistische Erziehung der Sowjet-

[8] Ausführliche Mitteilungen bei E. Oberländer, Geschichtswissenschaft und Kybernetik in der Sowjetunion, in: Osteuropa Jg. 15, 1965, S. 329–334.

[9] Die folgenden Formulierungen nach Istorija SSSR 1966, Nr. 3, S. 3–9; vgl. im übrigen das von K. Marko, a. a. O., nachgewiesene Material. Die Auseinandersetzung mit der „bürger-

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

völker, für die Erziehung zum Internationalismus und zum Patriotismus, für die wissenschaftliche Propaganda der revolutionären, der militärischen, der kämpferischen Traditionen der Völker der UdSSR, für den Kampf gegen feindliche Ideologien aller Art, nicht zuletzt gegen alle groben oder feingesponnenen Falsifikationen, die aus dem Lager der bourgeoisen und der revisionistischen Geschichtsschreibung kommen. Und vor allem die „vaterländische Geschichte": sie biete ein unerschöpfliches, lebendiges Arsenal des patriotischen Geistes und hoher Gedanken, einen frischen Quell für den unvergänglichen Heroismus, der die Arbeiter und Bauern im Kampf um eine bessere Zukunft, um den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft beseele. Den Historikern sei es aufgegeben, die vom Marxismus-Leninismus entdeckten historischen Gesetzmäßigkeiten klar und unwiderlegbar herauszuarbeiten und dies müsse, versteht sich, von einem festen klassenmäßigen und parteilichen Standpunkt aus geschehen: geleitet von der strengen dialektischen Methode und von der materialistischen Geschichtsauffassung, gestützt auf die umfassende, tiefe, schöpferische und unbesiegbare Lehre Lenins, in entschiedener Abkehr von jeglicher Schönfärberei, von Einseitigkeit und prinzipienloser Konjunkturhascherei, aber natürlich auch weitab von dogmatischer Enge und von allen jenen Fehlhaltungen, die unter dem Einfluß des Personenkults manchen Schatten auf die historische Wissenschaft geworfen hätten. Ohne die geringste Abweichung von der historischen Wahrheit, dem Geiste echter wissenschaftlicher, objektiver Forschung zugewandt, in beharrlichem Ringen um die Verfeinerung der wissenschaftlichen Polemik, in disziplinierter Kritik und Selbstkritik habe die sowjetische Geschichtswissenschaft ihrer hohen Verpflichtung Genüge zu tun.

Die Reihe solcher Appelle, wie sie zuletzt aus dem Material des XXIII. Parteikongresses gefiltert wurden, ließe sich weiter verlängern. Wir haben es hier mit einer sowjetischen Version des „Jargons der Eigentlichkeit" zu tun, der sich pausenlos selber reproduziert, mit Reflexen eines sekundären Systems, das sich jeder tieferen Begründung enthoben sieht. Es ist schwer zu sagen, was die sowjetischen Historiker aus den Leitartikeln und Grundsatzreferaten ihrer Ideologen ziehen. Das für Außenstehende so quälende Ritual chiffrierter Normen und Begriffe wird von der Mehrzahl unserer Kollegen wohl schon nicht mehr wahrgenommen, weil die Denkkategorien, die hier gespiegelt werden, für sie längst gewöhnlich geworden sind. Das alles liegt in der Luft, in der sie leben. Indessen fordert der theoretische Überbau in den gegebenen Grenzen nicht nur Anerkennung, er vermittelt auch Geborgenheit, Schutz gegen das Risiko des nicht gelenkten, des freien Gedankens. Die sowjetische Geschichtswissenschaft, wie sie heute sich darstellt, steht nicht in Unfrieden mit dem, was unter dem Leitwort „Marxismus-Leninismus" die Welt gestalten, die Zukunft erkennen und die sowjetische Gegenwart als die vorläufige Erfüllung des gesetzmäßigen historischen Prozesses sichtbar machen will. Dieser

---

lichen Historiographie" ist in den letzten Jahren mit großer Intensität aufgenommen worden. Regelmäßige Berichterstattung in den Zeitschriften und Sammelbände zu speziellen Forschungsbereichen vermittelt neben aller kritischen Einschätzung zugleich eine Bestandaufnahme der außersowjetischen Geschichtsforschung.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Marxismus-Leninismus als Wissenschaft und Weltanschauung ist keineswegs in bloße Unverbindlichkeiten ausgelaufen, aber er ist inzwischen doch elastischer und bildsamer geworden und kein beliebig dekretierbarer Kanon mehr, der die Forschung so fixieren würde, daß die Ergebnisse schon fertig wären, ehe die Historiker mit der Arbeit angefangen hätten. Es herrscht heute, wenn ich recht sehe, eine eigentümliche Balance zwischen Ideologie und Wissenschaft, doch der Konsensus, der sich auszubilden scheint, ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Sie bestehen offensichtlich darin, daß die Partei nicht, wie zu Stalins Zeiten, die Historiker mit groben Postulaten stranguliert, sie zur Selbstaufgabe, zur Selbstentäußerung zwingt und treibt; und von den Historikern wird verlangt, daß sie ihrerseits die Räson der Partei akzeptieren, daß sie auf Entdeckungen verzichten, die dem aktuellen Parteiinteresse zuwider wären. In diesem Sinne Richtung zu halten, ist der sowjetischen Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren leichter geworden als vordem. Sie hat sich mit dem differenzierten Instrumentarium ihrer Wissenschaftsorganisation als eine Ressortverwaltung für Geschichte etabliert; unter der Rechtsaufsicht des Staats, unter der Normenkontrolle der Partei und unter einer leidlich funktionierenden Selbstkontrolle bewegt sie sich fort.

Gewiß – auch heute noch ist das Feld der Geschichte ein höchst empfindliches Gelände, von Sperrbezirken durchzogen, die der professionellen Neugier verschlossen sind, mit Bereichen versehen, die aller irdischen Zudringlichkeit entzogen bleiben und die als Desiderate oder gar als Tabus der Forschung zu erwähnen von selber sich verbieten mag. Das fordert die Parteilichkeit. Ganze Kapitel der kommunistischen Parteigeschichte und der Sowjetperiode gehören zu diesen toten Zonen, und gerade hier ist auch vom Institutionellen her dafür gesorgt, daß die Geschichtsschreibung mit dem in Einklang bleibe, was das Zentralkomitee der Partei für wert befindet, daß es gewußt, und zwar so und nicht anders gewußt werde. Die von der Akademie und den Universitäten abgetrennten parteigeschichtlichen Institute kontrollieren nicht nur, sondern sie bewahren die Zunfthistoriker auch vor der Gefahr, daß es auf den dornigen Pfaden der Zeitgeschichte zu unliebsamen und für den jeweiligen Urheber immer beschwerlichen Entgleisungen kommt. Die Neigung vieler Kollegen, sich von der Geschichte der Sowjetzeit in abgeschiedenere Gefilde der Vergangenheit zurückzuziehen, wird häufig beklagt. Freilich sind auch dort gewisse Axiome zu akzeptieren[10]. Unabdingbar für alle, die mit Geschichte Umgang haben, ist die Annahme des Satzes, wonach der Stufengang der Menschheit als ein progressiver, teleologischer Prozeß zu denken sei, gebunden an die großen sozial-ökonomischen Formationen von der Urgesellschaft zur Sklavenhaltergesellschaft, von dort über Feudalismus und Kapitalismus zum Sozialismus hin. 1917, mit der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution", ist nicht nur Rußland, sondern die Weltgeschichte im ganzen in die Epoche des Sozialismus eingetreten. Wie dieses Grundschema von den Historikern im einzelnen dann auszufüllen sei, ist nicht von vornherein gewiß.

[10] Dazu Walter Leitsch, Die Veränderungen der historischen Bewertung, in: Bilanz der Ära Chruschtschow, Hrsg. v. E. Boettcher, H. J. Lieber, B. Meissner, Stuttgart 1966, S. 258–277.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Frage nach der Periodisierung der großen weltgeschichtlichen Epochen bleibt der wissenschaftlichen Diskussion über weite Strecken hin anheimgestellt; es wird nicht verlangt, daß Sklavenhaltergesellschaften auch dort zutage kämen, wo – wie bei Slawen und Germanen – der Spaten des Archäologen sich der Theorie versagt; es wird zugestanden, daß der antizipierte revolutionäre Umschlag der Produktionsverhältnisse von der alten in die neue Qualität über Jahrhunderte hin sich dehnen und jedenfalls regional höchst unterschiedlich sich vollziehen kann; man darf darüber streiten, ob dieser oder jener Vorgang eine „bürgerliche Revolution" zu nennen sei oder doch bloß eine Zuckung im Schoß der feudalen Gesellschaft; es wird nicht darauf bestanden, Überbau und Basis im Geschichtsprozeß in einem fixierten Bezugssystem aufeinanderwirken zu sehen; es wird nicht gefordert, aus der Bewegung der Volksmassen grundsätzlich eine progressive Stoßrichtung herauszulesen, und man muß, etwa im Blick auf die Emanzipationsbewegungen in der außereuropäischen Welt, durchaus nicht beschwören, daß für die jungen Nationen der Sozialismus im Sprung über das kapitalistische Stadium hinweg unmittelbar erreichbar sei. Auch fordern Marx- oder Lenin-Worte nicht unter allen Umständen dazu auf, die historischen Quellen zum Zweck der Beweisführung um jeden Preis zurechtzubiegen; es ist gestattet, den marxistischen Klassikern an Einsicht nicht mehr abzuverlangen, als sie im Horizont ihrer Zeit tatsächlich wissen konnten. So darf man, mit dem gehörigen Respekt, beispielsweise die Ausbildung gesamtrussischer Marktbeziehungen durchaus ins 18. Jahrhundert datieren, obwohl doch ein berühmtes Lenin-Zitat expressis verbis davon spricht, daß der gesamtrussische Markt schon im 17. Jahrhundert entstanden sei. Lenin, so erklärt man sich's, habe das Material nicht gekannt, das dem Historiker heute zur Verfügung steht, dagegen behalte seine Methode die ihr eigene wegweisende Bedeutung, denn er habe das Problem des gesamtrussischen Marktes mit dem Problem der historischen Periodisierung verknüpft, und eben das sei äußerst förderlich[11]. Wir sehen: durch die behutsame Interpretation ehrwürdiger Autoritäten schreibt man sich frei.

Wer von außen kommt, aus einer Welt, in der konträre Geschichtsauffassungen auf höchst unterschiedlichen Reflexionsstufen in großer Fülle beieinander sind, aus einer Welt, wo, wie bekannt, auch der naivste Positivismus noch als Weltanschauung sich gebärden kann, – wer von außen kommt, der mag die Bewegungsmöglichkeit der sowjetischen Historiker gering, ihre Grenzen eng gezogen finden. In der Tat, hier geht es langsam voran. Nur der Vergleich mit dem, was vorher war, zeigt die Dimensionen der Veränderung. Die partielle Befreiung der Wissenschaft vom Diktat der Funktionäre vollzieht sich in einer Gesellschaft, deren Orientierungsbedarf größer, und deren Steuerungsmechanismen komplizierter geworden sind. Bei den Historikern wie bei anderen Disziplinen hat sich fühlbar gemacht, daß nicht nur das sowjetische System, sondern daß die Welt im ganzen sich aufs rascheste verändert.

In der Stalinzeit hatte man sich daran gewöhnen müssen, die Weltgeschichte von der Vor- und Frühgeschichte her auf das von der Sowjetunion repräsentierte Gesell-

[11] Vgl. u. a. N. I. Pavlenko, Spornye voprosy genezisa kapitalizma v Rossii (Streitfragen über die Genesis des Kapitalismus in Rußland), in: Voprosy istorii 1966, Nr. 11, S. 81–102.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftsmodell zulaufen zu sehen. Die Geschichte aller Völker auf dem Territorium der UdSSR wurde durch Rückprojektion auf das sowjetische Vaterland der Gegenwart zurechtgeschnitten, man könnte sagen durchaus im Stil unseres eigenen 19. Jahrhunderts; die Geschichte der Völker Osteuropas hatte mit gesetzlicher Notwendigkeit in den monolithischen, von der Sowjetunion beherrschten Block des sozialistischen Lagers einzumünden; in mehrbändigen Darstellungen der Geschichte Polens, der Tschechoslowakei, Bulgariens usw. zeigte damals die Moskauer Akademie, wie dies möglich und in der Vergangenheit längst vorbereitet war. Die Völker außerhalb, deren fortschrittlichste Kräfte man im Weltfriedenslager kämpfen und sich sehnen sah, wurden mit ihrer Geschichte, auf einer zurückgebliebeneren Stufe, an diese hierarchisch gegliederte Fortschrittspyramide gleichsam angebaut. Bei alledem hatte die russische Reichsgeschichte, in allen Phasen des Geschichtsprozesses einen Fortschrittspegel aufzuweisen, der, wenn es irgend ging, alles andere weit übertreffen mußte. Der Anspruch auf Priorität der „vaterländischen Geschichte" hatte sich unter Stalin zu einem Axiom eigener Art ausgewachsen: der Feudalismus in Rußland war eher da als anderwärts; die altrussischen Fürstenheere waren dem Ritterorden wie auch den Schweden natürlich überlegen; die Unterwerfung der freien Bergvölker des Kaukasus unter Nikolaj I. war zweifellos ein sehr fortschrittlicher Akt; die russische Aufklärung wurde nicht vom Westen her beeinflußt, sondern im Gegenteil: sie wirkte nach Westen zurück; keine technische Errungenschaft von Weltbedeutung durfte ohne russische Erfinder gelassen werden, wenn möglich war ein genialer Meister aus dem Leibeigenenstand dafür mobil zu machen. „Das russische Volk schuf die reichste Kultur ... Rußland wurde die Heimat des Leninismus, dieses Gipfels der Wissenschaft und der Kultur der Welt ... Die große Sowjetunion marschiert heute als Avantgarde der ganzen fortschrittlichen Menschheit" (Prawda, 24. 5. 1950).

Solche Verkrampfungen sind heute abgetan. Wir hören dergleichen jetzt von anderer Seite, aus dem Reich der „großen proletarischen Kulturrevolution"; und nirgendwo ist man eifriger als in Moskau, wenn es darum geht, die exzessiven Geschichtsthesen der chinesischen Historiker abzuwehren, ihren Anspruch auf Priorität der chinesischen Geschichte, ihr Postulat, daß China als das große Zentrum der Weltgeschichte zu betrachten sei. In der Tat, was man in Peking seit einigen Jahren schreibt, das klingt vertraut: „Als viele westliche Völker, die in der Neuzeit als Kulturvölker bekannt wurden, noch in den Wäldern nach wilden Tieren jagten, hatte unser [chinesisches] Volk bereits eine hervorragende antike Kultur geschaffen." Die Sklavenhalterordnung Chinas war „klassischer" als die Griechenlands; China war, heißt es, der erste Staat der Welt, der zur Feudalordnung überging und dies 800–900, möglicherweise gar schon 1700 Jahre früher als die europäischen Staaten; und 1000 Jahre vor Columbus hat ein chinesisch-buddhistischer Mönch bereits Amerika entdeckt. In der Zurückweisung dessen, was man in Moskau den „großchinesischen Chinazentrismus" nennt, bekämpften die sowjetischen Historiker ein Stück eigener Vergangenheit[12].

[12] Zitate und Beispiele nach R. V. Vjatkin und S. L. Tichvinskij, Über einige Fragen der

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es hat indessen nicht erst des sowjetisch-chinesischen Konflikts bedurft, um die von Stalin beglaubigte Fundierung des Hegemonieanspruchs der sowjetrussischen Geschichte schal werden zu lassen. Der politische Pluralismus in der sozialistischen Staatenwelt Osteuropas fand seine Entsprechung in der Renaissance des nationalen Geschichtsbewußtseins dieser Völker, die sich nach 1956 der Adhäsionskraft des moskauzentrischen Geschichtsschemas sehr rasch entzogen haben. Die Geschichte Polens wird nicht mehr in Moskau, sondern in Warschau geschrieben, und selbst in der parteigeschichtlichen Forschung hat das Moskauer Institut für Marxismus-Leninismus keine Weisungsbefugnis mehr, wenn sich die Historiker der kleineren Bruderparteien, auch die der SED, über die Geschichte der Arbeiterklasse ihrer Länder Aufschluß geben. In bezug auf die Geschichte der anderen sozialistischen Staaten gilt heute für die sowjetische Geschichtswissenschaft eine Art Nichteinmischungsklausel. Sie verpflichtet zu taktvoller Zurückhaltung, zur Schonung nationaler Empfindlichkeiten. Was hier sich eingespielt hat, befördert auch den innersowjetischen Emanzipationsprozeß im Bereich der historischen Forschung.

Noch ein weiterer Faktor hat zu der allgemeinen Entkrampfung beigetragen. Im Gleichklang mit den gewachsenen Dimensionen der sowjetischen Weltpolitik sind im letzten Jahrzehnt auch die außereuropäischen Länder ins Blickfeld der Historiker getreten, neben Lateinamerika die jungen Staaten Asiens und Afrikas vor allem. Die historischen Arbeiten, die in Moskau auf diesem Felde erscheinen, konzentrieren sich – verständlicherweise – auf Themen und Gegenstände, bei denen das aktuell politische Interesse der Forschung vorausgeht: auf die Verdammung der imperialistischen Kolonialsysteme in Vergangenheit und Gegenwart, auf die Würdigung der antikolonialen Bewegungen, auf die Glorifizierung nationaler Befreiungskämpfe und -kriege. Dem Nationalismus der jungen Völker und dem Selbstgefühl ihrer Führungsschichten kommt man dabei aufs freundlichste entgegen. Aber über alle politisch fixierte Parteinahme hinaus, von der die Publikationen des Moskauer Afrika-Instituts Zeugnis geben, hat die Intensivierung des Studiums außereuropäischer Geschichte doch auch den Blick geweitet: ein universalhistorischer Horizont hat sich aufgetan, der mit den überkommenen Kategorien der Geschichtslehre nur unzulänglich sich beschreiben läßt. 1955 hatte die Moskauer Akademie mit der Veröffentlichung einer zehnbändigen „Weltgeschichte" begonnen. Doch noch ehe dieses große Unternehmen abgeschlossen war, entschloß man sich zu einer bemerkenswerten Modifikation der eigenen weltgeschichtlichen Perspektive. Weltgeschichte ist jetzt von der Geschichte der Nationen her determiniert zu sehen: „Das eigentliche Subjekt der historischen Forschung ist die Geschichte der Nationen."[13] Dem liegt, wie wir sehen, eine Konzeption zugrunde, die die nationalstaatliche

Geschichtswissenschaft in der Volksrepublik China (aus dem Russ.), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 12. Jg. 1964, S. 403–422.

[13] E. M. Zhukov, The Periodization of World History, in: XIe Congrès Intern. des Sciences Historiques, Rapports I. 1960, S. 74–88. Georg Stadtmüller, Die neue sowjetische Weltgeschichte, in: Saeculum 11 (1960), S. 295–384. Eine deutsche Übersetzung der „Vsemirnaja istorija" erscheint in der DDR: Weltgeschichte in zehn Bänden, Berlin, VEB Deutscher Verlag der Wiss. 1961 ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gliederung der Welt von heute reflektiert und sie als universalgeschichtliches Modell verwendungsfähig machen will. Politische Opportunität richtet sich auf Perspektiven ein, die dem Geschichtsverständnis des bürgerlichen Zeitalters nahekommen.

In der Forschung freilich zeigt sich allenthalben, daß sich die neuen Maßstäbe auch verselbständigen können. Ungleich dringlicher als je zuvor sehen sich die sowjetischen Historiker nun auf die Mannigfaltigkeit der historischen Erscheinungen verwiesen, und nicht mehr nur auf die Formel von der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeit; auf die Würde des Besonderen, des überraschend Eigenständigen, und nicht nur immer wieder auf die Determination im naturnotwendig einheitlichen Prozeß. Der Zug vom Allgemeinen zum Singulären wirkt auf die Fragestellungen mächtig ein. Mit erstaunlicher Intensität sind unsere sowjetischen Kollegen dabei, ihre Arbeitsfelder zu verbreitern. Weite Gebiete der Geschichte, zumal der eigenen, werden neu entdeckt, große Bereiche des geschichtlichen Lebens überhaupt zum erstenmal erschlossen. Mit der sozialökonomischen Ausrichtung der Forschung, die bisher fast unangefochten dominierte, konkurriert nun ein lebendiges Interesse für die politische Geschichte, für die Geschichte der Institutionen, für Ideengeschichte auch abseits der revolutionären Kontinuität, für die Sozialgeschichte selbst solcher Klassen, von denen man früher meinte, daß es genüge, sie ideologisch zu decouvrieren, um ihrer reaktionären Qualität für immer sicher zu sein.

Natürlich sollen die nackten Tatsachen, sollen die Einzelheiten in ihrer bloßen Faktizität nicht wie Kieselsteine unverbunden beieinander liegen bleiben. Kompensation für die großen Schemata, die oft nur noch ornamentale Funktionen besitzen, wird neuerdings gern (wie bei uns) von der komparatistischen Methode erhofft. Ihre Verwendungsfähigkeit ist den sowjetischen Historikern in der Begegnung mit der internationalen Geschichtsforschung und mit der Linguistik im eigenen Lande aufgegangen[14]. Aber die Grenzen und Möglichkeiten des historischen Vergleichens sind vorerst noch wenig ausprobiert, und die Bemühung, die Fülle der Einzelergebnisse im Kollektiv, in der Gemeinschaft von Arbeitsgruppen, aufzuheben, kommt über die Addition positivistischer Spezialforschung nicht leichter hinaus, als das manchen unserer Festschriften und Sammelbände gegeben ist. Geschichte in ihren Wirkungszusammenhängen wissenschaftlich zu erfassen, fordert auch in der Sowjetunion die Anstrengung des Gedankens. Die Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit werden nun in neuer Weise erfahren.

Wir, die wir unserer Wissenschaft keineswegs so sicher sind, wie das in unseren Handbüchern und von manchem Katheder herunter klingen mag, – wir haben, wie ich meine, guten Grund, dieser Anstrengung unserer Kollegen, ihrem Verzicht auf falsche Geborgenheit, ihrer Emanzipation ins Ungewisse, unseren Respekt und unsere Sympathien zuzuwenden.

---

[14] E. S. Markarjan, Ob osnovnych principach sravnitel'nogo izučenija istorii (Über Grundprinzipien der vergleichenden Geschichtsforschung), in: Voprosy istorii 1966, Nr. 7, S. 18–31. Zur Bilanz des letzten (XII.) Internationalen Historikerkongresses in Wien 1965 vgl. die Berichte von A. A. Guber in: Voprosy istorii 1966, Nr. 3, S. 3–14 und L. V. Čerepnin in: Istorija SSSR 1966, Nr. 1, S. 3–23.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KLAUS DÖRNER

NATIONALSOZIALISMUS UND LEBENSVERNICHTUNG

1. Einleitung

Es besteht eine paradoxe Verschränkung zwischen den Reaktionen auf die Judenvernichtung einerseits und auf die „Vernichtung lebensunwerten Lebens" andererseits – sowohl in der unmittelbaren Stellungnahme wie in der späteren Darstellung: Während gegen die Judenverfolgung von der ersten „harmlosen" Restriktion bis zur Endlösung sich im damaligen Deutschland nur wenige schwache Stimmen erhoben, ihre zeitgeschichtliche Bearbeitung nach 1945 aber Bibliotheken füllte, lösten die Aktionen gegen „unwertes Leben" eine Fülle von Protesten der Bevölkerung aus den verschiedenartigsten – nicht nur kirchlichen – Kreisen aus, bilden aber innerhalb der Zeitgeschichte heute noch einen nahezu weißen Fleck. Dabei waren die Stufen der Judenverfolgung weit sichtbarer, sie betrafen auch unmittelbar mehr Familien, und sollten die Öffentlichkeit geradezu herausfordern, wohingegen die Maßnahmen gegen „unwertes Leben" von der Zwangssterilisierung bis zur physischen Vernichtung sich in sehr viel verdeckteren Formen vollzogen haben. Nach dem Krieg bestand die Reaktion auf die Vernichtung „unwerten Lebens" dann darin, daß man die Vorgänge als moralische Perversion ansah, womit sich die Medizin – in Selbstbesinnung – sowie die Gerichte zu beschäftigen hatten. Den damit zusammenhängenden historisch-politischen, sozialstrukturellen und wissenschaftssoziologischen Fragen ist man aber bis heute kaum nachgegangen, obwohl doch schon im Rahmen der Prozeßakten nicht wenig Material dafür zur Verfügung stand.

Die Paradoxie zwischen diesen Reaktionen[1] bringt möglicherweise einen Zusammenhang, der hier aber nur gleichsam als Leitidee vorgegeben werden kann: Der praktizierte Antisemitismus konnte – bei allem Grauen – immer noch zumindest für den deutschen Zeitgenossen als Akt einer begrenzten und einer Fremd-Vernichtung konzipiert und zur eigenen Entlastung abgeschoben, später aber auch eher wissenschaftlich objektiviert werden. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens" dagegen, in ihrer prinzipiellen und praktischen Unbegrenzbarkeit und im schnelleren und administrativ geschützteren Durchlaufen der Stufen von der sozialen Verfolgung bis zur physischen Vernichtung, war eine weit unmittelbarere Bedrohung jedes Individuums, war potentiell stets Umschlag der Vernichtung in die Selbst-Vernichtung; sie wird daher in der Situation der Bedrohung eher zum Protest disponieren, wird aber post hoc um so bereitwilliger in Form der Verweisung in moralische oder juristische Zuständigkeit verdrängt, d. h., ist nur mit entsprechend höherem psychischem Kostenaufwand wissenschaftlich zu objektivieren, wenn es richtig ist, daß Darstellung eine gewisse Distanz zum Gegenstand verlangt.

Diese Arbeit vermag nur einigen Aspekten der vernachlässigten politisch-historischen Bedeutung der Aktionen gegen „unwertes Leben" nachzugehen, zumal

[1] D. h. in beiden Fällen zwischen der Stellungnahme der Bevölkerung vor 1945 und der wissenschaftlichen Darstellung nach 1945.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie sich nur auf die bisher publizierten Prozeßakten oder auf sie gegründete Veröffentlichungen stützen kann. Sie stammen – zuweilen mit fragwürdigen Auswahlkriterien – fast ausschließlich von Ärzten, die nach 1945 erst von amerikanischen, dann von deutschen Gerichten und Behörden zur aufklärenden Mitarbeit herangezogen wurden[2], vor allem von Platen-Hallermund[3], Mitscherlich und Mielke[4], Leibbrand[5], v. Weizsäcker[6] und Schmidt[7]. In diesen Arbeiten und in ihrer Dokumentenauswahl wird einerseits dem Ausmaß der Vernichtung nachgespürt; andererseits dominiert hier die Suche nach juristischer und moralischer Schuld – und dies oft in einem bedauerlich engen, rein geisteswissenschaftlichen Bezugsrahmen, in dem man die Vernichtungsaktionen mit Vorliebe auf den Geist der Naturwissenschaft des 19. Jahrhunderts zurückführen will. In den letzten Jahren werden innerhalb der medizinischen Literatur allerdings andere, auch apologetische Akzente gesetzt, denen man, soweit sie eine Reaktion auf den bisherigen Moralismus darstellen, eine gewisse Berechtigung zubilligen muß. Dies gilt vor allem für die für das Gesamtproblem „Euthanasie" im übrigen vorzügliche Darstellung von Ehrhardt[8]. Wenig gemein damit hat das rein apologetische Buch des für die Kindertötung verantwortlichen Kinderklinikers Werner Catel, dessen Darstellung mit keinem Wort auf die Vorgänge im Dritten Reich und auf die Schlüsselposition des Verfassers selbst in ihnen eingeht; zweifellos hätte dieses wissenschaftlich fragwürdige und in seiner Absicht eindeutige Werk nicht viel früher als 1962 erscheinen können[9].

Unumgänglich ist schließlich noch eine begriffliche Vorklärung. Man hat schärfstens zu unterscheiden zwischen „Euthanasie" im Sinne von Sterbehilfe[10] und allen

[2] Hinsichtlich der Mitarbeit deutscher Psychiater bei alliierten Behörden und Gerichten ist folgendes bemerkenswert: Der Psychoanalytiker A. Mitscherlich war Leiter der deutschen Ärztekommission beim amerikanischen Militärgericht; man wird die Annahme nicht ganz widerlegen können, daß seine fachliche Ausrichtung und seine Tätigkeit dazu beitrugen, daß seine zunächst (1949) herausgegebene Dokumentation, die primär für Ärzte bestimmt war, keine Verbreitung fand, und daß der Affront gegen die Psychoanalyse, der sich auch nach 1945 in der deutschen Psychiatrie findet, in diesen Umständen eine Teilursache hat.

[3] Alice Platen-Hallermund, Die Tötung Geisteskranker, Verl. der Frankfurter Hefte, Frankfurt a. M. 1948.

[4] Alexander Mitscherlich und Fred Mielke, Medizin ohne Menschlichkeit, Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Fischer-Bücherei, Frankfurt a. M. 1960.

[5] Werner Leibbrand (Hrsg.), Um die Menschenrechte der Geisteskranken, Verl. Die Egge, Nürnberg 1946.

[6] Viktor v. Weizsäcker, „Euthanasie" und Menschenversuche, Lambert Schneider, Heidelberg 1947.

[7] Gerhard Schmidt, Selektion in der Heilanstalt 1939–1945, Ev. Verlagswerk Stuttgart 1965; dieses Buch ist die Ausarbeitung eines Berichtes aus den ersten Nachkriegsjahren, nachdem der Verfasser 1945 zum kommissarischen Leiter der bayerischen Anstalten bestimmt worden war.

[8] Helmut Ehrhardt, Euthanasie und Vernichtung „lebensunwerten" Lebens, Enke, Stuttgart 1965.

[9] Werner Catel, Grenzsituationen des Lebens, Beitrag zum Problem der begrenzten Euthanasie, Nürnberg 1962. Dieses Buch löste eine umfangreiche Diskussion aus, wurde von ärztlicher Seite zumeist scharf abgelehnt, während die effekt-wirksame Darstellungsweise des Autors vor allem in nicht-ärztlichen Kreisen auch Zustimmung erzielte.

[10] In Ehrhardt, a. a. O., ist eine vorzügliche Differenzierung von der selbstverständlichsten

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aktionen der „Vernichtung lebensunwerten Lebens", die prinzipiell auch gegen nicht-sterbende Menschen gerichtet sind. Die Vermischung beider Begriffe war – und ist – ein hervorragendes Vehikel[11] für Durchführung, Exkulpierung, Propagierung und Expansion der „Lebensvernichtung", dieser Begriff soll im folgenden verkürzend gebraucht werden[12].

2. Die Lebensvernichtung im Zusammenhang von Doktrin und Geschichte

a) Beziehung zur Rassendoktrin

Wie das Denken in Rassenunterschieden erst in einer bestimmten Phase beginnt, seine wissenschaftliche Formulierung mehr oder weniger bewußt in den Dienst politisch effektiver Forderungen zu stellen und zur unmittelbaren, als sittlich ausgegebenen Tat zu drängen, so wird im gleichen Zeitraum – um das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts – von dem alten Problembereich der Euthanasie aus die Forderung nach Ausdehnung des Raums straffreier Lebensvernichtung erhoben. Wenn auch rassentheoretische Forderungen und solche nach erweiterter Tötungserlaubnis bis in die Zeit nach 1933 hinein von ganz verschiedenen Personenkreisen vertreten wurden und erstere viel eher dazu disponiert waren, zur gesellschaftlichen Bewegung zu werden, so haben sie doch mehr gemeinsam als nur den Zeitpunkt ihres ersten Auftretens: nämlich den Bruch zwischen wissenschaftlicher Objektivität und subjektiv begründeter Tat, zwischen Vernunft und Praxis oder den Umschlag der liberalen in antiliberale Zielsetzung – im Namen von Fortschritt und Humanität. In diesem Sinne ist Adornos Satz zu verstehen: „Die Antisemiten waren zuletzt Liberale, die ihre antiliberale Meinung sagen wollten."[13] Dieser spezifische Bruch bzw. Umschlag im Bereich des medizinisch-theologisch-juristischen Problems der Euthanasie, d. h. die erste Forderung nach Lebensvernichtung mit „neuer" Begründung liegt in der Schrift von A. Jost (1895) vor[14]. Das Buch mit dem be-

bis zur problematischsten Form der Euthanasie zu finden; in allen Situationen handelt es sich dabei grundsätzlich um sterbende Menschen. Die Anwendung des Begriffs Euthanasie sollte unbedingt hierauf beschränkt bleiben.

[11] Verfasser hatte Gelegenheit, mehrere Diskussionen zu leiten, in denen die Vermischung beider Begriffe – in Fragen der Euthanasie wie der Sterilisierung – das Mittel war, in Richtung auf Vernichtung gehende Intentionen in passabel klingende Worte zu kleiden. Die Medizin selbst hat bis heute nur unzureichend Möglichkeiten gefunden, die abstrakte Wert-Unwert-Rechnung durch eine die sozialen Situationen konkretisierende Darstellung zu ersetzen, rettet sich vielmehr häufig durch vorschnellen Sprung auf die moralische Ebene.

[12] Es ist bezeichnend, daß sich bis heute kein Begriff eingebürgert hat, mit dem man die NS-Vernichtungsaktionen benennt. Zumeist übernimmt man den fatalen Begriff der „Vernichtung lebensunwerten Lebens". Hier wird der Begriff „Lebensvernichtung" vorgeschlagen, da er verkürzt, gegen die Hilfe an Sterbende abgrenzt und die potentielle Universalität der Vernichtungsintention faßt: sie ist gegen Formen menschlichen Lebens allgemein gerichtet, primär nicht gegen bestimmte rassische oder soziale Gruppen. Zu diskutieren wäre auch der Begriff der „Unwertvernichtung".

[13] Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, Dialektik der Aufklärung, Amsterdam 1947, S. 235.

[14] Ad. Jost, Das Recht auf den Tod, Göttingen 1895.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeichnenden Titel „Das Recht auf den Tod" ist zunächst vor allem antireligiös. Ausgehend von Schopenhauers Kulturpessimismus und dessen Begriff des Mitgefühls als Basis aller Moral erscheint ihm die religiöse Absolutsetzung des Lebens als herzlos gegenüber dem unheilbar kranken Individuum, schädlich gegenüber den Interessen der Gesellschaft, als unvernünftig und rückständig, da nun einmal der Wert eines individuellen Lebens negativ werden kann; mit der Forderung, daß Mitleid zur Tat geführt werden soll, wird der Grundsatz „Das Recht auf den Tod ist die Basis des gesunden Lebens" als eine entscheidende „soziale Reform" propagiert. Nicht weniger deutlich wird der antiliberale Umschlag Josts, wenn er den absoluten Wert des Lebens mit dem Hinweis abtut, daß Staat und Gesellschaft im Krieg Hunderttausende opfern, und wenn er das Bedenken der diagnostischen Unsicherheit der Unheilbarkeit damit ausräumt, daß ein Irrtum im Einzelfall leicht wiegt gegenüber den Qualen von Tausenden und der Wohlfahrt der Gesellschaft.

Parallel dazu sehen wir den liberal-antiliberalen Umbruch auf dem Gebiet der Rassentheorien in Houston Stewart Chamberlains Hauptwerk von 1899 verkörpert[15]. Auch hier findet sich als Ausgangspunkt ein Kulturpessimismus – diesmal der Gobineaus – der von Chamberlain als Bedrohungs- und Krisenbewußtsein erlebt und scheinbar rational-naturwisenschaftlich als Rassenproblem beschrieben und erklärt wird. Das Gefühl der Bedrohtheit läßt aber das Bedürfnis nach möglichem „sozialen Handeln" dringend werden, nimmt die naturwissenschaftliche Erklärung als solche nicht sonderlich ernst, sondern überhöht sie sogleich in dem Begriffspaar von „Fortschritt" und „Entartung", wodurch das „soziale Handeln" vor allem andern auf Wertung und „subjektiv gemeinten Sinn"[16] gestellt wird: Nach Chamberlain nämlich haben die beiden Begriffe „Fortschritt" und „Entartung" nichts mit „dem gesunden Boden der konkreten historischen Tatsachen", also mit der Geschichte, soweit es sich um „objektive Wirklichkeiten" handelt, aber auch nichts mit irgendeiner Theorie zu tun, sehr viel jedoch mit „inneren Gemütszuständen (im letzten Grunde . . . transcendenten Ahnungen), die das Individuum auf seine Umgebung hinausprojiziert". Sehr viel zu tun haben diese Begriffe auch mit dem Kantschen Gebot der praktischen Vernunft, wobei Chamberlain Kants Antinomie dadurch auflösen will, daß er dem Handeln nach der Hypothese des Fortschritts „den Glauben nach der Hypothese des Verfalls" zur Seite stellt – beides als „innere Orientierung der Seele". Fortschritt und Verfall gelten als allgemeine Erscheinungen nur allegorisch, dagegen sensu proprio für jedes individuelle Leben, „also auch" – und hier liegt der andere Teil des Umbruchs, der es Chamberlain erlaubt, subjektive Wertungen scheinbar naturwissenschaftlich legitimiert in organismischer Übertragung auf gesellschaftliche Phänomene anzuwenden – „also auch [für] die individuelle Rasse, die individuelle Nation, die individuelle Kultur; das ist

[15] Houston St. Chamberlain, Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, 27. Aufl. (2 Bde), München 1941.

[16] Es sind hier absichtlich diese Kernbegriffe Max Webers benutzt worden, um anzudeuten, daß die Begriffsbildung Chamberlains durchaus in diesem Zusammenhang diskutiert werden könnte.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eben der Preis, der bezahlt werden muß, um Individualität zu besitzen"[17]. Diese Position, die durchaus auch in anderen philosophischen und wissenschaftlichen Bereichen der damaligen Zeit eine Rolle spielt[18], gibt Chamberlain die Möglichkeit, seine Erkenntnisse auf „unmittelbare Erfahrung", „tägliche Empfindung", „Erlebnisse der Gegenwart"[19] zu stützen: „Unmittelbar überzeugend wie nichts anderes ist der Besitz von ‚Rasse' im eigenen Bewußtsein."[20] Den letzten Beweis dafür, daß es sich bei diesem Rassebegriff nicht mehr um Naturwissenschaft handelt, sondern um ein nahezu beliebig handhabbares Mittel, sozialem Handeln subjektiv gewünschte Ziele zu setzen, liefern die Charakterisierung der deutschen Reichsgründung von 1871 als „Erfolg von Rassen*erzeugung* durch Nationenbildung"[21] und das Bekenntnis Chamberlains, daß die Tatsache, „ein praktischer, handelnder, dem Leben angehöriger Mann"[22] zu sein, genüge, um wissenschaftliche Skrupel über den Begriff Rasse auszuräumen: „Würde auch bewiesen, daß es in der Vergangenheit nie eine arische Rasse gegeben hat, so wollen wir, daß es in der Zukunft eine gebe, für Männer der Tat ist dies der entscheidende Gesichtspunkt."[23]

Aus dieser Interpretation Chamberlains muß festgehalten werden, daß nicht die naturwissenschaftliche Hypothese als solche die Rassendoktrin erzeugt, sondern die wissenschaftlich unmögliche Psychologisierung dieser Hypothese, ihre Hineinnahme in die Innerlichkeit, ihr „Besitz im eigenen Bewußtsein"; denn dies soll es gestatten, sie durch den subjektiven Willkürakt, durch die manipulative Tat zu verifizieren[24]. Zugleich aber wird die naturwissenschaftliche Diktion in einer Art „doppelter Buchführung"[25] beibehalten, um der erstrebten Deutung des Fortschritts- und Verfallsbegriffs unangreifbare wissenschaftliche Autorität zu geben.

Eine gewisse Doppeltheit des Bewußtseins findet man, zwar nicht durchgängig, aber doch häufig auch später dort, wo öffentlich die Forderung nach Ausrottung oder Vernichtung erhoben wird. So steht nebeneinander die unbeschränkte Dienstverpflichtung der Vernunft durch die Praxis und das Wissen um die Illegitimität dieses Verfahrens. Gibt doch etwa Ploetz zu, seine Forderung nach Tötung mißbildeter Kinder als rassenhygienische Utopie von einem bewußt einseitigen Standpunkt aus

[17] Chamberlain, a. a. O., S. 850f.; s. auch S. 854f.

[18] Hier wären Vaihinger, Max Weber, Tönnies, Meinecke, Lebensphilosophie, Phänomenologie und Existenzphilosophie – formal – zu bedenken.

[19] Zitate s. Chamberlain, a. a. O., S. 320, 523 bzw. 343.

[20] Ebenda, S. 320.

[21] Ebenda, S. 348. Hervorhebung von mir.

[22] Ebenda, S. 317.

[23] Ebenda, S. 317, Fußnote.

[24] Chamberlain, der sich mit Kant auseinandergesetzt hat, interpretiert dessen „praktische Vernunft" wie später Heidegger: Dieser trennt Praxis und Vernunft nicht nur, sondern läßt die „Achtung" über das „Gesetz", Praxis über Vernunft triumphieren und trägt so erheblich zur Haltung des antirationalen Dezisionismus bei; s. M. Heidegger, Kant und das Problem der Metaphysik, Frankfurt a. M. 1951².

[25] Zur gleichen Zeit wurde in der Psychiatrie der Krankheitsbegriff „Schizophrenie" „erfunden"; als wesentlichstes Symptom sah man damals oft eine gleichzeitige Zugehörigkeit zu zwei verschiedenen Realitäten an, die man gern als „doppelte Buchführung" bezeichnete.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorzutragen[26]; auch Ernst Mann ist sich über die Künstlichkeit einer scharfen Trennung von „gesund" und „krank" zur Ermöglichung seiner besonders radikalen Forderungen nach Lebensvernichtung im klaren, rechtfertigt sie aber in seinem ominösen Roman „Die Erlösung der Menschheit vom Elend" (1922) als notwendiges Mittel im Dienst einer „kraftvollen Entfaltung der Menschheit"[27]; Rosenberg mag – wie Nolte meint – von „Beseitigung" und „Vernichtung" immer nur metaphorisch gesprochen haben[28]; und selbst Hitlers von Rauschning überlieferter Ausspruch mag partiell glaubhaft sein, daß er den Rassebegriff nur benutzt habe, zur gedanklichen Unterstützung seiner Absicht, „eine ganz neue, antihistorische Ordnung zu erzwingen"[29].

Der bisherige Vergleich des Denkens in Kategorien der Rassendoktrin und solchen der Lebensvernichtung gibt Anlaß dazu, trotz verschiedener Herkunft beider Denkarten eine Reihe von Gemeinsamkeiten herauszustellen, die als „imperialistische Denkstruktur"[30] bezeichnet werden sollen. Diese Begriffsbildung stützt sich zum Teil auf Hannah Arendts Analyse des kontinentalen – speziell deutschen – Imperialismus, der – an der Großraumaufteilung der Erde verhindert – den Eigenanspruch „in das Innere der eigenen Seele" verlegt, sich Heloten im eigenen Land schafft und sie biologisch definiert[31]. Die wichtigsten Merkmale dieser imperialistischen Struktur des Denkens und Wollens sind: Ausgehen von der Annahme der Bedrohung durch den Verfall von Macht und Kultur; Beweis durch Annahme biologischer Entartung (Rassenmischung bzw. Keimschädigung durch „unwertes Leben") und durch subjektiv-voluntaristische Bewertung psychologischer und sozial-historischer Prozesse auf Grund angeblich naturwissenschaftlicher Fakten; Schuld am Verfall ist der Individualismus und der Glaube an rationale Theorien; beides ist zu überwinden: die wahren (organismischen) Individuen sind Volk und Nation, denen gegenüber das Schicksal des Einzelindividuums wertlos ist und – wenn notwendig – geopfert werden muß; die rationale Theorie selbst ist ebenso wertlos, muß gegründet werden auf vorgängiges unmittelbares Erfahren und Erleben, auf die dezisionisti-

[26] Alfred Ploetz, Die Tüchtigkeit unserer Rasse und der Schutz der Schwachen, Berlin 1895, S. 143f.

[27] Ernst Mann, Die Erlösung der Menschheit vom Elend, Weimar 1922, zit. nach Leibbrand, a. a. O., S. 11.

[28] Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 483.

[29] Zit. nach Georg Melchers, Biologie und Nationalsozialismus, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965, S. 69.

[30] Allerdings werden erst die nächsten Abschnitte hinlänglich Belege für die Zugehörigkeit auch der Lebensvernichtungsdoktrin zur „imperialistischen Denkstruktur" bringen. Dieser Begriff wird hier im Sinne einer historisch orientierten Wissenschaftssoziologie gebraucht, während ein Begriff wie der des „totalitären Denkens" zu formalsoziologisch-typologisch zu sein scheint, um den hier verfolgten Zielen dienlich zu sein. Es soll nur als Frage formuliert werden, ob auf dem hier behandelten Gebiet in der Entwicklung des Nationalsozialismus später etwas spezifisch Neues auftrat, das die Einführung eines neuen Begriffs rechtfertigen würde.

[31] Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1962, besonders S. 336–344, 369ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Bewertung der Fakten aus der Innerlichkeit heraus, d. h. auf die setzende Tat, die Praxis selbst. Dies wird als die wahre „soziale Reform" angesehen, die gerade dadurch ihre Faszination für Einzelne wie für „Bewegungen" hat, daß ihr Ziel in doppelter Weise die Expansion in die unerreichbare abstrakte Unendlichkeit erfordert, so daß jede erreichte Stufe stets wieder als bloße Vorbereitung bezeichnet werden kann: einmal ist das der Biologie entnommene Ideal der Gesundheit der Gesellschaft nie definierbar, als Forderung immer weiter zu steigern, d. h. auf einen immer kleineren Kreis von Menschen zu beziehen, bis es in fortschreitender Verwirklichung ins Gegenteil umschlägt[32] – von der prinzipiell beliebig definierbaren Mystik des „Blutes" ganz abgesehen; zum anderen ist in diesen Forderungen notwendig die Expansion auf das ganze gegenwärtige und zukünftige Menschengeschlecht enthalten, und gerade in diesem missionarischen Postulat der „Fortentwicklung und Aufbesserung der Menschheit"[33] gründet das imperialistische Denken seine Verkündung der neuen Sittlichkeit und Humanität[34]. Vielleicht das wichtigste Kriterium dieser Denkstruktur aber mag sein, was man „Normalisierung des Krieges" nennen kann, d. h. die Berufung auf Krieg und Kampf, um die Forderung nach individuellen Opfern zu legitimieren[35] oder: die Faszination der großen Zahl gegenüber dem zu vernachlässigenden Einzelfall.

Diese Merkmale bleiben die gemeinsame Basis beider Denkarten und ihrer Programme, sie radikalisieren sich in der Folgezeit, verdrängen ihre rationalen Kerne – hier „positive Eugenik", dort tätiges Mitleid der „Sterbehilfe" – zum bloßen Aushängeschild, bis sie in der Vernichtungspraxis während des 2. Weltkrieges miteinander verschmelzen.

Mit Hilfe der erarbeiteten Kriterien wird jetzt nur noch die Entwicklung des Programms der Lebensvernichtung verfolgt. Bis zum Ersten Weltkrieg blieb diese Entwicklung ambivalent – im Sinne der Äußerung antiliberaler Meinungen durch Liberale, so vor allem als Forderung des „Monistenbundes" (W. Ostwald und E. Haeckel). Der entscheidende Schritt in der Verallgemeinerung des Programms erfolgte 1920 durch die Schrift von Binding und Hoche „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form". Die beiden Gelehrten – ein Jurist und ein Psychiater, die zu den bedeutendsten ihrer Zeit gehören – erweitern einerseits den Kreis der zur Tötung Freizugebenden erheblich: zu den „unheilbar Kranken" Josts treten die Geisteskranken, Schwachsinnigen, die idiotischen

[32] Ähnliche Probleme, wenn auch nicht mit so gefährlichen Auswirkungen, haben die psychohygienischen Bewegungen (mental health movements), die im übrigen auch dem Jahrzehnt um die Jahrhundertwende ihre Entstehung verdanken: sie suchen bis heute im wesentlichen vergeblich nach einer positiven Definition der „mental health".

[33] Kurt Goldstein, Über Rassenhygiene, Berlin 1913, S. IV; dieser bedeutende Psychiater empfiehlt Frieden zwischen den Völkern weißer Rasse, um so „am leichtesten der gelben Gefahr widerstehen zu können", S. 95.

[34] Wolfgang Stroothenke, Erbpflege und Christentum, Leipzig 1940, S. 6.

[35] Es gehört zur gemeinsamen Struktur des modernen Antisemitismus wie der Lebensvernichtungsdoktrin, daß man beteuert, die geforderten Maßnahmen seien nicht gegen Individuen persönlich gerichtet.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kinder, ja sogar Kinder mit Mißbildungen, womit das Moment des Zwangs, der von außen herangetragenen Bewertung des Lebenswertes eines Individuums in diesem Zusammenhang in den Vordergrund tritt. Danach gilt „das Prinzip der Erhaltung fremden Lebens" nicht mehr absolut[36], was aber nichts anderes heißt, als daß jeder Mensch seine Existenzberechtigung erst nachzuweisen hat. Dies wird gegenüber dem „überspannten Humanitätsbegriff" der bürgerlichen Zeit als Fortschritt gefeiert, als „Standpunkt einer höheren staatlichen Sittlichkeit". Der politisch-ideologische Hintergrund zeigt sich darin, daß „das Bewußtsein der Bedeutungslosigkeit der Einzelexistenz, gemessen an den Interessen des Ganzen", daß „heroische Seelenstimmungen" zu Voraussetzungen der Durchführung des Programms erhoben werden[37]. Die betreffenden Menschen bzw. Patienten werden als das „furchtbare Gegenbild echter Menschen", als „Ballastexistenzen", „leere Menschenhülsen" und „geistig Tote" abgesetzt. Hier wird deutlich, wie mit der Minimisierung des Einzelnen gegenüber dem Ganzen aus dem tätigen Mitleid mit Sterbenden und dem utilitaristischen – allenfalls noch rationalen – Gefühl der Lästigkeit der ökonomisch Nutzlosen schließlich die Angst vor den sozial Fremden überhaupt wird: denn als entscheidendes Kriterium noch vor dem mangelnden „inneren, subjektiven Anspruch auf Leben" wird der „Fremdkörpercharakter der geistig Toten im Gefüge der menschlichen Gesellschaft" angegeben[38]. Mitleid wird ausdrücklich als „unausrottbarer Denkfehler" bezeichnet mit der Begründung: „Wo kein Leiden ist, ist auch kein mit-Leiden."[39] Zu beachten ist hier wieder der Unterschied, daß die Rassendoktrinäre die Bezeichnung ihrer jeweiligen „Gegenbilder" als „fremd" wenigstens dem Anspruch nach naturwissenschaftlich legitimieren, während auf der Seite der Lebensvernichtung von vornherein viel stärker ein normativ-staatsautoritärer Standpunkt bezogen wird. Das ist dem Rasseanthropologen Günther nicht entgangen, wenn er gegen die Entartung durch Erbschäden „staatliche Maßnahmen", gegen die „Entnordung" aber gesellschaftliche „Selbsthilfe" verlangt[40], ein Unterschied, der ebenfalls erst während der Verschmelzung von Staat und Gesellschaft im Zweiten Weltkrieg sich aufhebt. Gegen die Bedenken, daß auf beiden Wegen hier eine „Rangabstufung der Volksgenossen" ihrem Wert nach eingeführt wird, findet Günther den charakteristischen Trost, daß sich all diese Maßnahmen ja nicht gegen den einzelnen Menschen richten[41]. Die staatsautoritär-organismische Position sowie die der „neuen Sittlichkeit" bei Binding und Hoche lassen sich abschließend nicht besser als durch zwei Zitate belegen:

> „Wir haben es, von fremden Gesichtspunkten aus, verlernt, in dieser Beziehung den staatlichen Organismus im selben Sinne wie ein Ganzes mit eigenen Gesetzen und Rechten zu betrachten, wie ihn etwa ein in sich geschlossener menschlicher

[36] Karl Binding und Alfred Hoche, Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens, 2. Aufl., Leipzig 1922, S. 49.

[37] Ebenda, S. 59f.

[38] Ebenda, S. 57.

[39] Ebenda, S. 59.

[40] Hans F. K. Günther, Rassenkunde des Deutschen Volkes, München 1934, S. 464.

[41] Ebenda, S. 466.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Organismus darstellt, der, wie wir Ärzte wissen, im Interesse der Wohlfahrt des Ganzen auch einzelne wertlos gewordene oder schädliche Teile oder Teilchen preisgibt und abstößt."[42]

Es versteht sich, daß hier unter „fremden Gesichtspunkten" sowohl Aufklärungs-Humanismus, Liberalismus, christliche Nächstenliebe als auch Psychoanalyse[43] und Marxismus verstanden und getroffen werden sollen.

„Es gab eine Zeit, die wir jetzt als barbarisch betrachten, in der die Beseitigung der lebensunfähig Geborenen und Gewordenen selbstverständlich war; dann kam die jetzt noch laufende Phase, in welcher schließlich die Erhaltung jeder noch so wertlosen Existenz als höchste sittliche Forderung galt; eine neue Zeit wird kommen, die von dem Standpunkte einer höheren Sittlichkeit aus aufhören wird, die Forderungen eines überspannten Humanitätsbegriffs und seiner Überschätzung des Wertes der Existenz schlechthin mit schweren Opfern dauernd in die Tat umzusetzen."[44]

Die Freimütigkeit des Rekurses auf das barbarische Zeitalter[45] und die Prognose künftiger neo-barbarischer Sittlichkeit wirken von heute her ebenso visionär wie die schärfste Kritik, die Binding und Hoche erfahren haben: in einer Untersuchung von E. Meltzer (1925) wird die Verwirklichung eines solchen Lebensvernichtungsprogramms an die Existenz eines „Zuchthausstaates" geknüpft[46].

In der Radikalität der Forderungen und in der Prägnanz, mit der die aufgezeigte gemeinsame Denkstruktur mit der Rassendoktrin zum Ausdruck kommt, bleiben Binding und Hoche bis 1933 in der Diskussion der Lebensvernichtung unübertroffen, – den gänzlich überspannten Extremismus des zitierten Romans von Ernst Mann ausgenommen. Daß die Lebensvernichtung in den zwanziger Jahren mehr Zustimmung von juristischer, ja von theologischer Seite[46a] gefunden zu haben scheint als von Medizinern, weist wieder auf die mehr normative als naturwissenschaftliche Auffassung dieses Programms hin, freilich auch auf das fatale Bedürfnis der Zeit nach einer neuen – heroischen, ganzheitlich-kollektiven und lebensbeschränkenden – Sittlichkeit. Zur richtigen vergleichenden Einschätzung muß hinzugefügt werden, daß in den Euthanasiebewegungen anderer Länder – in England und den USA traten sie in den dreißiger Jahren auf – Binding und Hoche weder inhaltlich noch in der Motivation je zum Vorbild genommen wurden: es ging hier stets nur um die Sanktionierung der bloßen Sterbehilfe[47].

1933 schiebt sich mit der Propagierung der *Sterilisation* bei verschiedenen meist als erblich angesehenen Krankheiten, mit ihrer gesetzlichen Fixierung am 14. Juli 1933 unter Einschluß der Meldepflicht und des Zwangs und mit der alle inter-

[42] Binding, a. a. O., S. 56.

[43] Hoche predigte in anderen Arbeiten und in Gedichten kämpferischen Atheismus, „heroischen Nihilismus" und bekämpfte die Psychoanalyse.

[44] Binding, a. a. O., S. 62.

[45] Mit Vorliebe wird in allen Schriften auf Sparta und die Ansichten Thomas Morus' verwiesen, ohne die Unterschiede der historischen Situation zu berücksichtigen.

[46] Ewald Meltzer, Das Problem der Abkürzung „lebensunwerten" Lebens, Halle 1925.

[46a] Vgl. Helmuth Schreiner, Der Nationalsozialismus vor der Gottesfrage, Illusion oder Evangelium?, Berlin 1931, bes. S. 29f.

[47] Ehrhardt, a. a. O., S. 11ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nationalen Vergleiche sprengenden Gründlichkeit der Durchführung des Gesetzes ein wichtiges Bindeglied zwischen die Intentionen zur Reinhaltung und Aufbesserung der Rasse und der Lebensvernichtung[48]. Zwar wird die Unfruchtbarmachung als „negative eugenische Maßnahme" eingeführt, doch wird die Grenze gegen die Tötung immer fließender, nicht nur wegen des Mangels an wissenschaftlich gesichertem Wissen und wegen des zumindest im Dritten Reich immer möglichen Einfließens ideologisch-politischer Argumente in die gutachterliche Entscheidung, sondern auch auf Grund einer Gesetzesänderung von 1935, die auch einen Eingriff bei Schwangeren erlaubt. Ausgerechnet von einem Theologen – aber auch von anderen – wurde in diesem Zusammenhang „Beschränkung des Lebens" als „neuer Wert" angesehen, der die gemeinsame Basis für Eugenik und Euthanasie darstellen soll[49]. Vor allem aber wurde die Sterilisation mit solchen Heilserwartungen bzw. Haßausbrüchen verbunden und galt von vornherein nur als erster, noch ganz ungenügender Schritt, daß jedem Unvoreingenommenen die Tendenz klar sein konnte. Es ist hier vor allem des offiziellen Kommentars der Sterilisierungsgesetze von Gütt, Rüdin und Ruttke zu gedenken, dessen Bezug am 6. März 1934 vom Reichsführer der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands allen Kassenärzten zur Pflicht gemacht wurde, was den Verlag Lehmann veranlaßte, eine Vorzugspreis-Auflage des umfangreichen Werkes zu RM 3,– herauszugeben. In diesem Buch wird von der – wissenschaftlich in dieser Form fiktiven – Zunahme der Erbkrankheiten und asozialen Geistesanlagen als ungeheurer Volksbedrohung ausgegangen[50]. Hier findet sich erstmals die später in der Literatur stets wiederholte Berechnung, daß bei einem Bevölkerungsanteil der erblich Minderwertigen und Asozialen von 50% und ihrer höheren Fortpflanzungsquote „in etwa 3 Geschlechterfolgen . . . von den Gesunden fast nichts mehr übriggeblieben sein" würde[51]. Ganz offen werden zwei Motive der Sterilisierung als negativer Eugenik eingeführt: 1. „den Volkskörper zu reinigen und die krankhaften Erbanlagen allmählich auszumerzen" und 2. „das Primat und die Autorität des Staates, die er sich auf dem Gebiet des Lebens, der Ehe und der Familie endgültig gesichert hat"[52]. Im übrigen heißt es, daß „die große Linie",

[48] Schon 1932 lag der Entwurf eines Sterilisierungsgesetzes des Preußischen Landesgesundheitsamtes bereit und sollte dem Reichstag vorgelegt werden, sah aber neben anderen Unterschieden zum Gesetz von 1933 keinen Zwang vor. – Seit einigen Jahren wird in der Bundesrepublik wieder zunehmend die Freigabe der Sterilisierung gefordert, die in der Tat z. B. für Sittlichkeitsverbrecher eine diskutable Alternative für lebenslange Sicherungsverwahrung sein kann. Es wird jedoch sogleich auch wieder an die Forderung des Zwangs gedacht, wobei sich an der abstrakt-wertenden Argumentation wenig geändert hat. Vgl. Hans Nachtsheim, Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses aus dem Jahre 1933 in heutiger Sicht, Ärztliche Mitteilungen 1962, Nr. 33, S. 1640–44 u. Nr. 48, S. 2518–19, ähnlich der Berliner Gesundheitssenator G. Habenicht, nach „Die Welt" vom 1. 11. 1966.

[49] Stroothenke, a. a. O., S. 97.

[50] Arthur Gütt, Ernst Rüdin, Falk Ruttke, Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (erläutert), München 1934, S. 52.

[51] Ebenda, S. 50.

[52] Ebenda, S. 5; trotz dieser offiziellen Erläuterung der Intention des Gesetzes hält Nachtsheim, a. a. O., es heute für ein „unpolitisches Gesetz".

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht die individuellen Ausnahmen der Erbgesetze zu sehen sei, wird „erbkrank", „asozial" und „antisozial" nahezu identifiziert und wird versichert, daß die Wirksamkeit der Gesetze bisher unzureichend und viel zu langsam sei. Sie wären daher auf weitere Bevölkerungskreise auszudehnen.

Im Zuge dieser ersten Verwirklichung der rassenpolitischen Ideen und des Hinaufzüchtungsmythos wurde von 1933 an auch die Formulierung des damit korrespondierenden Vernichtungswillens in den Reden der Politiker und zahlreicher Wissenschaftler unverhüllter. Hitler selbst freilich hatte schon 1929 in seiner Schlußrede auf dem Nürnberger Parteitag erklärt: „Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen und 700000–800000 der Schwächsten beseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis vielleicht sogar eine Kräftesteigerung sein."[53] Der nach der „Machtergreifung" zum Professor avancierte Sozialdarwinist Ploetz forderte auf einem internationalen Rassehygiene-Kongreß in Berlin 1935, daß „die kontraselektorische Wirkung eines Krieges durch Erhöhung der Ausmerzungsquote wettzumachen" sei[54]. Der Rassenhygieniker Professor Kranz stellte den wissenschaftlich unsinnigen Begriff der „Psychopathen-Sippen" auf und leitete davon ebenfalls 1935 die Forderung nach Ausmerzung von einer Million Psychopathen ab[55]. Der Philosoph Ernst Bergmann sprach 1933 von einem „Weltkrieg gegen die Idioten, Kretins und Schwachsinnigen, Gewohnheitsverbrecher und sonstwie Degenerierten und Verseuchten" und wollte von dem „Menschenkehrricht der Großstädte . . . getrost eine Million beiseitegeschaufelt" wissen[56]. Fritz Lenz stellte die Beziehung auf, daß um so weniger Sterilisierung notwendig sei, je mehr Euthanasie bei Kindern durchgeführt würde[57]. Zunehmend wird all dies nur noch der Autorität gegenüber dem Publikum halber als Naturwissenschaft bezeichnet. Dagegen definierte der Sozialanthropologe Professor E. Mühlmann 1933 das rassenhygienische Kernproblem der korrelierenden Begriffe Auslese-Ausmerze als „angewandte Soziologie und Anthropologie"[58]. Aber erst während der Vernichtungsaktionen selbst zeigte es sich mit letzter Deutlichkeit, daß „Rasse" bzw. „unwertes Leben", da subjektiv bestimmt, nur der unangreifbarste und abstrakteste Sammelbegriff für alle in irgendeiner Hinsicht Fremden, Geächteten, Mißliebigen oder ökonomisch Unbrauchbaren war, wie Schmidt es an Hand der Akten der Eglfinger Anstalten demonstrieren konnte[59]. „Rasse" wie „Erblichkeit" wurden zu Leerformeln gemacht, unter die alles Beliebige im grade erwünschten Umfang subsumiert und der Vernichtung zugeführt werden konnte.

---

[53] Völkischer Beobachter, Bayernausgabe, 7. 8. 29.

[54] Platen, a. a. O., S. 34.

[55] A. a. O., S. 34.

[56] Zit. nach Stroothenke, a. a. O., S. 113.

[57] A. a. O., S. 112.

[58] W. E. Mühlmann, Ausleseprozesse in der menschlichen Gesellschaft, in: Bremer Beiträge zur Naturwissenschaft, Sonderband 1933, S. 21.

[59] Schmidt, a. a. O., S. 51 und 60–92.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

b) Vorbereitung der Medizin zur Durchführung der Vernichtung

Auf die Probleme der Erblichkeit besonders psychischer Krankheiten und der Degenerationskrankheiten[60] kann hier nicht eingegangen werden. Diese Sichtweise trat zunächst in Frankreich in den Vordergrund, und zwar in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts vor allem durch Morel, Moreau und Magnan. Sie gewann aber selbst in der verwirrenden Zeit der Dreyfus-Affäre keine zu große außermedizinische bzw. politische Bedeutung. Auch in Deutschland bleiben diese Konzepte zunächst im Bereich der medizinischen Diskussion. Zweifellos treten jedoch in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende diese Aspekte – von heute her gesehen weit über Gebühr – hervor und greifen auch auf andere Denkbereiche über. Besonders die psychopathologischen Erscheinungen werden vorzüglich unter Kategorien der Erblichkeit, der Entartung, angeborener Mängel der Konstitution, Minder- und Höherwertigkeit, der Charaktertypologien oder der „landsmannschaftlich-rassischen Gebundenheit" gesehen. Wohl nicht zufällig in dieser Zeit (1891) prägte J. L. A. Koch den Begriff des Psychopathen in seinem Buch mit dem richtunggebenden Titel „Die psychopathischen Minderwertigkeiten"[61]. Die in dieser Phase der Psychiatrie führenden Ärzte Emil Kraepelin und Ernst Kretschmer werden daher von ideologisch interessierten Wissenschaftlern wie Günther ausgiebig zitiert. Zum Teil als Reaktion auf diese Tendenz entwickelt sich die Psychoanalyse Freuds und seiner Schüler. Die Feindschaft zwischen der orthodoxen Psychiatrie und der Psychoanalyse ist die heftigste und unsachlichste in der Geschichte dieser Wissenschaft. Dies hat damit zu tun, daß sich die fachlichen Gegensätze (z. B. zwischen Psychose und Neurose, endogen und exogen, Anlage und Milieu) in die ideologische Alternative Rasse versus Klasse – wenn auch von der Sache her nicht voll begründet – ausdehnen ließen. Hoche, der den Begriff der „Vernichtung lebensunwerten Lebens" prägte, war zugleich der Psychiater, der die Psychoanalyse am ausfälligsten angriff. Um das Bild nicht zu verzerren, muß jedoch erwähnt werden, daß auf dem Karlsruher Ärztetag 1921 die gesetzliche Formulierung der „Euthanasie" noch einstimmig gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt wurde[62]. Um so eindrucksvoller wirkt der Vergleich der psychiatrischen Zeitschriften der Jahre bis 1933 mit den Jahrgängen unmittelbar nach der Machtergreifung. Schon die ersten Nummern nach dem Januar 1933 lassen in zahlreichen Beiträgen ein bisweilen emphatisches Gefühl der Befreiung von einem Druck erkennen, als ob man endlich seine wirkliche Meinung schreiben, lange als richtig erkannte Intentionen verwirklichen könne. Die damalige Psychiatrie konnte in der Tat glauben, daß nun ihre Stunde gekommen sei, daß sie nun einen starken, gegenüber ihren Reformbestrebungen aufgeschlossenen Staat als Bundesgenossen habe, „wie überhaupt der deutsche

[60] Hierunter versteht man nach der klassischen Formulierung – die gleichwohl unsinnig ist –, daß das Erbgut einer Sippe sich im Laufe von 3–4 Generationen von der Nervosität über verschiedene Psychosen-Formen bis zum tiefsten Blödsinn und der Lebensunfähigkeit verschlechtert.

[61] J. L. A. Koch, Die psychopathischen Minderwertigkeiten, Ravensburg 1891; schon 1888 hatte er in seinem „Leitfaden der Psychiatrie" ein Kapitel mit diesem Begriff überschrieben.

[62] Allgem. Zschr. f. Psychiatr. 79 (1923), S. 441.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parlamentarismus sich als unfähig erwiesen hat, grundsätzlich neue Wege zur Rettung unseres Volkes zu beschreiten", während es der „Denkweise des Führers" vorbehalten blieb, „in die Tiefe und das Wurzelhafte des Wesens der Dinge und des völkischen Geschehens einzudringen"[63]. Zur gleichen Zeit konnten die vertriebenen jüdischen Kollegen schon als „ins Ausland geflüchtete Landesverräter" bezeichnet werden[64].

Wie wichtig auch immer die frühe Begeisterung für das neue Regime gewesen sein mag – es war dabei auch von Bedeutung, daß die deutsche Psychiatrie schon mit ihrer Begründung zu Anfang des 19. Jahrhunderts sich ähnlich wie die Germanistik als Teil der nationalen Erhebung und Erneuerung verstand[65] –, so ist doch daraus allein nicht ableitbar, daß die Medizin, hier speziell immer die Psychiatrie, sich in diesem Umfang bereit fand, an der Lebensvernichtung während des Krieges teilzunehmen, sie zu bejahen oder zumindest zu ihr zu schweigen. Es müssen noch andere Faktoren berücksichtigt werden, die zum Teil mit den Kriterien der imperialistischen Denkstruktur in Zusammenhang stehen. Es ist der These v. Weizsäckers, Platen-Hallermunds und Leibbrands nicht zuzustimmen, daß auf der Anklagebank des Nürnberger Ärzteprozesses die naturwissenschaftlich verengte Medizin, „der Geist, der den Menschen nur als Objekt nimmt"[66], saß: diese Ansicht entspringt zu sehr dem Vorurteil einer selbst subjektiv vorgehenden Medizin. Sie hat auch schon deshalb nicht sehr viel für sich, weil gerade Vertreter der biologisch-naturwissenschaftlichen Psychiatrie, so G. Ewald, K. Kleist, H. Bürger-Prinz, H. Berger gegen die Vernichtungsaktionen protestierten oder handelten, während die große Mehrheit in irgendeiner Form an der Durchführung der verschiedenen Aktionen beteiligt gewesen zu sein scheint[67]. Auch hat v. Baeyer in seinem Berliner Vortrag vom 20. 1. 1966 mit Recht darauf hingewiesen, daß die ausgesprochen naturwissenschaftliche sowjetische Psychiatrie der Pawlowschen Schule sich nie in der Richtung vergleichbarer Aktionen bewegt hat[68].

Dagegen war es wohl von Belang, daß die deutsche Psychiatrie von Anfang an sich sehr stark als im Dienst der jeweiligen Obrigkeit, des jeweiligen Staates stehend empfunden hat – ganz im Gegensatz zur französischen Psychiatrie, deren Gründer

[63] Gütt, a. a. O., S. 5.

[64] Ebenda, S. 13.

[65] Vgl. Klaus Ziegler in: Deutsches Geistesleben, a. a. O.

[66] Weizsäcker, a. a. O., S. 5.

[67] Diese Annahme beruht auf zahlreichen Mitteilungen von seiten Beteiligter und Zeugen, sie wird aber wohl nicht mehr voll zu belegen sein, da die damaligen Vorgänge nie zu einem Gegenstand öffentlicher Diskussion wurden und da die Ärzte-Prozesse nach 1945 mehr oder weniger zufällig zustande kamen und die Grenze zwischen der Beteiligung aus Überzeugung bzw. „zur Verhütung von Schlimmerem" eher verwischt haben. In diesem Zusammenhang ist Ehrhardt, a. a. O., S. 41 f., recht zu geben, daß die Beteiligung der deutschen Justiz bisher noch weniger berücksichtigt worden sei als die der Psychiater.

[68] Walter Ritter von Baeyer, Die Bestätigung der NS-Ideologie in der Medizin unter besonderer Berücksichtigung der „Euthanasie", Universitätstage 1966, Nationalsozialismus und die deutsche Universität, de Gruyter, Berlin 1966; auch dieser Umstand macht die Anwendung des Totalitarismus-Begriffs der Prägung von Hannah Arendt in diesem Bereich fragwürdig.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Pinel und Esquirol in unmittelbarem Zusammenhang mit der französischen Revolution standen und noch heute so verstanden werden. Über das Maß des durchschnittlichen deutschen Staatsbürgers hinaus sahen sich die deutschen Psychiater seit jeher als Staatsdiener: vor allem dadurch, daß sich die Psychiatrie im 19. Jahrhundert vorwiegend in den patriarchalisch-autoritären Anstalten mit ihrer finanziellen Abhängigkeit vom Landesherrn abspielte; weiter dadurch, daß die umfangreiche gutachterliche Tätigkeit leicht zu einer weitgehenden Identifizierung mit den verschiedenen administrativen und juristischen Behörden führte; ferner dadurch, daß die meisten Psychiater zu persönlichen Diensten bei den jeweils führenden Persönlichkeiten herangezogen wurden; und schließlich auf Grund der in Deutschland sehr früh und umfassend eingeführten Sozialgesetzgebung, durch die sich für die Medizin die Notwendigkeit ergab, das Kriterium der Arbeitsfähigkeit in ihre Denkweise aufzunehmen. All diese Faktoren bargen zweifellos die Tendenz in sich, daß die Medizin unfähig wurde, zwischen Staat und Gesellschaft zu differenzieren, und statt dessen dazu neigte, vom individuellen auf den Staats- bzw. „Volkskörper" zu schließen[69]. Dies brachte es mit sich, daß gerade die Mehrzahl der beamteten und Anstaltsärzte sich ohne großen Widerstand bei den Vernichtungsaktionen einsetzen ließ und daß sich medizinische Wissenschaftlichkeit vorzüglich zur Tarnung der Lebensvernichtung benutzen ließ[70]. So konnten die Parteiführungsstellen anläßlich der Bevölkerungsproteste die Anweisung geben, die ärztliche Autorität gegen alle anderen Autoritäten in Schutz zu nehmen, und bei dem einzigen Gesetzentwurf über die Lebensvernichtung im Sommer 1940 wurde als Hauptkriterium die „Fähigkeit zu produktiver Arbeit" ausgegeben[71].

Noch enger hängt mit dem Ausbau der Lebensvernichtung eine Intention zusammen, die am besten als „therapeutischer Idealismus"[72] bezeichnet wird. Prominente Beteiligte an der Vernichtung werden immer wieder „Idealisten" genannt, so der Leibarzt des Führers Brandt, Rüdin und Carl Schneider. Schon bei Binding und Hoche hieß es, daß Lebensvernichtung „in Wahrheit eine reine Heilbehandlung", „unverbotenes Heilwerk von segensreichster Wirkung" sei[73]. Stransky feierte die Zwangssterilisierung: sie bedeute, „dem Lebendigen aufs Höchste zu dienen"[74]. Der für die Vernichtung unmittelbar Verantwortliche Professor Carl Schneider war zugleich derjenige, der sich mit unablässiger Hingabe zeitlebens um die Verbesserung der Behandlung der Geisteskranken bemüht und selbst in Deutschland die Arbeitstherapie entscheidend gefördert hat. Andere, wie die Professoren

[69] Die hier angedeutete wissenschaftssoziologisch-historische Analyse der deutschen Psychiatrie, die bisher nicht vorliegt, ist Gegenstand einer größeren Arbeit des Verfassers.

[70] Walter Schulte, „Euthanasie" und Sterilisation im Dritten Reich, in: Deutsches Geisteleben, a. a. O., S. 80.

[71] Ehrhardt, a. a. O., S. 33.

[72] Vgl. die bekannte Posener Rede Himmlers vor SS-Führern, wo die Vernichtung der Juden als „höchster Idealismus" ausgegeben wird, Nbg. Dok. PS–1919.

[73] Binding, a. a. O., S. 18 und 19.

[74] Zit. nach Franz Neukamp, Zum Problem des Gnadentodes oder der Sterbehilfe, in: Zschr. f. psych. Hyg. 10 (1937), S. 162.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nitsche, Heyde und Catel, waren - wie man gern sagt – „Männer der Praxis", ihre Patienten waren ihnen mit Recht dankbar[75]. Sie alle waren von einem „entschlossenen Behandlungswillen", von therapeutischem Aktivismus erfüllt[76]. Hier stellen sich einige Merkmale des „imperialistischen" Denkens scharf dar: denn die Handlungsweise dieser Männer ist mit dem sich heute anbietenden Begriff der „Rollenspaltung"[77] zu statisch beschrieben. Vielmehr verselbständigte sich ihr therapeutischer Fortschrittsglaube, ihr Glaube an die „Machbarkeit aller Dinge" bei Expansion der Zielsetzung ins Abstrakt-Unendliche, bis er in der Praxis ins Gegenteil der ursprünglichen Intention umschlagen konnte. Entschlossen, die Therapie unter allen Umständen bis zur Heilung und Gesundheit *aller* durchzuführen, mit dem Wunsche, primär im Dienst der Gemeinschaft zu stehen und voll ohnmächtiger Wut vor der therapeutischen Unangreifbarkeit vieler Geisteskranker, Psychopathen, Gewohnheitsverbrecher (im Bilde: der Juden!), kamen sie dazu, wirklich vom individuellen auf den „Volkskörper" zu schließen, die Metapher in Aktion – in „Behandlung" – umzusetzen: die Vernichtung zur Vollendung der Heilung zu machen. Der Wille zur Tat und die abstrakten politischen Ziele, die ihrer Wissenschaft gesetzt wurden – wie Artbereinigung oder Befreiung von der Angst vor dem Volkstod –, kamen bei ihnen zur Deckung. So konnte eine rassehygienische Dozentin im November 1940 in offener Anspielung auf die geheimgehaltenen Vernichtungsaktionen – und das Verstehen ihrer Andeutungen bei den Wissenschaftlern voraussetzend – von der „Umwertung aller Werte" in der Psychiatrie sprechen und das emphatische Fazit ziehen:

> „Es vollendet sich hier wie bisher in solchem Umfange wohl auf keinem anderen Wissenschaftsgebiet eine revolutionäre Wandlung aller Vorstellungen und ärztlichen Gepflogenheiten, die als unmittelbarer Ausdruck der Einwirkungskraft nationalsozialistischer Ideologie auf ein deutsches Wissenschaftsgebiet anzusprechen ist ... folgende neue Grundhaltung: Weg vom lebensunwerten Leben – hin zum behandelbaren und heilbaren Volksgenossen. Weg vom biologisch Minderwertigen – hin zur biologischen Hochwertigkeit."[78]

c) Die Bedeutung des Ersten Weltkrieges

Schon Jost gibt sich 1895 alle Mühe nachzuweisen, daß das individuelle Leben keinen absoluten Wert habe, sondern auf die Gemeinschaft wie auf die Geschlechterfolge zu relativieren sei. Wenn man zudem sieht, daß seither Lebensvernichtung immer mit dem Hinweis auf Krieg verteidigt wurde, und wenn man weiß, daß wieder zur gleichen Zeit (1892) Forel die erste Geisteskranke sterilisieren ließ und

[75] Dazu eine Beobachtung: ein in einer größeren Stadt ansässiger und als sehr verdienstvoll bekannter Arzt wurde in der letzten Zeit in einen „Euthanasie"-Prozeß verwickelt; er erhielt daraufhin aus seinem großen Patientenkreis eine Fülle verschiedener Vertrauensbekundungen und die Lokalpresse stellte sich eindeutig hinter ihn.

[76] Platen, a. a. O., S. 15.

[77] Nach diesem Modell analysiert Martin Broszat die Person von Rudolf Höß in seiner Einleitung zu: Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz, autobiographische Aufzeichnungen, Stuttgart 1958.

[78] Schmidt, a. a. O., S. 32.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch dieses mit den Opfern eines Krieges zu legitimieren suchte[79], bietet es sich an, hier die Wirkung imperialistischer Intentionen einer Gesellschaft zu konstatieren; denn schließlich heißt all dies, das Abnorme, den Krieg zu „normalisieren", im Kreis die eine Vernichtung durch die andere zu legitimieren und beträchtliche Anstrengungen darauf zu verwenden, die Grenze der möglichen und erlaubten Tötungen hinauszuschieben[80]. Es ist gesichert, daß Hoche unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges und vor allem seines Endes zur Bejahung der Lebensvernichtung gekommen ist; noch 1917 hatte er dergleichen in einer Schrift abgelehnt. 1920 aber hatte sich Krieg und Niederlage (es war auch ein Sohn gefallen) so sehr zum inneren Erlebnis in ihm verdichtet, daß ihm auf der einen Seite die Gegenwart Deutschlands in tiefstem Schwarz erschien, auf der anderen Seite aber eine um so hellere Zukunft bei „größtmöglicher Leistungsfähigkeit aller" und bei sittlichem Heroismus gleichsam in einer Heilsvision ihm möglich dünkte[81]. So nur kann man verstehen, daß in einer so zeitunabhängigen Frage wie der nach erlaubter Tötung ihm, der später ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus war, Kategorien wie „Schlachtfeld" und „Entlastung für unsere nationale Überbürdung" am geeignetsten erschienen. Auch Hitlers deutsche Regenerationsideen (mit der absolut schlechten Gegenwart und der absolut guten Zukunft) verdanken der Zeit nach 1918 ihre Entstehung[82]. Der Vergleich mit den Kriegsopfern und der Hinweis auf die große „deutsche Aufgabe" sind in den zwanziger Jahren die regelmäßigen Begleiter aller Bejahungen der Lebensvernichtung. Daß dennoch ein entsprechender Antrag an den Reichstag ärztlicherseits nur eine kleine Stimmenzahl erreichte, scheint neben wirklicher Gegnerschaft auch taktisch-politische Motive gehabt zu haben. So heißt es im Protokoll über eine Sitzung der Dresdner forensisch-psychiatrischen Vereinigung von 1922, a) daß es nicht gut sei, mit einem solchen Antrag bei der heute so schwankenden Moral an die Öffentlichkeit zu treten, und b) sollte kein Antrag im Augenblick an den Reichstag gehen, weil „die kommunistische Partei alle Schwangeren usw. auf Staatskosten unterhalten wissen wolle, anderenfalls werde die künstliche Abtreibung durch den Arzt gefordert"[83]. Der Druck, von dem die Psychiatrie sich durch die Machtergreifung befreit fühlte, hieß denn auch vor allem Öffentlichkeit, Presse und Sozialismus. Das Weltkriegserlebnis, das die politische Vorstellungswelt vieler mit extrem antithetischen Bildern ausstattete, reicht sogar noch, um das NS-Sterilisierungsgesetz von 1933 zu motivieren: „Die Fürsorgelasten für ... haben in Deutschland eine Höhe erreicht, die im Hinblick auf die Armut Deutschlands und die wirtschaftliche Behinderung durch den Vertrag von Versailles nicht mehr tragbar erscheint."[84]

[79] Schulte, a. a. O., S. 75; auch Forel gehört zum Typ des liberalen Vorkämpfers für verschiedene soziale Reformen, die die Möglichkeit des „antiliberalen Umschlags" in sich bargen.

[80] Hans Hänel, Darf der Arzt töten? In: Allgem. Zschr. f. Psychiatr. 79 (1923), S. 438.

[81] Binding, a. a. O., S. 55.

[82] Zit. nach Schmidt, a. a. O., S. 33.

[83] Hänel, a. a. O., S. 441.

[84] Gütt, a. a. O., S. 52.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. Die Lebensvernichtung in Organisation und Praxis

a) Die Vorstufen

Gleichsam mit dem Tag der Machtergreifung begannen die nunmehr autorisierten Arbeiten an der rassehygienischen Erneuerung des deutschen Volkes. Den entscheidenden Anteil daran hatte Innenminister Frick, der nicht nur selbst an diesem Programm stark interessiert war und darüber 1933 ein Buch veröffentlichte[85], sondern auch – im Gegensatz zu einigen seiner Ministerkollegen – in der Lage war, einen straff organisierten und effektiven administrativen Apparat aufzubauen, namentlich im Gesundheitswesen. Der Berufsbeamte Frick hatte bis 1934 bereits zwei staatsmedizinische Akademien – Berlin-Charlottenburg und München – gegründet, an denen seither die beamteten Ärzte alle nur wünschbare politische Schulung erhielten. Schon 1934 vereinheitlichte er durch ein Gesetz die gesamte Arbeit der Gesundheitsämter und brachte sie unter politisch zuverlässige Führung. Neben ihnen wirkten in der gleichen ideologischen Richtung – kontrollierend wie konkurrierend – in jedem Gau die rassenpolitischen Ämter der NSDAP; deren Leiter waren meist zugleich die rassenhygienischen Dozenten der jeweiligen Universität. Eine engere Verflechtung von staatlicher Behörde, Partei und Wissenschaft ist schwer vorstellbar. Rassenhygiene wurde im Examen geprüftes medizinisches Hauptfach. Frick berief schon im Mai 1933 einen Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik, zu dem der nachmalige Vernichtungsverantwortliche Ministerialrat Dr. Linden gehörte. Daß am 14. Juli 1933 das Sterilisierungsgesetz verkündet werden konnte, ist ebenso wie sein Zwangscharakter und die Ungenauigkeit seines Anwendungsradius das Verdienst dieses Beirats[86]. Programmatisch wichtig ist die Rede Fricks vor dem genannten Gremium vom 28. Juni 1933. Hier wurde verkündet und in einer Broschüre verbreitet: Deutschland ist von einer tödlichen Gefahr bedroht, dem Volkstod; 30% „Gebärleistungen der deutschen Frauen" fehlen allein an der Bestandssicherung; zudem sind nach einigen Autoren bereits 20% der Bevölkerung erbbiologisch geschädigt, so daß ihr Nachwuchs unerwünscht ist; harte und durchgreifende Maßnahmen sind daher unerläßlich für Rettung und Aufstieg des deutschen Volkes: die „Verminderung der Lasten für Minderwertige und Asoziale" und ein „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" sollen hier neben der Bekämpfung der Rassenmischung nur einen Anfang machen[87]. Nolte sieht den faschistischen Charakter der Frickschen Rede in der Betonung der Maßnahmen als „Momente eines säkularen Heilungsprozesses" und in der Beziehung auf die „militärische Potenz"[88].

Wie auf der unteren Ebene gearbeitet wurde, zeigt das Beispiel eines Bremer Vortragszyklus über „die Verhütung unwerten Lebens" schon im März–April 1933. In der Publikation über diese Reihe heißt es, daß jeden Abend „eine zirka 500köpfige eugenische Gemeinde" zusammenkam; die scharfe Ablehnung entsprechender

[85] Wilhelm Frick, Bevölkerungs- und Rassenpolitik, Langensalza 1933.

[86] Platen, a. a. O., S. 37–40.

[87] Nolte, a. a. O., S. 458f. und Bremer Beiträge, a. a. O., S. 2.

[88] Nolte, a. a. O., S. 464.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwangsgesetze durch den Theologen Professor Althaus wird von den Veranstaltern dahin umgebogen, daß sie „dennoch von großem Wert [war], da sie uns zeigt, nach welcher Seite hin noch unsere Aufklärungsarbeit einzusetzen hat". Dabei wurden die Abende nicht von einer Partei-Organisation durchgeführt, sondern vom traditionsreichen Naturwissenschaftlichen Verein Bremens. Auf der gleichen Veranstaltung gab der Jurist Professor Rosenfeld zu bedenken, daß negative Eugenik in Gestalt der Sterilisierung nur ungemein langsam Früchte trage: auf Grund des rezessiven Erbgangs und der Mutationen könne der Bestand z. B. der Epilepsie auch bei Sterilisierung aller lebenden Epileptiker in 10 Generationen, d. h. in 300 Jahren, sich nur um 25–35% verringert haben[89]. Es ist keine Frage, daß solche in dämpfender Absicht geäußerten Ansichten in Wirklichkeit dazu beitrugen, die weniger radikalen Sterilisierungen bei Kriegsbeginn durch die ungleich „effektiveren" Lebensvernichtungsaktionen zu ersetzen. Dieses Beispiel zeigt aber auch, wie wenig es dem Regime um die vorgegebene eugenische Absicht ging, so daß selbst Fritz Lenz 1940 die Überbetonung der negativen Eugenik scharf kritisierte und die Euthanasie gar nicht zur Erbpflege rechnen wollte: „Tatsächlich handelt es sich um eine Frage der Humanität."[90] Vielmehr erfolgte in all diesen Bemühungen, Aktionen wie Gesetzen, die Einübung in eine Haltung der Normalisierung und Administrierung von Vernichtung. Schon die Pflicht des Arztes, die Patienten, die ihm eines der sogenannten Erbleiden (auch „schweren Alkoholismus") anvertrauten, zu melden, integrierte ihn mit dieser Meldepflicht, unbeschadet der eigenen abweichenden Einstellung, in den administrativen Apparat mit seinen sich immer extremer entwickelnden Gesamtintentionen[91]. Der bayerische Staatskommissar für das Gesundheitswesen Professor Schultze referierte bei der Eröffnung der Staatsmedizinischen Akademie in München 1934: Sterilisierung allein genüge nicht; Psychopathen, Schwachsinnige und andere Minderwertige müßten abgesondert und ausgemerzt werden: „Diese Politik hat ihren Anfang teilweise schon in unseren heutigen Konzentrationslagern gefunden."[92] Auch dies war also eine Funktion der KZs, der man bis jetzt kaum nachgegangen ist. Verhüllt oder unverhüllt war rassenhygienische Propaganda von 1933 an gleichzeitig Vorbereitung der Volksgenossen auf innere und äußere Vernichtung, d. h. auf die Ausmerze von „Gegenbild"-Menschen im eigenen Volk und auf den Krieg. Die Propaganda benutzte alle damals bekannten Kanäle: es gab in reicher Zahl rassenhygienische Filme, Vorträge, Ausstellungen, wissenschaftliche und populäre Zeitschriften, Schulungsbriefe, Lehrgänge, Romane; und sogar in Schulbücher wurde die in Rechenaufgaben eingekleidete Ausmerzungs-Weltanschauung getragen[93]. Besondere Bedeutung hatten rassenhygienische Kurse für höhere Beamte und Funktionäre aller Art, die in psychiatrischen Anstalten abgehalten wurden – einschließlich der Demonstration von

[89] Bremer Beiträge, a. a. O., S. 114.
[90] Stroothenke, a. a. O., S. 6.
[91] Schulte, a. a. O., S. 83.
[92] Platen, a. a. O., S. 35.
[93] Ehrhardt, a. a. O., S. 27.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ausgesucht abstoßend wirkenden Patienten. G. Schmidt hat allein aus den Akten der Anstalt Eglfing folgende Zahlen ermittelt: vom 23. 2. 1934 bis zum 16. 2. 1945 (!) erfolgten in der Anstalt 195 Schulungskurse für insgesamt 21 142 Teilnehmer. Besonders interessant ist, daß von 1938 an systematisch höhere Offiziere und Generalstabsoffiziere aller Waffengattungen herangezogen wurden. Nach der Reihenfolge der die meisten Mitglieder entsendenden Organisationen ergibt sich: SS, NS-Reichslager für Beamte, SA, politische Leiter der NSDAP, Wehrmacht, Polizei; es folgen in einer Größenordnung von je weniger als 1000 Mitgliedern: KDF, Landwirtschaftsschulen, Strafanstaltsbeamte und Referendare, NSV, HJ, BDM, Lebensborn, RAD und – Presse[94]. Den Zweck der Kurse kann man dahin zusammenfassen: Appell an die Rassenangst, Demonstration der angeblichen ökonomischen Belastung und Vorbereitung auf Vernichtung und Krieg.

Neben der Sterilisierung richtete sich ebenfalls seit 1933 eine andere Maßnahme gegen die sog. „Erbkranken": Die Anstalten bekamen systematisch weniger Geld; die jährlichen Inspektionen wurden (z. B. in Hessen) eingestellt. 1938 verfaßte der frühere Inspekteur Professor Kleist hierzu eine vernichtende Kritik: lediglich die Verwaltungsabteilungen der Anstalten seien mit hinreichenden Geldmitteln ausgestattet. Es wurde daraufhin ein im Sinne des Regimes zuverlässigerer Inspekteur bestellt, Professor C. Schneider, der diese Kritik natürlich widerlegen konnte[95]. Eine weitere Stufe der Maßnahmen gegen Erbkranke wie gegen Juden erfolgte 1935: gegen letztere in Form der Nürnberger Gesetze, gegen erstere in Form der Gesetzesänderung vom 26. Juni 1935, nach der auch innerhalb einer Schwangerschaft aus erbhygienischen Gründen sterilisiert werden konnte. Dies war – zumindest juristisch – ein erster Schritt in die Lebensvernichtung hinein, ein Schritt, den ausgerechnet einige Theologen erkannten und billigten[96].

Es ist wohl kein Zufall, daß Hitler ebenfalls 1935 auf dem Parteitag gegenüber dem Reichsärzteführer Wagner erstmals konkret von seinen Vernichtungsplänen sprach und sie mit dem Krieg synchronisierte: im Kriegsfall werde er „Euthanasie" anwenden[97]. Gerade im Hinblick auf diese Äußerung ist es auch nicht zufällig, daß die Einleitung direkter Aktionen – „spontan"-politischer gegen die Juden im November 1938, administrativer gegen die „Erbkranken" ab Sommer 1939 – in die Zeit der unmittelbaren Kriegsvorbereitung fielen[98].

Es läßt sich also wohl sagen, daß in der Tat ein hinreichend großer Teil der Medizin, speziell der Psychiatrie, nicht unvorbereitet an die Übernahme der ihr nun gestellten Aufgaben heranging, Aufgaben, von denen die schon zitierte Rassenbiologin in einem offenen Brief an NS-Dozentenschaft und -bund am 5. November 1940, also während der Vernichtungsaktionen, schrieb:

---

[94] Schmidt, a. a. O., S. 28.

[95] Platen, a. a. O., S. 42.

[96] Stroothenke, a. a. O., S. 95f.

[97] Platen, a. a. O., S. 50.

[98] Es ließe sich hier die Frage anschließen, ob die politische oder die administrative Aktion die „unmittelbarere" ist.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Hier nicht weiter auszuführende jüngste Ereignisse staatlicher Anordnung haben bis in den letzten Winkel psychiatrisch-ärztlichen Lebens und psychiatrischer Forschung hinein jedem unserer Fachkollegen zum Bewußtsein gebracht, daß, in welchem Umfang und nach welcher Richtung hin sich diese in der Geschichte der Psychiatrie einmalige Umgestaltung unter Umwertung aller Werte vollzieht."[99]

b) Die Kinder-„Aktion"

Zur „Kanzlei des Führers" gehörte eine Abteilung für Gnadengesuche. Ende 1938 oder Anfang 1939 interessierte Hitler sich für ein Gesuch auf Anwendung der Euthanasie bei einem mißbildeten und idiotischen Kinde in Leipzig so sehr, daß er seinen Begleitarzt Dr. Brandt dorthin schickte und sich berichten ließ. Hitler genehmigte daraufhin die Einschläferung, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß nicht die Eltern, sondern er allein die Verantwortung trage; im übrigen „ermächtigte" er bei dieser Gelegenheit die Reichsleiter Bouhler und Brandt mündlich, in ähnlichen Fällen analog zu verfahren[100]. Wahrscheinlich wurde zunächst wirklich nur an Extremfälle bei Neugeborenen gedacht. Damit die Kanzlei diese Aufgabe übernehmen konnte, ohne nach außen in Erscheinung zu treten, wurde im Frühjahr 1939 in Zusammenarbeit mit dem Reichsärzteführer Dr. Conti eine hierfür zuständige und zugleich vor der Öffentlichkeit die Wissenschaftlichkeit „garantierende" Organisation gegründet: „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden", wobei höchstens die Konstellation von „wissenschaftlich" und „Erfassung" Verdacht erregen konnte. Dieses Gremium veranlaßte einen geheimen und im Wortlaut nicht vorliegenden Ministerial-Erlaß (18. 8. 1939), der die Hebammen und ärztlichen Geburtshelfer verpflichtete, alle idiotischen und mißbildeten Neugeborenen (einschließlich Lähmungen) dem zuständigen Gesundheitsamt zu melden. Nur aufgrund dieser Meldebogen urteilten drei vom „Reichsausschuß" bestellte Gutachter über Tod und Leben des Kindes. Kamen sie übereinstimmend zu dem Zeichen „†", das Tod symbolisierte, unterschrieb Bouhler oder der Oberdienstleiter in der Führerkanzlei Brack eine „Ermächtigungsurkunde". Von den Gutachtern ist nur Catel bekannt. Die Ermächtigung bezog sich auf die „Behandlung" in einer der schnell eingerichteten 21 „Kinderfachabteilungen" an verschiedenen Krankenanstalten. Der Reichsausschuß teilte anschließend die für das betreffende Kind bestimmte Fachabteilung dem meldenden Gesundheitsamt mit: „Hier kann auf Grund der durch den Reichsausschuß getroffenen Einrichtungen die beste Pflege und im Rahmen des Möglichen neuzeitliche Therapie durchgeführt werden."[101] Durch diese „verschleierte Form", wie Brack es später ausdrückte, war es leicht, die Eltern zur Einwilligung zu bewegen[102]. Ursprünglich waren die Amtsärzte gehalten, gegenüber den Eltern „von Zwangsmaßnahmen grundsätzlich abzusehen": aber nach dem Erlaß des Reichsministers des Innern vom 20. September 1941 durften sie den Eltern im

[99] Schmidt, a. a. O., S. 32.
[100] Platen, a. a. O., S. 43 und Ehrhardt a. a. O., S. 28.
[101] Ehrhardt, a. a. O., S. 30.
[102] Platen, a. a. O., S. 42.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Falle der Weigerung mit der Sorgerechtentziehung drohen; auch Dienstverpflichtung der Mütter durch das Arbeits- oder Gesundheitsamt konnte eingeleitet werden, um die Tötung der Kinder zu ermöglichen, für welche die Familien im übrigen wegen der „neuzeitlichen" Behandlungsmethoden beträchtliche Summen zu zahlen hatten. Außerdem wurde später die Fachabteilung der Aufgabe entledigt, vor der „Behandlung" noch eine „klinische Beobachtung" vorzunehmen[103]. Noch 1944 dachte man an Neuerungen zur besseren Tarnung: die Fachabteilungen wurden in „Heilanstalten" umbenannt.

Die ganze Aktion blieb bis zum Ende des Krieges geheime Reichssache, wurde nie unterbrochen, sondern im Gegenteil bei Ende der Aktion gegen die Erwachsenen im August 1941 auf die jugendliche Altersstufe bis zu 16 Jahren ausgedehnt[104]. Darüber hinaus konnten „Sonderermächtigungen" für die Tötung Erwachsener in diesen Stationen erwirkt werden. Die Kompetenzüberschreitungen und Einbeziehungen ganz unbetroffener Individuen waren jedoch an Zahl viel größer. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß es Universitäten und Professoren gab, welche die Überführung für sie wissenschaftlich interessanter Fürsorgezöglinge in die Tötungsabteilungen bewerkstelligten und sich die Leichen anschließend schicken ließen – so die Heidelberger Klinik unter C. Schneider[105]. G. Schmidt beschreibt für die bayerischen Fachabteilungen das administrative Schema der „Anihilisierung" der nicht sofort getöteten Kinder: ab 1942 mußte zunächst jede Therapie körperlicher Erkrankungen unterlassen werden; dann mußten die Kinder laut Verfügung vom 30. November 1942 auf Hungerkost gesetzt werden; und nach einer Fürsorgerechtsverordnung vom 9. November 1944 (RGBl, S. 325) mußte allen minderjährigen Anstaltspfleglingen „jegliche Erziehung und Ausbildung" verwehrt werden[106].

Die Gesamtzahl der der Kinder-„Aktion" zum Opfer gefallenen Kinder wird auf 5000 geschätzt.

c) *Die „Aktion T 4"*

Noch eindeutiger im Zuge der Kriegsvorbereitungen ist die Vernichtung erwachsener Geisteskranker zu sehen. Gegenüber der Kinder-„Aktion" ist sie in vielen Aspekten eine weitere Expansionsstufe des Vernichtungswillens. Im Juli 1939 fand die erste Erörterung der Durchführungsmodi dieses Programms zwischen Hitler, dem Chef der Reichskanzlei Lammers und dem Reichsgesundheitsführer Dr. Conti statt. Wieder erfolgte zunächst nur eine mündliche Ermächtigung erst Contis, dann Bouhlers und Bracks zu dieser Aktion[107]. Die Vorarbeiten begannen

[103] Ehrhardt, a. a. O., S. 30.

[104] Ebenda, S. 31.

[105] Platen, a. a. O., S. 48.

[106] Schmidt, a. a. O., S. 105.

[107] Vgl. besonders für die Daten zu diesem Kapitel Hans Buchheim, Das Euthanasie-Programm, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 60f.; allerdings muß ergänzt werden, daß sich auch Nicht-Invalide und Nicht-Erbkranke bedroht fühlen mußten; und ein allgemeines Bedrohtheitsgefühl entstand tatsächlich – trotz der Geheimhaltung.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unter Bouhlers Leitung im Juli-August 1939 in der Dienststelle Tiergartenstr. 4, woher die Bezeichnung „T 4" stammt. Hitler wünschte schon wegen der fragwürdigen Rechtsgrundlage eine „völlig unbürokratische Lösung", strengste Geheimhaltung und möglichste Umgehung aller staatlichen Dienststellen. Erst Ende Oktober 1939, in der Pause nach dem Polenfeldzug, brachte Hitler eine schriftliche Fixierung seines Auftrages zu Papier. Der Text wurde aus noch zu besprechenden Gründen auf den 1. September 1939 zurückdatiert:

„Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann. [gez.] Adolf Hitler"[108]

Schon um die zuständigen Minister zu dieser Aktion nicht hören zu müssen, wurde die Form des geheimen Führererlasses gewählt[109]. Dieser Plan, der nach den nicht weiter präzisierten Aussagen Brandts schon aus der Zeit vor 1933 stammte[110], verlangte zu seiner Durchführung eine viel umfangreichere Organisation, als sie noch für die Kinder-„Aktion" erforderlich war. Neben der Kanzlei des Führers waren zumindest folgende Stellen unmittelbar an der Aktion beteiligt:

Gesundheitsabteilung des Reichsinnenministeriums (Dr. Conti);
Reichskommissar für das Anstaltswesen des Reichsinnenministeriums (Dr. Linden);

sowie drei eigens zu diesem Zweck geschaffene Tarnorganisationen:

„Allgemeine Stiftung für Anstaltswesen", die im Sinne des Arbeitgebers für das Personal der Tötungsanstalten zuständig war;
„Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten", die verantwortlich war für das Verschicken von Meldebögen und für die Begutachtungen; und
„Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft" mit der Zuständigkeit für die umfangreichen Transporte; ihre grauen, verhängten Omnibusse wurden später recht weitgehend bekannt; das Personal bestand – zumindest teilweise – aus SS-Angehörigen[111].

Die Verwirklichung begann auch hier mit dem Verschicken von Meldebögen – am 9. Oktober 1939. Der Vordruck war unverfänglich. Er enthielt die Liste der zu meldenden Krankheiten; „senile Erkrankungen", „kriminelle Geisteskranke" und Nicht-Deutschblütige mußten eigens vermerkt werden. Letzteres galt der Aussonderung der Juden, die generell für eine Beseitigung in Frage kamen. Da die Anstaltsdirektoren über den Charakter der Aktion zu Anfang im unklaren waren, schilderten

[108] Platen, a. a. O., S. 18.

[109] Ehrhardt, a. a. O., S. 33.

[110] Platen, a. a. O., S. 23.

[111] Ebenda, S. 58f.; namentlich aus dem Reichsinnenministerium waren noch andere Abteilungen funktionell beteiligt, so die für Standesämter. Zu der frühzeitigen Aktivität auch der SS vgl. eine Zeugenaussage in dem seit 1966 laufenden „Euthanasie"-Prozeß in Frankfurt: „Der ehemalige SS-Sturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt Hartl schilderte als Zeuge, wie er 1939 im Auftrag Hitlers vom damaligen Rektor der theologischen Hochschule in Paderborn, Prof. Maier, eine Expertise über die Euthanasie aus kirchlicher Sicht eingeholt habe. Der Professor habe „keine grundsätzlichen Einwände der Kirche" erwartet. Erst daraufhin habe sich Hitler entschlossen, das „Gnadentod"-Programm zu beginnen." (Süddeutsche Zeitung vom 15. 2. 1967).

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie ihre besten, weniger schwer kranken Arbeitskräfte als schwächlich, um sie für ihre Anstalt zu erhalten, verloren sie aber gerade dadurch. Es wurde dringend zur Eile gemahnt, andernfalls ärztliche Kommissionen nachhelfen würden. So brachten es manche Ärzte auf 1500 Meldebögen in zwei Wochen. Die Kommissionen meldeten, wo sie tätig wurden, oft einfach alphabetisch alle Kranken. Die Bögen wurden von Berlin aus wieder drei Gutachtern zugeschickt. Hier fungierte eine unbekannt große Anzahl deutscher Ordinarien. Professor Ewald war der einzige, der bei einer Sitzung in Berlin vom 15. August 1940 zwecks Anwerbung neuer Gutachter im Gegensatz zu 6–8 weiteren anwesenden Ordinarien protestierend den Raum verließ. Unter Mißachtung des ihm von Professor Heyde auferlegten Schweigegebots sandte er Protestschreiben an den ärztlichen Leiter der ganzen Aktion T 4, Professor Heyde, an Conti, den zuständigen Landeshauptmann, den Dekan der Medizinischen Fakultät Göttingen und an den Direktor des Berliner psychotherapeutischen Instituts zur Weiterleitung an dessen Vetter, den Reichsmarschall Göring[112].

Die drei Gutachten über jeden Fall wurden in Berlin von Heyde, Nitsche und vielleicht auch von Linden oberbegutachtet. Die Unterlagen bestanden stets nur aus dem Meldebogen selbst. Wenige Wochen nach Ausfüllung der Meldebögen trafen bei der betreffenden Anstalt Benachrichtigungen ein, daß aus Gründen „planwirtschaftlicher Maßnahmen des Reichsverteidigungskommissars" eine Reihe von Verlegungen notwendig seien. Das Ziel der Verlegung wurde anfangs nicht mitgeteilt. Die Kranken kamen zunächst für einige Zeit in eine Durchgangs- oder Beobachtungsanstalt, wo von Beobachtung natürlich nicht die Rede sein konnte. Erst dann wurden sie in eine der sechs Tötungsanstalten transportiert. Alle diese umständlichen Maßnahmen hatten den Zweck und erreichten ihn in der Regel auch, daß die Angehörigen der Patienten möglichst viel Zeit und Geld aufwenden mußten, ehe sie sich durch die verschiedenen Anstalten hindurchgefragt hatten. Dann waren die Kranken fast immer „leider" schon ganz plötzlich verstorben, die Leiche stets, die Habseligkeiten meist angeblich aus seuchenpolizeilichen Gründen verbrannt. Die Vergasungsanlagen waren als Duschräume getarnt. Den Verkehr mit den Hinterbliebenen regelten „Trostbriefabteilungen", „Sonderstandesämter". Zur Koordination der verschiedenen, ausnahmslos mit Lügen arbeitenden administrativen Stellen gab es „Absteckabteilungen". Dennoch kam es zu den zahlreichen, allgemein bekannten „Pannen" (z. B. doppelte Benachrichtigungen, falsche Namen, unmögliche Diagnosen), die eine beträchtliche Unruhe innerhalb der Bevölkerung auslösten. Es kam zu Beschwerden und Unsicherheit auf den verschiedenen Ebenen der Partei-Hierarchie, zu öffentlichen Protesten der Kirchen und zu einer Reihe von Strafanzeigen, die den juristischen Apparat in Verlegenheit brachten. Himmler selbst bewirkte, daß die erste (schon im Januar) „einsatzbereite" Tötungsanstalt Grafeneck wegen allzu konkreter Gerüchte im Januar 1941 ihre „therapeutische" Arbeit einstellte. Vorher war es schon dem Anstaltsleiter und Vizepräsidenten des Zentralausschusses der Inneren Mission, Pastor Braune, gelungen, dem Reichsjustizministerium einen ausführlichen Bericht über die Lage der sächsischen An-

[112] Ehrhardt, a. a. O., S. 36; Prof. Ewald blieb bis zum Kriegsende unbehelligt.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stalten zu erstatten, was von Bedeutung war, da der Justizminister Gürtner offiziell immer noch nicht über die Vernichtungsaktionen informiert worden war. Braunes Bericht erfolgte am 9. Juli 1940. Gürtner stellte daraufhin bei Lammers mehrfach die Forderung, daß die Lebensvernichtungen aufhören müßten. Bis zu seinem Tode blieb er dabei, hatte aber keinen Erfolg. Sein Nachfolger Schlegelberger hingegen arbeitete mit Bouhler und Brack zusammen. Davon wurde schließlich die Arbeitstagung aller Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte, die die Unruhe im juristischen Bereich beenden sollte, geprägt: am 23.–24. April 1941 wurde das ganze „Führungskorps der beamteten Justiz" über die Lebensvernichtungsaktionen aufgeklärt, zur Gefolgschaft aufgerufen und – gehorchte. Seither gab es keine Proteste der Justizbehörden mehr. Was von untergeordneten Gerichten noch eingeleitet wurde, wurde vom damaligen Staatssekretär Freisler niedergeschlagen[113].

Die begutachtenden wie die tötenden Ärzte waren zu einem recht großen Teil SS-Mitglieder, wurden auch durch Vermittlung der SS eigens für diese Verwendung aus dem Felde zurückgeholt. Die sechs Tötungsanstalten – die Zahl der Durchgangsanstalten war noch größer – waren abgesperrt und streng bewacht, das gesamte Personal kaserniert, mit viel Alkohol und Sonderzulagen ausgestattet. Nach den Aussagen Brandts wäre es den Ärzten jederzeit möglich gewesen, sich zu weigern, die hier erforderlichen Funktionen zu übernehmen, zumal ein Arzt nur bei innerer Bejahung dieser Aktionen an ihnen teilnehmen sollte. In vereinzelten Fällen scheint aber auf der mittleren Beamten- und Funktionärsebene auch ein gewisser Terror gegen Ärzte ausgeübt worden zu sein. Für das untergeordnete Personal war dagegen eine Weigerung viel schwieriger, wie Brandt zugibt.

In der Vernichtung scheint zunächst eine gewisse Reihenfolge eingehalten worden zu sein. Erst kamen mit Vorzug die kriminellen Psychopathen in die Tötungsanstalten sowie alle Sicherheitsverwahrten, besonders Sittlichkeitsverbrecher (einschließlich der Homosexuellen). Es sind auch Fälle bekannt, in denen politische Häftlinge auf diese Weise umgebracht wurden, nachdem ihnen vom Gutachter aus Gefälligkeit der § 51 StGB zugebilligt worden war, um sie vor der Todesstrafe zu retten. Anschließend wurden die Anstalten von Juden „gesäubert"; schon am 20. September 1940 konnte Direktor Pfannmüller seine Anstalt Eglfing als „judenfrei" melden. Bald aber lassen sich diagnostische Unterscheidungen nicht mehr feststellen. Es wurde immer wahlloser vernichtet, und es gerieten schließlich auch hier Menschengruppen in den Vernichtungssog, die nach den Vorschriften gar nicht hätten erfaßt werden können.

Über den wirklichen Grund für den plötzlichen Befehl Hitlers an Brandt vom 24. August 1941, die Aktion T 4 einzustellen, ist nichts Sicheres bekannt. Es kommen in Betracht: die stärkere Beunruhigung der Bevölkerung, die Konzentration aller Kräfte, auch der Transportmöglichkeiten, angesichts des Feldzuges gegen die Sowjetunion, aber wohl noch eher das Freiwerden des Ostraumes mit dem Ausblick auf das viel größere Vernichtungsprogramm der „Endlösung". Nach dem Beendigungstermin ist vielfach das belegt, was Brack „wilde Euthanasie" genannt hat. Manche

[113] Dieser und die folgenden Absätze nach Platen, Ehrhardt, Schmidt, a. a. O.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an das Töten gewöhnte Anstaltsleiter waren nachgerade souverän genug, um ohne viel Aufsehen Patienten nach eigenem Gutdünken beseitigen zu können. Andererseits gab es aber auch noch spezifische oder allgemeine Genehmigungen durch das Reichsinnenministerium, wenn auch nun kein unmittelbarer Zwang auf die Anstalten mehr ausgeübt wurde – was in vielen Fällen eben auch nicht mehr notwendig war. Besonders berüchtigt wurde der Erlaß des bayerischen Innenministeriums vom 30. November 1942, dem zufolge arbeitsfähigen Patienten in den Anstalten bessere Verpflegung zukommen sollte: in der damit eigentlich gemeinten negativen Umkehrung leitete das die Einrichtung eines ausgeklügelten Systems ein, nach dem die weniger Arbeitsfähigen durch allmählichen und exakt-dosierten Nahrungsentzug zu Tode gehungert wurden. Auf diese Weise trat der Tod des völlig ausgezehrten Patienten stets durch eine „natürliche" Ursache – meist Pneumonie – ein, die dann allein registriert wurde.

Die Gesamtzahl der durch die Aktion T 4 getöteten Menschen wird auf 80000 bis 100000 geschätzt. Ein großer Teil der Vergasungsanlagen und des „eingearbeiteten" Personals wurde nach Ende dieser Aktion in den Osten verlagert: auch hier erweist sich die Lebensvernichtung als eine Zwischenstufe zur Endlösung.

d) Sonder-„Aktionen"

Einige Autoren rechnen hierzu die Aussonderung der jüdischen Anstaltsinsassen, da hier eine Begutachtung überhaupt nicht stattfand und diese Patienten nur ihrer Rasse wegen getötet wurden. Diese Sonderaktion, über die im einzelnen wenig bekannt ist, muß vor allem im Sommer 1940 stattgefunden und soll ca. 1000 Menschen das Leben gekostet haben[114].

Dagegen ist man über die „Sonderbehandlung 14 f 13" oder „Geheime Reichssache 14 f 13" besser orientiert[115]. Im Sommer 1941 bat Himmler Bouhler um einige erfahrene Psychiater aus dem Kreis der in der T 4-Aktion Beschäftigten. Es sollten einige Gruppen kranker Häftlinge in den KZs auf ihre Arbeitsfähigkeit untersucht werden. Diese Begutachtungen waren vollends eine Farce: Bei den nichtjüdischen Häftlingen erfolgte ein Vergleich der Akten mit dem betreffenden Individuum, bei den jüdischen Häftlingen, die bei dieser Gelegenheit gleich mit „gemacht" werden sollten, verzichtete man auch auf diese Mühe. Da aber nur die aus der üblichen psychiatrischen Begutachtung stammenden Vordrucke vorhanden waren, wiesen die das Todesurteil darstellenden Bögen entlarvende Unsinnigkeiten wie diese auf: Diagnose: „Deutschfeindliche Gesinnung", Hauptsymptome: „Namhafter Funktionär der KPD, schwerer Hetzer und Wühler"; oder Diagnose: „Fanatischer Deutschenhasser und asozialer Psychopath", Hauptsymptome: „Eingefleischter Kommunist, wehrunwürdig". Deutlicher kann die politische Manipuliertheit der Psychiatrie nicht dokumentiert werden, sie konnte aber erst nach dem Durchlaufen aller vorangegangenen Stufen erfolgen. Der Gutachter Dr. Mennecke

[114] Ehrhardt, a. a. O., S. 37.

[115] „14 f 13" war das vom Inspekteur der KZ beim Reichsführer SS für diese Aktion verwendete Aktenzeichen.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beschreibt diese seine Tätigkeit in Briefen an seine Frau als „rein theoretisch". Hier, wo freilich auch die Zuständigkeit der SS am unmittelbarsten gegeben war, ging es endlich nur noch um die Vernichtung politisch und rassisch unerwünschten und ökonomisch unbrauchbaren Lebens. Wieder stellte sich heraus, daß die Durchführung der Vernichtung durch die untergeordneten Organe zu krasse Formen annahm, weshalb am 26. März 1942 ein Rundschreiben des Reichsführers SS durch seinen KZ-Inspekteur an die Lagerkommandanten ging, wonach diese in Zukunft die Arbeitsfähigkeit ihrer Häftlinge sorgfältiger berücksichtigen sollten. Am 27. April 1943 erging schließlich der Befehl, daß nur noch Geisteskranke durch die psychiatrischen Kommissionen ausgemustert werden durften. Auch die Aktion 14 f 13 überdauerte also die Beendigung von T 4 erheblich. Die Zahl der Opfer dieser Aktion wird auf 20000 geschätzt[116].

4. Die „Lebensvernichtung" als Aspekt der NS-Herrschaft

a) Die Bürokratie der Vernichtung

Von der Machtergreifung bis zum Kriegsbeginn wurde das Vorgehen gegen die von der Doktrin gesetzten Gegenbilder (Juden, Minderwertige, Unerwünschte, Unbrauchbare – alle Fremden) noch in zwei korrespondierenden Formen verwirklicht: als „spontan"-politische – wenn auch gelenkte – Aktion der Gesellschaft und als Setzung abstrakt-restriktiver Gesetze durch den Staat. Beides wurde aber der imperialistischen Denkstruktur wie den Intentionen der Doktrin nur partiell und ungenügend gerecht; denn diese verlangten auf Grund der Unausweichbarkeit der Inhalte – des Rassebegriffs wie der übrigen „Wertungen" – zur Erreichung des abstrakten Ziels der Rettung und Gesundung von Volk und Welt die konkrete Vernichtung – nach außen wie nach innen, d. h. Krieg wie Vernichtung. Wieder aus dem Charakter des Ziels, der – in einer Art Wiederholungszwang – jede verwirklichte Stufe immer wieder als bloße Vorbereitung ausgab, resultiert die Tendenz der Herrschaftsmittel, zum Selbstzweck zu werden: Herrschaft, in der absoluten Ausrichtung auf diese Ziele, verliert den zweckrational-ökonomisch vermittelnden Horizont und wird zur unmittelbaren Unterdrückung, zur nichts-als-Herrschaft[117]. Wie also die Konsequenz der Verwirklichung dieses Programms nach außen die Vorbereitung des Krieges selbstverständlich werden ließ, so mußte die Vernichtung nach innen in die Form ihrer Verwaltung gebracht werden – als die Form, die abstrakter und allgemeiner als die direkte Aktion und zugleich unmittelbarer als die Herrschaft durch Gesetze ist und wirkt. Das dürfte der tiefere Grund dafür sein, daß Hitler die gesetzliche Fixierung der Lebensvernichtung im Sommer 1940 ablehnte, obwohl seine Umgebung sich von ihr eine bessere Durchführbarkeit und sogar eine Beruhigung der Bevölkerung versprach. Hitler wünschte in diesem

[116] Letzter Abschnitt nach Ehrhardt, a. a. O., S. 57 f., und Platen, a. a. O., S. 74–80.

[117] Zur Analyse der NS-„Herrschaft" unter dem Aspekt des Antisemitismus vgl. Diskussionsbericht eines drei Jahre lang tätigen Arbeitskreises an der FU Berlin, in: „Diskussion" 5. Jg. (1964), Nr. 14–17, besonders Nr. 14, S. 8.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kernpunkt seiner Doktrin die bürokratische Herrschaft durch Erlasse, die aus dem – vielleicht sogar nur mündlichen – Befehl einsetzbare Macht entstehen läßt und die nur existiert, wo sie unmittelbar exekutiert wird[118]. Er wollte hier die abstufbare Geheimhaltung, die das prinzipiell unvollständige und ungewisse Wissen und Mit-Wissen und damit die ungeheuere Verpflichtung der Komplizität garantiert[119]. Er wünschte für die Vernichtungspraxis das in sich selbst genügsame bürokratische System, in dem das Arbeiten als Mitfunktionieren in sich selbst moralisch ist, wobei das Handlungsziel unbekannt, unbefragt, da moralisch neutral bleiben kann, in dem alle Anstrengung der höheren Effektivität gilt, in dem das Gewissen sich in Gewissenhaftigkeit verkehrt, in dem selbst das Ausfertigen eines Todesurteils als abstrakter (wie Dr. Mennecke sagt „rein theoretischer") Dienst verstanden wird, während die familiäre Privatsphäre als Möglichkeit zur Absättigung emotionaler Bedürfnisse funktionalisiert wird, wie Hannah Arendt es im Typus des „Spießers" einfangen will[120]. Er wollte den „hygienischen Massenmord"[121] ohne alle individuellen Aggressionen, die den Betrieb nur stören und dem Regime gefährlich werden könnten, – wie denn die Rasse-Hygieniker immer schon beteuert haben, daß ihre Vernichtungsmaßnahmen sich nicht gegen das betroffene Individuum als solches richten[122]. Gesetz und Unterrichtung der Öffentlichkeit werden abgelehnt, weil – wie Brandt Hitler zitiert – „dann der Verwaltungsapparat in der Durchführung nicht ordentlich arbeite, doch müsse das möglich sein"[123].

Die komplizierte bürokratische, nebenstaatliche Organisation der Vernichtungsaktionen – besonders von T 4 – einschließlich der Kompetenzunsicherheit und der Anonymität des Gutachtersystems erreichte es in der Tat, daß die verschiedenen in den Prozeß eingeschalteten Ärzte sich als Träger einer wenig bedeutenden Teilfunktion sehen und die Hauptverantwortung jeweils gerade in anderen Positionen vermuten konnten[124]; darüber hinaus benutzten sie oft nur Tarnnamen. Die Eigengesetzlichkeit eines solchen Systems, das nicht notwendig nach seinem Zweck fragt, erlaubte es weiter, daß Brack die höchsten Juristen des Reiches damit abspeisen konnte, es handele sich bei all dem nur um die „Vorermittlungen für ein Gesetz"[125], erlaubte es auch, daß in veröffentlichten Erlassen etwas Positives gesagt, aber das negative Gegenteil davon gemeint, verstanden und durchgeführt wurde, so im erwähnten bayerischen Erlaß zur Einführung des Hungertodes. Eine Be-

[118] Arendt, a. a. O., S. 369ff.

[119] Vgl. die Zitate unter Anm. 78 und 99: sie machen die bezeichnende Struktur deutlich, die es erlaubt, daß etwas öffentlich ausgesprochen wird, aber nur von denen verstanden wird, die es angeht.

[120] Hannah Arendt, „Organisierte Schuld", in: Sechs Essays, Heidelberg 1948, S. 42ff.

[121] Martin Broszat (Einl.) in: Höß, a. a. O., S. 16.

[122] Diese Zusammenhänge machen soziologisch – noch nicht unbedingt historisch – deutlich, mit welcher systemimmanenten Notwendigkeit die SS der SA die Macht aus den Händen nehmen mußte.

[123] Platen, a. a. O., S. 23.

[124] Ebenda, S. 93 und 100.

[125] Ehrhardt, a. a. O., S. 40; auch dies ist ein Beleg für das Kriterium der „Vorbereitung" innerhalb der „imperialistischen Denkstruktur".

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stätigung dieser Thesen bedeutet es auch, daß gerade die beamteten Ärzte kaum im Ausmaß ihrer Möglichkeiten ihrer Vernichtungsfunktion zuwiderhandelten.

Zum anderen hatte es seinen „Sinn", daß die Lebensvernichtungsaktionen damit begannen, daß Hitler einem Kind den Gnadentod gewährte, daß er wie ein „Vater des Volkes" sich zum Herrn über das Sein seiner Kinder aufwarf und ausdrücklich die Verantwortung dafür übernahm[126]. Denn im Grunde blieb dies bis zum Schluß das Schema: Nichts stand – trotz der riesigen bürokratischen Organisation – zwischen dem einen Wort des Führers und dem Tod von 100 000 Menschen. Dasselbe wurde auch für die meisten beteiligten Ärzte zur entscheidenden Quelle der Selbstrechtfertigung; sie wurden nach ihrer „Anwerbung" in Berlin bei der Verpflichtung zur Geheimhaltung vor allem darauf hingewiesen, daß sie unmittelbar den Willen des Führers zu verwirklichen hätten[127]. Diese geheime komplizenhafte Nähe zum Führer mußte mehr verpflichten als jeder formale Eid.

Daß dennoch dieses System der Vernichtungsbürokratie im Gegensatz zur „Endlösung" bei der Lebensvernichtung nicht so reibungslos funktionierte, muß – neben anderen Faktoren – damit zu tun haben, daß bei der prinzipiellen Unabgrenzbarkeit des Kreises der zu Vernichtenden ein vitales Gefühl der Selbstbedrohtheit immer wieder zu Protesten disponieren mußte.

b) Lebensvernichtung und Krieg

Von allem Anfang an – so war nachzuweisen – wurde die Forderung der Lebensvernichtung mit dem Hinweis verbunden, daß Staat und Gesellschaft im Krieg ja auch dem Tod bzw. dem Opfer von Menschenleben zustimmen. Mehrfach[128] war auch die Rede davon, daß es als ein Kennzeichen des NS-Regimes anzusehen ist, daß Krieg und Lebensvernichtung eine notwendige Verbindung im Sinne der zugleich nach außen und innen gerichteten programmatischen Vernichtungsidee eingehen. In derselben Richtung war auch die Gleichzeitigkeit der Vorbereitung zu beiden Unternehmungen zu verstehen. Dennoch muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Lebensvernichtung nicht doch wesentlich eine zweckrationale Maßnahme zugunsten der Kriegswirtschaft war. Es ist erwiesen, daß bei der Besprechung vom Juli 1939 zwischen Hitler, Conti und Lammers durchaus auch die Rede von freiwerdendem Lazarettraum, Ärzten und Personal war[129]. Gegenüber dem Prinzen Philipp von Hessen argumentierte Hitler einmal, daß die Ernährungswirtschaft es nicht erlaube, unheilbar Kranke durch den Krieg zu schleppen[130]. Gegen diese Annahme sprechen jedoch der geringe ökonomische Nutzen der Vernichtungsmaßnahmen, die kostspielige Organisation ihrer Durchführung sowie die ganze Geschichte der Lebensvernichtungsdoktrin und ihrer Funktion für das NS-Regime: Die ökonomischen Überlegungen waren nie das ausschlaggebende Argument,

[126] Platen, a. a. O., S. 19.
[127] Ehrhardt, a. a. O., S. 55.
[128] Vor allem im vorangehenden Abschnitt (4 a).
[129] Ehrhardt, a. a. O., S. 32.
[130] Platen, a. a. O., S. 24.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konnten jedoch stets zur Rationalisierung und zur Tarnung herangezogen werden. Daß die Doktrin sich bei Hitler persönlich in einem starken Affekt Grauens des gegenüber Geisteskranken niederschlug, wird von Brandt wie Brack bezeugt[1] [3]und[1] ist in Parallele zu seinem Haßaffekt gegen die Juden zu setzen.

Die Aussagen, daß Hitler den Krieg für den günstigsten Zeitpunkt zur Durchführung der Vernichtung hielt, da Widerstände dann am leichtesten zu brechen seien, sind sicher von Belang. Es wäre dem noch hinzuzufügen, daß der Krieg zum anderen die besten Geheimhaltungsmöglichkeiten bot und daß – bezogen auf die Aktionen gegen jüdische Kranke und auf die spätere Endlösung – außerhalb des Reichsgebietes unter Sondergesetzen stehende Territorien zur Verfügung standen. Diese Motive betreffen aber nur den günstigen Zeitpunkt der Durchführung. Es wird Platen-Hallermund zuzustimmen sein, daß die Rückdatierung des Erlasses Hitlers auf den Tag des Kriegsausbruchs die wesentliche Bedeutung hat, „daß Hitler dieses Datum, das den Beginn der äußeren Neuordnung Deutschlands anzeigen sollte, auch als Datum für den Beginn der inneren Reinigung von minderwertigen Elementen gewählt hat"[132]. Danach stellt beides eine Einheit dar, indem erstmals im umfassenden Sinne „das Primat der staatlichen Autorität über das Leben" erreicht wird. Dieser äußere-innere Kriegszustand stellt dann den vom Nationalsozialismus erstrebten und ihm gemäßen „Normalzustand" dar. Es scheint so, als ob die Vernichtungsaktionen zunächst als in der Doktrin bzw. in sich selbst begründet eingeleitet wurden und durch zweckrationale Erwägungen nur sekundär motiviert und eingeholt bzw. sogar eher gehemmt und begrenzt wurden: so spielt die Arbeitsfähigkeit in den Merkblättern im Laufe der Jahre eine größere Rolle, und die Aktion 14 f 13 wurde beschränkt, weil zu viele Arbeitsfähige durch die Begutachtung in den Tod geschickt wurden.

c) Expansionscharakter der Lebensvernichtung

In der frühen Diskussion der Lebensvernichtung wandte sich der Psychiater Ganser gegen Binding und Hoche mit der Warnung, daß es sich hier um eine in sich progrediente Frage handle, bei der man nicht wisse, wie und wo man ein Halt setzen kann[133]. Wenn die Forderung nach Lebensvernichtung in einer Gesellschaftsordnung gestellt wird, die selbst nur durch unmittelbar unterdrückende Herrschaft integriert werden kann und die sich an den Begriffen Ausrottung-Reinigung, Vernichtung-Heilung orientiert, dann ist dieser Verfassung selbst die Tendenz der Expansion der Vernichtung und ihrer Rückwirkung in Selbstdestruktion inhärent. Immer mehr Leben kann dann als „unnormal" und „fremd" markiert und der Vernichtung preisgegeben werden. Nach der „Machtergreifung" 1933 wies schon das Sterilisierungsgesetz durch seine vage Formulierung, durch den Zwang und die Sprengung des Kreises der Erbkrankheiten (Anwendbarkeit auf

[131] Ebenda, S. 25; wenn schon Hitler einer biographisch-psychoanalytischen Deutung unterzogen werden soll, wäre sein Hygiene-Ideal und Reinigungszwang der wichtigste Ansatzpunkt.

[132] Ebenda, S. 21.

[133] Allgem. Ztschr. f. Psychiatr. 79 (1923), S. 440.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alkoholiker) über sich hinaus. 1934 schon wurde das Gesetz durch seine offizielle Kommentierung durch Gütt, Rüdin, Ruttke zur bloßen Vorbereitung relativiert, wurde die Ausdehnung in Richtung auf die Psychopathen und auf die Ausmerzung gefordert und wurde die ideologische Intention des Gesetzes offen ausgesprochen. Das Änderungsgesetz von 1935 bedeutete eine weitere Expansion auf die Vernichtung hin. 1938–1939 begann die Entwicklung des Programms der Tötungen selbst wieder mit dem noch „diskutabelsten" Einzelfall, mit der Gewährung des Gnadentodes bei einem mißbildeten und idiotischen neugeborenen Kind und der sofortigen Generalisierung dieses Falles. Es folgte – noch mit der Tarnung der Wissenschaftlichkeit – Schritt für Schritt die Heraufsetzung der Altersstufe der zu tötenden Kinder bis auf das 16. Lebensjahr 1941 und die Anwendung von Zwang gegen widerstrebende Eltern. Auch dies war nur eine Zwischenstufe auf dem Wege zu den Aktionen T 4 und 14 f 13, die ihrerseits nur noch die Tarnung der „planwirtschaftlichen Maßnahme" kannten, sich in der Zahl der Opfer vervielfachten und sich schließlich unberechenbar auch auf die unterschiedlichsten Gruppen nicht geisteskranker Menschen (Altersheiminsassen, körperlich Kranke, Nicht-Deutsche) erstreckten. Und auch diese Stufe wie alle anderen sollte wieder nur „Vorbereitung" sein – für die „Endlösung" einerseits, für neue, im einzelnen wenig bekannte Pläne nach einem Endsieg andererseits. Diese sich ständig wiederholende Stufe der Vorbereitung beschreibt den Zustand eines Systems, dessen Ziele zu abstrakt sind, um eingeholt werden zu können, und dessen Mittel – die Vernichtung – daher zum Selbstzweck werden mußte.

Die Aktionen der Lebensvernichtung haben in diesem Prozeß eine mittlere und deshalb die Expansionstendenzen des Gesamtsystems besonders erhellende Position. Hier dürfte aufschlußreich sein zu untersuchen, wie die Vernichtungsintention auf den unteren Ebenen, d. h. von den beteiligten Ärzten, nicht nur aufgenommen, sondern zum Teil auch selbständig ausgedehnt wurde. Der im Erlaß Hitlers genannte Personenkreis war als „unheilbar Kranke" definiert, war also fast beliebiger Modifizierung zugänglich. Eine entsprechende Ausweitung, wie sie dann zur Grundlage der Meldebögen wurde, nahm Heyde als der ärztliche Leiter vor[134]. Es ist allerdings auch die Ansicht Bormanns bekannt, daß die Vernichtung selbstverständlich nicht bei den unheilbar Geisteskranken stehenbleiben dürfe[135]. Es muß jedoch ein Niederschlag der allgemeinen NS-Ideologie gewesen sein, daß für die meisten begutachtenden Ärzte in allen nur irgendwie zweifelhaften Fällen nur eine Entscheidungsmöglichkeit gegeben zu sein schien, nämlich die mit der Vernichtungsintention übereinstimmende: „Von unten her, aus der Ausmerzpraxis der ‚Fachabteilung', auch des Amtsarztes, wurde das Programm über das Soll hinaus durchgeführt ... Mit der scheuklappenförmig auf die formale Intelligenz gerichteten Diagnose waren die Würfel gefallen."[136] Daß viele Patienten durch das ärztliche Votum getötet wurden, die offensichtlich von den Richtlinien gar nicht getroffen

[134] Platen, a. a. O., S. 21.

[135] Aussage Bracks, zit. bei Mitscherlich, a. a. O., S. 185; Platen, a. a. O., S. 26.

[136] Schmidt, a. a. O., S. 105 und 107.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren, kann als „ein Beweis für die Progressionskraft des Vernichtungswillens im Sinne von Erfüllungs- und Vervollständigungstendenzen"[137] gelten. Beschränkung und Vernichtung von Leben schien für manche Ärzte als neues Ideal einer gemeinschaftsverpflichteten Medizin selbstverständlich geworden zu sein[138]. Daß bei solcher Wertung auch einmal der sich wissenschaftlich gebende Ehrgeiz um eines interessanten Gehirns willen ein gesundes Kind opferte, ist nicht mehr erstaunlich.

Auch die festgelegte Altersgrenze bei Kindern wurde zur höheren Ehre ideologischer Ausmerzung überschritten: in Eglfing bei mehr als zwei Dritteln der Kinder. Natürlich gab es auch Kompetenzüberschreitungen zugunsten der Pfleglinge. Eine breitere rettende Wirkung war auf dem Weg über geeignete Publikationen möglich: Professor Bonhoeffer veröffentlichte eine Form der Tetanie, unter die sich zahlreiche Epilepsien zwängen ließen; Professor Bürger-Prinz präzisierte in verschiedenen Artikeln einen vorsichtigen und besonders engen Begriff von Schizophrenie – zugunsten anderer, weniger gefährdeter Krankheitsbilder[139]; mehrere deutsche Psychiater entwickelten nach 1933 verschiedene Hypothesen über eine somatische Entstehung der Psychosen, teilweise mit der ausgesprochenen Absicht, den ideologisch vereinseitigten Erblichkeitsstandpunkt zu relativieren[140]. Aber Kompetenzüberschreitungen wirkten meist in der umgekehrten Richtung. Teils auf Anweisung höherer Stellen, teils aber auch auf Grund individuellen Aktivismus' kamen Fürsorgezöglinge, Asoziale, Fortläufer, Gruppen gesunder jüdischer Kinder oder „Mischlinge", die unterschiedlichsten Sicherheitsverwahrten (Homosexuelle, politische „Verbrecher"), Bewohner von Altersheimen, kranke und gesunde „Ostarbeiter" zur Vergasung. Nach Beendigung von T 4 übernahm der „Reichsausschuß" einen Teil der Funktionen in großzügiger und willkürlicher Erweiterung seiner Kompetenzen: durch Erhöhung der Altersgrenze, durch Tötung Erwachsener mit und ohne Sonderermächtigungen, durch Beseitigung jüdischer „Mischlinge" (z. B. in Hadamar 1943)[141]. Anderen Ersatz für den Ausfall von T 4 bot das schon beschriebene Mosaik bayerischer Verordnungen, das zur Einrichtung der todbringenden Hungerhäuser in Eglfing führte.

Obwohl schon einige Beispiele erwähnt wurden, muß hier noch eigens vermerkt werden, daß manche Ärzte auch bei Beendigung von T 4 nicht mehr die zur Haltung gewordene Vernichtungsgewohnheit aufgaben; denn was jetzt noch geschah, war – von Ausnahmen abgesehen – „Tötung ohne Zwang"[142]. Hunderte von Kindern und Erwachsenen wurden jetzt selbstherrlich, abhängig von der Laune

[137] Ebenda, S. 107.

[138] Dies ist eine Hypothek, die die heutige Medizin mit ihrer noch stärkeren Betonung des sozialen Aspekts und der gesellschaftlichen Verantwortung bisher noch nicht hinreichend durch historisch-differenzierende Reflexion sich zu eigen gemacht hat.

[139] Dank der Weigerung durch Prof. Bürger-Prinz ist Hamburg das einzige Land Deutschlands, aus dem keine erwachsenen Geisteskranken verlegt und getötet wurden.

[140] Einen Überblick hierüber gibt J. Wyrsch, Klinik der Schizophrenie, in: Psychiatrie der Gegenwart, Hrsg. H. Gruhle, Bd. II (Klinische Psychiatrie), Berlin 1960.

[141] Ehrhardt, a. a. O., S. 31f. (auf Grund von Nürnberger Dokument NO 1427).

[142] Schulte, a. a. O., S. 85.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eines Arztes oder eines Pflegers, umgebracht. Die bevorzugte Methode war dabei neben dem Verhungern-Lassen das ausgefeilte „Luminal-Schema" von Professor Nitsche. Beitreiberdienste für dieses von Brack „wilde Euthanasie" genannte Morden leisteten in den späteren Jahren auch Parteistellen und vor allem die SS. In solchen Vorgängen – selbst die Berliner Leiter der Vernichtung äußerten bisweilen ihr Erschrecken darüber, daß ihnen ihr Instrument aus den Händen glitt – war die „Umwertung aller Werte" gelungen: an manchen Stellen trieben die Ärzte das selbstverständliche Morden bis in die letzten Kriegstage[143].

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die Lebensvernichtung nicht nur Auswirkung der NS-Ideologie war, sondern daß sie – als „Institution" – ihrerseits wieder auf die Ideologie und die Techniken des Regimes zurückwirkte. Dies gilt besonders für die SS, die nicht nur ihren Einfluß auf die Aktionen ständig verstärken konnte, sondern auch von ihnen geprägt wurde, die ihre Macht innerhalb des Regimes ausdehnen und durch die hier gesammelten Erfahrungen sich ideologisch, technisch und personell auf die ihr vorschwebenden „großen Aufgaben" vorbereiten konnte. Es läßt sich verfolgen, daß die verschiedenen Einrichtungen der Vernichtungsaktionen organisatorisch zunehmend von der Führer-Kanzlei weg unter die Kompetenz des Reichsinnenministeriums gerieten. Da Himmler aber dieses seit 1937 immer mehr zu seinem Werkzeug zu machen verstand, gerieten die Aktionen in Wirklichkeit in die Einflußsphäre der SS. Himmler hatte schon immer reges Interesse an der Lebensvernichtung gehabt. Da auch Heyde – schon dies war nicht zufällig – als ärztlicher Leiter der SS angehörte, war es nicht schwer durchzusetzen, daß mit Vorzug junge SS-Ärzte für den Vernichtungsdienst u. k. gestellt wurden. Unschätzbare Aufklärungsdienste leistete eine „fortschrittliche" Anstalt wie Eglfing gerade für die sich auf Rassen- und Erbideologie konzentrierende SS, die daher auch das größte Besucherkontingent aufweist. Auch die ersten großen Selektionen in den deutschen KZs konnte die SS mit Hilfe der von Himmler von der Dienststelle T 4 angeforderten Ärzte durchführen. Diese konnten ihrerseits bei dieser Gelegenheit die Fähigkeit beweisen, die letzten Reste ärztlichen Denkens durch die Ausmerze-Kriterien rassehygienischer und politischer Art zu ersetzen. Diesen Funktionswandel durch den Einsatz in der „direkten Ausmerzung" 14 f 13 haben besonders Mitscherlich und Mielke betont[144].

Den folgenschwersten „Nutzen" zog die SS aus der Institution der Lebensvernichtung aber nach dem plötzlichen Ende der T 4-Aktivität im August 1941: Von Herbst 1941 an wurden in mehreren Schüben sowohl die Vergasungsanlagen wie das an ihnen „eingearbeitete" Personal an den Leiter der Judenvernichtung im Osten, SS-Brigadeführer Globocnik, überstellt und an verschiedenen Stellen des Ostraums wieder in Betrieb gesetzt. Die Vervielfältigung der Erfahrungen der T 4-Organisationen, die Fortsetzung der Reinigung des deutschen Volkskörpers von minderwertigem Erbgut in der Reinigung Europas von minderwertigen Rassen bildet zugleich den Auftakt zur „Endlösung der Judenfrage".

[143] Schmidt, a. a. O., S. 109f.

[144] Mitscherlich, a. a. O., S. 212–221.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

LUTZ NIETHAMMER

DIE AMERIKANISCHE BESATZUNGSMACHT ZWISCHEN VERWALTUNGSTRADITION UND POLITISCHEN PARTEIEN IN BAYERN 1945

Schwarzenberg im Erzgebirge wurde als einziger deutscher Landkreis im Mai und Juni 1945 aus bisher unbekannten Gründen nicht von alliierten Truppen besetzt. Werner Gross[1] ist nach der detaillierten Untersuchung dieser zwei Monate zu dem Schluß gekommen, daß hier die sog. Stunde Null nackt anzublicken sei: nach kurzem Zögern hätten die Anfänge einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung stattgefunden, die von den reaktionären Kräften – dem Landrat, dem Bürgermeister, dem Pfarrer – nicht hätten unterbunden werden können. Er versteht diesen Befund als Hinweis darauf, daß nicht die Entwicklung nach 1945 in der russischen Zone, sondern jene in den Westzonen auf die Diktatur der jeweiligen Besatzungsmächte zurückzuführen sei.

Zwei Kennzeichen des „Zusammenbruchs" treten bei Gross besonders deutlich hervor. Zunächst eine gewisse Lähmung der Bevölkerung nach dem Verschwinden der nationalsozialistischen Herrschaft. Offenbar hat kaum jemand diese Stunde mit dem Wunsche herbeigesehnt, mit Aktivität hervortreten und die große Reform einleiten zu können. Erst nachdem einige Tage nichts passiert war und örtliche Aufgaben drängten, löste sich die Erstarrung. Einzelne Personen griffen nun zur Selbsthilfe, und zwar örtliche Honoratioren einerseits und ehemalige Funktionäre der Arbeiterorganisationen (die z. T. wegen „Wehrunwürdigkeit" zu Hause waren) andererseits. Als zweites Merkmal fällt ins Auge, daß keine der beiden Seiten den örtlichen Aufgaben ganz gewachsen war, daß vielmehr beide eine Ermächtigung zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen benötigten und zu diesem Zwecke dringend Anschluß an eine der beiden Besatzungsmächte suchten[2], die jenseits der Grenzen des Kreises die Verwaltung übernommen hatten. Die Honoratioren ermunterten die Amerikaner zur Besetzung, die Antifa-Funktionäre arbeiteten besonders bei Polizeiaktionen mit den Sowjets zusammen. Nazis und Militärs verbargen sich in den Wäldern.

Gross kann an Schwarzenberg gerade nicht zeigen, wie die politische Option des deutschen Volkes ausgefallen wäre, wenn eine Besetzung nicht stattgefunden hätte; vielmehr veranschaulicht er an seinem Beispiel, wie wenig politische Führungsenergie beim Zusammenbruch des Dritten Reiches überhaupt noch am einzelnen Ort zur Verfügung stand, und wie schwierig, wenn nicht unmöglich es für die überlebenden Gegner des Nationalsozialismus sein mußte, bei der allgemeinen Erschlaffung des jahrelang überspannten öffentlichen Interesses in der Bevölkerung Unterstützung und Begründung für ihr Handeln zu finden[3]. Die Besetzung Deutsch-

[1] Werner Gross, Die ersten Schritte, Berlin (Ost) 1961.

[2] Ebenda, S. 58ff.

[3] Wolfgang Leonard (Die Revolution entläßt ihre Kinder, 4. Taschenbuch Aufl. 1962,

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lands, die Legitimation der Nachkriegsreformen von außen, ist nicht nur eine Tatsache, sondern sie war auch eine Notwendigkeit.

Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint die Isolierung „deutscher" (d. h. nicht von den Besatzungsmächten beeinflußter) politischer Regungen der sog. Stunde Null – sei es in einem zufällig nicht besetzten Kreis, sei es in der Programmatik von Parteigründungszirkeln – für die geschichtliche Erkenntnis der ersten Nachkriegszeit weniger bedeutsam als die Untersuchung der Art und Weise der deutsch-alliierten Zusammenarbeit in den jeweiligen Besatzungszonen. Dabei handelt es sich sowohl um die Prädisposition der Besatzungsorgane für ihre Aufgabe als auch um die Modalitäten ihres Verhältnisses zu den eingesetzten deutschen Verwaltungen und Regierungen sowie um deren politische Konzeptionen[3a].

John Gimbel[4] hat in seiner Untersuchung der Besatzungs- und Kommunalgeschichte Marburgs in den ersten Nachkriegsjahren für solche Fragestellungen eine methodisch wegweisende erste Antwort versucht. Ähnliche Studien auf einer Ebene, die über der der Selbstverwaltung läge und auch nach deutscher Tradition im engeren Sinne eine politische wäre, stehen noch aus. Dabei muß auch auf einer solchen höheren Ebene gelten, was Fromme an der Arbeit Gimbels hervorhob: „Nur die energisch begrenzte Untersuchung am konkreten Fall, die minutiöse Verfolgung der Entwicklung im Detail vermag über die Gemeinplätzigkeit hinauszuführen, die sich allmählich aus einer allzuoft wiederholten Darlegung ‚großer Entwicklungslinien' zu ergeben droht"[5].

Das Land Bayern eignet sich gut für eine solche Untersuchung der „ersten Schritte" nach dem Zusammenbruch. Hier wurde im Mai 1945 der erste Ministerpräsident eines deutschen Landes nach dem Zusammenbruch eingesetzt, die erste politische Gewalt also, die über den Selbstverwaltungsbereich hinauswies. Die von ihm wiederaufgebaute bayerische Staatsverwaltung und die neu entstehenden politischen Parteien haben im Sommer 1945 paradigmatische Konzeptionen bewußt hervorgebracht und zu verwirklichen versucht, die sich in dieser Gleichzeitigkeit, wechselseitigen Bedingtheit und in ihrem konkreten Bezug auf das Regierungssystem der frühen Besatzungszeit wohl schwerlich an einem anderen Ort noch einmal derart zugespitzt haben dürften. Wie dieser damals allgemein als Affäre empfundene Konflikt im September 1945 durch die Ablösung des Ministerpräsidenten

S. 328) berichtet bezeichnende Antworten des ‚Manns auf der Straße', den er im Juni 1945 über seine Meinung von der KPD-Gründung befragen sollte: „Wat, schon wieder 'ne Partei? Ich hab' noch von der vorigen die Neese voll!" oder „Haben'se denn jar keene andern Sorjen, junger Mann?"

[3a] Für die ersten Besatzungsmonate liegt hierzu eine wohlinformierte und gedankenreiche, wenn auch nur wenig differenzierte Gesamtanalyse vor: Leonard Krieger, The interregnum in Germany: March–August 1945, in Pol. Soc. Quart. 64 (1949), S. 507ff.

[4] John Gimbel, A German Community under American Occupation, Marburg 1945–1952, Stanford 1961, dt. Ausgabe unter dem Titel: Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung, Marburg 1945–1952, Köln 1964.

[5] Friedrich Karl Fromme, Zur inneren Ordnung in den westlichen Besatzungszonen 1945 bis 1949, in dieser Zeitschrift 10 (1962), S. 213.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schäffer und des Militärgouverneurs Patton seine Lösung fand, und doch die schon vorbereitete Alternative auf deutscher Seite nicht zum Tragen kam, spiegelt den Grad an innerer Konsistenz, den die sich noch in rapider Veränderung befindliche amerikanische Militärregierung[6] zwei Monate nach Potsdam erreicht bzw. nicht erreicht hatte. Das Ereignis selbst muß als Brennpunkt der Spannungen der frühen MG angesehen werden. Hier gelangte die Entnazifizierungspolitik zum Durchbruch; hier wurden die möglichen Alternativen zur Durchführung der amerikanischen Demokratisierungspolitik ausgeschieden. Das desintegrierte Regime der Besatzungsarmee wurde im September 1945 durch ein klares System der Militärregierung abgelöst. Die Entlassung Schäffers und die Entstehung des Regierungsauftrags für seinen Nachfolger Hoegner erfordern darüber hinaus auch insofern eine Klärung, als sie in der Literatur nicht nur recht einseitig und unvollständig motiviert wurden[7], sondern auch Fehldeutungen ausgesetzt waren[8]. Viele Einzelentscheidungen und Beziehungen gerade der frühen Besatzungszeit haben keinen Niederschlag in Quellen gefunden[9]. Der Weg zur Erforschung der Nachkriegszeit wird aber auch dort, wo Quellen vorhanden sind, von den Archiven nur behutsam

[6] Im folgenden werden die in der Besatzungszeit üblichen Abkürzungen verwendet: MG für Military Government; RMG für Regional MG, im Oktober 1945 in OMGB = Office of MG for Bavaria umbenannt; OMGUS für Office of MG for the US Zone of Germany, hervorgegangen aus USGrCC = US Group Control Council; ETO für European Theater of Operations; SHAEF = Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces. Nach dessen Auflösung wurde die US-Besatzungsmacht von USFET = US Forces European Theater in Frankfurt geleitet. Dessen G–5 = 5. Generalstabsabteilung für Angelegenheiten der Zivilbevölkerung wurde am 8. 10. 1945 in OMG (US) umbenannt.

Daneben: CAD = Civil Affairs Division, die MG-Abteilung im Pentagon; ECAD = European CAD war die für Europa ausgebildete Besatzungsorganisation, wobei MG im besiegten Feindland von CA = Civil Affairs in befreiten Gebieten unterschieden wurde. OSS = Office of Strategic Services war der erste integrierte Geheim- und Nachrichtendienst der USA von 1942–45; CIC = Counter Intelligence Corps war die „Abwehr" der amerikanischen Armee; G–2 die 2. Generalstabsabteilung für Nachrichtenwesen und Geheimdienst; PWD = Psychological Warfare Division war auf SHAEF- und Army Group-Ebene organisiert; ihr Personal ging später zum größten Teil in ICD = Information Control Division, die OMGUS-Kontrollabteilung für das Presse- und Informationswesen, auf.

[7] Vgl. Fritz Schäffer, Die Zeit der ersten Ministerpräsidentschaft in Bayern nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945, Historisch-Politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs, Heft 1, München o. J. (1964), S. 13; Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, München 1959, S. 201; Arthur D. Kahn, Offiziere, Kardinäle und Konzerne, Berlin (Ost), 1963, S. 94ff.; Robert D. Murphy, Diplomat among Warriors, Taschenbuchausgabe, New York 1965, S. 531.

[8] Vgl. z. B. Hans Obermaier und Josef Mauerer, Aus Trümmern wächst das neue Leben, München 1949, S. 81f. (Hier wird auf einen Linksrutsch der Militärregierung nach Potsdam als Ursache der Entlassung angespielt); Festschrift Fritz Schäffer zum 70. Geburtstag am 12. 5. 1958, o. O. u. J., darin Ludwig Sporer S. 97f. und Hanns Seidel im Anhang (hier scheinen deutsche Intrigen den Sturz des Ministerpräsidenten herbeigeführt zu haben); eine ähnliche Meinung wird durch eine bei Hoegner (a. a. O.) abgedruckte eidesstattliche Erklärung suggeriert; Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche, 2. Aufl., Stuttgart 1965, S. 177f. (Eine abenteuerliche Konstruktion, nach der die Absetzung Schäffers aus einer Parteifehde zweier New Yorker Stadtverordneter folge.)

[9] Vgl. dazu Walter L. Dorn, Letter to the editor, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 192.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

freigegeben. Um so notwendiger erscheint es, in den Bereichen, in denen unter Heranziehung alles erreichbaren Materials[10] ein Bild sowohl von den Grundzügen der politischen Auseinandersetzung als auch von ihrer praktischen Erscheinungsform, ihren Personalien und bedingenden Details, entworfen werden kann, diese Chance zu nützen.

Zum Aufbau der Untersuchung sei noch vorausgeschickt, daß die Vorgänge in Bayern nur sinnvoll gewürdigt werden können, wenn sie im Rahmen der Besatzungspolitik bis zum Herbst 1945 gesehen werden. Während die Entwicklung der US-Deutschlandpolitik in diesem Zeitraum als bekannt vorausgesetzt wird, müssen der Darstellung der bayerischen Verhältnisse zwei Skizzen vorangestellt werden: erstens eine Schilderung der Grundlinien der Planung und Organisation der US-Besatzung und ihrer Praxis in anderen Teilen Deutschlands in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch; zweitens die sehr knappe Analyse eines Konflikts zwischen Besatzungsmacht und Stadtverwaltung in Aachen, als dessen erweiterte Reprise die Entlassungen Pattons und Schäffers amerikanischen Augen erschienen. Der ‚Fall Aachen' ist insbesondere für die amerikanische Reaktion auf die von der Besatzungsmacht eingesetzten konservativen deutschen Verwaltungschefs bezeichnend und hebt insofern die späteren Ereignisse in Bayern aus der Sphäre der landesgeschichtlichen Einmaligkeit heraus.

I

Auf Grund der ungünstigen Erfahrungen, die die US-Armee bei der Rheinlandbesetzung nach dem Ersten Weltkrieg mit der nicht speziell vorgebildeten kämpfenden Truppe als Besatzungsinstrument gemacht hatte, wurde der Vorbereitung und Durchführung der Besatzung im Zweiten Weltkrieg große Aufmerksamkeit geschenkt. In der Armee bewirkte sie die Ergänzung der vier klassischen Stabsabteilungen (Personnel, Intelligence, Operations, Supply) durch eine fünfte für Zivilangelegenheiten: G–5[11].

[10] Hierzu sind insbesondere zu rechnen: die in der US-Armee laufend geführten „historical reports" (HR) für jede Einheit (gewöhnlich masch.). Exemplare liegen an verschiedenen Orten, die meisten im World War II Record Center (WW II RC) der National Archives der USA. Daneben wurden herangezogen: der Nachlaß von Prof. Dr. Walter L. Dorn im Besitz von dessen Tochter (Dorn Papers), das Privatarchiv von Prof. Dr. William E. Griffith (Griffith Papers), das Privatarchiv von Staatsminister a. D. Dr. Josef Müller (Archiv Josef Müller), der Nachlaß von Staatsminister a. D. Dr. Anton Pfeiffer im Besitz der Familie Pfeiffer (Nachlaß Pfeiffer) sowie der Nachlaß von Ministerpräsident a. D. Adam Stegerwald im Besitz der CDU-Rheinland (Stegerwald Archiv). Einzelne Dokumente entstammen dem Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München (IfZG). Allen, die mir so bereitwillig ihre Materialien zur Verfügung stellten und mir durch mündliche und schriftliche Auskünfte in so liebenswürdiger Weise halfen, danke ich von Herzen. Dies gilt auch für jene (meist amtliche Stellen), die im Text nicht einzeln erwähnt werden konnten.

[11] Zur G–5 Phase: Office of the Chief Historian, European Command: Civil Affairs, Occupation Forces in Europe Series, 1945–46, (masch.) Frankfurt 1947.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diesem Entschluß waren in Washington in den ersten Kriegsjahren heftige Kontroversen zwischen den Ministerien um die Besatzungspolitik im allgemeinen und die organisatorische Stellung, personelle Besetzung und Aufgabe der CAD der Armee vorausgegangen[12], in denen das War Department und das Department of the Interior die Grundpositionen verfochten hatten. Das Kriegsministerium setzte sich für eine Organisation von Verwaltungsspezialisten ein, die den jeweiligen Kommandeuren der kämpfenden Truppe unterstehen sollte. Ihr Auftrag sollte es sein, die Zivilbevölkerung daran zu hindern, die militärischen Operationen zu stören, und ihre einstweilige Versorgung zu sichern. Diese Aufgabe sollte bis kurz nach Abschluß der Eroberung des Feindeslandes währen und dann von einer Phase ziviler politischer Verwaltung – also nicht von einer politisierten Militärverwaltung – abgelöst werden. Zweck dieser Konzeption war es, eine Politisierung der Armee zu verhindern und ihre militärische Disziplin nicht durch dienstliche politische Entscheidungen ihrer Mitglieder in Frage stellen zu lassen. Dadurch sollte eine Herausforderung der ausschließlichen Befehlsgewalt der militärischen Kommandeure in ihren Operationsgebieten durch ihnen beigegebene politische Kommissare anderer Ministerien oder gar durch präsidentielle Sonderbeauftragte vermieden werden[13].

Dagegen berief sich Innenminister Ickes auf die Erfahrungen seines Ressorts in der Kolonialverwaltung und forderte seine Beteiligung an der Planung und Ausführung der Besatzungspolitik[14]. Roosevelt mag von dieser Argumentation zunächst vor allem deshalb beeindruckt gewesen sein, weil das als Hochburg der New Dealer bekannte Innenministerium die Militärs imperialistischer und militaristischer Neigungen verdächtigte. So formulierte z. B. der persönliche Referent Ickes', Saul K. Padover, in einer Denkschrift für seinen Chef vom 9. 1. 43: „We are fighting for a civilian, democratic, free world – not for a world ruled by armed forces. Moreover, by tradition, training, background and outlook, the Army ist not equipped for long-term administration of foreign areas, especially if those areas are to be given the essentials of a democratic, social-economic structure."[15]

Im Kampf um die Ausbildung der Militärregierungsoffiziere, um CA im Nord-

Zur Kriegszieldiskussion und zur Entstehung der Besatzungsdirektiven, die hier vorausgesetzt werden, neben Günter Moltmann, Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1958, vgl. jetzt vor allem Paul Y. Hammond, Directives for the Occupation of Germany: the Washington Controversy, in: American Civil-Military Decisions, ed. Harold Stein, Birmingham, Alabama, 1963, S. 311ff., sowie Walter L. Dorn, The unfinished Purge, unvollendetes Manuskript in Dorn-Papers. Ein Überblick über seine Ergebnisse in Dorns Aufsatz: Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland 1944–45, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 60ff.

[12] Vgl. Harry L. Coles u. Albert K. Weinberg, Civil Affairs: Soldiers become Governors, Washington D.C. 1964, insbesondere Kap. 1. (Der sehr instruktive Band dokumentiert die Planungsphase und die Operationen in Westeuropa und Italien.)

[13] Ebenda, S. 14f., S. 19f., S. 24 und öfter.

[14] Ebenda, S. 25. Während die Armee schon deshalb 1943/44 die MG-Planung vorantrieb, weil sonst ein Vakuum bei Kriegsende zu entstehen drohte, wurde Ickes' Position Ende 1944 in modifizierter Form vom Treasury Department wieder aufgenommen.

[15] Ebenda, S. 26.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

afrika-Feldzug und um die Bildung einer westalliierten MG-Kommission zeigte sich jedoch, daß die schon bei der Armee beträchtlichen Koordinationsschwierigkeiten bei Beteiligung nichtmilitärischer Stellen ins Unerträgliche wüchsen, insbesondere, da bei Roosevelts Verzögerung der Besatzungsplanung eine Organisation ohne endgültig definierten Auftrag zur späteren Disposition aufgestellt werden mußte. Ohne Zweck eine Maschine aufzubauen, war außerhalb der Armee niemand fähig. Das War Department verteidigte seine Position dadurch, daß es den apolitischen und vorübergehenden Charakter seiner MG-Aufgaben herausstrich: „. . . the point . . . is not one of whether internationalism, imperialism and isolation are entitled to equal consideration as possible future policies for America; the point is that our Military Government training now proceeds on the assumption that these issues are none of the military government officers business."[16] Die apolitische Haltung sollte auch im besetzten Land bewahrt werden; es sollte der Maßstab gelten, daß MG seine Befehlsgewalt gegenüber der „eingeborenen" Verwaltung nur im Sinne von „law and order" und „military security" anzuwenden habe. Im Army-Navy Manual vom 22. 12. 1943 kündigten sich zwar die neuen Aufgaben an, indem erstmals das traditionelle Ziel der MG (das noch in der vorhergehenden Auflage von 1940 enthalten gewesen war), nämlich „welfare of the governed", wegfiel. Aber man versuchte, sich dennoch gegen die Konsequenzen politischer Regierungstätigkeit im Feindland abzuschirmen. Jeglicher Einfluß der Besetzten „however sound in sentiment" auf die MG-Politik sollte zurückgewiesen, jede nicht ausdrücklich angeordnete Verhandlung mit lokalen Stellen oder Gruppen vermieden werden[17]. Man befürchtete, daß individuelle politische Entscheidungen der MG-Offiziere, wie sie bei einer strukturverändernden Reformpolitik in Zusammenarbeit mit deutschen Gruppen notwendig waren, durch den Zündstoff demokratischer Konzeptionsunterschiede die Disziplin des Militärs und seine hierarchische Organisation aufsprengen könnten.

Der Grundgedanke der Beschränkung der Armeeverwaltung auf die dilatorische, unpolitische Anfangsphase der Besatzung beherrschte die Vorbereitungen auf CA und MG, ihre Organisation im Jahr 1944 und noch die anfängliche Praxis der MG nach der deutschen Kapitulation. Als „politische" Aufgabe verblieb dabei nur die Verlängerung des militärischen Kriegsziels „to destroy nazism", dessen man durch Internierung aller „security threats" und Ablehnung jeglicher Kollaboration mit „Nazis" in militärischer Weise Herr zu werden hoffte.

Die Armeeverwaltung für Zivilangelegenheiten wurde aus der militärischen Polizeiverwaltung heraus aufgebaut. Die Schulen zur Ausbildung des MG-Personals unterstanden dem Provost Marshall General, der nicht müde wurde, die rein militärische und versorgungstechnische Aufgabe von MG abzuheben von einer späteren Zivilregierung, der das „shaping of the postwar world" zufalle: „Military

[16] Mit diesen Worten verteidigte Hyneman die MG-Schule in Charlottesville und schrieb ihr als Grundstimmung einen „good Samaritarian internationalism" zu. Ebenda, S. 29.

[17] Zitiert ebenda, S. 145. Die Bestimmung wurde dann allerdings nach heftigem Einspruch der OSS auf „non enemy countries" beschränkt.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Government has two objectives: First, to help to bring the war to a successful termination; second and entirely subordinate to the first consideration, to further the welfare of the people of the occupied territory . . . What matters most is that the commanding general in any field of operations be given as complete control as possible over all the elements that must enter into the calculations."[18] Mit solchen traditionellen Worten wandte sich Gen. Gullion zugleich an die Kommandeure der kämpfenden Truppe, um ihnen die neue Organisation als Teil ihrer Stäbe vorzustellen und schmackhaft zu machen, weil ein Teil der Generalität sie als eine Art politischer Kommissare gefürchtet und abgelehnt zu haben scheint, die das Effektivitätsprinzip des militärischen Apparats und seine Kommandohierarchie in Frage stellen könnten. Patton war zweifellos ein herausragendes Beispiel dieser Spezies konservativer Generale; in seinem Befehlsbereich soll später die Kaltstellung der Militärregierungsoffiziere durch höherrangige Offiziere der kämpfenden Truppe besonders verbreitet gewesen sein[19].

Die Einbeziehung von MG-Stäben in die Generalstabsstruktur bedeutete, daß sie z. B. auf Armeegruppen-, Armee-, Korps- oder Divisionsebene den militärischen Kommandeuren unterstanden, also hierarchisch und territorial gegliedert waren, die Bewegungen der kämpfenden Truppe mitvollzogen und untereinander nur über die Kommandeure kommunizieren konnten. Diese für Verwaltungszwecke extrem schwerfällige Konstruktion diente der elastischen Anpassung der Verwaltungsorganisation an die Zwecke der kämpfenden Verbände und führte – weil die Kommandeure weitgehend freie Hand hatten und keiner speziellen Kontrolle und Koordination unterstanden – zu großen Unterschieden in der Verwaltungspraxis von Befehlsbereich zu Befehlsbereich[20].

Die Schwächen dieser G–5-Struktur sollten durch ein System von Spezialstäben ausgeglichen werden: für alle Kreise und Großstädte, Regierungsbezirke, Provinzen und Länder im Feindgebiet wurden spezielle MG-Detachments ausgebildet, die sich in monatelanger Vorbereitung mit den lokalen Verhältnissen, z. B. Münchens oder des Regierungsbezirks Starkenburg, vertraut machten. Mit Vortrupps rückten sie direkt hinter der kämpfenden Truppe in ihre Zielgebiete ein und übernahmen die zivile Verwaltung wenn möglich durch indirect rule; gewöhnlich war die deutsche Verwaltung aber zusammengebrochen. Diese Detachments unterstanden dem jeweiligen G–5 der in ihrem Gebiet operierenden militärischen Einheit in bezug auf „policy", in internen Verwaltungsfragen aber der ECAD, die auf ETO-Ebene in zwei Regimenter geteilt den Einsatz des MG-Personals, seine Ausbildung und Versorgung steuerte. Die höchste Ebene dieser Spezialstäbe bildete die interalliierte

[18] Allen W. Gullion (Provost Marshall General), Military Government, in: Coast Artillery Journal 86 (1943), 2, S. 22ff. Vgl. auch Coles/Weinberg, a. a. O., S. 24.

[19] Harold Zink, American Military Government in Germany, New York 1947 (im folgenden Zink I), S. 58.

[20] Die G–5-Struktur wurde am 14. 5. 1944 auf allen Ebenen eingeführt, wodurch die Truppenkommandeure zum ersten Mal kontinuierlich mit MG als einer ihrer „major objectives" befaßt waren. Vgl. Off. of the Chief Hist., Civil Affairs . . ., S. 12. Der Befehl wurde aber vielfach zu spät verwirklicht.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

German Country Unit, die in London an der konkreten Besatzungsplanung arbeitete. Aus ihr wurde im Spätsommer 1944 das US-Element für den Kontrollrat (USGrCC) ausgegliedert[21].

Die Generalstabsstruktur soll zur leichteren Unterscheidung im Folgenden Armeeverwaltung genannt werden, während dort, wo das Schwergewicht der Besatzung auf den Spezialstäben ruhte, von Militärregierung gesprochen wird. Für beide Strukturen waren seit 1943 auf verschiedenen Schulen in den USA und England Offiziere und Mannschaften ausgebildet worden[22]. Die Anwärter rekrutierten sich einerseits aus Soldaten, die einzelne Armeen nach Gutdünken für diese Aufgabe freigestellt hatten, und andererseits aus Fachleuten auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens wie Justiz, Kommunalpolitik, Gewerkschaftswesen, aus Universitätspersonal und Journalisten, die zu diesem Zweck angeworben oder eingezogen wurden. Die Kenntnis der Sprache des Ziellandes war natürlich besonders erwünscht. Da in den meist kurzen Kursen selten eine Sprache ausreichend gelernt werden konnte, besonders da die MG-Anwärter gewöhnlich noch einer militärischen Grundausbildung unterworfen wurden, und da die Ausgebildeten oft genug ohne Berücksichtigung ihrer Spezialkenntnisse eingesetzt worden zu sein scheinen, fiel zwei Gruppen unter den MG-Offizieren das Schwergewicht zu. Einmal den Fachleuten für bestimmte Verwaltungsfunktionen wie Gasversorgung, Eisenbahnwesen oder Landwirtschaft, die schwerlich beliebig ersetzt werden konnten; und andererseits den Emigranten aus dem betreffenden Zielland oder einem seiner Nachbarländer, wozu hier auch ‚junge' Einwanderer der ersten oder zweiten Generation zu rechnen sind, die als Fachleute für Sprache, Kultur und Politik gelten konnten. Diese wurden vor allem im Nachrichtendienst und in den MG-Abteilungen für öffentliche Sicherheit, für Information und Presse und in der politischen Feldarbeit eingesetzt. Da diese Gruppe gewöhnlich keine oder nur wenige Karriereoffiziere stellte, kam sie nicht in die obersten Dienstränge, die – fachlich weniger vorgebildetem – Armeepersonal vorbehalten blieben. Das Gros des MG-Personals aber, das nicht für bestimmte Funktionen prädestiniert erschien, wurde ziemlich wahllos auf die restlichen offenen Stellen verteilt.

Diese differenzierte personelle Ausgangsbasis tat noch ein Übriges, um die Unfähigkeit der Zwitterkonstruktion aus Armeeverwaltung und Militärregierung zur Koordination einer auch nur kurzen Regierungstätigkeit deutlich zu machen.

---

[21] Über die Planungsarbeit der Spezialstäbe unterrichtet: Office of the Chief Historian, European Command, Planning for the Occupation of Germany, Occupation Forces in Europe Series, 1945–46, Frankfurt 1947 (masch.). Zu den sich aus der Zwitterkonstruktion aus General- und Spezialstäben ergebenden Schwierigkeiten für MG in Planung und Praxis vgl. die Analyse bei George C. S. Benson u. Mark Dewolfe Howe, Military Government Organizational Relationships, in: Carl Joachim Friedrich and Ass., American Experiences in Military Government in World War II, New York 1948, S. 52ff.

[22] Zur MG-Ausbildung vgl. Harold Zink, The United States in Germany (Zink II), Princeton 1957, S. 10; John B. Mason, Lessons of Wartime Military Government Training, in: The Annals, Januar 1950, S. 183ff., sowie Zink I, a. a. O., S. 6ff., Beschreibung der personellen Verhältnisse: S. 23ff., 31ff., 61ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Armeeverwaltung arbeitete unter der englisch-amerikanischen Direktive CCS 551 vom 28. 4. 1944[23], die bis zur deutschen Kapitulation gelten und dann amerikanischerseits für eine Übergangszeit von JCS 1067 abgelöst werden sollte. Sie bestimmte aber die Praxis der MG bis in den Sommer 1945 hinein, einerseits weil die Planungsstäbe 1944 sich bei der Ausarbeitung ihrer Einzelanweisungen und Handbücher mangels politischer Führung an das sich in CCS 551 spiegelnde Armeekonzept gehalten hatten und die MG-Offiziere an den Ergebnissen dieser Planung ausgebildet worden waren, andererseits weil sie dem unpolitischen Effektivitätsbedürfnis der Verwaltungsoffiziere entgegenkam. Es wird berichtet, daß JCS 1067 auch deshalb in der Praxis eine lange Anlaufzeit durchmachen mußte, weil sie den Offizieren an Ort und Stelle extrem wenig mit der von ihnen vorgefundenen Situation in Deutschland zu tun zu haben schien. Diese hätten deshalb anfangs versucht, sie zu übersehen und sich an die bisherigen Faustregeln zu halten[24].

Die Armeeverwaltung in Deutschland nach dem „Umbruch", der ja nicht auf einmal, sondern mit den vorrückenden US-Truppen schrittweise von West nach Ost stattfand und sich über einen Zeitraum von gut sechs Monaten hinzog, war durch ihre Vielfalt und Unterschiedlichkeit geprägt. Die US-Armee war eingefügt in eine interalliierte Kriegsmaschine, deren oberste Organisationsprinzipien Elastizität (d. h. Selbständigkeit der unteren Einheiten in der Durchführung der ihnen gestellten Aufgaben) und Effektivität (d. h. unpolitische Konzentration auf die Erringung des Sieges mit allen einsetzbaren Techniken) hießen. Die mit den Truppen vorstoßenden MG-Einheiten waren dieser elastischen Befehlsorganisation und ihrem Erfolgsbedürfnis angepaßt. Wenn sie in einen deutschen Kreis kamen, mußten sie dort oft genug die gesamte Verwaltung übernehmen und aus dem Handgelenk aufrechterhalten; ihre Stellung am einzelnen Ort war souverän, ihre Zusammenarbeit in größeren Regionen mangelhaft. Durch die Unterordnung der MG unter die militärische Kommandokette war der Initiative und dem Gutdünken der Kommandeure auch kleiner Einheiten breiter Spielraum gewährt. Während des Vormarsches und der anschließenden Demobilisierung konzentrierte sich die koordinierende Kommandogewalt auf im engeren Sinn militärische Fragen. Auf deutscher Seite zersplitterte die überregionale Koordination spätestens, nachdem die Verwaltungen infolge von Zerstörungen, der Flucht ihrer Chefs oder der ersten Verhaftungswellen zum Erliegen gekommen waren. Allerorten herrschten amerikanische und von ihnen ernannte deutsche Kreiskönige, die nach den unterschiedlichsten Gesichtspunkten ausgewählt wurden.

Die Lage wurde durch Forderungen der Truppe nach Quartier, Kommunikationsmitteln und militärischer Sicherheit nur komplizierter. Die MG-Offiziere gewöhnten sich schnell daran, „ihre" Kreise zu verteidigen, sich in deren innere geschäftliche und menschliche Bande zu verflechten – noch bevor das Fraternisierungsverbot aufgehoben war – und deren Interessen zu vertreten. „Ihre" Stadt sollte funktionsfähig werden („get things going again"); ob das Gaswerk von einem Pg

[23] Zur Entstehung und Interpretation vgl. Hammond, a. a. O., S. 328f.

[24] Zink I, a. a. O., S. 135.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geleitet wurde, galt ihnen wenig. Ortsgruppenleiter, einige Bürokraten und Industrielle, Offiziere, Altparteigenossen und SS-Männer wurden nach nur selten pfleglicher Auswahl dem CIC übergeben, einige Beamte, die 1933 entlassen worden waren, wieder eingesetzt, Empfehlungen der Kirchen entsprochen, einige Unbekannte, die sich zu präsentieren verstanden oder gar englisch sprachen, mit Ämtern betraut und eine Anzahl kleinerer Angestellter und Agenten für die Militärregierung angeworben, oft Funktionäre der Anti-Fa oder befreite Häftlinge, denen wie allen Deutschen sonstige politische Betätigung im Namen militärischer Sicherheit verboten worden war. Die Kreise verteidigten zufällig bei ihnen lagernde Wehrmachtsbestände, Lebensmitteltransporte oder Treibstoffvorräte gegen notleidende andere Gebiete oder verschoben solche Güter im Tauschhandelsverfahren und bemühten sich, die wandernde Bevölkerung der DPs, Flüchtlinge, Evakuierten, Ausgebombten, Heimkehrer und Untergetauchten um ihre Gemarkungen herumzuleiten; höhere Verwaltungsstellen suchten nach ihrer Einsetzung mangels anderer Kommunikationsmittel durch zufällige Kuriere erste Nachrichten vom Zustand ihrer Gebiete und Verbindung mit den ihnen meist unbekannten Landräten und Bürgermeistern zu bekommen[25].

Die unübersichtlichen Zustände wurden noch verwickelter durch ungeklärte Zuständigkeiten auf den meisten Gebieten der Militärregierung im Zusammenspiel mit den Armeen. Besonders ungünstig wirkte sich der desintegrierte Zustand des Nachrichtenwesens aus, an dem die Schwierigkeiten kurz veranschaulicht seien[26]. Bis August 1945 existierte OSS als Versuch einer gesamtamerikanischen Nachrichtenzentrale; sie wurde durch präsidentielle Anweisung aufgelöst; ihre Agenten blieben aber z. T. am Ort und wurden nur in andere Organisationen der Armee, der MG, des State Department oder auch als Pressekorrespondenten übernommen. Daneben und danach bestanden die militärische Abwehr (CIC), die durch ihre unabhängige Organisationsform besonders frei und auch eigenwillig zu handeln in der Lage war; der militärische Nachrichtendienst, die G-2's, die an ihrer ausschließlichen Zuständigkeit im Befehlsbereich ihres jeweiligen Kommandeurs interessiert waren; die PWD und spätere ICD hatte ihre eigenen Ermittlungsdienste, ebenso wie MG durch ihren public safety branch und diverse special investigation sections über eigene geheim- und nachrichtendienstliche Instrumente verfügte. Daraus ergaben sich nicht nur Rivalitäten und eine ungenügende Koordinierung der Informationen,

[25] Anschauliche Schilderungen auf den ersten hundert Seiten von Reinhold Maier, Ein Grundstein wird gelegt, Tübingen 1964, insbesondere S. 72ff., und 93ff. und bei Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 2. Band, Stuttgart 1948, S. 671ff. Ähnliche Berichte aus Bayern fehlen. Ein herausragendes Beispiel eines US-Kreiskönigs war „Major Windy" in Roetgen nach dem Bericht bei Saul K. Padover, Experiment in Germany, New York 1946, S. 78ff. Über die Auffassung der Truppenkommandeure von ihrer MG-Aufgabe urteilt Zink I, a. a. O., S. 29: „To them the running of a military government headquarters in Germany was substantially the same as operating a truck drivers' school or an airfield in the United States."

[26] Zum Folgenden Robert G. Neumann, Political Intelligence and Its Relation to Military Government, in Friedrich and Ass. . . ., S. 70ff. (Neumann sammelte seine Erfahrungen in G-2 der 3. Armee).

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern auch die Vernachlässigung allgemeiner politischer Information zugunsten eines Wettkampfs aller um die Inhaftierung von Naziführern als den eigentlichen Kriegstrophäen, was zu einer denkbar weiten und unbestimmten Definition des „Nazi"-Begriffs führte. Eine weitere wichtige Folge dieses Gestrüpps war die Überproduktion unkoordinierter „intelligence", die das Interesse der Praktiker an Information überhaupt erlahmen ließ. Deshalb mußten sich die einzelnen Nachrichtendienste ihre Kunden suchen, um bei ihnen ihre Informationen exklusiv anbringen zu können. Auf der anderen Seite entstanden die Informationen über Deutschland weitgehend durch deutsche Angestellte der jeweiligen Dienste, was im ersten Jahr zu einem linken Schwergewicht in Terminologie und Tendenz führte. Zudem ergab sich die Möglichkeit, über die jeweils recht einseitigen Meldungen und Analysen der deutschen Investigatoren bestimmte operierende Abteilungen der MG zu erwünschten Handlungen zu veranlassen.

Der Untergang aller amtlichen Kontrolle bot besonders in den ersten Monaten zahlreichen kriminellen Elementen, insbesondere wenn sie über einen Haft- oder KZ-Ausweis verfügten, die Chance, sich mit Nonchalance und Skrupellosigkeit zu Vertrauensleuten naiver Militärs zu machen, die sich offenbar bis in hohe Ränge hinein fanden. In ihrer Gebanntheit auf die „Nazi-record" ihrer deutschen Kontrahenten übersahen einige Amerikaner, daß manche Deutsche „had indeed never been a Nazi but largely because [they] had not been out of jail long enough to join the Party"[27].

Während auf den unteren Ebenen vielfach reine Willkür am Werk war, läßt die Personalpolitik der MG in Großstädten und überregionalen Verwaltungen deutliche Konturen erkennen. Die Personalpolitik war in dieser Übergangsphase nach dem personalen Verständnis der „Entnazifizierung", dem Verbot deutscher politischer Regungen und bei der vorläufigen Übernahme der vorgefundenen Befehlsstruktur in Deutschland der politische Kern der MG-Entscheidungen. Gerade auf Landes- bzw. Provinzebene gab es angesichts der lokalen Verselbständigung und der überregionalen Herrschaft der taktischen Kommandeure „. . . at first little that the provincial detachments could do except begin the search for someone suitable to be appointed Oberpräsident"[28]. Dieser Aufgabe gingen sie nach, ohne zunächst dazu autorisiert zu sein; später wurde von SHAEF die Einsetzung von Verwaltungschefs auf Regierungsbezirks- und Provinzebene legitimiert[29]. Bezüglich der Provinzen wurde anscheinend nicht beachtet, daß es sich dabei in den Gebieten, in denen die Amerikaner zuerst einmarschiert waren und auf die hin diese Entscheidung gefällt worden war, in den ehemals preußischen nämlich, um leitende Positionen intermediärer Verwaltungenskörperschaften handelte, während sie in Süddeutschland

[27] So Ernst Anspach (1945/46 in OMGB Special Branch) in einem Schreiben an den Verf. v. 27. 1. 1966 bezüglich eines deutschen Beraters Col. Keegans (RMG Bayern) in den ersten Besatzungswochen.

[28] F. S. V. Donnison, Civil Affairs and Military Government, North West Europe 1944–1946, London 1961, S. 228.

[29] Laut Zink I, a. a. O., S. 95, noch vor VE-Day durch eine Sonderkonferenz in SHAEF-Forward in Reims.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die politische Führung von Ländern mit traditionell eigenstaatlichem Bewußtsein darstellten. Obwohl die Freigabe der überregionalen Rekonstruktion der Verwaltung unter pragmatischen Gesichtspunkten der Kommunikation und der Ernährungswirtschaft zustande gekommen war, setzte die Berufung von „Oberpräsidenten" in den süddeutschen Ländern voreilig politische Energien frei, die sich wesentlich weniger leicht in den Befehlsmechanismus der Armeeverwaltung bannen ließen als der Exekutivapparat einer preußischen Provinz. Infolge der Zonengrenzziehung waren in Hessen und Nordwürttemberg-Nordbaden zu Anfang schon die Regierungsbezirke die „politische" Ebene. Insbesondere die Einsetzung eines Ministerpräsidenten in Bayern jedoch mußte als politische Bestätigung der dortigen sonderstaatlichen Tradition verstanden werden. Trotz dieser Unterschiede scheinen im Nordwesten wie im Süden die Personen, die als Kristallisationskerne für die Rekonstruktion der höheren Verwaltung dienen sollten, nach ähnlichen Gesichtspunkten ausgewählt worden zu sein.

Wie sich aus den Ernennungen ersehen läßt, galten als Vorbedingungen für die Verwaltungschefs aller größeren Behörden, daß sie praktische oder theoretische Verwaltungserfahrung besaßen und vermutlich populär genug sein würden, um hingenommen zu werden. Ob sich darin ein spontaner demokratischer Zug in der MG-Politik offenbarte, mag dahingestellt sein. An einer stark nationalen Persönlichkeit war keineswegs gelegen, weil auch nach dem Einmarsch immer noch nationaler, wenn nicht nationalsozialistischer Widerstand befürchtet wurde. Die Kandidaten mußten sich jeder formalen Verbindungen mit dem Nationalsozialismus enthalten haben. Der Rückgriff auf die Weimarer Elite war damit um so mehr vorgezeichnet, als durch ihre Wiederverwendung wenigstens ein personales Symbol der Demokratie in der Anfangszeit errichtet werden konnte, solange demokratische Institutionen verwehrt blieben. Die eingesetzten Verwaltungen waren ausführende Organe der Besatzungsmacht; ein Bereich ausschließlicher Kompetenzen wurde ihnen nicht zugestanden; bei etwaiger Obstruktion alliierter Befehle wurde ihnen kriegsgerichtliche Verfolgung angedroht[30].

Männer, die diesen Kriterien entsprachen, waren nicht leicht zu finden. Oft lehnten sie vor der deutschen Kapitulation die Mitarbeit ab, teils aus familiären Rücksichten oder Angst vor NS-Terror, teils aus recht formal anmutenden nationalstaatlichen Erwägungen[31]. Die vom Geheimdienst zusammengestellten Listen

[30] Die unterschiedslose Unterstellung aller Kandidaten unter „martial law" zeigt, daß das traditionelle Armeekonzept des ‚indirect rule' der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr angepaßt war, denn es konnte allenfalls rechtsstaatliche Verhältnisse, nicht aber eine „Demokratisierung" erzwingen. (Vgl. zu dieser Problematik Carl Joachim Friedrich, Military Government and Democratization, in Friedrich and Ass., a. a. O., S. 3ff.; und dss., Military Government and Dictatorship, in: The Annals, Januar 1950, S. 1ff.). Die Auffüllung des diktatorischen Apparats mit demokratischem Personal führte vor allem in der Auseinandersetzung um die amerikanischen Entnazifizierungsbefehle zu großen Schwierigkeiten. Dazu aufschlußreiche Beispiele bei John Gimbel, American Denazification and German Local Politics 1945–1947, in: The American Pol. Sc. Rev. 54 (1960), S. 83ff., insbes. S. 95ff.

[31] Familiäre Bedenken sind z. B. von Oppenhoff und Adenauer, nationalstaatliche von

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

akzeptabler Kandidaten (OSS white lists) erwiesen sich nur selten als brauchbar, da viele Erwähnte nicht auffindbar waren oder der Augenschein mit der geheimdienstlichen „record" nicht zusammenzupassen schien. Immerhin sind einige wichtige Positionen auf Grund dieser Listen besetzt worden, so die der Oberbürgermeister von Köln und München, Adenauer und Scharnagl, die diese Ämter vor 1933 schon innegehabt hatten[32]. Allgemeiner Beliebtheit erfreute sich dagegen ein Verfahren nach Faustregeln, das sich in vorwiegend katholischen und in vorwiegend protestantischen Gebieten grundsätzlich unterschied.

Die katholische Kirche galt als Hort des Anti-Nationalsozialismus; die mutigen Predigten einiger Bischöfe wie Galen oder Faulhaber waren als repräsentative Stimmen des Katholizismus interpretiert worden[33], weil die Kirche als disziplinierte Anstalt bekannt war. Ihre Konsistenz bewahrte sie auch in den ersten Nachkriegstagen mehr als irgendeine andere Gruppe. Die Amerikaner hatten mit ihrer Distanz zur katholischen Kirche in der Rheinlandbesetzung schlechte Erfahrungen gemacht; auch deshalb wandte man sich nun überall an ihre Würdenträger und realisierte weitgehend deren personalpolitische Vorschläge. So sind auf Rat des Bischofs von Aachen der dortige Oberbürgermeister Oppenhoff, auf Rat des Bischofs von Trier der Oberpräsident Fuchs, auf Rat des Bischofs von Mainz der dortige erste Bürgermeister Walter, auf Rat eines Beauftragten von Kardinal Faulhaber der bayerische Ministerpräsident Schäffer und einige seiner Mitarbeiter berufen worden. In Münster erwog man gar, Graf Galen selbst als Oberpräsidenten einzusetzen, fand aber wenig Gegenliebe bei ihm und verwendete dann, wiederum auf kirchlichen Rat, den Regierungspräsidenten Amelunxen[34]. Meistens – die junge Mannschaft um den bischöflichen Syndikus Oppenhoff ist eine Ausnahme – wurden regierungs- und verwaltungserprobte BVP- bzw. Zentrumspolitiker der Weimarer Republik vorgeschlagen, allermeist im vorgerückten Alter. Oft waren sie als Rechtsanwälte im Dritten Reich für kirchliche Belange eingetreten.

Da in protestantischen Gebieten ein paralleles Vorgehen schon wegen der „Deutschen Christen" nicht in Frage kam, da sich die evangelischen Kirchenführer auch

---

Heinrich Köhler und wiederum Oppenhoff bekannt. Der letzte hob besonders hervor, daß er nie einen deutschen Fahneneid geschworen habe. An ihm sollte deutlich werden, wie berechtigt solche Rücksichten durch eine ganz konkrete Gefährdung waren – er wurde noch vor der Kapitulation des Reiches von Nationalsozialisten ermordet.

[32] Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, hebt S. 23 hervor, daß er als Nr. 1 auf der US white list for Germany gestanden habe, als sei darin schon seine spätere Karriere vorweggenommen. Bei der alphabetischen Ordnung dieser Liste war er freilich kaum zu schlagen.

[33] Kahn, a. a. O., S. 84, betont dies für die US-Armee. Sie ist dabei nicht immer auf Gegenliebe gestoßen. Graf Galen soll zu einem OSS-Mann gesagt haben: „Wir wollen Sie gar nicht hier haben. Wir können unsere Probleme selbst lösen – wir Deutschen allein. Für uns sind Sie der Feind." (Ebenda, S. 86). Zink I, a. a. O., S. 133, betont die Erfahrung, daß „a reverse course during the occupation in World War I had led to embarrassement".

[34] Zu Aachen und München siehe unten; zu Trier vgl. Wolfram Köhler, Das Land aus dem Schmelztiegel, Düsseldorf 1961, S. 92ff.; zu Münster ebenda, S. 102, und Donnisson, a. a. O., S. 228; zu Mainz vgl. Kahn, a. a. O., S. 42ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weniger diplomatisch als ihre katholischen Kollegen verhielten und aus ihrem konservativen politischen Engagement kein Hehl machten[35], dauerte hier die Auswahl der Verwaltungsführer länger. In Einzelfällen bediente man sich in der frühesten Zeit der führenden Funktionäre der Anti-Fa, kam aber wegen deren selbstbewußter Renitenz bald wieder davon ab. Auch die Recherchen in früheren SPD-Kreisen nach verwaltungserfahrenen Spitzenkräften waren wegen deren Emigration, Ermordung, KZ-Gefangenschaft oder Wehrdienst nur selten erfolgreich. Deshalb hatten hier Intellektuelle und politische Außenseiter eine größere Chance wie z. B. Bergsträsser in Darmstadt, Geiler in Wiesbaden, Holl in Heidelberg oder die Regierung in Neustadt. Auch Reinhold Maier, dessen Ernennung durch einen Zufall begünstigt wurde, oder der Plan einer nordhessischen Regierung in Marburg, für die MG überhaupt keinen Kandidaten fand, gehören mutatis mutandis hierher[36]. Kandidaten dieser Art, deren Ernennungen länger vorbereitet waren und anpassungsfähigere Amtsträger als die alten Zentrumspolitiker zeitigten, waren gegen baldige Wiederabsetzung gefeit. Prominente katholische Politiker wie Schäffer, Fuchs oder Adenauer dagegen verloren nach kurzer Zeit wieder ihr Amt oder fanden sich nur schwer mit der ihnen zugedachten Rolle ab, so Stegerwald in Würzburg, Köhler in Karlsruhe, Oppenhoff in Aachen, Falkner in Regensburg. Die Umstrukturierung im kurpfälzischen Raum, die zum Fall der Neustädter Regierung und Holls führte, war dagegen durch die erst im Sommer 1945 endgültig festgelegte Zonengrenzziehung veranlaßt[37].

---

[35] Nach Kahn, a. a. O., S. 85, wünschte sich Bischof Müller von Hessen im September 1945 einen Hindenburg; Marshall Knappen, And call it peace, Chicago 1947, berichtet von Bischof Wurm: „Over and over again he emphasized the necessity of building up the church as a bulwork against leftist interests." (S. 100 in einer Unterredung unmittelbar nach der Kapitulation) und von Bischof Dibelius (S. 101): „. . . emphatically he affirmed that the only possible choice in Germany lay between Christianity and the left. Democracy was a foreign thing. It had no root in Germany and could not be expected to take root in the immediate future."

[36] Für Hessen vgl. Walter L. Dorn, Letter to the editor, a. a. O., und den darin diskutierten Bericht von Ludwig Bergsträsser in dieser Zeitschrift 5 (1957), S. 397 ff.; für das kurpfälzische Gebiet und die aus einem Heidelberger Intellektuellenzirkel gebildete Neustädter Regierung: Helmut Kohl, Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945, Phil. Diss. (Masch.), Heidelberg, 1958, insbesondere S. 25–46. Für Stuttgart: Maier, a. a. O., S. 78 ff. u. 111 ff. Reinhold Maier hielt sich anfangs zurück. Er verfolgte nicht – wie andere – Ambitionen in Stuttgart, wo im Frühsommer 1945 die Franzosen die US-RMG aussperrten, sondern tat in seinem Bombenexil Schwäbisch Gmünd Dienst als Landratsassistent. Als dort auch RMG seine Zuflucht genommen hatte, entwickelte sich schnell ein Vertrauensverhältnis zu Col. Dawson, das – durch Maiers Stuttgarter Freunde und seine Popularität bei der schwäbischen Industrie gefördert – zu seiner Berufung als Ministerpräsident führte. Als Alternative soll wie in Hessen ein Wissenschaftler zur Diskussion gestanden haben (ebenda, S. 124).

[37] Kohl, a. a. O., S. 36; Zu Schäffer, Oppenhoff und Stegerwald s. u.; zu Fuchs vgl. Wolfram Köhler, a. a. O., S. 97 ff.; zu Adenauer vgl. seine Erinnerungen, a. a. O., S. 33 ff. (die von ihm gegebene Version muß jedoch im Zusammenhang mit seiner Denkschrift an die falsche Besatzungsmacht [S. 29] gesehen werden); zu Köhler vgl. Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes, hrsg. von Josef Becker, Stuttgart 1964, aus der Einleitung

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufgabe der Verwaltungschefs war es, ihre Behörden nach einem vorgeschriebenen Kategoriensystem, das gewöhnlich den größten Teil der höheren und einen beträchtlichen Teil der übrigen Beamten erfaßte, zu entnazifizieren und sie gleichzeitig zu reorganisieren, so daß diese Ämter nicht nur die MG-Befehle ausführen, sondern auch den Notstand Deutschlands nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches bewältigen konnten, wozu sie auch im Rahmen früherer Regierungs- und Reichskompetenzen tätig werden mußten. Die Verwaltungschefs mußten sich deshalb bemühen, alle etwaigen politischen Energien ihres Gebiets diesen Verwaltungen zuzuführen. Daneben haben sie beinahe alle gegen die verstärkte Entlassungswelle, die seit Juli durch die US-Zone ging, Vorstellungen erhoben[38].

Solche Appelle an das Effektivitätsdenken hatten bei den Truppenkommandeuren im Frühjahr und Sommer 1945 zuweilen Erfolg, wurden aber von den für die Entnazifizierung zuständigen Special Branches als Widerstand gegen die Besatzungsmacht bekämpft. Darin drückte sich die Auseinandersetzung zwischen der sich nur als vorübergehend verstehenden Armeeverwaltung einerseits und der mit politischen Strukturverwandlungen beauftragten Militärregierung andererseits aus. Die Armee beharrte auf ihrem alten Standpunkt, daß sie nicht zu politischen Aufgaben da sei, vielmehr eine Besetzung nach herkömmlichen Kriegs- und Verwaltungstraditionen vorzunehmen und allenfalls Sicherheitsmaßnahmen durchzuführen habe, während jedwede politische Aufgabe zivilen Händen vorbehalten bleiben sollte. Insofern entsprach die rasch einsetzende Demobilisierung auf dem bisherigen europäischen Kriegsschauplatz durchaus den traditionalen Vorstellungen der Kommandeure der kämpfenden Truppe; zugleich schwächte sie aber deren Position, da sie auf der militärischen Seite den Fortgang der Armeeverwaltung auf die Dauer unmöglich machte, obwohl auf ziviler Seite weder Deutsche noch Amerikaner zur Verfügung standen, die die Aufgabe hätten übernehmen können. Eine zivile Organisation hatte wegen der Verzögerung der politischen Besatzungsplanung durch Roosevelt nicht aufgebaut werden können. Nachdem der Krieg in Namen strukturverändernder Ziele geführt worden war, hatte nur die Armee in den MG-Sonderstäben ein Instrument für diese Aufgabe zur Verfügung. Sie mußten von einem Management übernommen werden, das vor der politischen Aufgabe nicht zurückschreckte und es verstünde, in einem langfristigen Prozeß diese Stäbe zu „zivilisieren", d. h. den Bedürfnissen der Regierung anzupassen und auf eine Übergabe in zivile Hände vorzubereiten. Der Motor dieses Verständnisses der Besatzung war General Lucius D. Clay, der von Roosevelt noch kurz vor seinem Tod zu Eisenhowers Stellvertreter für MG berufen worden war[39].

Beckers S. 43ff. (dort auch Angaben über Holl, S. 42f.); zu Falkner vgl. HR Oktober 1945 des Dt. E–204, WWIIRC.

[38] Z. B. Schäffer, s. u., Oppenhoff (Padover, a. a. O., S. 244), Reinhold Maier (Denkschrift abgedruckt in: Ende und Wende, Stuttgart u. Tübingen, 1948, S. 283–287), Adenauer (a. a. O., S. 29), Fuchs (W. Köhler, a. a. O., S. 97ff.); Stegerwald (Schreiben an MG-Würzburg, 12. 7. 1945, Stegerwald-Archiv).

[39] Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt o. J., Kap. 1 und 4. Robert D. Murphy, a. a. O., S. 314ff. Clay hat noch keinen Biographen gefunden; einige treffende

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die CCS 551 ablösende politische Direktive JCS 1067 traf in ihrer endgültigen Fassung Mitte Mai 1945 als Geheimdokument bei Eisenhower ein. Frühere Fassungen hatten zwar schon ihre Schatten auf die konkrete Besatzungsvorbereitung geworfen[40], aber erst im Frühsommer begann JCS 1067 als autoritative Konzeption die MG-Politik zu prägen. Sie stellte die Aufgaben für den Militärgouverneur der US-Zone – die im übrigen in die Kontrollratsverfassung integriert wurde – insbesondere auf den Gebieten, auf denen Kontrollratsbeschlüsse nicht oder noch nicht vorhanden waren: Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Restitution der durch die NS-Herrschaft im Ausland entstandenen Schäden, Dezentralisierung, die insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet betont wurde, sowie „Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage". Ein scharfes Kontrollsystem sollte die deutsche Wirtschaft auf die Deckung und nur auf die Deckung des Bedarfs für Reparationen, für den Unterhalt der Besatzungsmacht und für die notdürftige Versorgung der Bevölkerung verpflichten und den Deutschen klarmachen, „daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben". Hauptziel sei es, durch die Besetzung „als besiegter Feindstaat" Deutschland „daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden"[41].

Clay, der insbesondere von der wirtschaftlichen Fragwürdigkeit von JCS 1067 von Anfang an überzeugt war[42], erkannte in ihr eine politische Aufgabe, die von einer militärischen Bürokratie nicht bewältigt werden konnte. „Ich zweifelte nicht daran, daß die Armee im Stande war, wirksam zu verwalten. Wir wollten aber mehr erreichen. Unser Versuch galt der Schaffung einer deutschen zivilen Regierung auf demokratischer Grundlage. Diese unsere Hauptaufgabe gehörte nicht zum Zuständigkeitsbereich einer der fünf Stabsabteilungen des Hauptquartiers. Außerdem sollten wir einen zivilen Apparat bilden, der jederzeit an eine Zivilabteilung unserer Regierung übergeben werden konnte. Dafür war es unerläßlich, die Militärregie-

Bemerkungen zu seiner Persönlichkeit entstammen der Haß-Liebe des Journalisten Delbert Clark, Again the Goose Step, New York, 1949, S. 32ff. Zu seiner Berufung und dem Ausbau seines Amtes vgl. Off. of the Chief. Hist., Civil Affairs, a. a. O., S. 80f.. Lucius DuBignon Clay, 1897 in Marietta (Georgia) als Nachkomme eines prominenten Politikers geboren, diente nach seiner Ausbildung in Westpoint bei den Armeeingenieuren. 1924–28 lehrte er Engineering in Westpoint und wurde dann mit verschiedenen Tiefbauprojekten betraut, insbesondere – nach einem Jahr Stabstätigkeit bei McArthur auf den Philippinen – 1938–40 mit dem Red River Damm in Texas. Im Krieg bewährte er sich als militärischer Manager u. a. beim Aufbau von Flughäfen, als Abteilungsleiter für Ersatzteilnachschub im Generalstab, als stellvertr. Direktor des Programms für die Kriegsproduktion und – sein einziger Fronteinsatz – durch die Beseitigung eines Transport-Engpasses bei der Invasion in Cherbourg. Bei seiner Ernennung zum Deputy MG unter Eisenhower rückte er zum Lt.Gen. auf.

[40] Da sich diese Schilderung auf die Ausführung der Besatzungspolitik konzentriert, ist hier nicht der Ort, Entstehung, Geist und Sinn dieser Direktive zu erörtern. Vgl. dazu Hammond, a. a. O., S. 348ff.; Dorn, Purge, a. a. O., Kap. 5; ds., Debatte, a. a. O., S. 66ff., und Moltmann, a. a. O., S. 146ff.

[41] Nach der Übersetzung bei Ernst Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, Band I, Frankfurt 1961, 2. Aufl., S. 335f.

[42] Clay, a. a. O., S. 33.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung getrennt vom Armeekommando zu errichten – unter einem Stellvertreter des Oberbefehlshabers, der ihm direkt verantwortlich sein mußte."[43]

Von Anfang an kämpfte Clay dagegen, einfach zum Chef G–5 SHAEF bzw. USFET berufen worden zu sein, wofür ihn Eisenhower ursprünglich angefordert hatte. MG lasse sich nach der deutschen Kapitulation nicht mehr in die allgemeine Armeeführung integrieren, sondern müsse als Hauptapparat der Besatzung verselbständigt und auf ihre politischen Verwaltungsaufgaben hin konstruiert werden. Das Instrument für diese Konzeption Clays, die von Stimpson, McCloy, Marshall und Eisenhower unterstützt wurde, war der bisherige Sonderstab des ETOUSA-Hauptquartiers zur Besatzungsvorbereitung auf Kontrollratsebene (USGrCC), dessen Leiter Clay im April geworden war. Gegen den Widerspruch der Truppenkommandeure unter dem Wortführer Gen. Walter Bedell Smith, Eisenhowers Stabschef, setzte er durch, daß die USGrCC nicht „so etwas [wurde] wie eine Gesandtschaft, die das Armeekommando bei internationalen Verhandlungen vertrat"[44], USGrCC wurde vielmehr zu einem alle MG-Aufgaben integrierenden Hauptquartier – dem späteren OMGUS – umgebaut. Als US-Zentrale innerhalb der Kontrollratsverfassung war OMGUS einerseits für die interalliierten Verhandlungen zuständig, und andererseits diente es als Kopf des Verwaltungsapparats zur Ausführung der Kontrollratsbeschlüsse, bzw. wo solche nicht zustande kamen oder nicht vorgesehen waren, der Besatzungspolitik der USA in ihrer Zone. Es gelang Clay – mit anderen Worten – die in JCS 1067 der amerikanischen Armee in Europa übertragenen Besatzungsaufgaben und -zuständigkeiten aus dem Militärapparat herauszulösen und exklusiv den von ihm geleiteten MG-Stäben zu übertragen. Als einzige Verbindung blieb Clays Immediatstellung unter Eisenhower, bzw. McNarney, die die Ämter des Chefs der US-Truppen in Europa und des US-Militärgouverneurs für Deutschland in Personalunion innehatten. Nach der Abgrenzung der Kompetenzen unterstanden

---

[43] Ebenda, S. 67f. Clays Ansicht bestätigen Benson/Howe, a. a. O., S. 54f.: „For military operations the army is able to work out a detailed type of planning in which different individuals work out different parts of such an operation for someone higher up the line to put together. *Government, on the other hand, requires first a statement of general principles from someone* higher in authority; and, second, an opportunity for the planner to submerge himself in all the . . . factors of the country to be occupied which might affect his particular area of activity and to which he must adjust his program as it develops." Sie bestreiten den Militärfachleuten die Möglichkeit, in kurzer Zeit zu Regierungsspezialisten eines fremden Landes umgeschult werden zu können, und sie glauben, daß Verwaltung direkte Kanäle zwischen „Policymaker" und „Field" brauche, wozu die Generalstabsstruktur schlecht gerüstet sei: „Government is a very complicated business to funnel through so many echelons of command. Communications from the bottom level reached the top very slowly, and a series of highly unrealistic orders followed." (Ebenda, S. 63).

[44] Clay, a. a. O., S. 67. Zum Widerstand der Armee vgl. Off. of the Chief Hist., Civil Affairs, S. 77ff., und den dort referierten „Theater Organisation Plan", der den Assistant Chief of Staff G–5 USFET (Adcock also) zur Schlüsselfigur für die Formulierung der Politik und die Stabsüberwachung der im *indirect rule* arbeitenden Verwaltung gemacht hätte. Der Bericht vermerkt dazu, daß damit G–5 seine Aufgabe als CA mißverstanden habe: „Thus the handwriting appeared on the wall."

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Oberkommandierenden für jede seiner beiden Funktionen zwei getrennte und selbständige Organisationen.

Äußere Stadien der OMGUS-Verselbständigung waren die Loslösung der MG unterhalb der Armeeebene von der militärischen Kommandokette am 5. 6. 1945 und die Auflösung der 12. Armeegruppe am 5. 7. 1945, so daß Armee und MG unter USFET nur noch an der kritischen Stelle der kommandierenden Generale der 3. und 7. Armee, die gleichzeitig Militärgouverneure des östlichen und des westlichen Militärdistriks waren, in Personalunion verbunden waren. Diese wurde im Oktober 1945 durch die Einsetzung von MG-Landdirektoren, die OMGUS unterstellt wurden, zerschnitten. Zugleich trat USFET G–5 in Frankfurt – das sich jetzt OMG(US-Zone) nannte – die meisten seiner Zuständigkeiten (außer Justiz, Verwaltung, Polizei und Sozialwesen) an OMGUS Berlin ab. Am 11. 12. 1945 wurde OMGUS von der Armee auch die Zuständigkeit über das Kommunikations- und Verkehrswesen übertragen; am 9. 3. 1946 schließlich wurde das Frankfurter OMG(US-Zone) aufgelöst, und seine restlichen Zuständigkeiten fielen an OMGUS. USFET G–5 wurde reorganisiert und war nur noch für Demilitarisierungsaufgaben und die Aburteilung der Kriegsverbrecher verantwortlich[45].

Die kritische Stelle in dieser Entwicklung, die Ablösung der Armeekommandeure in ihrer MG-Zuständigkeit durch Landdirektoren – welche mit der Ablösung Pattons zusammenfällt – markiert zugleich den Zeitpunkt der Durchführung der ersten grundsätzlichen Entscheidung über die Besatzungspolitik hinsichtlich der deutschen Verwaltungsstruktur, die das Geschick Schäffers beschleunigen sollte.

Die erste Phase der Besatzungspolitik hatte der dilatorischen Verwaltung und der summarischen Säuberung und Sicherung gegolten. Die Verwirklichung von JCS 1067 war nur sehr zurückhaltend, ungleichmäßig und vorläufig versucht worden. Erst mit der alliierten Definition der Besatzungspolitik im Potsdamer Protokoll begann ein Abschnitt aktiver Reformen des deutschen öffentlichen Lebens. Potsdam wurde nach der „Armeeverwaltung" als Bestätigung der „Militärregierung" in ihrem ursprünglichen Auftrag empfunden, hatte sich dort doch bei den innenpolitischen Strukturreformen – der eigentlichen MG-Aufgabe – die in JCS 1067 vorgezeichnete amerikanische Auffassung durchgesetzt[46].

Der innerdeutsche Kern des alliierten Besatzungssystems, die Regierung des Kontrollrats durch deutsche unpolitische Zentralverwaltungen, konnte jedoch wegen der

[45] Ebenda, S. 87ff. Ergänzend seien folgende Daten erwähnt: 2. 8. 1945 Auflösung der ECAD; 12. 8. Einrichtung der Military Districts, die mit dem Besatzungsgebiet der 3. und der 7. Armee mit Hauptquartieren in München und Heidelberg zusammenfielen (nachdem am 15. 5. schon die 1. Armee in den Pazifik abgezogen und seit Juni die im Rheingebiet eingesetzte 15. Armee zu einem kleinen Stab zusammengeschmolzen waren). Am 15. 8. 1945 waren alle 269 MG-Detachments an ihrem endgültigen Bestimmungsort angelangt.

[46] Zu Potsdam vgl. Herbert Feis, Between War and Peace, Princeton N. J., 1960, für die Entstehung der politischen Prinzipien für Deutschland aus JCS 1067 insbes. S. 241ff. Leicht zugängliche Übersetzung des Texts der pol. Prinzipien des PA bei Ernst Deuerlein (Hrsg.), Potsdam, München, 1963, S. 354ff. (hier und bei Deuerlein, Einheit, a. a. O., weitere Literatur).

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

französischen Obstruktion nicht verwirklicht werden[47]. General Clay griff deshalb Anfang September auf Pläne zurück, die einer seiner politischen Berater, James K. Pollock, schon im August entworfen hatte und die den durchgreifenden Aufbau der deutschen Verwaltungen auf der Länder- und Zonenebene als Ersatz für die blockierten Zentralverwaltungen vorsahen[48]. Innerhalb des Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprogramms kam zwar dem Aufbau der Länder als gewaltenhemmender Zwischeninstanz ohnehin eine wichtige Rolle zu, an sich sollte aber die Demokratie von der Gemeindeebene über Kreise, Bezirke und Länder langsam – wie bei der Eroberung der amerikanischen frontier[49] – emporwachsen, so daß die Zwangsanstalt der Besatzung Stück um Stück nach oben zurückgezogen werden könnte bis zur schließlichen Freigabe bei Konstituierung der deutschen Demokratie. In diesem Prozeß wäre den Landes- wie den Zentralverwaltungen einstweilen eine rein hinhaltende Verwaltungsrolle zugefallen; entsprechend hatte die Reorganisierung und Politisierung der Länderregierungen bislang nur wenig Aufmerksamkeit verlangt, und auch den territorialen Fragen innerhalb der Zone war man ohne rechte Energie nachgegangen. Der neue Plan übertrug die Verwaltung weitgehend auf deutsche Organe, sparte dadurch Personalkosten auf der amerikanischen Seite und vermied das Durcheinander und die Ineffektivität des militärischen Aufbaus, der für eine Regierungstätigkeit nicht gerüstet war. Länderrat und RMG Coordinating Office – von Anfang an Bestandteile des Plans – hatten dabei die doppelte Aufgabe, einerseits eine föderalistische Lösung in Deutschland praktisch zu fördern und andererseits die Länder aus der lähmenden Kontrolle von Armeedienststellen herauszulösen und direkt mit der politischen Willensbildung in OMGUS zu konfrontieren und teilweise an ihr zu beteiligen. Clay formulierte diese Entwicklung 1947 einmal so: „Da die Potsdamer Lösung sich nicht verwirklichte, schritten wir in der amerikanischen Zone zur Errichtung von Staaten – indem wir vorläufig dem Länderrat als einer koordinierenden Stelle die Autorität in den genannten Gebieten übergaben – und hernach zu der Entwicklung von Verfassungen."[50] Eine effektive Verwaltung der Zone befreite nicht nur die Militärregierung von vielen Versorgungsfragen angesichts des kommenden Winters, sondern war insbesondere angesichts des anschwellenden Stroms der Flüchtlinge und Vertriebenen in die Zone unerläßlich[51].

[47] Den schrittweisen Rückzug Frankreichs aus dem Kontrollrat während des September 1945 schildert F. Roy Willis, The French in Germany 1945–1949, Stanford 1962, S. 27 ff. Er gipfelte mit einer Denkschrift Bidaults gegen die Zentralverwaltungen (ebenda, S. 34, dt. Abdruck bei Deuerlein, Einheit, a. a. O., S. 357 ff.) vom 14. 9. 1945 an den Rat der Außenminister in London, welche die schon vorher erhobenen Einsprüche in ultimativer Form zusammenfaßte.

[48] Gespräch mit J. K. Pollock und Dorn, Letter to the editor, a. a. O., S. 195. Auch die Sowjetunion reagierte ähnlich schnell, indem sie die bereits errichteten Zentralverwaltungen ihrer Zone am 13. 9. 1946 mit SMA-Befehl legalisierte.

[49] Diese einleuchtende Analogie bei: John Gimbel, Die Bedeutung der Besatzungszeit 1945–1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beil. zur Wochenzeitg. das Parlament, B 18/65, S. 47 ff.

[50] In einer Konferenz mit den Ministerpräsidenten der US-Zone am 23. 2. 1947 in Berlin (Protokoll im Nachlaß Pfeiffer).

[51] Diesen Gesichtspunkt betonten Clay und Dorn auf der Gründungskonferenz des Länderrates am 17. 10. 1945. Protokoll dieser Sitzung veröffentlicht im Anhang zu: Anton Pfeiffer

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei der ungewöhnlich schnellen Aktion – sie begann in der ersten Septemberhälfte und war Mitte Oktober schon weitgehend abgeschlossen – wurde zunächst von einer Bereinigung der MG-Struktur auf der Länderebene ausgegangen, die jeweils durch Sonderbeauftragte des Oberkommandos vorbereitet wurde und zur Konsolidierung der Verantwortung in jeweils *einem* MG-Detachment für die Enklave Bremen, für die Regierungsbezirke Starkenburg, Wiesbaden und Marburg und für die Landesteile Nordwürttemberg und Nordbaden führte. Davon ausgehend wurden die Länder und ihre Regierungen konstituiert. Zunächst wurde in Hessen die territoriale Frage gelöst und der Staat Groß-Hessen proklamiert[52]; in Bayern sollte dann die Regierung von obstruierenden Elementen gereinigt und durch die Integration aller politischen Richtungen gestärkt werden[53]; in Nordwürttemberg-Nordbaden schließlich galt es die Verschmelzung der beiden Landeshälften gegen badischen Widerstand[54]. Es folgte die Bildung des Länderrates in Stuttgart aus den drei Ministerpräsidenten, der innerhalb weniger Stunden auf einer kurzfristig einberufenen Sitzung als Clearingstelle zwischen den drei Ländern einerseits und zwischen ihnen und OMGUS andererseits konstituiert und durch eine amerikanische Verbindungsstelle, das RMG Coordinating Office, ergänzt wurde[55]. Damit war die Ersatzorganisation der US-Zone anstelle der blockierten Viermächteverwaltung in ihren wesentlichen Institutionen vorgeformt. Ein erneuter energischer Schritt gegen die Karlsruher Autonomiebestrebungen zur Integration Nordwürttemberg-Nordbadens schloß die Aktion am 29. 10. 1945 ab[56].

II

Nach der Einnahme der Stadt Aachen[57] am 21. 10. 1944 stand MG die erste größere Bewährungsprobe in Deutschland bevor. Sie begann damit, daß der katho-

(Jr.), Der Länderrat der amerikanischen Zone, jur. Diss. (masch.), München 1948. Vgl. auch Elmar Lapp, Vorgeschichte und Gesetzgebung des Länderrates der US-Zone, jur. Diss. (masch.), München 1948, S. 19f.

[52] Vgl. Dorn, Letter to the editor, a. a. O.

[53] Dies dürfte der Sinn der Mission Murphy im Sept. 1945 in München gewesen sein (s. u.).

[54] Vgl. Becker in: Heinrich Köhler, a. a. O., S. 43f.

[55] Friedrich, Organizational Evolution in Germany, 1945–1947, in: Friedrich and Ass., a. a. O., S. 197ff., deutet die Gründung des Länderrates S. 206: „. . . because American policy needed to secure an equivalent to the unified German set-up in the Soviet Zone . . .". Zur Gründung des Länderrats vgl. Robert Miller, The South German Länderrat, Phil. Diss., (masch.), Ann Arbor, 1960, S. 23ff. Neben Hoegner, a. a. O., S. 215f., und Maier, Grundstein, S. 151, die beiden Dissertationen Pfeiffer (Jr.), a. a. O., S. 6ff., und Lapp, a. a. O., S. 19ff.

[56] Vgl. Maier, Grundstein, S. 133ff., und Becker in: Heinrich Köhler, S. 44.

[57] Eine ausgewogene Darstellung des Falles Aachen gibt William E. Griffith, The Denazification Program in the United States Zone of Germany, Phil. Diss. (masch.), Harvard 1950. (Hier wird nach einer umgearbeiteten und verbesserten Fassung, o. O. u. J., aus Griffith Papers zitiert), S. 28ff. Daneben vgl. Dorn, Purge, Kap. IV, S. 19ff., Padover, a. a. O., S. 164ff., Kahn, a. a. O., S. 23ff., u. Zink I, a. a. O., S. 134f. Zur Biographie des OB aus lokalgeschichtlicher Sicht: Bernhard Poll, Franz Oppenhoff (1902–1945), in: Edmund Strutz (Hrsg.), Rheinische Lebensbilder, Bd. I, Düsseldorf 1961, S. 244ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lische Chef der MG-Rechtsabteilung Swoboda mit dem Bischof von Aachen Johann v. d. Velden Kontakt aufnahm und sich dessen Rechtsberater Franz Oppenhoff zum Oberbürgermeister empfehlen ließ. Die Auswahl wurde von einem ad hoc zusammengekommenen Rat der verbliebenen Aachener Honoratioren (nach kurzen grundsätzlichen Bedenken auch Oppenhoffs) durch Akklamation nachvollzogen[58]. Der junge Oberbürgermeister, der zuletzt in der Rüstungsindustrie tätig gewesen war, versammelte um sich eine Stadtregierung aus konservativen Fachleuten und jungen Industriellen, von denen kaum einer der NSDAP, freilich auch nicht der SPD oder KPD angehört hatte. Obwohl die Bevölkerungszahl Aachens während der Belagerung auf kleinstädtisches Niveau abgesunken war, umfaßte die Stadtverwaltung weiterhin etwa 750 Beamte und Angestellte.

Ähnlich manchen Widerstandskreisen gingen Oppenhoff und seine Gruppe davon aus, daß dem revolutionären Treiben der Nationalsozialisten schleunigst ein Ende in einer autoritären Ordnung zu bereiten und die Bevölkerung nach dem Aufstand des Nihilismus zum christlichen Umdenken zu führen sei. Ordnung, Sachlichkeit, Wiederaufbau, Einigkeit waren Leitgedanken der Stadtregierung fürs erste. Auf die Mitarbeit früherer KPD- und SPD-Funktionäre legte sie wenig Wert[59]. Oppenhoff betonte, man könne weder an 1914 noch an 1932 anknüpfen, sondern es müsse zur Distanzierung von NS-Praktiken „eine völlige Umstellung" stattfinden. „Wir leben in der Not und wir bilden eine Notgemeinschaft. Für eine Absonderung irgendeiner Art, für eine politische Parteiung ist jetzt nicht die Zeit." Er forderte Einigkeit und verwies auf die christliche Tradition als Wegweiser in die Zukunft: „. . . von Aachen aus ist bereits vor mehr als 1000 Jahren eine Erneuerung Deutschlands ausgegangen". Die Freiheit müsse „neu und in neuer Form erkämpft werden"[60].

Die Fachleute der MG interessierten sich nicht für die politische Seite der Stadtverwaltung, der für die Entnazifizierung verantwortliche Special Branch und CIC sowie einzelne politisch Interessierte lehnten sie zwar ab, konnten sich aber nicht durchsetzen, schon weil das Gewirr der Entnazifizierungsbestimmungen so unpräzis war, daß MG angesichts der dringenden Verwaltungsgeschäfte am liebsten über sie hinwegsah[61]. Die unterliegende Partei sorgte aber dafür, daß Gerüchte vom reaktionären Charakter der Stadtverwaltung nach oben drangen.

Bald nach dem Jahreswechsel wurde daraufhin eine aus OSS übernommene Gruppe von drei Investigatoren der PWD-Nachrichtenabteilung mit einer umfassenden Untersuchung der Personalpolitik in Aachen beauftragt. Ihre Mitglieder waren Paul Sweet, ein College-Professor, ein früherer Kommunist namens Gittler, sowie Saul K. Padover als ihr spiritus rector. Padover[62], aus Wien gebürtig, seit dem

[58] Poll, a. a. O., S. 255f.

[59] Padover, a. a. O., S. 243ff. und 222ff. Wenn man ihm glauben darf, hat es in der Führungsgruppe der Stadt auch ständische und separatistische Tendenzen gegeben.

[60] Niederschrift von Gesprächen mit Oppenhoff, zitiert bei Poll, a. a. O., S. 259.

[61] Padover, a. a. O., S. 248ff.

[62] Eine Biographie Padovers bei Daniel Lerner, Sykewar, New York 1949, S. 84ff. Padover hatte auch schon vor Aachen schlechte Erfahrungen mit MG gemacht, die nicht vom Kreuzzugsgedanken erfüllt sei, der – wie P. glaubte – die Truppe beseele. P. forderte, daß die Be-

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ersten Weltkrieg in den USA aufgewachsen, war ein Historiker der extremen Linken und hatte es bis zum persönlichen Referenten des US-Innenministers Ickes gebracht. Sein starkes emotionales Engagement an der Kriegführung war mit antideutschen Gefühlen vermischt und an den Grundzügen der marxistischen Faschismustheorie orientiert. Seine Erwartung eines unerbittlichen Partisanenwiderstands im Feindgebiet sah er nach ersten Interviews mit überrollten Reichsdeutschen betrogen: „Es mag phantastisch klingen, aber man bekommt den Eindruck, daß viele Deutsche die Alliierten entweder offen oder tief in ihren Herzen als Befreier begrüßen werden." Sein Begriff des „Anti-Nazi" war von Erscheinungen wie dem Verzweiflungsaufstand im Warschauer Ghetto geprägt: „Did a German rise and cry: ‚Better to die on my feet than to live on my knees?' " Er glaubte, bündische Jugendgruppen namens Edelweiß, die sich mit der HJ prügelten, seien die einzigen Anzeichen eines Widerstands im Dritten Reich gewesen. Aber auch dort herrsche das Führerprinzip. „Sie sind der Feind unseres Feindes, nicht unser Freund." Dementsprechend konnte er auch jenen, die mit Hitler im Kirchenkampf gestanden hatten, nicht den Ehrennamen ‚Anti-Nazi' geben. Ebensowenig den ehemals in SPD und KPD organisierten Arbeitern, denn die alte Linke sei *alte* Linke geblieben. Immerhin sei sie noch am ehesten zur Kollaboration mit den Alliierten gewillt und geeignet. „Nichtsdestoweniger glaubte ich, daß die linken Arbeiter trotz ihrer verheerenden und moralisch kriminellen Passivität die einzige Hoffnung für Deutschlands Zukunft waren, weil sie die einzigen nicht militaristischen und nicht faschistischen Elemente im Reich waren."[63] Aus diesen Erkenntnissen, die er aus zahlreichen Befragungen zog, entstand sein Memorandum für SHAEF vom 27. 12. 1944, in dem er vor einer pauschal anti-deutschen Haltung warnte, weil sie ihm die Gefahr eines ebenso pauschalen Umschlags in die totale Kollaboration einzuschließen schien, und forderte, die Besatzungspolitik konsequent auf die Zusammenarbeit mit der deutschen Linken hin zu konzipieren[64].

Danach war es kein Wunder, daß ihn das, was er in Aachen vorfand, tief empörte, wozu seine sozialdemokratischen Informanten ebenso beigetragen haben dürften wie das Hackenklappen und der faschistoide Jargon der von ihm interviewten Mitglieder der Stadtverwaltung. Den einzigen veritablen Pg[65] in deren Führungsgruppe akzeptierte er im Grunde noch am ehesten, weil er bereute und die katholische Kirche als Modell des Faschismus bezeichnete[66]. Die Konservativen aber überschütteten ihn mit Anklagen über Versailles und Weimar. Darüber hinaus fand er,

satzungspolitik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln verstanden werden solle. Kritik an der Person und dem Buch Padovers ist nicht ausgeblieben, vgl. Griffith, a. a. O., S. 29. Derselbe Col. Powell von PWD–12. Army Group, der Padover, Sweet und Gittler nach Aachen sandte, sollte später eine Untersuchungskommission auch nach Bayern entsenden.

[63] Die Zitate bei Padover, a. a. O., in dieser Reihenfolge: S. 116, S. 303, S. 115 (vgl. auch S. 72ff.), S. 17, S. 115, S. 132.

[64] Ebenda, S. 216f.

[65] Es handelte sich um den Stadtkämmerer Dr. Kurt Pfeiffer, ehem. DVP, dann NSDAP.

[66] Padover, a. a. O., S. 236. Paul Sweet hat in einem Gespräch am 30. 11. 1966 bestätigt, daß Padover und Gittler starke Ressentiments gegen die katholische Kirche hegten.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß von 72 sog. Schlüsselpositionen in der Stadtverwaltung 22 mit Pgs besetzt waren.

Eigentlich konnte Padover nur diese 22 Pgs der MG als Pflichtverletzung vorwerfen, denn 5 bis 7 Monate vor der Kapitulation operierte das Detachment unter der Direktive CCS 551, die ihm keine andere Anleitung zur Personalpolitik bei der Reorganisation der deutschen Verwaltung gewährte, als daß keine „aktiven Nazis" verwendet werden dürften. Ausgehend vom marxistischen Faschismusbegriff prangerte er aber die politische Instinktlosigkeit der Armeeverwaltung und deren formalen „Nazi"-Begriff an. „In short, under the nose of MG, the Oppenhoff administration was setting up the framework of an authoritarian, hierarchical, bureaucratic, corporate fascism – a type of Staendestaat that *even the Nazis had rejected.*"[67] Der Bericht über die Aachener Untersuchung[68], bei dessen Formulierung die drei Investigatoren einig waren und der über den PWD-Chef Gen. McClure nach oben gelangte, sparte denn auch nicht an Ausdrücken wie „Faschisten", „Erzreaktionäre" und „Nationalisten" zur Charakterisierung der Stadtregierung, die ihm wesentlich als „Nazi" erschien, und kritisierte scharf die Naivität der MG[69]. Dieser Bericht hallte – nach Padovers eigenem Zeugnis – „throughout the ETO".

Dazu trug freilich bei, daß die Investigatoren ihr immer noch bestehendes Immediatrecht zum Chef der OSS in Europa nutzten und noch mehr, daß ihr Kollege Max Lerner – wohl von der Kommission inspiriert – in der ebenso linken wie antideutschen New Yorker Zeitung „PM" den Aachener Befund so verkürzt dargestellt hatte, als arbeite MG mit den Nazis zusammen und diskriminiere die Antifaschisten[70]. Keine Zeitung wollte sich in der erregten Stimmung der Ardennen-Gegenoffensive diese Story entgehen lassen. Das Echo der US-Öffentlichkeit war sowohl in Washington wie auch in SHAEF unüberhörbar.

In sichtlicher Nervosität wurde in Washington – die Atmosphäre war durch die Auseinandersetzungen über JCS 1067 ohnehin in diesen Tagen sehr gespannt – eine Direktive geboren, die jeden „Nazi" aus jeder Position geworfen hätte. Sie verlor allerdings viel von ihrer Schärfe auf ihrem Weg die militärische Hierarchie hinunter und nahm dabei an realistischer Sicht des Kardinalproblems zu, inwieweit Entnazifizierung und administrative Effizienz miteinander zu versöhnen seien. In ihrer Form vom 11. 3. 1945, herausgegeben von G–5 der 12. Armeegruppe, artikulierte sie dieses Dilemma freilich eher, als daß sie einen brauchbaren Maßstab zu seiner Lösung bereitgestellt hätte. Es hieß da u. a., daß die Schwierigkeit der Auffindung qualifizierten Verwaltungspersonals „of acceptable political character" voll

[67] Padover, a. a. O., S. 224 (Heraushebung v. Verf.).

[68] Ebenda, S. 218ff. Die Zitate entstammen S. 222ff.

[69] Swoboda habe den Bischof wie eine „Mutterhenne" bewacht. Alle Leiter der Fachabteilungen seien „rechts" gewesen und hätten Oppenhoffs Verwaltung unterstützt, Special Branch und CIC dagegen „links". Von den beiden Leitern des Detachments habe sich Jones (innerhalb von zwei Monaten der dritte Stadtkommandant) nicht zurechtgefunden, sein Vertreter Bradford sei zwar ein „Liberal" gewesen, habe sich aber nicht durchsetzen können, ebenda, S. 249ff.

[70] „PM" vom 30. 1. und 19. 2. 1945.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewürdigt werde, aber daß „the immediate objective of Military Government does not require the full restoration of peace time services, but rather such organization of government as is essential to the success of the military operations, with due regard to the basic well-being of civil population"[71]. Die Erfahrungstatsache, daß Verwaltung in Kriegs- und Notstandszeiten mit ihrer Nebenwirkung umfassender Zwangsbewirtschaftung eher personalintensiver ist als solche unter normalen Bedingungen, war dabei in ihr Gegenteil verkehrt. In der auf Grund von JCS 1067/6 entstandenen späteren Direktive vom 7. 7. 1945, die für die Entnazifizierung in der US-Zone grundlegend wurde, verschob sich die Balance zwischen Entnazifizierung und Verwaltungseffizienz noch mehr zu deren Ungunsten.

Ebenso ungeklärt blieb das zweite Grundproblem der Entnazifizierung, nämlich die Frage, wie ein „Nazi" zu definieren sei. Galt er den Deutschen der ersten Nachkriegsverwaltungen gewöhnlich als SA-Schläger, als denunzierender Blockwart, brutaler Gestapo-Agent und als „Bonze" oder „Goldfasan" vom Ortsgruppenleiter aufwärts, und galt er auf der anderen Seite den enragierten Kreisen in den wirkungsmächtigen Informationsabteilungen der US-Armee als großindustrieller Finanzier der NSDAP, als Junker, als General, als Rüstungsindustrieller, als hoher Bürokrat, als Nationalist und Faschist, so zog sich der Apparat der MG einstweilen damit aus der Klemme, daß er unter „Nazis" alle „Mitglieder" der NSDAP und der ihr angeschlossenen Gliederungen und Verbände verstand, sowie alle fanatischen „Nazi-sympathizers", wobei Indizien schon aus Sicherheitsgründen gegen den Betroffenen entschieden.

Das konkrete Ergebnis des Aachener Skandals am Ort war, daß der Chef der 12. Armeegruppe, General Omar Bradley, seinen G–5 Ryan auf Grund des Berichts anwies, die Sache in Ordnung zu bringen. Der Erfolg war eine Entlassungswelle in der Stadtverwaltung noch kurz bevor die Amerikaner abzogen und die Militärregierung in britische Hände übergaben. Oppenhoff, der auf seinem Posten verblieben war, fiel noch am 25. 3. 1945 den durch die Front geschleusten Häschern Himmlers als Kollaborant zum Opfer[72]. Als Satyrspiel schloß sich die Degradierung des Aachener MG-Detachments an. Ursprünglich war es für einen süddeutschen Regierungsbezirk vorgesehen gewesen, nun wurde es aber nur in den Stadtkreis Würzburg versetzt[73].

Am Aachener Vorfall hatte sich der Einfluß der persönlichen Prädisposition von Spezialagenten gezeigt, die in Sondermissionen die bei der Besatzungsplanung verschleierten politischen Differenzen in der Praxis austrugen und sich dabei einer Kurzschaltung zu der auf Skandale begierigen Presse bedienten. Diese Presse behandelte die Entnazifizierung um so lieber, als sie infolge ihrer Undefinierbarkeit immer partiell versagen mußte und zu Erwägungen Anlaß gab, als würden die GIs des Kreuzzugs durch die Praxis der MG um die Kriegsziele betrogen, für die sie ihr

[71] Zitiert nach Griffith, a. a. O., S. 33.

[72] Vgl. hierzu Poll, a. a. O., der auch auf die Gerichtsverhandlung v. 22. 10. 1949 vor dem LG Aachen gegen Mitglieder der an dem Mord beteiligten Wehrwolfgruppe eingeht.

[73] HR MG-Detachment A–210 vom 2. 7. 46 (WWIIRC).

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Leben hatten einsetzen müssen. Gleich in der ersten Stadt hatte die Unvereinbarkeit der deutschen konservativen, fachmännischen Restaurationsbemühungen mit dem „Jeffersonianism" und Antifaschismus der amerikanischen Reformisten das Problem der Entnazifizierung voll entfaltet.

III

Am 30. 4. 1945 rückten Einheiten der 7. US-Armee in München ein[74]. Ein von Wehrmachtsoffizieren unter dem Namen „Freiheitsaktion Bayern" kurz zuvor unternommener Versuch, in einer Revolte der letzten Minute noch ein Zeichen des Widerstands in Bayern aufzurichten und bayerische Städte, vor allem München, kampflos zu übergeben, war fehlgeschlagen. Trotzdem konnten einzelne Orte wie Fürstenfeldbruck oder Wasserburg durch Übergabe vor Kampfhandlungen geschützt werden; auch in München hat es nur noch am Stadtrand Kämpfe gegeben. Der Einzug der Amerikaner wurde in breiten Schichten der Bevölkerung als befreiender Schlußstrich unter Gewaltherrschaft und Krieg empfunden[75].

Zunächst kam am 1. 5. 1945 in München das MG-Detachment für die Stadt an, das verhältnismäßig rasche Fortschritte in der Reorganisation der Stadtverwaltung machte. Die Wiedereinsetzung des Oberbürgermeisters von vor 1933, Dr. Karl Scharnagl (BVP), am 8. 5., die Beteiligung aller politischen Richtungen an der Stadtregierung und der allseits gute Kontakt zu dem MG-Chef Col. Keller, einem Amerikaner schweizer Abstammung, trugen zu einer baldigen Konsolidierung der Verwaltung in der stark zerstörten Stadt bei. Am selben 8. 5. wurde die Besetzung Bayerns abgeschlossen. Die Zuständigkeiten Scharnagls betrafen in diesen ersten Tagen nicht nur die Angelegenheiten der Stadt, sondern auch alle Reichs- und Landeskompetenzen, insoweit sie zur Bewältigung der Not und der von MG gestellten Aufgaben in diesem Raum notwendig waren[76]. Im Rahmen dieser erweiterten Zuständigkeiten ernannte die MG München am 9. 5. den Landwirt Ernst Rattenhuber zum Leiter des Landesamtes für Ernährung und Landwirtschaft[77].

[74] Alle Fragen der Besetzungsprozedur sind hier ausgeklammert, weil sie mit komplizierten strategischen Fragen zusammenhängen und für die Erkenntnis der MG unergiebig sind.

[75] Hermann Behr, Vom Chaos zum Staat, Frankfurt 1961, S. 52ff. Für die Freiheits-Aktion Bayern grundlegend: Dr. Gerngross, Leiling: „Abschließender Tatsachenbericht der FAB", (ohne Datum), (masch.) im Nachlaß Pfeiffer. Von US-Seite: Cumulative HR OMGB v. 30. 6. 1946, S. 20f. Programm der FAB bei Obermaier/Maurer, a. a. O., S. 9f.

[76] Zur Geschichte des Stadt-Detachments vgl.: US Army, Hist. Div., Headquarters Eur. Com., Military Government in Munich 1945–1947, Special Studies Series, Vol. I, 1951, Nr. 3 (masch.). Zur Stellung Scharnagls: Anton Pfeiffer (Sen.), Wie Bayern wieder ein Staat wurde (in „Unser Bayern", Hrsg. Bayerische Staatskanzlei, München 1950, S. 7ff.), S. 9, und Franz Heubl: Die staatsrechtliche Entwicklung Bayerns im Jahre 1945, Jur. Diss., (masch.), München 1948, S. 35ff.

[77] Rattenhuber (1887–1951), ein entfernter Verwandter Schäffers, mußte bei Kriegsende ein Verfahren vor dem Volksgerichtshof wegen regimefeindlicher Äußerungen erwarten, zu dem es dann nicht mehr kam. Nach dem Umbruch hatte er lebhafte Friktionen mit CIC, wo man ihm nicht glauben wollte, daß er nicht mit einem SS-General gleichen Namens, seinem Vetter, identisch sei. (Gespräch mit Frau Körte, einer Tochter Rattenhubers.) Ähnlich wie

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rattenhuber, Monarchist, Krongutverwalter bayerischer Prinzen und Gutsbesitzer in einem Münchner Vorort, hatte aus eigener Initiative im Zusammenbruch versucht, die genossenschaftliche Milchversorgung der Stadt wieder in Gang zu bringen. Durch seine fachmännische Tatkraft verband ihn bald ein Vertrauensverhältnis zu dem Landwirtschaftsbeauftragten der RMG, dem Obstbaumspezialisten Col. Douroux. In seiner Ernennungsurkunde wurde er als reines Werkzeug der MG bestallt und ihm bei etwaiger Nicht-Erfüllung der MG-Befehle kriegsgerichtliche Verfolgung angedroht[78]. Dieser Einsetzungsmodus und der gute Kontakt zum korrespondierenden Fachmann auf MG-Seite dürfen als Beispiel für die Ernennung von Verwaltungsleitern in den ersten Tagen angesehen werden.

Am 15. 5. folgte ein „advance echelon" von 32 Offizieren der RMG aus Augsburg, wo es der 7. Armee angeschlossen gewesen war, unter dem Befehl von Col. Keegan, einem New Yorker Stadtverordneten katholisch-irischer Abstammung. Dessen engste Mitarbeiter waren die beiden College-Professoren Lt.Col. Bromage, ein Politologe, als Berater für „Government", sowie Cpt. Landeen, der für Erziehung und Religion verantwortlich war und zugleich als Keegans Dolmetscher fungierte[79]. Im Lauf der folgenden Monate wurde die RMG auf einen Stand von über 200 Offizieren ergänzt. Die meisten der in Bayern eingesetzten MG-Detachments hatten schon einen ersten Einsatz an Rhein und Ruhr hinter sich. Als sie nach Bayern kamen, hatten sie in der Kollaboration mit Anti-Fa-Komitees schon Erfahrungen gemacht. Es wird z. B. die Äußerung eines MG-Majors über das Münchner Nationalkomitee Freies Deutschland um Specht berichtet: „Ich kenne diese Antifaschisten schon aus dem Ruhrgebiet; das sind alles Banditen."[80] Der Eindruck, daß sich die Anti-Fa nicht in die Besatzung einfügen ließ, war sicher mit ein Grund dafür, daß MG in Bayern – dem letzten deutschen Land, das die US-Armee besetzte – sogleich zur gouvernementalen Restauration schritt.

RMG begann damit, sich einen Überblick über die bayerische Regierungsmaschinerie zu verschaffen und Personen zu finden, mit denen diese Apparatur wieder in Gang gesetzt werden könnte. Durch Kontakte zu hohen Verwaltungsbeamten[81] und

in München war eine der ersten Handlungen des RMG Westmark-Südhessen am 25. 4. 1945 die Schaffung des Landesernährungsamts Kaiserslautern (vgl. Kohl, a. a. O., S. 25).

[78] Behr, a. a. O., S. 60. Dort der Text der Ernennungsurkunde, die u. a. folgende Sätze enthält: „Sie haben für die restlose Erfassung der vorhandenen und anfallenden Nahrungsmittelerzeugnisse zu sorgen. Sie werden verantwortlich gemacht für die Beschaffung des Bedarfs für a. die alliierte Militärmacht, b. die Fremdarbeiter, c. den Mindestbedarf der kapitulierten deutschen Armee in ihrem Gebiet, d. den Mindestbedarf der deutschen Zivilbevölkerung in ihrem Gebiet . . . Ein Versagen in der Durchführung der Aufgaben ihres Amtes oder eines ihrer Mitarbeiter gehört zur Zuwiderhandlung gegen die Militärregierung und hat ihre Entlassung, Geldstrafe, Gefängnis oder eine andere Strafe zur Folge."

[79] Schreiben von Bromage vom 1. 2. 1966 und von Landeen vom 14. 2. 1966. Zur Organisation des Detachments (zuerst E 1 F 3, dann E-201, dann OMGB genannt) vgl. Cumulative HR, a. a. O., S. 1ff., zur personellen Seite S. 65ff.

[80] Kahn, a. a. O., S. 106.

[81] Es handelte sich um Reg.Dir. Dr. Vischer vom Amt des Reichsstatthalters und um Ministerialrat Dr. Stumpf aus dem Innenministerium am 21. 5. vgl. Cum. HR., a. a. O., S. 48f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Recherche nach Akten auf dem Schörnerhof, dem verlassenen Landsitz des Reichsstatthalters von Epp, stellte sie fest, daß „Bayern kein staatsrechtlicher Begriff mehr . . ., sondern nur noch ein Traditionsname" war[82] und daß die bayerische Regierung formell zwar aus Ministerpräsident, Finanz-, Innen-, Kultus- und Wirtschaftsressort sowie der Forstverwaltung bestand, aber nur dem Namen nach existierte. De facto war die Landesregierung seit 1933 durch den Reichsstatthalter gleichgeschaltet und durch die Einteilung Bayerns in sechs Gaue paralysiert. Der Münchner Gauleiter Giesler hatte nach der Ministerpräsidentschaft nach und nach auch alle anderen Ministerien in Personalunion auf sich vereinigt und mit der linken Hand betrieben. Deshalb gab es höchstens noch einen rudimentären Ministerialapparat in weitgehend zerstörten Gebäuden, der vor allem in Zusammenarbeit mit den Regierungen der Bezirke ein gewisses Maß von Verwaltungskontinuität durch das Dritte Reich hindurchgezogen hatte.

RMG beschloß – so muß man aus ihren Entscheidungen schließen – dieses Institutionengefüge unter Fortfall der NS-Gaue für die dilatorische Phase der Armeeverwaltung beizubehalten[83], jedoch die Ministerien mit fähigen „Anti-Nazis" zu besetzen[84] und die Militärregierung an die Stelle des Reichsstatthalters zu stellen. Mit diktatorischem Apparat, aber ‚demokratischem' Personal sollte der Notstand gemeistert und auf lange Sicht die Demokratie erzwungen werden. Es scheint Col. Keegan nicht nur wünschenswert, sondern gemäß dem Konzept der Armeeverwaltung auch ganz natürlich erschienen zu sein, sogleich auch auf dieser hohen Ebene ohne ausdrückliche Anweisung indirect rule zu installieren[85].

Hier wie andernorts fragte man bei der Personalauswahl für die Regierung die Kirche um Rat. Kardinal Faulhaber, der wegen seiner Predigten gegen Unrecht im Dritten Reich im Ausland berühmt war, erschien zur Erteilung eines solchen

[82] Die Formulierung bei Pfeiffer (Sen.), a. a. O., S. 7.

[83] Ein Gegenbeispiel bietet Westmark-Südhessen, wo man von Anfang an Neugliederungspläne für eine vergrößerte Kurpfalz hegte, die Regierung in Neustadt – dem Sitz des Kommandos der 15. Armee – größtenteils aus einem Kreis Heidelberger und Mannheimer Intellektuellen um Alfred Weber und Jaspers bildete und ihr als organisatorische Gliederung eine Parallelisierung mit den RMG-Abteilungen (economics, public health, PTT, education und religion, public safety, personnel, justice und public welfare) diktierte. Die Dezernatsleiter sollten in einem „Kollegium der Präsidialdirektoren" zusammenarbeiten. (Kohl, a. a. O., S. 25ff.)

[84] G. F. J. Gillen: State and local government in West Germany 1945–1953, Hist. Div. HICOG, 1953, S. 4f., betont (wobei er sich auf den Leiter des hessischen RMG Col. Newman beruft): „The initial revival of Land and local government in the US-Zone of Germany did not mean an introduction of democracy except insofar as the persons who were appointed to office were democratic. US Military Government used the old system without any basic changes except for the elimination of such objectionable features as the radical principles of National Socialism."

[85] Landeen (Schreiben vom 14. 2. 1966) meint dazu: „We had not been ordered from SHAEF to do this. But, Colonel Keegan was extremely anxious that the Germans take over as early as possible." Auch Bromage (Schreiben vom 1. 2. 66) kann sich keiner Direktive entsinnen, sondern glaubt, daß die Entscheidung vom RMG vorbehaltlich späterer Genehmigung „in the interest of law and order" gefaßt wurde. Keegan sagte in einem Interview mit PM (31. 5. 1945), „that the decision to fill the post . . . was in line with the Military-Government general policy of recreating as closely as possible Germany's pre-Nazi governmental forms".

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rats besonders würdig. Hier wie andernorts knüpfte die Kirche an die Zentrumsführung von 1933 an. Monsignore Thalhamer, der Sekretär Faulhabers, überreichte der MG auf Ersuchen am 23. 5. 1945 eine Liste, die mit dem letzten Führer der BVP vor 1933 Fritz Schäffer begann[86]. Schäffer hielt sich zu dieser Zeit in München auf und setzte sich nach eigenem Bericht mit RMG in Verbindung, um bei der Reorganisation der Justiz zu helfen[87]. Am 24. 5. entwarf er eine Liste von Ministerkandidaten, zur selben Zeit gingen auch Personalwünsche für den Staatsrat im Kultusministerium von dem lutherischen Landesbischof Meiser ein; am 25. schlugen Bromage und Landeen nach Rücksprachen mit Schäffer diesen zum Ministerpräsidenten, Hipp zum Kultusminister und Meinzolt zu seinem Vertreter vor[88]. Dennoch scheint es am 28. 5. Schäffer überrascht zu haben, als er plötzlich von Keegan vor einigen Pressevertretern mit kurzer Zeremonie als Ministerpräsident eingesetzt wurde. Als er sein Ernennungsschreiben betrachtete, fand er denselben rüden Ton wie in allen vergleichbaren Schreiben dieser Tage: er wurde darin vorläufig zum Ministerpräsidenten von Bayern ernannt, um Personalvorschläge für die Ressortministerien ersucht, persönlich für die Entnazifizierung der gesamten Verwaltung ganz Bayerns verantwortlich gemacht, weiter wurde ihm aufgegeben, alle von der MG Ernannten beizubehalten, und er wurde zur Ausübung seiner Amtsgeschäfte ohne Rücksicht auf Rasse, Glauben und „politischen Einfluß" ermahnt. Er habe nach den Befehlen der MG „energisch die Zivilverwaltung aufzubauen". „Any failure on your part to carry out the Laws, Ordinances, Orders, instructions and directives of Military Government will result in trail before a Military Government court and appropriate punishment under Military Government law."[89] Er protestierte sofort, worauf man ihn tröstete: nichts werde so heiß gegessen wie gekocht[90]. Zur Auswahl Schäffers, dessen Verhaftungen im Dritten Reich in einer Presseverlautbarung breit herausgestrichen worden waren, sagte Col. Keegan: „We need a man for the post and we chose the man we thought technically the best equipped." Im selben Interview sagte Schäffer, da MG die Existenz von Parteien verbiete, gehorche er natürlich. Auch sei das deutsche Volk noch zu benommen und

[86] Schreiben von Landeen vom 14. 2. 1966. Fritz Schäffer, am 12. 5. 1888 in München geboren, entstammt einem Haus des katholischen Mittelstands. Er studierte – bei „Apollo" korporiert – die Rechte und legte 1916 den Staatskonkurs mit der seltenen Note Eins ab. Nach der Verwundung im Ersten Weltkrieg begann er seine Karriere als Verwaltungsbeamter in der Innenverwaltung, setzte sie seit 1920 im Kultusministerium fort und krönte sie von 1931 bis 1933 als Staatsrat und Leiter des bayer. Finanzministeriums. Seit 1920 Mitglied des bayer. Landtages für die BVP, wurde er 1930 deren erster Vorsitzender und einer der Initiatoren der „Bayernwacht". Seit der NS-Machtergreifung war er bis 1945 in München als Rechtsanwalt tätig und wurde als ehemals prominenter Politiker mehrfach für kürzere Zeit von den Nationalsozialisten in Haft genommen. Zu Kardinal Faulhabers Politik vgl. jetzt Ludwig Volk S. J.: Kardinal Faulhabers Stellung zur Weimarer Republik und zum NS-Staat, in: Stimmen der Zeit 91 (1966), S. 173–195.

[87] Schäffer, a. a. O., S. 4ff.

[88] Schreiben von Landeen vom 14. 2. 1966.

[89] Det. E 1 F 3 an Schäffer, 28. 5. 1945 (Nachlaß Pfeiffer).

[90] Schäffer, a. a. O., S. 6.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verstört, um an Politik zu denken. Aber wenn MG später Parteien wieder erlaube, „yes, I would very much like to revive the Bavarian People's Party"[90a].

Schäffer fand ein paar Zimmer in einer Firma in der Leopoldstraße und begann ohne Ausrüstung, Hilfsmittel und ausreichendes Personal[91]. Schon im Laufe des Juni gelang ihm trotz fehlender Kommunikationsmittel die Herstellung des Kontakts zu den meisten von den Amerikanern eingesetzten Verwaltungsleitern, insbesondere zu den Regierungspräsidenten[92] sowie eine Art Kabinettsbildung[93]. Kultusminister wurde der auch von Kirche und MG favorisierte Dr. Otto Hipp, Wirtschaftsminister Dr. Karl Arthur Lange; das Innenministerium verwaltete Ministerialrat Dr. Karl August Fischer. In der Staatskanzlei war anfangs als Pressebeauftragter, später – nachdem die Berufung Reichsminister Dr. Otto Gesslers auf die Stelle des Staatsrats am Einspruch der MG gescheitert war – als Staatsrat und schließlich als Staatssekretär Dr. Anton Pfeiffer tätig. Rattenhuber und der Leiter der Forstverwaltung, Hoeppner, unterstellten sich dem Ministerpräsidenten, ebenso Albert Rosshaupter, der in das von den Amerikanern erzwungene Arbeitsministerium berufen worden war. Schäffer selbst übernahm mit einem Staatsrat zusammen das Finanzressort, das traditionelle Rückgrat der bayerischen Regierung. Neben diesen wurden zu den Ministerratssitzungen noch zugezogen: der Präsident der Reichsbahndirektion München Rosenhaupt, der Präsident der Oberpostdirektion München Geiger, der Oberbürgermeister von München Scharnagl, der als Staatsrat noch nicht genehmigte Reichsminister Gessler sowie der Senatspräsident am OLG Dr. Hans Ehard und der aus der Emigration heimgekehrte SPD-MdR und Staatsanwalt Dr. Wilhelm Hoegner, die beide zur Reorganisation einer Landesjustiz eingesetzt waren[94].

[90a] Interview mit beiden durch Victor Bernstein (PM 31. 5. 1945) mit scharf ablehnendem Kommentar.

[91] Seine häufigsten Worte sollen nach Behr in diesen Tagen „A Sauerei is" und „A Wut hob i" gewesen sein. Von ähnlichen Gefechten um Zimmer, Stühle, Schreibmaschinen und Kohlen als Ouverture der Regierungsarbeit berichtet auch Reinhold Maier, Grundstein, S. 127ff. Noch im Sommer 1945 zog die Staatskanzlei in die ehemalige preußische Gesandtschaft um.

[92] In Würzburg Adam Stegerwald (s. u.); in Ansbach der ehem. Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium Ernst Reichard (geb. 1876) und, nachdem dieser im Zuge einer zweiten Entnazifizierungsüberprüfung entlassen worden war, Dr. Hans Schregle (geb. 1890); in Regensburg der Journalist Dr. Ernst Falkner (geb. 1909), der von MG abgesetzt wurde, weil er sich auf einer Tagung mit seinen Beamten verbotswidrig „politisch" äußerte, dann der bayerische Karrierebeamte (1945 Regierungsrat) Dr. Franz Wein (1884–1954); von Schäffer in ihrem Amt bestätigt wurden nur die beiden von MG als Regierungspräsidenten eingesetzten bayer. Karrierebeamten Ludwig Osthelder (1877–1954; 1932 Reg.Präs. der Pfalz, 1933 in den einstw. Ruhestand versetzt) in München und Dr. Konrad Kreisselmeyer (1877–1954) in Augsburg.

[93] Das Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft war ein Teil des Wirtschaftsministeriums; die Einrichtung einer Landesjustizverwaltung wurde von MG erst im Oktober 1945 genehmigt. Die für die Leitung der entsprechenden Ministerien vorgesehenen Herren wurden jedoch schon in der Regierung Schäffer als Kabinettsmitglieder betrachtet. Am 8. 6. 1945 wurde das Innenministerium von MG auf vier Abteilungen beschränkt (Verwaltung, Gesundheit, Wiederaufbau und Polizei) und am 20. 6. die Arbeits- und Wohnungsabteilung zu einem eigenen Ministerium erhoben.

[94] Zu den berufenen Personen: Dr. Otto Hipp (1885–1952), ein Parteifreund Schäffers,

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schäffer hatte am Tag nach seiner Ernennung Kontakt mit Sozialdemokraten aufgenommen und von Thomas Wimmer eine Liste regierungsfähiger SPD-Mitglieder erhalten. Als Schäffer später angegriffen wurde, er habe die Linke nicht genügend berücksichtigt, verteidigte er sich mit einer Aufstellung, die für sich spricht[95]: Rosshaupter (nachdem RMG ein Arbeitsministerium erzwungen und einen Sozialdemokraten an seiner Spitze gefordert hatte), Hoegner (der für die zukünftige Landesjustizverwaltung vorgesehen war), Menzel (Landesarbeitsamt), Schiefer (Ortskrankenkasse) und Wimmer (3. Bürgermeister von München). Nach dem Zeugnis Dorns hatten der SPD-Liste ursprünglich noch angehört: Esser (Regensburg), Hagen (Kulmbach), Teichmann (München), Seidel (Hof), Moser (Füssen), Piehler (Bergarbeitergewerkschaft)[96]. Schäffer schrieb später, er habe eine Art Koalitionspolitik der noch lange nicht existenten Parteien durch die Berufung von je zwei BVP- und SPD- und je einem DNVP- und DVP-Angehörigen vorgebildet, während er die Kommunisten wegen ihrer geringen Wahlerfolge vor 1933 überhaupt nicht berücksichtigt habe. Dies läßt sich numerisch weder aus den von ihm berufenen Ministern nachvollziehen, noch stimmt es z. B. mit den 9,9% KPD-Stimmen in der Reichstagswahl vom 6. 11. 1932 in Bayern überein, wenn man diese mit DNVP (5%) oder DVP (0,8%) vergleicht[97]. Überdies scheint diese Argumentation eine durch die spätere Parteientwicklung überlagerte Sicht seiner eigenen damaligen Verwaltungskonzeption zu sein. Am 17. 8. 1945 hatte Schäffer an RMG geschrieben: „Die bayerische Landesverwaltung ist bis heute nur aus Männern zusammengesetzt, die ohne ausdrückliche Rücksicht auf ihre frühere

---

war vor 1933 Bürgermeister in Regensburg und hatte im Krieg zusammen mit Dr. Gebhard Seelos ein separatistisches „Bayerisches Memorandum" ausgearbeitet, das im Zusammenhang mit der „Freiheitsaktion Bayern" im Namen der „Bayerischen Heimatbewegung" der US-Armee übergeben wurde (vgl. James Donohoe, Hitler's Conservative Opponents in Bavaria, Leiden 1961, S. 203ff., abgedruckt S. 207ff.). Der Jurist und Volkswirt Lange (1881–1947), ein Bekannter Schäffers, soll als Geschäftsführer von Brauereiverbänden und Vorstandsmitglied der Löwenbrauerei München vor 1933 den Liberalen nahegestanden haben. Fischer (geb. 1885), ein bayer. Karrierebeamter, gehörte vor 1933 zur DNVP und wurde im Sept. 1945 von MG entlassen, weil er eine Funktion im Verein des Auslandsdeutschtums im Dritten Reich innegehabt habe. Zu Gessler vgl. Otto Gessler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, bes. dessen Einl. S. 90ff.. Studienrat Dr. Anton Pfeiffer (1888–1957), Philologe und Volkswirt, war in den Weimarer Jahren BVP-Generalsekretär und bayer. MdL. Albert Rosshaupter (1878–1949) war seit 1907 SPD-MdR, 1918–1919 bayer. Minister für militärische Angelegenheiten und neben seiner Gewerkschaftsarbeit in den Weimarer Jahren MdL. Biographische Angaben zu Hoegner und Ehard in den Heften 2 und 3 der Reihe „Die bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit", 1945–1963, hrsg. vom Neuen Presseclub, München o. J.

[95] Schäffer an RMG, 3. 9. 1945 (Nachlaß Pfeiffer).

[96] Die Liste Dorns nach Auskünften Wimmers in Notizbuch „Dr. Lange ..." in Dorn Papers.

[97] Schäffer, a. a. O., S. 7f. Die Zahlen für 1928, als noch nicht der Großteil der deutschnationalen und liberalen Wähler zur NSDAP und ein Teil der SPD-Wähler zur KPD abgewandert waren, wären Schäffers Argumentation etwas günstiger (DNVP 11,0%, DVP 2,3%, DDP 3,0%, KPD 3,5%).

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politische Betätigung und ihre innere politische Überzeugung bestellt worden sind ... Die Zulassung politischer Parteien könnte hier störend wirken[98]." Da Schäffer, Rattenhuber und Hoeppner direkt, Hipp und Rosshaupter indirekt von RMG ausgesucht und ernannt wurden, bleibt, daß Schäffer selbst nur Lange, Fischer und Gessler vorschlug, jene drei also, auf die sich neben Rattenhuber und Schäffer die Angriffe später konzentrierten. Weitere Minister hat er während seiner Regierungszeit nicht gefunden[99].

Diese Regierung „Bayerns rechts des Rheins", wie sie sich in der Hoffnung auf Rückgewinnung der Pfalz nannte, streckte ihre Fühler ins Land aus, um mit den von MG eingesetzten Landräten wenigstens auf Regionaltagungen[100] Kontakt zu bekommen. Deren direkte Zusammenarbeit mit den ihnen korresponierenden MG-Detachments sowie ihre weitgehende finanzielle und personelle Selbständigkeit ließen den Wiederaufbau der staatlichen Dienstaufsicht über die Selbstverwaltungskörperschaften zu einem äußerst schleppenden Prozeß werden, der erst ein Jahr später als abgeschlossen gelten konnte. Die Vorarbeiten der eigentlichen Regierungsgeschäfte drängten: ein grober Überblick über vorhandenes Personal, über Gebäude, Nahrungsmittel- und Kohlevorräte mußte gewonnen, Reiseberichte über die Lage in anderen Gebieten und Nachrichten über Auftrag und Praxis der alliierten Besatzung gesammelt, staatsrechtliche Analysen[101] über Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Verwaltung unter MG angefertigt werden.

Gegenüber MG war Schäffer allein für die ganze Verwaltung Bayerns verantwortlich, obwohl er gerade da, wo diese existierte, in den Kreisen und Regierungen nämlich, noch kaum einen Einfluß gewonnen hatte. Alle seine Handlungen mußte er im beinahe täglichen Verkehr mit dem RMG Verbindungsoffizier Col. Bromage abstimmen, was allerdings durch das gute persönliche Verhältnis der beiden erleichtert wurde[102]. Nachdem sich am 15. 6. 1945 die 7. US-Armee aus Bayern zurückgezogen und das Feld der 3. US-Armee überlassen hatte, wurde RMG deren kommandierendem General unterstellt[103].

---

[98] Schäffer an RMG, 17. 8. 1945 (Nachlaß Pfeiffer).

[99] Leonard Krieger (a. a. O., S. 511ff.) hat treffend herausgearbeitet, daß das unpolitische, fachmännische Konzept die gegebene politische Taktik der Bürgerlichen nach dem Zusammenbruch war, weil sie so die entscheidenden Posten besetzen und doch das Sicherheitsbedürfnis der Besatzer befriedigen konnten. Umgekehrt waren die Kräfte der Arbeiterbewegung, die nicht durch Kenntnisse, sondern durch Masse wirken, schon dadurch als „politisch" und damit gewissermaßen als „aufwieglerisch" stigmatisiert, als sie ihre vom NS zerschlagenen Organisationen als Vorbedingung erst wieder aufbauen mußten.

[100] Aufzeichnungen von einer Landrätetagung in Nordfranken vom 17. 7. 1945 in Stegerwald-Archiv. Anschauliche Schilderungen der württembergischen Paralleltagungen bei R. Maier, a. a. O., S. 93ff., und Keil, a. a. O., Band II, S. 676f.

[101] Vgl. eine Serie von Denkschriften ohne Datum und Verf., vermutlich von Gessler und Pfeiffer, im Nachlaß Pfeiffer.

[102] Bromage (Schreiben vom 1. 2. 1966), Schäffer, a. a. O., S. 15.

[103] Seit der Errichtung der Military Districts am 12. 8. wurde die Vereinigung von G–5 3. Armee und RMG zum OMGB eingeleitet, die Anfang Oktober beendet war. Col. Dalferes ersetzte den heimkehrenden Col. Keegan.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Gouverneur Bayerns, Panzergeneral George Smith Patton Jr., einer der beliebtesten amerikanischen Kriegshelden aus alter militärischer Südstaaten-Familie, ein theatralisch veranlagter Haudegen mit viel Respekt vor der Leistungskraft der Deutschen[104], war nach dem Waffenstillstand zu einem triumphalen Siegeszug durch die USA zurückgekehrt. Nachdem er im Sommer wiedergekommen war und sich in Bad Tölz niedergelassen hatte, ließ er die RMG gewähren, so lange sie nicht mit den Besatzungstruppen in Konflikt geriet. Er mag die MG-Sonderstäbe als neumodische, zivilistische, wohl auch ‚linke' Einrichtung empfunden und als „Etappe" verachtet haben, im Zweifel unterstützte er jedenfalls seine Armeeoffiziere gegen die lokalen MG-Detachments[105].

Im Grunde empfand es Patton als eine traurige Sache, daß Krieg und Sieg schon vorbei waren. In sein Tagebuch notierte er am 10. 8.: „Another war has ended, and with it my usefulness to the world. It is for me personelly a very sad thought. Now all that is left to do is to sit around and await the arrival of the undertaker and posthumous immorality[sic]. Fortunately, I also have to occupy myself with the De-Nazification and government of Bavaria, and the recruiting of the industries of the German people, so that they can be more selfsupporting."[106] Seine Einstellung zu den Deutschen hatte neben der Achtung des Gegners auch ihren politischen Grund.

Patton hatte aufmerksam die Berichte über die sowjetische Umsiedlungspolitik in Ost-Mitteleuropa verfolgt, mit General Anders verhandelt und mit Abscheu – gemischt mit Neid – den zackigen Militarismus einer russischen Parade verfolgt. Er glaubte, daß sein Vorstoß auf Prag gleich fortgesetzt werden sollte, und zwar mit deutscher Hilfe[107]. So zögerte er die Auflösung der deutschen Wehrmachtsverbände in Bayern befehlswidrig hinaus und schlug Eisenhower, der dies für einen gefährlichen Scherz hielt, weiteren Vormarsch vor: in drei Monaten könne man die Russen, den zweiten und wichtigeren Feind, nach Rußland zurücktreiben; einen Anlaß zum Losschlagen könne er an der tschechischen Grenze jederzeit beschaffen. „We will need these Germans, and I don't think we ought to mistreat people whom we shall need so badly."[108] Jedenfalls wollte er dafür sorgen, daß in seinem Befehlsbereich keine kommunistischen Elemente zum Zuge kämen – eine Auffassung, die

[104] Zur persönlichen Charakterisierung vgl. Ladislas Farago: Patton, Ordeal and Triumph, New York, 1964, S. 847ff., und die Einleitung zu Harry Hodges Semmes: Portrait of Patton, New York, 1955. Seine Achtung vor den Deutschen, die Ruth Ellen Patton Totten, seine Tochter, in einem Schreiben vom 1. 2. 1966 besonders herausstreicht, sollte nicht so mißverstanden werden, als sei er dem Dritten Reich indifferent gegenübergestanden. Vgl. dazu die Berichte über Pattons KZ-Besichtigungen bei Farago, a. a. O., S. 809, und bei Frederick Ayer Jr. (ein Neffe des Generals): Before the colors fade, Boston 1964, S. 244ff. (biographische Angaben in allen drei Werken).

[105] Vgl. Zink I, S. 26 u. 58 (Er berichtet u. a. von Pattons Vorliebe dafür, überzählige Truppenoffiziere mit MG-Aufgaben zu betrauen und damit wegen deren gewöhnlich höheren Rängen MG kaltzustellen) und Dorn, Purge, Kap. VIII, S. 21f.

[106] Zitiert bei Semmes, a. a. O., S. 279f.

[107] Ebenda, S. 275ff. und 282f.

[108] Ebenda. Übrigens produzierten zu dieser Zeit noch deutsche Werke Kriegsmaterial für US-Truppen im Pazifik.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihn sicher nicht von RMG trennte[109] – und glaubte, er werde von der Bevölkerung als Retter Bayerns vor den Russen gefeiert und könne, wenn er wolle, jederzeit „President of Bavaria" werden[110]. So hat er auch seine spätere Entlassung wegen seiner Entnazifizierungsäußerungen nur als indirekten Ausfluß des Kampfes zwischen seinem Anti-Kommunismus und dem Kreuzzugsgeist der Anti-Hitler-Koalition, der Eisenhower beseelte, verstanden. „. . . my chief interest in establishing order in Germany was to prevent Germany from going communistic. I am afraid, that our foolish and utterly stupid policy in regard to Germany will certainly cause them to join the Russians and thereby insure a communistic state throughout Western Europe[111]". In einem Brief an seinen Sohn vom 22. 10. 1945 ist derselbe Aspekt dann zur großartigen Pose verzerrt: „Napoleon did not fall through lack of excessive self-confidence but through an error of judgement induced by inhonest advisors and probably as a direct act of God because, has he gone on to his final objective, we would have a world of peace – strange as it may seem."[112]

Selbst gegenüber dem neuernannten Kriegsminister R. P. Patterson beklagte er die Gier, mit der „politicians and others jump on the Army as soon as the Army has done its job". Dabei drohe doch eine Katastrophe, weil „the somewhat diluted descendents of Ghengis Kahn have, in my opinion, no possible idea of quitting". Er sehe die Zeit kommen, wo die US-Armee sich unter Rückzugsgefechten aus Europa zurückziehen müsse[113].

Seit der Vereinigung der RMG mit G-5 der 3. Armee war Patton nicht nur Leiter eines Militärdistrikts (wie Gen. Patch), sondern saß obendrein als Kommandeur der Militärregierung des zu diesem Zeitpunkt einzigen und später größten Landes der amerikanischen Zone in einer der wichtigsten Schlüsselpositionen der Besatzungsverwaltung der Armee. Er konnte auf eine gefällige Übereinstimmung von RMG und deutscher Verwaltung mit seinen Ansichten blicken. Da er den Konflikt zwischen den Entnazifizierungsdirektiven und dem Bedarf an Fachleuten zugunsten der Verwaltungseffektivität entschied[114], war auch auf diesem Gebiet kein grundsätzlicher Konflikt zu erwarten. Es verstand sich aber freilich von selbst, daß Patton sich nicht direkt mit dem Regierungsgeschäft einließ, sondern vom deutschen Verwaltungspersonal allenfalls über die zuständigen RMG-Offiziere (höchster Rang: Oberst) hörte. Auch Schäffer hat ihn nie gesehen[115].

Der Gouverneur wurde jedoch durch seinen Ministerpräsidenten in frappierender

---

[109] So weiß noch Cum. HR. zu erzählen, es habe im Juli 1945 zwei Hauptaufgaben für RMG gegeben: 1. Bayern vom „Preußischen Einfluß und Indoktrinierung" zu trennen, und 2. Vorsorge gegen kommunistische Infiltration in Bayern zu treffen.

[110] Farago, a. a. O., S. 810.

[111] George Smith Patton Jr., War as I saw it, Boston 1947, S. 390.

[112] Zitiert bei Semmes, a. a. O., S. 286.

[113] Patton an Patterson, 21. 9. 1945, in Patterson Papers, Library of Congress.

[114] S. u. S. 200f.; Knappen a. a. O., S. 130 berichtet, Patton habe damit die Meinung von zwei von drei Offizieren der Besatzungsarmee geteilt.

[115] Gespräch mit Fritz Schäffer am 7. 3. 1966. Seiner Bitte, bei USFET vorsprechen zu dürfen, wurde erst recht nicht entsprochen.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weise ergänzt. Schäffer glaubte, wie fast alle seine Zeitgenossen 1945, an einen „Linksrutsch"[116]. Durch Bombardierung und Vertreibung, durch den Einbruch des Todes in fast jede Familie, den weitgehenden Verlust aller Habe bei breiten Bevölkerungsschichten, die beharrliche Zertrümmung der bürgerlichen Moral durch den Nationalsozialismus und schließlich durch den Zusammenbruch auch der braunen Moral glaubte man, stünde ein großer Teil des Volkes jetzt vor dem Nichts und drohte zu „Nihilisten" zu werden – die zeitgemäße Umschreibung christlicher Politiker für Kommunisten. Im Mitarbeiterkreis paraphrasierte Schäffer am 22. 8. 1945 seine Denkschrift gegen die Zulassung von politischen Parteien mit den Worten: „Im gegenwärtigen Zeitpunkt halte er die Zulassung politischer Parteien zumindest für sehr gefährlich, insbesondere mit Rücksicht auf die Verhältnisse im russisch besetzten Gebiet. Es bestünde die Gefahr, daß auf Grund von Verhältnissen, wofür die Mitglieder der Landesregierung nicht verantwortlich gemacht werden könnten, eine Unmenge von Leuten in ein absolut negatives Lager getrieben werden würden . . . Wer vor dem Nichts stehe, der werde Nihilist, denn er habe nichts mehr zu verlieren. Und er ist leicht geneigt, ein weiteres Experiment mitzumachen. Es ist leicht möglich, daß auf dem Wege der Denazifizierung die Nazi hinausgeworfen würden und daß sie auf dem Weg über die Demokratie wieder zur anderen Türe hereinkämen."[117]

In dieser Situation der Bedrohung der bürgerlichen Ordnung durch die radikalen Nihilisten von links und rechts, die qualitativ dasselbe seien, glaubte Schäffer, daß man eine Politisierung der Massen und Demokratisierung der Regierung sorgsam verhindern müsse. Er schloß damit an eine Tradition der BVP an; in der Endkrise der Weimarer Republik hatten verschiedene Führer der BVP erwogen, ob nicht den Flügelparteien mit einem monarchistischen Experiment in Bayern der Wind aus den Segeln genommen und ihrem Druck auf gouvernementalem Wege begegnet werden könne[118]. In einer von RMG angeforderten Denkschrift über die Rückwirkung der Parteienlizensierung auf die Entnazifizierung schlug Schäffer Ende August vor[119], die Politisierung angesichts des kommenden harten Winters hinauszuschieben. Vorsorglich bat er aber, gegebenenfalls die Gefahr der Radikalisierung durch stufenweise Wahlen, wobei nur bewährte Kommunalpolitiker das passive Wahlrecht für höhere Wahlen erhalten sollten, und ein „Treuedankgesetz" abzufangen, das durch die Einführung eines Landesbürgerrechts das aktive Wahl-

[116] Dies stritt Schäffer später auf der Tagung des erweiterten Landesausschusses der CSU in Bamberg am 30./31. 3. 1946 ab (Protokoll im Archiv Josef Müller). Auch Josef Müller stritt später ab, 1945 eine „Block"-Konzeption angestrebt und den KP-Einfluß überschätzt zu haben (Protokoll der Landesausschußsitzung der CSU am 28./29. 2. 1948 in Regensburg, ebenda).

[117] Ministerrat vom 22. 8. 1945. Die zusammenfassenden Protokolle (im IfZG) sind in indirekter Rede gehalten.

[118] Vgl. neben Donohoe, a. a. O., S. 109ff. Kurt Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, München 1954, S. 547ff.

[119] Schäffer an Col. Reese (RMG) am 17. 8. 1945 Betr. „Zulassung von politischen Parteien und Rückwirkungen dieser Zulassung auf die Regierung." (Nachlaß Pfeiffer). Für eine Parallele zum „Treuedankgesetz" aus monarchistischen Kreisen vgl. Sendtner, Rupprecht, a. a. O., S. 682.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

recht auf solche Bayern beschränkt hätte, die in den letzten 12 Jahren nicht der NSDAP beigetreten waren. Dadurch sollte ein Damm gegen die gefährdenden Schichten der Entnazifizierten, Flüchtlinge, ‚Zuagreisten' und der Jugend errichtet werden. In der Einführung eines Mehrheitswahlrechts mit jeweils nur zwei möglichen Kandidaten sollte eine weitere Garantie liegen, daß „der Sinn einer wirklichen Demokratie, die gleichzeitig auch den Staat dem Sittengesetz christlicher Ideen unterstellt", in der parteipolitischen Praxis realisiert würde.

Einerseits versuchte Schäffer, seine gouvernementale Überbrückung des befürchteten Linksrutschs auch nach der Lizenzierung von Parteien, die für ihn gleichbedeutend mit der Abhaltung von Wahlen war, wirksam zu erhalten, andererseits fürchtete er, daß die Politisierung seine Regierung von innen her aufsprengen könne. Zwar versicherte er RMG, daß die Mitglieder der Landesregierung sich jeder parteipolitischen Einflußnahme entziehen würden, im Kabinett aber bezweifelte er, ob dieser Satz auf die Dauer mehr als eine persönliche Zusicherung sein könne, und „gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Demokratisierung und Politisierung nicht die schöne Einheit zerstören möge, die bisher im Ministerrat geherrscht habe"[120].

In sehr einprägsamen Sätzen ist dieses Konzept Schäffers in Notizen Stegerwalds festgehalten, die er von der Einführungsrede des Ministerpräsidenten auf der ersten Landrätetagung in Nordbayern am 17. 7. 1945 machte[121]: „Weder die Experimente einer vergangenen Partei, noch die Vorgänger einer künftigen Partei. Wir sind nur Deutsche . . . Wir können uns eine politische Zersplitterung nicht leisten . . . Die Landesregierung ist keine politische Regierung, vertritt keine politische Richtung, ist eine deutsche Regierung und will das christliche Sittengebot im deutschen Volke wieder aufleben lassen. Alle anderen Kreise, die mit irgendwelchen Tendenzen kommen, sind abzulehnen. Wir wollen frei von Politik an die praktische Arbeit gehen. – Unsere Aufbauarbeit besteht darin, den zusammengebrochenen Verwaltungsapparat des deutschen Staates wieder aufzurichten."

Dieses Konzept zur inneren Ordnung des bayerischen Staates hatte auch seine äußere Seite. Die Ausschaltung des Reiches bot eine einzigartige Möglichkeit, die Verluste Bayerns an „Staatspersönlichkeit" in der Weimarer Republik durch eine föderalistische Vorentscheidung wettzumachen. Auf den Gebieten der Verwaltung, der Justiz, des Verkehrs mußten die Länder schon aus Notstandsgründen vorläufig die Reichszuständigkeiten ergreifen. Bayern war nicht geneigt, sie freiwillig wieder abzutreten. Anton Pfeiffer hat dies treffend formuliert: „Die Nationalsozialisten hatten die früheren bayerischen Ministerien planmäßig ausgehöhlt, um die Staatspersönlichkeit Bayerns langsam zu zermürben und zu vernichten. Genauso zielbewußt verfolgten dann die Regierungen . . . das umgekehrte Ziel . . . für jeden großen Bereich der Staatsaufgaben ein eigenes Ressortministerium zu schaffen, das die Staatshoheit nach innen wie nach außen verkörpert."[122]

[120] Wie Anm. 117.
[121] Im Stegerwald-Archiv.
[122] Pfeiffer, a. a. O., S. 9.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schäffer glaubte, daß die Amerikaner die Lage in seinem Sinne begriffen hätten und in dem einzigen relativ unversehrten deutschen Land von allem Anfang an ein „bayerisches Experiment"[123] unternähmen. Er hielt sich deshalb an den Rat der RMG, sich nicht einzumischen, wenn nun überall in persönlichen Zusammenkünften die Bildung neuen Parteilebens sich vorbereitete. Zwar hielt er durch Pfeiffer zu den Gruppen auf der bürgerlich-christlichen Seite Verbindung, aber nahm wohl an, daß ihm sein angestammtes Erbe als Führer der christlichen Partei in Bayern um so mehr zufallen werde, als er Regierungschef geworden war.

Innerhalb der gouvernementalen Konzeption spielte die Frage der Erhaltung und Restauration des Berufsbeamtentums die entscheidende Rolle, weil ja beim Regierungsgeschäft auf alle politisch-dynamischen Kräfte des Volkes wegen ihrer Gefährlichkeit verzichtet werden sollte. Dies war die entscheidende Schwäche des bayerischen Experiments.

Auf Grund von JCS 1067/6 wurde am 7. 7. 1945 von USFET eine Entnazifizierungsdirektive erlassen, nach der alle „Nazis", seien sie nun durch formelle Mitgliedschaften oder als „sympathizers" verdächtig, aus allen öffentlichen Ämtern zu entlassen waren. Der traditionelle Beamtenkörper, der schon den Umbruch nur unter den größten Beeinträchtigungen überstanden hatte, war aber die conditio sine qua non des bayerischen Experiments; er wurde durch die 7.-Juli-Direktive paralysiert. Weil die Direktive erst im August ihre Auswirkungen zu zeigen begann, glaubte Schäffer, die neue Praxis der Entnazifizierung sei ein Ergebnis des angeblichen Versagens der Amerikaner in Potsdam[124]. Zwar versuchten die Leiter der deutschen Verwaltungsbehörden überall in der Zone alles, um die Entlassung von Pgs, die ihnen nicht als innerlich beteiligte Nationalsozialisten bzw. als Schläger, Denunzianten usw. erschienen, die also nur – im Entnazifizierungsjargon – „formelle Pgs" waren, hinauszuzögern, zu umgehen oder entsprechende Befehle getarnt oder offen vorerst nicht zu beachten[125], zwar versuchten auch die Fachabteilungen der MG z. B. für Transport, Landwirtschaft u. ä., die an der Effektivität ihrer Verwaltungszweige interessiert waren, sich die belasteten Fachleute durch einstweilige Sondergenehmigungen oder durch Übersehen zu erhalten, dennoch mehrten sich die Nachrichten von zusammengebrochenen Behörden aus dem ganzen Land[126].

[123] Am 6. 7. 1945 lehnte es Schäffer im Ministerrat ab, zu erklären, er könne nicht länger die Verantwortung für die US-Entnazifizierung übernehmen, denn dies „würde ein völliges Scheitern des bayerischen Experiments bedeuten". Bis zu einem gewissen Grad wird der „Modellcharakter" Bayerns auch durch Murphy, a. a. O., S. 331 bestätigt.

[124] Schäffer, a. a. O., S. 15. Zur 7. 7. 1945-Direktive vgl. die Darstellung bei Griffith, a. a. O., S. 40ff., und zur „crisis in Bavaria" ebenda, S. 51ff., die bisher beste Zusammenfassung der Ereignisse (Griffith war 1946–1948 Chef des Special Branch OMGB). Vgl. auch Dorn, Purge, Kap. VIII, mit aufschlußreichen Details. (Dorn war 1945 persönlicher Berater von Gen. Adcock und 1946–47 Special Advisor on Denazification für Gen. Clay.)

[125] Gimbel, American Denazification, S. 88ff., für Beispiele der Umgehungstaktiken. Für die „Zusammenarbeit" von deutschen und amerikanischen Stellen vgl. z. B. War Diary, Det. E1H2 Reg. Bez. Schwaben (1.–31. 7. 1945) (WIIRC).

[126] Denkschrift „Rückwirkungen der Entnazifizierung für die Bayerische Landesverwaltung", Schäffer an RMG (undatierter Entwurf im Nachlaß Pfeiffer) und Griffith, a. a. O., S. 63, Anm.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch Schäffer, – schon seit Ende Juli durch die Erkrankung und Heimkehr von Bromage seines Vertrauten bei MG beraubt – versuchte, sich gegen diese Politik aufzulehnen. In einer Reihe von Denkschriften an RMG[127] schlug er Maßnahmen vor, wie aktive Nationalsozialisten zwar entlassen und vielleicht auch interniert werden sollten, von ihnen aber die Beamten, die „nominelle Pgs" gewesen seien, durch ein Einspruchsverfahren mit Spruchgerichten getrennt und als Beamte auf Widerruf vorerst beibehalten werden könnten. Die Häufung und zunehmende Dringlichkeit seiner Vorschläge im September erklärt sich daraus, daß Schäffer einerseits seine Verwaltung zusammenbrechen sah und andererseits nach der Lizensierung der Parteien fürchtete, politisch für die US-Entnazifizierung, die er durchführen mußte, verantwortlich gemacht zu werden. Eine dieser Denkschriften soll auch Patton erreicht und seinen Beifall gefunden haben[128], allerdings ohne greifbaren Erfolg.

In diesen Zusammenhang gehört auch Schäffers Versuch, des Finanzchaos Herr zu werden. Durch die Aufstellung eines Etats[129] und seine Ausgleichung mittels einer Konfiskation von 20–30% aller Einkünfte über RM 180.– monatlich, die Einfrierung der 420 Millionen Sparguthaben und einen Lastenausgleich durch Kredite über Pfandbriefe auf alle vom Krieg verschonten Immobilien sollte versucht werden, die Währung zu stabilisieren, den Wiederaufbau ansatzweise zu finanzieren und vor allem die Verwaltung im Lande wieder fiskalisch in die Hand zu bekommen. Das durch Währungszerfall und Schwarzmarkt drängende Problem des Geldes, das durch Gerüchte über eine bevorstehende Währungsreform oder gar die Ausgabe bayerischer Banknoten verschärft wurde, sollte totgeschwiegen werden, wahrscheinlich um nicht voreilig festgelegt zu werden und das Vertrauen der Bevölkerung durch unterschiedliche Meinungen noch weiter zu untergraben. Schäffer wies seine Kabinettskollegen an: „Über die Frage des umlaufenden Notengeldes darf nicht gesprochen werden."[130]

Ein Reibungspunkt zwischen MG und Landesregierung, der das Mißverständnis zwischen beiden widerspiegelte, waren die unterschiedlichen Auffassungen über die Wirtschaftssteuerung. Während Lange die Konstruktion durch Fachverbände, also funktional-überregional, beibehalten wollte, um sein Wirtschaftsministerium klein und die Chance wirtschaftlicher Selbstverwaltung groß zu halten, wurde von

[127] Neben der eben erwähnten (Anm. 126) folgende Denkschriften: Schäffer an RMG (Removal of Nazis), handschriftlicher deutscher Entwurf Schäffers vom 1. 8.; Schäffer an RMG (State Administration), vom 3. 9. 1945, Abschrift (beide im Nachlaß Pfeiffer) sowie Schäffer an RMG Special Branch (Entnazifizierung) vom 17. 9. 1945 (im IfZG). Bei der letzten handelt es sich um einen Gesetzentwurf über ein Überprüfungsverfahren für entlassene Beamte durch behördliche Spruchgerichte.

[128] So Schäffer, a. a. O., S. 12 (Schäffer spricht nur von einer Denkschrift, vermutlich die von ihm handschriftlich entworfene vom 1. 8. 1945).

[129] Entwurf dazu im Nachlaßteil Pfeiffer der Bayer. Staatskanzlei. Schäffer nannte damals den Aufbau des staatlichen Finanzwesens die wichtigste Aufgabe; Stegerwald glaubte, hinter dem Ernährungsproblem müsse alles andere zurückstehen.

[130] So Schäffer im Ministerrat am 26. 7. 1945; vgl. dazu auch die Sitzung vom 22. 8. (Protokolle im IfZG). Vielleicht handelt es sich auch um eine MG-Weisung.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MG eine regional-bürokratische Kette vom Ministerium über das Landeswirtschaftsamt und seine nachgeordneten Behörden befohlen, was den Betrieb in der Wirtschaftsbürokratie noch weiter aufblähte und eine staatliche Wirtschaftsverwaltung für alle Betriebe ergab. Während MG also auf lange Frist die Bewirtschaftung und die staatliche Steuerung der Wirtschaft institutionell gesichert sehen wollte, strebte Lange eine zügige stufenweise Aufhebung der Bewirtschaftung (im Juli 1945!) und eine sich selbst regulierende, liberale, auf Achtung des Eigentums gegründete Wirtschaftsverfassung an[131].

IV

Auf deutscher Seite gab es von Anfang an Gruppen, die im Widerspruch zu Schäffers bayerischem Experiment standen. Erste Versuche, direkt nach dem Einmarsch aus dem Widerstand der „Freiheitsaktion Bayern" politischen Einfluß abzuleiten, schlugen freilich fehl; Major Gerngross verstrickte sich schnell in den MG-Bestimmungen gegen deutsche politische Betätigungen[132]. Auch der Versuch, vom KZ Dachau aus zunächst mit amerikanischer Unterstützung ein „Nationalkomittee Freies Deutschland" zu gründen, scheint keine große Breitenwirkung gefunden zu haben[133] und verfiel Mitte Mai demselben Verbot. Mit dieser Bestimmung sollten vor allem die in anderen Städten entstandenen Anti-Fa-Ausschüsse getroffen werden, da sie Unruhe in die Befehlsstruktur der Besetzung brachten und im Gegensatz zu dem pauschalen Grundgedanken von JCS 1067 standen, die keine Zusammenarbeit mit deutschen Antifaschisten, sondern die Besetzung Deutschlands „als besiegter Feindstaat" vorsah[134]. Wegen der späten Besetzung, der schnellen Restauration einer Stadtverwaltung und der klugen Berücksichtigung aller politischen Richtungen durch den Oberbürgermeister war ein solcher Ausschuß in München anscheinend gar nicht entstanden.

---

[131] Vgl. Langes Stellungnahme vor den Landräten Nordbayerns am 17. 7. 1945, Notiz Stegerwalds von dieser Tagung im Stegerwald-Archiv.

[132] Siehe oben Anm. 75. Gerngross scheint einerseits dem Mangel an Koordination zwischen MG und CIC und andererseits seiner expansiven Interpretation der ihm von CIC zugestandenen Funktionen zum Opfer gefallen zu sein. Einer weniger prominenten Aktionsgruppe „C–7" ist es nicht anders gegangen.

[133] Walter Müller, die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945 bis 1946, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 3 (1961), Sonderheft S. 117ff., meint zwar (ohne Quellenangabe) S. 120, das Nationalkomitee habe schnell 37000 Mitglieder gezählt. Goldhammer, der führende Kopf der bayer. Kommunisten 1945, hält dies aber in einem Schreiben vom 23. 2. 1966 für unwahrscheinlich. Kroth berichtet im Gespräch, daß noch nach dem Organisationsverbot Aufrufe auf einer Druckpresse im KZ Dachau gedruckt werden konnten. Daher wird der Aufruf des „Nationalkomitees Freies Deutschland, Landeskomitee Bayern" vom 25. 6. 1945 stammen, der abgedruckt ist in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1959, S. 43f.

[134] Kahn, a. a. O., S. 59, berichtet, daß die MG-Nachrichtendienste damals ihre Berichte über subversive Tätigkeit in a. Nazis und b. Antifas zu gliedern pflegten.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bald nach dem Zusammenbruch traf sich in München jedoch eine Gruppe, die sich als Keimzelle der KP für Bayern empfand. Ihre Mitglieder kamen aus dem KZ, von konspirativer Tätigkeit, aus der Schweizer Emigration. Die einheimische Gruppe um Kroth, als KP-Agent Rechtsrat in der NS-Stadtverwaltung, Hirsch, KP-Stadtverordneter vor 1933, und Max Holy, den früheren Leiter der bayerischen Roten Hilfe, konzentrierte sich auf die praktische Arbeit in der Stadtregierung, während die Emigrantengruppe um Goldhammer, Ficker, Sepp Wimmer und Sperling sich um die Restauration der KP-Organisation bemühte, wobei insbesondere Goldhammer die Antifa-Block-Konzeption auch für die Landesebene verfocht[135]. An der Schäffer-Regierung erhielten sie jedoch keinen Anteil[136].

Auch die SPD-Genossen kamen bald im Frühsommer 1945 wieder in parteibewußten Kontakt. Sie sammelten sich um Albert Rosshaupter, den Arbeitsminister, Wilhelm Hoegner, der im Juni aus der Schweizer Emigration heimgekehrt war, um Thomas Wimmer, Seifried und Schiefer, der insbesondere die Restauration der Gewerkschaften mit Eifer und bald auch mit MG-Unterstützung betrieb[137]. Während die KP zunächst von München aus begann, scheint die SPD-Organisation auch auf dem Lande sich bald wiederbelebt zu haben. Wimmer wußte schon Ende Mai von der Existenz und Bereitschaft führender Genossen in zahlreichen bayerischen Städten[138].

Der Wille, die Spaltung der Arbeiterbewegung vor 1933 zu überwinden, schuf in beiden Parteikeimzellen den Wunsch, schon jetzt eine Aktionsgemeinschaft, d. h. gemeinsames Marschieren der getrennten, noch nicht legalen Parteiorganisationen, vorzubereiten. Die Absicht, die Organisationen zu verschmelzen, kam dabei 1945 nirgends zum Ausdruck; im Gegenteil, die Legalisierung sollte einzeln mit doppeltem Druck betrieben werden. Seit Mitte Juni wurden – gewöhnlich in Rosshaupters Ministerium – regelmäßige Besprechungen zwischen den Führern der beiden noch illegalen Parteizirkel abgehalten. Schon beim ersten Treffen „zwischen den Verbindungsleuten der kommunistischen Richtung und der sozialdemokratischen Richtung" kam man überein, mit aller Kraft die Parteienlegalität zu betreiben und der „diktatorischen Politik der Stellenbesetzung" der BVP entgegenzutreten. Die KP wollte prüfen, „ob für die in Zukunft von beiden politischen Richtungen einzuschlagende Politik gemeinsame Berührungspunkte gefunden werden könnten".

---

135 Gespräche mit Georg Fischer, Alfred Kroth und Richard Scheringer im Sommer 1966. Bruno Goldhammer, 1905 in Dresden geboren, war nach seiner Ausbildung als Buchhändler bis 1933 als politischer Redakteur bei der kommunistischen Presse in Sachsen tätig. Nach einem NS-Haftbefehl emigrierte er zuerst in die CSR und später in die Schweiz, wo er mehrfach wegen unerlaubter politischer Tätigkeit inhaftiert war. Seine Konzeption für die KP in Bayern faßte er 1945 in einer Broschüre „Von Jalta bis Potsdam" zusammen.

136 Ob sie sich um eine solche Beteiligung bemüht haben, ist nicht sicher. Schäffer schrieb am 3. 9. 1945 an RMG, die KP sei nicht fähig gewesen, brauchbare Personen zu benennen (Nachlaß Pfeiffer).

137 Wilhelm Hoegner, a. a. O., S. 190, und Gespräch mit ihm am 7. 6. 1966.

138 Siehe Anm. 96.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die SPD begrüßte dies und hoffte auf die vorherige Festlegung eines „gemeinsamen Standpunkts und eine[r] gemeinsame[n] Aktion", bevor gleichwohl beide „in der Öffentlichkeit getrennt aufträten"[139].

Die Besprechungen führten schon am 8. 8. 1945 zu einem gemeinsamen Aktionsprogramm[140], das u. a. die restlose Säuberung der Verwaltung und Wirtschaft (!) von aktiven Nazis und die strengste Bestrafung nationalsozialistischer Verbrechen sowie die Enteignung der ‚Nazibonzen' und Kriegsverbrecher vorsah. Weitere Hauptprogrammpunkte waren: demokratische Rechte „für das Volk", „Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür", Betriebsräte, Mitbestimmung, Bodenreform, Sozialisierung der lebenswichtigen Betriebe und der Betriebe aktiver Nazis, Wiedergutmachung an den von Hitler unterdrückten Völkern sowie „ehrliche und aufrichtige, von echter Würde getragene Zusammenarbeit mit den Organen der Alliierten, die als Treuhänder der Beschlüsse von Potsdam fungieren"[141]. Kurz: dieses Programm, das von Rosshaupter, Hoegner, Kröpelin, Hans Schmidt, Roith – alle SPD – und Ficker, Hirsch, Pfaller, Goldhammer – alle KP – unterschrieben wurde, sah Maßnahmen vor, die dem gouvernementalen Kurs der Schäffer-Verwaltung direkt zuwider liefen. Man glaubte, den neuen Aufbau nur durch durchgreifende politische und soziale Reformen „auf dem Weg der radikalen demokratischen Erneuerung Deutschlands" unter Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten in „solidarischem antifaschistischem Zusammenwirken" durchführen zu können. Die Diktion in den Verhandlungen der Aktionsgemeinschaft in den folgenden Wochen war weniger verschwommen, bemerkenswert undoktrinär und auf die konkreten Aufgaben des gemeinsamen Aufbaus konzentriert. Beide Arbeiterparteien versprachen sich einen bestimmenden Einfluß und einen Wählerzustrom, der zumindest den von 1932 überstiege. Als die Absicht der Amerikaner, zunächst noch keine Parteien zu lizensieren, durch die russische Erlaubnis der Parteibildung schon am 10. 6. und angesichts des Potsdamer Abkommens sich nicht aufrechterhalten ließ und die Parteilegalisierung durch eine Erklärung Eisenhowers vom 27. 8. freigegeben wurde, erstrebten sie beide Parteien mit Eifer auf Stadt- und Landesebene. Sie wurde freilich verzögert, da der Parteibildungsvorgang auf der CSU-Seite mehr Zeit in Anspruch nahm. RMG lizensierte alle drei Parteien erst im Winter und verweigerte damit den Arbeiterparteien die legalen Vorteile des zeitlichen Vorsprungs[142].

---

[139] Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD-KPD München, hrsg. v. KP, Landesbezirk Bayern, Manuskriptdruck für den Funktionärsgebrauch, o. O. u. J. (Frühjahr 1946), S. 6f. (im folgenden: „Aktionsgemeinschaft"). Zur Würdigung vgl. Walter Müller (Anm. 133) und Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit, die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964, bes. die S. 24, 96ff., 122f., 174ff. und zum Vergleich ähnliche Gemeinschaften im Ruhrgebiet und im Norden S. 155ff.

[140] Aktionsgemeinschaft, S. 14ff. abgedruckt.

[141] Ebenda.

[142] Col. Reese, Verwaltungschef in RMG, ließ nach einer Aktennotiz Pfeiffers vom 14. 5. 1945 Schäffer mitteilen (im Nachlaß Pfeiffer): „Zwar nicht unter dem Druck des russischen Vorgehens, aber doch veranlaßt hierdurch, sehen sich die Amerikaner nun in der Lage, daß sie die Bildung von Parteien und die politische Tätigkeit früher werden zulassen müssen, als

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frühe Versuche, mit „der BVP" auf der Basis des Programms der Aktionsgemeinschaft eine Plattformvereinbarung im Sinne der Antifa-Block-Bildung zu treffen, kamen über zaghafte Ansätze trotz wohlwollenden Interesses z. B. von seiten Scharnagls und des Stadtpfarrers Muhler nicht hinaus[143]. Die BVP-Vertreter bestanden darauf, sie könnten nur als „Persönlichkeiten"[144] sprechen; mit demselben Argument, daß nur „Persönlichkeiten" das Aktionsgemeinschaftsprogramm unterschrieben hätten, zog sich die SPD nach der Bildung der Hoegner-Regierung trotz personeller Kontinuität schrittweise aus der Aktionsgemeinschaft zurück.

Die zögernde Haltung der ‚BVP'-Vertreter hieß jedoch keineswegs, daß sich die in der Gründung befindliche christliche Partei einhellig hinter Schäffers bayerisches Experiment gestellt hätte. Ausgehend von derselben Befürchtung eines ‚Linksrutschs', einer Bolschewisierung der durch Krieg, Vertreibung und Entnazifizierung „Expropriierten" (Josef Müller), kam jene Richtung, die man später den „linken Flügel" der CSU nannte, zu dem entgegengesetzten Ergebnis: man müsse mit allen Mitteln die Bildung einer starken Sammelpartei auf dem Boden der christlichen Weltanschauung ohne soziale oder konfessionelle Schranken als Bollwerk betreiben. Die BVP habe wie alle traditionellen Parteien 1933 versagt; es bestehe keine Chance, sie nun aus ihren partikularistischen, bürgerlichen und konfessionellen Traditionen zu befreien. Allein die „Weltanschauungen", nämlich Christentum und Kommunismus, hätten sich gegen den Nationalsozialismus bewährt. Deshalb müsse etwas ganz Neues geschaffen werden. Josef Müller[145] und Adam Stegerwald[146],

sie ursprünglich geplant hätten. Doch wolle er für München und Bayern trotzdem die Erlaubnis noch etwas zurückhalten."

[143] Scharnagl (Aktionsgemeinschaft S. 18f.) soll Stadtradt Hirsch (KPD) gegenüber erklärt haben, er sei zwar gegen die Zulassung der Parteien, aber nachdem dies nun (im August) nicht mehr zu verhindern sei, betrachte er die Vereinbarung der Aktionsgemeinschaft als eine brauchbare Plattform. Dies wurde in einem Brief Scharnagls bestätigt, der in der Sitzung vom 4. 9. verlesen wurde (Aktionsgemeinschaft, S. 23).

[144] Sitzungen der Aktionsgemeinschaft vom 22. 7. 1945 mit Stadtpfarrer Muhler, dem Arzt Bauer, und den beiden BVP-MdRs Helmerich und Schwarzer, und vom 4. 9. 1945 mit weniger prominenten BVP-Gästen.

[145] Aktennotiz (Josef Müller), undatiert im Akt „Schäffer", und Niederschriften: Christlich-Soziale Union, Leitgedanken für die Bildung und den Aufbau, undatiert, wahrscheinlich nach Diktaten Josef Müllers, beide aus dem Spätsommer 1945 (im Archiv Josef Müller). Eine Biographie Josef Müllers fehlt bislang. Der „Ochsensepp" wurde 1898 als Sohn eines nordbayerischen Bauern („15 Kilometer von der preußischen Grenze") geboren. Als CVer studierte er die Rechte, war dann in München als Rechtsanwalt tätig und gehörte zu dem Freundeskreis des Ministerpräsidenten Held. Im Zweiten Weltkrieg fungierte Josef Müller für den Widerstandskreis in der Abwehr als Verbindungsmann zum Heiligen Stuhl. Er wurde von der Gestapo verhaftet und durch verschiedene Gefängnisse und Konzentrationslager geschleift und schließlich aus einem norditalienischen Lager von US-Truppen befreit. Über Neapel und Frankfurt kam er im Juli 1945 nach München zurück und erfreute sich guter Kontakte zu hohen US-Offizieren.

[146] Adam Stegerwald, Wo stehen wir?, ders., Wohin gehen wir?, ders., Von deutscher Zukunft, alle drei Broschüren Würzburg 1946. Das Material des Stegerwald-Archivs ist aufgearbeitet in: Helmut J. Schorr, Adam Stegerwald, Recklinghausen 1966, insbesondere ab S. 282 (für die Nachkriegszeit). Zur Gründungsgeschichte der CSU: Walter Berberich, Die

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Führer dieser Richtung, teilten also Schäffers Lagebeurteilung, daß ein Linksrutsch drohe, sowie sein Ziel: Bayern zum Ordnungsbollwerk gegen diese Gefahr zu machen; allein über die Methode zu diesem Zweck waren sie völlig anderer Ansicht: die proletarisierten Massen sollten in der religiösen Erweckungsstimmung von 1945 organisiert und überzeugt und zu einem neuen sozialen Ansatz christlicher Politik geführt werden. Man war sich hier im klaren, daß das langfristige Ziel der Amerikaner nur die Einrichtung einer parlamentarischen Demokratie sein konnte. Sich nicht mit der BVP zu identifizieren, hieß freilich für Josef Müller nicht, ihr Erbe auszuschlagen oder auf die Möglichkeit zu verzichten, über die Kanzeln zu wirken.

Schließlich setzte das Kriegsende aber nicht nur modifizierte Neuansätze Weimarer Parteien frei, sondern alle erdenklichen Alternativen zum Nationalsozialismus: in Bayern waren dies vor allem noch die Monarchie, der Partikularismus, sowie die konzeptionslose Demagogie (dies eher eine Parallele zum NS). Der Versuch, der Last der jüngsten Vergangenheit geographisch zu entkommen, wie er sich in den Sezessionsbestrebungen vor allem in der französischen Zone und an der deutschen Nordgrenze zeigte, der aber allein den Österreichern gelang, spielte in Bayern deshalb nur eine untergeordnete Rolle[147], weil sein Grundgedanke in den partikularistischen Neigungen mitschwang.

Die demagogische Alternative oder Parallele verkörperte sich in Alfred Loritz und seinem Wählerfang aus Machttrieb. Loritz, der seinen Widerstand gegen das Dritte Reich nie recht von seiner Tätigkeit für die Geheimdienste wahrscheinlich dreier ausländischer Mächte zu trennen gewußt hatte, sammelte im Sommer 1945 in verschiedenen Zirkeln von Desperados Erfahrungen, die ihn dann im Herbst zur Gründung seiner „Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung" veranlaßten. Da seine politische Tätigkeit notwendig mit der Möglichkeit legaler Massenversammlungen zusammenhing, war er 1945 in Bayern nur durch seine geheimdienstliche Wendigkeit wichtig. Die monarchistische Alternative war aus der Natur der Sache organisatorisch sehr zähflüssig und kam erst im Frühjahr zu einer gewissen Gestalt. Sie hätte auch 1945 schwerlich einen Ansatzpunkt gefunden, um sich wegen eines unversöhnlichen Gegensatzes zur Schäffer-Regierung zu organisieren[148]. Die partiku-

historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, Phil. Diss., Würzburg 1965. Berberich beschreibt mit besonderer Hingabe die Gefechte der CSU-Führungscliquen und überschätzt die Bedeutung Stegerwalds. Zu dem „Neuen", was zu schaffen sei, vgl. vor allem die undeutlichen Konturen des Demokratiebegriffs bei dieser Gruppe. Stegerwald z. B. konnte in bezeichnender, auf die Kriegsgeneration gemünzter Verwaschenheit sagen: „Demokratie ist kameradschaftlicher Verkehr von Mensch zu Mensch." (Wo stehen wir?, a. a. O., S. 24).

[147] Immerhin gab es an der Südgrenze 1946 Versuche, sich zum glücklichen Österreich zu schlagen. Im Schwäbischen blühten vereinzelte Hoffnungen, sich zu einem „schwäbisch-alemannischen" Gemeinwesen der Unschuld an allem Vergangenen zu retten. Fränkische Versuche, eine innerbayerische Föderalisierung durchzusetzen oder sich gar von Altbaiern und dem „Münchner Zentralismus" zu trennen, entstammen anderen Motiven.

[148] Gessler und Rattenhuber waren erklärte Anhänger der bayer. Monarchie, Schäffer war in den 20er Jahren im „Bayerischen Heimat- und Königsbund" gewesen. Zur Tradition des bayerischen monarchistischen Widerstandes im Dritten Reich vgl. Donohoe, a. a. O., S. 113–146.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

laristische Alternative war durch die ausschließliche Konzentration auf bayerische Verwaltungsangelegenheiten – mit wenigen Ausnahmen wie Pfeiffer und besonders Gessler[149] – in die Regierung integriert. Mit Recht weist Reinhold Maier in seinen Erinnerungen vom Standpunkt gesamtdeutscher Verantwortung aus darauf hin, daß der Separatismus 1945 viel gefahrvoller als früher war, weil es nach der Zerschlagung des Reichs „sich nicht um das einfache Wegwollen handelte, sondern um wesentlich mehr, um den höchste Aktivität erfordernden, entschiedenen Willen, wieder zusammenzukommen"[150].

V

Bewogen von „some vague feelings . . ., that it might be useful to have a fresh look at the unexpectedly fast formation of a German Government in that state"[151], schickte USFET im Juni 1945 einen Stabsoffizier der Rechtsabteilung der sich eben auflösenden 6. Armeegruppe aus Heidelberg nach Bayern in den Special Branch RMG. Es handelte sich um Ernst Anspach, einen jungen deutschen Emigranten, ehemaligen Sozialdemokraten, Protestanten, Nicht-Bayern und jetzigen US-Staatsbürger. Er fand in München einen ohne Schwung und Koordinierung mit den anderen Fachabteilungen auf verlassenem Posten operierenden Special Branch vor und bekam den Eindruck, daß die Landesregierung die MG in Sachen Entnazifizierung hinters Licht führe. Überdies behagte ihm die Zusammensetzung der Regierung nicht; zwar teilte er die Grundidee, daß die Zeit des deutschen Zusammenbruchs durch eine deutsche Verwaltung unter amerikanischer Regierung sogar vielleicht auf zwei Jahre oder mehr ohne Parteien überbrückt werden solle, aber nicht, um den präsumtiven Linksrutsch abzufangen, sondern um ihn zu realisieren in grundlegenden gesellschaftlichen Reformen ohne Rücksicht auf deren Popularität und in einem langfristigen Reeducation-Programm[152]. Er war darin nur ein Beispiel für viele Gleichgesinnte unter den Deutschlandkennern und Emigranten in den mittleren MG-Rängen.

Anspach und einige Mitarbeiter im Special Branch begannen, systematisch Material gegen die Landesregierung zu sammeln, bis ein Minister nach dem anderen unter der Last dieser – übrigens nicht eben wählerisch zusammengetragenen –

---

[149] Gessler, der sich nach Auskunft Schäffers in den Wochen des Hochsommers mehr aus *eigenem Antrieb* als im Auftrag stark mit der Stellung der Landesregierung im Verhältnis zum Reich und zur MG befaßte, hat in verschiedenen Denkschriften zur Organisation der bayer. Staatskanzlei (undatiert, unsigniert, im Nachlaß Pfeiffer) seine Stellung als Staatsrat wesentlich „außenpolitisch" verstanden, womit er an die bayer. Tradition dieses Amtes anschloß. Pfeiffer trat dann in seine Fußstapfen.

[150] Reinhold Maier, Grundstein, S. 160.

[151] So Anspach in einem Schreiben vom 27. 1. 66; zum folgenden Gespräch mit Anspach im Oktober 1965 und Griffith, a. a. O., S. 59ff.

[152] Gespräch mit Anspach.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dossiers seine Stellung verlor[153]. Fischer und Hipp mußten schon bis September zurücktreten (der erste sogar als „mandatory removal" – die 2. höchste Entnazifizierungsstufe). Der Vorschlag Schäffers, v. Lex zu Fischers Nachfolger als Innenminister zu berufen, wurde von MG abgelehnt[154]. Lange und Rattenhuber blieben zwar mit Schäffer im Ministerium, Lange wurde jedoch vorgeworfen, er habe seine Firma durch persönliche Kontakte mit NS-Gauleitern bereichert, Rattenhuber, er habe die ihm befohlenen Entlassungen in seinem Amt nicht vorgenommen. Gegen Schäffer selbst wurden Reden aus der Zeit der Weimarer Republik ausgegraben, in denen er sich abfällig über die Republik geäußert hatte. Auch wurden seine Gespräche mit Nationalsozialisten in der Krise 1932/33 als Förderung des NS interpretiert. Darüber hinaus warf man ihm vor, daß er Gessler, den man für die schwarze Reichswehr (also für „Ungehorsam gegen die Alliierten") verantwortlich machte, zu seinem Berater gemacht habe. Schließlich habe er, wo immer er konnte, die Entnazifizierungsbefehle sabotiert.

Mit diesen Vorwürfen drang Special Branch jedoch bei seinen Vorgesetzten nicht durch. Anspach reiste daraufhin – ein Gesinnungsgenosse hatte ihm unter einem Vorwand einen Auftrag verschafft – nach Frankfurt und drang dort sogar bis zu Gen. Clarence D. Adcock, Chef des USFET G–5, vor; dieser verwies ihn zwar an seine Vorgesetzten zurück[155], aber sicher hat dieser Vorfall das Mißtrauen in Frankfurt gegenüber den Zuständen in Bayern nicht vermindert.

Der zweite Stoß gegen die Regierung kam wiederum – wie in Aachen – von PWD. Patton hatte auf die Mitarbeit der „Sykewarriors" (etwa „Psychokrieger") in seinem Befehlsbereich verzichtet, weil er meinte, selbst genug Informationsquellen in Bayern zu besitzen. Col. Powell vom Hauptquartier der PWD 12. Armee Gruppe sandte zwei seiner Investigatoren am 5. 7. 1945 nach München, um ihm

---

[153] Eine Zusammenstellung der Vorwürfe in ergänzter Form findet sich in OMGB an OMGUS, Subj. Fritz Schaeffer, v. 28. 3. 1946. Dieses von Anspach entworfene Schreiben Gen. Mullers führte zu einem politischen Betätigungsverbot für Schäffer, um vorzubeugen, daß er über die Landtagswahlen wieder Ministerpräsident würde. Es enthält außer persönlichen Vorwürfen auch belastendes Material über seine Minister. Schäffer strengte gegen sich selbst ein Entnazifizierungsverfahren an und erhielt den gewünschten Erfolg in der Aufhebung des Betätigungsverbots in einer weitgehend seine eigene Verteidigung rekapitulierenden Einstellungsverfügung des bayerischen Generalklägers vom 17. 11. 1947 (Abschriften beider Dokumente in Griffith Papers).

[154] Im September wurde der bayer. Karrierebeamte Min.Dir. Koch (1881–1954; er war 1929–33 Polizeipräsident von München u. wurde 1934 aus dem Staatsdienst entlassen) als Nachfolger Fischers zum Verwalter des Innenministeriums berufen. Die Regierung Schäffer ist ohne Innenminister geblieben, obwohl sie sich den Aufbau der Verwaltung als Hauptziel vorgenommen hatte. Nachdem auch von Lex abgeschlagen worden war, fühlte Schäffer vor, ob Fischer und Hipp nicht doch bleiben oder von (wahrscheinlich) Stegerwald („ein nordbayerischer Regierungspräsident") und Pfeiffer („ein Mann meines Amtes, ehemals führend in der BVP") ersetzt werden könnten, ohne allerdings Namen zu nennen, um keine weiteren Entlassungen zu provozieren. Für Lange schlug er keine Alternative vor, weil die Vorwürfe gegen diesen grundlos seien (Schäffer an RMG, 3. 9. 1945, Nachlaß Pfeiffer).

[155] Gespräch mit Anspach im Oktober 1965.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Gegenteil zu beweisen[156]. Arthur D. Kahn, ein doktrinärer Verfechter der Kleine-Leute-Politik Roosevelts, die er für Deutschland in antifaschistischen Sozialismus umbog, und Egon Fleck, der 1938 aus Österreich emigriert war, bekamen den Eindruck, daß sich hier eine klerikal-monarchistisch-militaristische Verschwörung zusammenbraue, für deren Zentrum sie den 2. Bürgermeister von München, Anton Stadelmayer, und Schäffer ansahen. Beiden warfen sie vor, Stadt- und Landesverwaltung mit „senilen, sturen Reaktionären" durchsetzt zu haben. So fanden sie etwa Oberst von Seisser mit 72 Jahren als Polizeipräsidenten, den sie als Mitinitiator des Hitler-Putsches 1923 charakterisierten und als „verkalkten Löwen" verspotteten[157]. In Langes Ministerium fanden sie Wehrwirtschaftsführer, in Rattenhubers Amt „90 Prozent alte Pgs", und seine angebliche Entschuldigung („Ich wüßte nicht, woher die Stadt das Geld für alle die Pensionen hernehmen sollte, wenn ich sie entließe.") genügte ihnen begreiflicherweise nicht[158]. Dazuhin wollten sie Briefe Faulhabers zur Restauration der bayerischen Monarchie in der Zensur aufgestöbert[159], einen eigenhändigen Persilschein des Erzbischofs für einen Adjutanten des Gauleiters gesehen[160] und von einer Empfehlung des Kardinals gehört haben, man solle Männer einsetzen „mit hoher Moral, mit Positionen im Geschäftsleben, intellektuelle Führertypen, erfahrene Leute, konservativ und verläßlich, welche die speziellen bayerischen Probleme begreifen"[161]. Der Bericht, den sie über das PWD-Hauptquartier nach oben lieferten, ist nicht bekannt; er dürfte die führenden Offiziere stark an den berüchtigten Aachen-Bericht erinnert haben.

Anspach hatte seine Vorgesetzten, insbesondere den RMG-Verwaltungschef Col. Reese, immer noch nicht von der explosiven Kraft seiner Dossiers überzeugen können und begann nun, deren Inhalt Pressereportern – insbesondere Victor Bernstein von „PM" – in die Hand zu spielen[162]. Die ersten Berichte über Bayern begannen in amerikanischen Zeitungen und Magazinen zu erscheinen. Ihre Schlagzeilen wie „We talk tough, but we act soft", „The Bavaria Scandal", „Playing the Vatican's Game in Bavaria" bis hin zu „How the Nazis stay in" müssen in den für kritische Äußerungen der US-Öffentlichkeit sehr hellhörigen Ohren Eisenhowers

[156] Es handelt sich um denselben Col. Powell, der auch Padover nach Aachen sandte. Ob es sich bei Kahn u. Fleck um den „SHAEF Investigation Board" handelt, der laut Dorn (Purge, Kap. VIII, S. 25) von SHAEF wegen der Pressekritik an Bayern eingesetzt wurde, und der am 11. 7. Clay berichtet haben soll, die Schlüsselstellungen seien entnazifiziert, nicht aber die Verwaltungsämter darunter, kann nach dem vorliegenden Material nicht entschieden werden. Zu Powells Kommission: Kahn, a. a. O., S. 94ff. Ihre Informanten in München standen meist links, Kroth, Wimmer und Schiefer gehörten dazu. Kahn war OSS-Agent gewesen und später PWD-, dann ICD-Redakteur. Als solcher rechnete er sich wie Padover zur kämpfenden Truppe und brandmarkte, daß MG deren Kreuzzugsgeist fehle.

[157] Ebenda, S. 102.

[158] Ebenda, S. 104.

[159] Ebenda, S. 108.

[160] Ebenda, S. 102.

[161] Ebenda, S. 94.

[162] Gespräch mit Anspach. Vgl. z. B. „PM" vom 3. 9. 1945.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Clays geklungen haben, als sie in einer Konferenz vom 27. bis 30. 8. 1945 in Frankfurt Patton klarmachten, daß auch er zu durchgreifender und vollständiger Entnazifizierung verpflichtet sei[163]. Dieser wandte zwar ein, daß damit der Zusammenbruch aller Verwaltung besiegelt sei, fand aber kein Gehör. In einem Brief vom 12. 9. schärfte ihm Eisenhower ausdrücklich noch einmal ein, daß die Diskussion über die Entnazifizierung abgeschlossen sei, und daß er keine Kritik entsprechender Befehle mehr dulden werde[164]. Special Branch fühlte sich den Rücken gestärkt; das Entnazifizierungprogramm konnte nun schärfer angewandt werden. Schäffer bot seinen Rücktritt an, den RMG jedoch ablehnte.

Mittlerweile begann sich auch auf deutscher Seite die Unzufriedenheit mit der Situation der Landesregierung so stark spürbar zu machen, daß der Brückenschlag von der bürgerlichen Seite zur Aktionsgemeinschaft SPD-KPD ernsthafte Formen annahm. In politischen Kreisen zwischen Goldhammer und Josef Müller hielt man Schäffer und die meisten seiner Mitarbeiter für Reaktionäre gegen den Zeitgeist und glaubte, daß das durch die Entnazifizierung entkräftete Instrumentarium des bayerischen Experiments nicht mehr mit den drängenden Problemen der Not angesichts des kommenden Winters fertig werde, von grundsätzlichen Reformen auf lange Sicht nicht zu reden. Darüber hinaus war man der Ansicht, daß Schäffer eine partikularistische Politik treibe, daß er nicht genug den vorläufigen Charakter seiner Regierung betont und damit seine Partei belastet habe, sowie daß es ihm nicht einmal im Ansatz gelungen sei, zu einer Kompetenzabgrenzung mit der MG zu gelangen[165]. Man begann sich auf eine Alternativlösung vorzubereiten, und zwar um so mehr, als aus RMG Gerüchte drangen und sich in einem Fall sogar in die US-Presse verirrten, daß Schäffers Ablösung bevorstehe.

Hinzu kamen persönliche Ambitionen[166]. Eine ernsthafte politische Bedeutung hatten sie allein bei Adam Stegerwald, dem Regierungspräsidenten in Würzburg. Er hatte am 21. 8. 1945 in Würzburg in der Rede „Wo stehen wir?" eine zeitgemäße Neuauflage seiner berühmten Essener Rede von 1920 gegeben, nur daß ihm dieses Mal kein Brüning zur Hand gegangen war. Was blieb, war über seine – schon vorhin skizzierte[167] – politische Konzeption hinaus, ja diese dominierend, ein

[163] Dorn, Purge, Kap. VIII, S. 23, und Griffith, a. a. O., S. 58ff.

[164] Teile des Briefes in New York Times vom 26. 9. 1945.

[165] Aktennotiz Josef Müller, undatiert in Akt Schäffer (Archiv Josef Müller), über seine Stellung zur Regierung Schäffer.

[166] Sogar Loritz begann im Herbst Ministerposten feilzubieten. Zeugnisse dazu im Akt „Loritz" im Archiv Josef Müller.

[167] S. o. Anm. 146. Stegerwald schlug als werbetechnischen Allerweltsnamen „Christlich Soziale Arbeiter- und Bauernpartei" vor, um beim „ersten Wahlkampf viel Volk hinter sich zu bringen" (zitiert bei Schorr, a. a. O., S. 288). Unter konsolidierten Verhältnissen könne man dann auf Reichsebene ein anderes Konzept wie „Christliche Demokraten" übernehmen. Andererseits gab er Josef Müller sofort nach: ‚Bayer. CSU' sei vielleicht in Bayern wirksamer. Die andere „Firma" könne man ja dann im Reich verwenden. Stegerwalds Konzept hatte scharfe antiseparatistische, antiklerikale und gewerkschaftliche Züge. Er erstrebte – u. a. durch das Mehrheitswahlrecht und die Sammlung aller Nichtsozialisten – ein stabiles Parteiensystem aus einer christlichen Brückenpartei, aus Sozialdemokraten und Kommunisten und aus einer

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eigensinniges Beharren darauf, daß er schon immer recht gehabt habe, und unzweideutige Anspielungen, daß ihm nun die Rolle eines praeceptor Germaniae zufallen müsse. Er fühlte sich in solchen Hoffnungen bestärkt, als bei einer der zahllosen Befragungen deutscher Politiker durch MG-Offiziere des Hauptquartiers – jener von den Betroffenen fast durchweg weit überschätzten Verbindung von fachmännischer Konsultation mit einer Art Ersatz für Demokratie und public opinion polls[168] – dem greisen Herrn, der sich noch einmal in der schwersten Zeit zur Verfügung gestellt hatte, höfliche Worte gesagt und wohl auch die Möglichkeit einer Nachfolge Schäffers angedeutet wurde. Am 20. 8. 1945 stellte Stegerwald dies in einem Schreiben an Freunde im Rheinland mit den Worten dar: „Die bayerische Militärregierung wünscht dringend, daß ich das bayerische Ministerpräsidium und von dort aus die politische und geistige Führung Deutschlands so lange übernehme, bis eine Zentralregierung gebildet werden kann."[169] Als dann aus dem Münchner Posten nichts geworden war, schmälerte dies seine Hoffnungen keineswegs. Am 13. 10. berichtete er: „Als Ende August 1945 im Radio und in der Weltpresse mein Name als künftiger bayerischer Ministerpräsident genannt worden ist, schrieben und besuchten mich neben vielen Katholiken auch Protestanten in großer Zahl und sagten: Das darfst Du nicht machen, auf Dich warten vordringlichere und wichtigere Aufgaben. Dir obliegt und gelingt als Einzigem der politisch Überlebenden von ehedem die politische Neugruppierung und Umorientierung des deutschen Volkes."[170] Alle die mit ihm zusammentrafen, ob Freunde wie Josef Müller oder Feinde wie Fritz Schäffer[171], bekamen den Eindruck, daß er „etwas werden" wolle. Mehrfach reiste er nach München, um Kontakte zu pflegen. So kam er eines Tages auch zu Hoegner und bot ihm das Innenministerium an[172]; dieser will zwar abgelehnt haben, berichtete aber in der Aktionsgemeinschaft, daß ein Mann wie Stegerwald im Volk bekannt und akzeptabel sei. Goldhammer wußte von ähnlichen Kontaktaufnahmen zu berichten[173]. Stegerwald spielte denn auch eine Rolle in den Verhandlungen um eine neue Regierungsbildung zwischen KPD, SPD und der in Gründung befindlichen CSU für den Fall einer Entlassung oder Politisierung der jetzigen Landesregierung, die seit August von dem Münchner Polizeipräsidenten Pitzer (SPD) gepflogen und seit Anfang September von Josef Müller weitergetrieben

---

kleinen Rechtspartei (Schorr, a. a. O., S. 290ff.). Die staatenbündische Lösung der deutschen Frage und eine innerbayerische Föderalisierung tat er auch MG gegenüber als „Kantönligeist" ab (ebenda, S. 283).

[168] Vgl. dazu die anschauliche Schilderung der Prozedur am Beispiel der Gründung Groß-Hessens in Dorn, Letter to the editor, a. a. O.

[169] Zitiert nach Schorr, a. a. O., S. 289. Vgl. auch Berberich, a. a. O., S. 32ff.

[170] Stegerwald, Wohin gehen wir?, S. 24.

[171] Nach mündlichen Auskünften von beiden. Vgl. auch Schäffer, a. a. O., S. 13.

[172] Am 1. 9. 1945. Am nächsten Tag soll Hoegner dasselbe Amt von dem chronisch nach einem Innenminister suchenden Schäffer angeboten worden sein. (Hoegner, Außenseiter, S. 194).

[173] Aktionsgemeinschaft S. 29 (Sitzung vom 18. 9. 1945). Hoegner fügte noch bei, daß Stegerwald dem völlig unbekannten Josef Müller vorzuziehen sei.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurden. In der ersten bekannten Ministerliste fungierte Stegerwald als Innenminister, „wenn nicht doch als Ministerpräsident"[174].

Am 7. 9. hatte die erste Besprechung zwischen KPD, SPD und Josef Müller stattgefunden, bei der dieser „den Entwurf eines gemeinsamen Regierungsprogramms des zu bildenden antifaschistischen Blocks" vortrug. Rosshaupter wies dabei aber sofort darauf hin, daß ein Regierungsblock nur gebildet werden könne, wenn die CSU-Gründung abgeschlossen sei und wenn die Parteien lizensiert worden seien[175]. Am 20. 9. war man noch nicht weitergediehen[176]. Josef Müller berichtete, es sei ihm vor kurzem ein Ministerposten vom RMG angeboten worden. „Ich habe sofort die Annahme eines Ministerpostens unter der derzeitigen Regierung abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß ich der Auffassung sei, daß es sich zur Zeit nicht um eine Umbildung, sondern um eine Neubildung handelt, und daß nach meiner Auffassung die Militärregierung den Verlauf dieser Besprechungen abwarten sollte, den Ansatzpunkt für eine demokratische Politik."[177] Müller fuhr aber fort, daß man noch nichts festlegen könne, weil zuerst die CSU mit sich ins reine kommen müsse; dann könne man Programm und Personalien besprechen. Die Parteien müßten sich absprechen, bevor sie Verantwortung übernehmen und die „Notstandsregierung" Schäffers ablösen könnten. In bezeichnender Frontstellung wies er noch ausdrücklich darauf hin, daß keine Politik betrieben werden solle, „die eine Schwächung der Reichsregierung bedeuten würde"[178].

Die Entwicklung nahm jedoch durch Ereignisse auf amerikanischer Seite eine neue Wendung. Am 22. 9. wurde eine Bestimmung aufgehoben, nach der Presseinterviews mit Truppenkommandeuren die Armeezensur durchlaufen mußten. In dieser vielversprechenden Lage fuhren einige prominente amerikanische Journalisten von Nürnberg, wo sie sich über die Vorbereitungen zum Prozeß informiert hatten, nach Bad Tölz in Pattons Hauptquartier und gewannen ihn für eine informelle Pressekonferenz im Stehen[179]. Er hatte sich schon mehrfach als Schlagzeilenproduzent bewährt; dieses Mal befragten sie ihn natürlich über „this Nazi thing", worin der General nicht zu Unrecht als eigenmächtig und wenig linientreu galt. Als er sogleich wieder auf Verwaltungseffizienz und „nominelle Nazis" zu sprechen kam, provozierte ihn offenbar ein Reporter: „After all, General, didn't most ordinary Nazis join their Party in about the same way that Americans become Republicans or Democrats?" – „Yes, that's about it." Nach einer der anderen Versionen

[174] Aktennotiz Josef Müller vom 14. 9. (in dessen Archiv). Weiter war vorgesehen: Schäffer (Finanzen), Hoegner (Justiz), der von der KP vorgeschlagene Stadtpfarrer Muhler (Kultus), der Ernährungsdezernent von München Kroth (Landwirtschaft). Das Amt des Ministerpräsidenten war noch offen.

[175] Aktionsgemeinschaft, S. 27f.

[176] Protokoll der Sitzung vom 20. 9. 1945 im Archiv Josef Müller.

[177] Ebenda.

[178] Ebenda.

[179] Zum Folgenden vgl. insbesondere Griffith, a. a. O., S. 60ff., der mit den betreffenden Reportern korrespondierte (Antworten in Griffith Papers.); daneben Dorn, Purge, Kap. VIII, S. 22; Ayer, a. a. O., S. 247ff., und Farago, a. a. O., S. 812ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

soll Patton gesagt haben: „It is just as if the Democrats at home threw out every Republican who held any kind of civic job or vice versa. Nothing would run." Gleichviel: Schlagzeilen in großen US-Zeitungen hießen: US-General vergleicht Nazis mit amerikanischen Parteien. Diesen Vergleich konnte eine amerikanische öffentliche Meinung nicht dulden, die ihren Isolationismus nur im Kreuzzugsgedanken und im Bewußtsein moralischer Superiorität aufzugeben bereit gewesen war. „PM" bedruckte seine Frontseite mit den schlichten Worten „Patton should be fired". Und selbst die New York Times, für ihre konservative Bedächtigkeit bekannt, schrieb, wenn Patton das Hauptziel des Krieges, die Entnazifizierung Deutschlands, verächtlich mache, so dürfe er nicht ohne Widerspruch seiner Vorgesetzten bleiben[180].

Er blieb es nicht. Patton wurde von Eisenhowers Stabschef Gen. W. B. Smith aufgefordert, in einer zweiten Pressekonferenz zu widerrufen und Eisenhowers Brief vom 12. 9. zu verlesen. Patton gehorchte, sprach von einem „unglücklichen Vergleich" und versicherte, die Nazis würden entlassen werden, wenn diese Schwächung der Verwaltung keine Hungersnot mehr zur Folge haben werde. Schließlich könne man einem Mann seinen Parteibeitritt nicht zu sehr vorwerfen, wenn er ihn nur vollzogen habe, um seinen Job zu behalten. Dies hieß, Öl – statt in die Wogen – ins Feuer zu gießen. General Clay ließ daraufhin innerhalb eines Vormittags eine spektakuläre Entnazifizierungsdirektive entwerfen; General Smith gab bekannt, Eisenhower werde durchgreifende Abhilfe schaffen.

Sie war schon eingeleitet. Kurz nachdem Pattons Äußerungen veröffentlicht waren, kam Robert D. Murphy, der Vertreter des State Department in Deutschland und politische Berater Eisenhowers und Clays, von Berlin über Frankfurt in München an. Sein Auftrag läßt sich nur aus seinen Münchner Handlungen erschließen: nach dem Scheitern der Zentralverwaltungen des Kontrollrats legte MG alles Gewicht auf die Lösung der Länderfrage. Da in Bayern anders als in den beiden anderen Ländern die Fragen des Territoriums und der Verwaltungskonstruktion schon als abgeschlossen galten, konnte es sich hier nur darum handeln, die Landesregierung durch eine Umbildung für den neuen erweiterten Aufgabenbereich vorzubereiten. Hierzu diente insbesondere die Integration aller politischer Richtungen in der Regierung. Es scheint, daß Murphy dabei nicht an eine Ausschließung Schäffers aus dem Ministerrat gedacht hat[181], vielmehr sollte eine zügige Regierungsumbildung den materiellen Vorwürfen gegen Pattons Politik die Spitze abbrechen und von seinen „Schlenkern" ablenken. Man wird wohl annehmen dürfen, daß Eisenhower seinen militärisch tüchtigsten Mitstreiter retten wollte.

Murphy ließ sich in München die führenden Vertreter aller Parteirichtungen kommen, zuerst Rosshaupter, den er von früher her kannte[182], dann Goldhammer und Josef Müller, und befragte sie über die Möglichkeiten der Regierungsbildung.

[180] Editorials in „PM" und New York Times vom 24. 9. 1945.

[181] Murphy, a. a. O., S. 331.

[182] Murphy war Anfang der zwanziger Jahre US-Konsulatssekretär in München gewesen und kannte einen Teil der älteren bayerischen Prominenz.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daneben besprach er sich auch mit den führenden MG-Offizieren, auch mit Patton, und kam über den ihm befreundeten Anton Pfeiffer auch privat mit Schäffer zusammen[183].

Als Josef Müller für den 29. 9. zu einer zweiten Besprechung geladen wurde, erkannte er, daß die Sache zu eilen schien, und trommelte am 28. 9. abends eine Versammlung im Rathaus zusammen, in der er die Regierungslinie in Grundzügen festlegen wollte[184]. Von der CSU nahmen Scharnagl, Baumgartner und Horlacher, von der SPD Pitzer, Rosshaupter, Wimmer, Herz und Fendt, von der KPD Goldhammer und Kroth, von den Gewerkschaften Erhardt, Krehle und Schiefer teil. Alle Teilnehmer fühlten sich überfahren, insbesondere die Sozialdemokraten, da ihr Führer Hoegner auf einer Dienstreise in Frankfurt weilte und ihnen ohne ihn ein Entschluß unmöglich war.

Rosshaupter berichtete zunächst, daß er niemanden außer Josef Müller und Goldhammer für die Regierung vorgeschlagen habe. Goldhammer vertrat noch einmal die Forderungen der KP, die er auch Murphy vorgetragen hatte, daß nur eine Regierungsbildung nach der Legalisierung der Parteien in Frage komme, daß sie einen Block als Notstandsregierung für längere Zeit und dessen Zuständigkeitsabgrenzung gegenüber der MG verlange, insbesondere, damit dem Block kein zu früher Termin für Wahlen aufoktroyiert werde, der nur einen „gefährlichen Wettbewerb" innerhalb des Blocks entstehen lassen werde. Müller drängte nun auf die Besprechung des Regierungsprogramms, das er schon am 4. 9. entworfen und in Vorbesprechungen mit einzelnen Mitgliedern der Aktionsgemeinschaft zu einer für alle akzeptablen Plattform zu bilden versucht hatte[185].

In diesem Programm[186] wurde die Schäffer-Regierung als „Notstandsregierung im Auftrage der alliierten Militärregierung" apostrophiert und ihr die „neue Bayerische Landesregierung ... als Repräsentantin eines von den demokratischen

[183] Murphy, S. 331 f., und Schäffer, a. a. O., S. 15.

[184] Protokoll dieser Sitzung im Archiv Josef Müller. Vgl. auch Hoegner, Außenseiter, S. 199.

[185] Z. B. mit Kroth, Goldhammer, Rosshaupter. Personalfragen sollten zunächst nicht diskutiert werden, aber auch dafür hatte Josef Müller bereits einen Vorschlag ausgearbeitet (Regierungsschema im Archiv Josef Müller). Darin war der Ministerpräsident noch unbenannt, aber für die Ressorts des Innern Rosshaupter, der Finanz Schäffer, der Justiz Hoegner, des Kultus Muhler, der Wirtschaft Kroth (mit Staatssekretär Hundhammer!), der Landwirtschaft Baumgartner und des Sozialen Krehle vorgesehen. Ein neu zu schaffendes „Ministerium für den Wiederaufbau und zur Umstellung der Kriegs- in Friedenswirtschaft" war noch unbesetzt, für das „Staatsministerium zur Pflege zwischenstaatlicher Beziehungen", das nach bayerischer Tradition besonders eng dem Ministerpräsidenten zugeordnet sein sollte, war als Staatssekretär der letzte deutsche Botschafter in USA vor 1933 Freiherr von Prittwitz und Gaffron, ein enger Vertrauter Müllers, vorgesehen.

Nach Mitteilung Josef Müllers habe er nicht nach dem Ministerpräsidium gestrebt; es sei vielmehr sein Wille gewesen, die CSU aufzubauen und zu leiten, wozu Schäffers Bindung in der Regierungsverantwortung ihm nur von Nutzen gewesen sei. Ähnlich argumentiert Goldhammer heute für seine Person (Schreiben vom 23. 2. 1966). In beiden Äußerungen spiegelt sich noch deutlich die Regierungsunwilligkeit der Weimarer Parteien.

[186] Abschriften (undatiert, unsigniert; mehrere Fassungen mit leichten Abwandlungen) in Archiv Josef Müller.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kräften getragenen Aufbaublockes" gegenübergestellt, in deren Zusammensetzung „dem Willen der Bevölkerung . . ., wie er in den Besprechungen der letzten Zeit über die Bildung politischer Parteien seinen Ausdruck gefunden hat", Rechnung getragen werde. Die Allgegenwart der MG wurde mit den Worten zu beschränken versucht, daß sie den „Rahmen, innerhalb dessen die Regierung handeln kann," bestimmen solle, daß andererseits aber die Landesregierung bei loyaler Zusammenarbeit „die Interessen der deutschen Bevölkerung in freimütiger Aufrichtigkeit vertreten" werde. Es wurde versichert, die Regierung werde „tätigen Anteil nehmen an dem Wiederaufbau des Reiches, der Bedeutung entsprechend, die dem Land Bayern bei der Neugestaltung des Reiches zukommt". Im Zusammenhang mit der Restauration der Währung wurde noch einmal die Reichszuständigkeit unterstrichen und für die Volkswirtschaft die Notwendigkeit des „Austausches mit anderen deutschen Wirtschaftsräumen" betont. Weitere charakteristische Züge des Programms waren die Forderung nach einer staatlichen Personalpolitik, bei der „ausschließlich die persönliche Eignung den Ausschlag" geben solle, eine einheitliche, gerechte und möglichst bald zu beendigende Entnazifizierung, die die Wiedereinschaltung der Entlassenen „in die aufbauende Arbeit" an geeigneter Stelle mitumfassen müsse, weiter die Forderung nach der Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse und der Vertragstreue, insbesondere in der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche[187], sowie des Elternrechts in der Schulerziehung. Angestrebt werden sollte die Förderung der Gewerkschaften „als Sachwalter der Arbeiterschaft", die Freiheit der Presse, „Hilfe" für die vom Nationalsozialismus Verfolgten und eine breite Beteiligung des Volkes im Rahmen der Selbstverwaltungskörperschaften. Die staatliche Lenkung der Wirtschaft wurde auf die „Wiederaufbauperiode" beschränkt und daneben „der Privatinitiative weitester Raum gelassen". Notmaßnahmen auf dem Wohnungs-, Flüchtlings- und Rentensektor wurden angekündigt.

In der Diskussion des von Josef Müller entwickelten Programms wurde zunächst von allen Seiten, insbesondere von Scharnagl (er habe von dem Programm noch keine Ahnung gehabt), von Wimmer (so schnell gehe das nicht, ohne Hoegner) und von Goldhammer (seit Monaten kämpfe die Aktionsgemeinschaft um bürgerliche Beteiligung; jetzt könnten ohne Rücksprache mit der Partei nicht plötzlich „Vorentscheidungen" getroffen werden), eine bindende Zusage abgelehnt. Immerhin stimmten mit Müller Wimmer und Goldhammer in dem Gedanken der „Blockbildung" überein, wozu der letzte noch hinzufügte, daß er auch sonst keine großen Änderungswünsche zu haben verspreche, wenn man ihm nur Zeit lasse. Die Diskussion biß sich dann bezeichnender Weise an der Frage der Währungssanierung fest, wobei die Bürgermeister Scharnagl und Wimmer aus ihrer Verwaltungserfahrung der letzten Monate einwandten, daß mit Hinweisen auf die Reichszuständigkeit nichts getan sei, wenn die Sparkassen schlössen, weil kein Geld mehr da sei. Man kam aber zu keinem Ergebnis und vertagte sich bis zum 3. 10., bis dahin wollten die Arbeiterparteien auf der Grundlage des vorgeschlagenen Programms eine

[187] Dies die Umschreibung für die Forderung nach Weitergeltung des Konkordats.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Klärung herbeigeführt haben. Müller solle einstweilen den grundsätzlichen gemeinsamen Willen zur Blockbildung nach der Legalisierung der Parteien in seiner Besprechung mit Murphy zum Ausdruck bringen, die auf den nächsten Nachmittag festgesetzt war. Während die Sitzung sich um 20 Uhr auflöste, wurde in RMG bereits das Ernennungsschreiben für den neuen bayerischen Ministerpräsidenten getippt, das noch am selben Abend übergeben werden sollte. Sein Empfänger hatte an der Sitzung im Rathaus nicht teilgenommen. Der Auftrag Murphys und die Bemühungen Josef Müllers waren damit gescheitert.

Denn nicht nur Clay hatte nach dem Patton-Interview seinen politischen Berater nach München entsandt, sondern auch Gen. Adcock hatte am 23. 9. seinen persönlichen Berater Prof. Walter L. Dorn in gleicher Mission nach Bayern geschickt, worin man wohl u. a. auch eine späte Auswirkung des oben erwähnten Anspachschen Alleingangs erblicken darf. Im Unterschied zu Murphy sollte Dorn nämlich nur eine durchgreifende Untersuchung des bayerischen Engpasses in der Entnazifizierungsfrage anstellen; ähnlich war er zuvor in Hessen zur Erkundung der territorialen Frage eingesetzt gewesen[188]. Es handelte sich bei der Entsendung der beiden Beauftragten sichtlich um einen Mangel an Koordination zwischen den beiden noch rivalisierenden Hauptquartieren in Frankfurt und Berlin, der durch die unterschiedliche politische Einstellung mehr der Beauftragten als der Auftraggeber zu weitreichenden Wirkungen führte. Dorn, freidenkerischer Sohn eines deutschstämmigen lutherischen Pastors aus Ohio[189] und Geschichtsprofessor an der Ohio State University, und sein Begleiter Howard Becker, ein bekannter Soziologe, waren beide führende Mitarbeiter der OSS gewesen, Dorn zeitweilig als Leiter der Forschungsabteilung für Deutschland. Er betrachtete sich selbst als einen „Jeffersonian" und war 1945 überzeugt, daß MG vor allem mit der deutschen Arbeiterbewegung als der stärksten antifaschistischen Gruppe im Lande zusammenarbeiten solle[190].

Er begab sich in München zu Col. Dalferes, dem Chef des RMG, und unterrichtete ihn von seiner Mission; sodann suchte er die Special Investigation Section auf, eine Spezialabteilung des Special Branch, wo ihm nur zu gerne die Dossiers über bayerische Minister und ihre Behörden gezeigt wurden, denn Dalferes hatte Anspach jede weitere Untersuchung verboten[191]. Daneben fand Dorn in Wimmer und Goldhammer bereitwillige Informationsquellen; bei einer Aussprache mit Schäffer über die Vorwürfe gegen seine Verwaltung bekam er den Eindruck, daß dessen Überhöflichkeit nicht zu trauen war[192]. Im übrigen stellte er die schon erwähnten Vorwürfe

[188] Vgl. Dorn, Purge, Kap. VIII, S. 23ff. als Grundlage zu dem folgenden Bericht.

[189] Dorn wurde von seinen deutschen Gesprächspartnern allgemein für einen Emigranten gehalten.

[190] Vgl. zu dieser Selbstinterpretation Schreiben Dorn an Hoegner vom 5. 2. 1960 (im IfZG). Laut Kahn, a. a. O., S. 195, bezeichnete Dorn auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden im September 1945 die Kommunisten als die „verläßlichsten Anti-Nazis".

[191] Dies war eine Art Disziplinarmaßnahme, weil es ruchbar geworden war, daß Anspach eine seiner Denkschriften „PM" in die Hände gespielt hatte. Die angedrohte kriegsgerichtliche Verfolgung ging dann im Strudel des Patton-Skandals unter (Gespräch mit Anspach).

[192] Dorn an Hoegner, 5. 2. 1960.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des reaktionären und widersetzlichen Charakters der Minister und der mangelnden Entnazifizierung in ihren Behörden, insbesondere im Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft als dem Erben des Reichsnährstandes, zusammen[193]. Dabei ist fraglich, ob nach der Intensivierung der Entnazifizierung in den letzten Wochen alle diese Vorwürfe noch aktuell waren.

Auch mit Murphy traf Dorn zusammen, verhehlte ihm aber seine Mission, weil er führende Kreise in der RMG für die beanstandeten Mängel für mitverantwortlich hielt und glaubte, daß der allseits als konservativ, katholisch, verbindlich und kompromißbereit bekannte Diplomat, der obendrein mit Pfeiffer, einem engen Mitarbeiter Schäffers, befreundet war, seinen Untersuchungsergebnissen die Spitze abbrechen würde. Denn im Unterschied zu Dorn hatte Murphy Handlungsvollmacht[194]. Am Ende seines Besuches setzte Dorn Dalferes von seinen Ergebnissen in Kenntnis – der sie fernmündlich an Patton weitergab – und reiste nach Frankfurt zurück.

Auf 28. 9. 1945 hatte Eisenhower Patton nach Frankfurt befohlen, augenscheinlich zu einer Art Disziplinaruntersuchung. Dorn hatte mittlerweile seinen Bericht auch an Gen. Adcock erstattet, der dessen Konzentrat über Gen. Smith an Eisenhower weiterreichte. Daraufhin wurden Adcock und Dorn überraschend zu der auf 4 Uhr 30 angesetzten Konferenz zugezogen. Ein Protokoll der Sitzung gibt es nicht, aber Dorn hat über sie berichtet[195].

Dorn mußte zunächst wiederum seinen Bericht geben, wobei Patton ihm von Zeit zu Zeit zugestimmt haben soll. Eisenhower: Warum Dorn seine Ergebnisse nicht an Patton weitergegeben habe? – Dies sei via Dalferes doch geschehen. – Wie habe Dorn, „ein Zivilist", herausfinden können, was die Armee nicht entdeckt habe: „die Wahrheit über die Schäffer-Regierung"? Adcock verteidigte seinen Berater: dazu habe er ihn ja beauftragt. Ob das Landwirtschaftsamt noch arbeiten könne, wenn plötzlich 16 Personen in Schlüsselpositionen entlassen würden, fragte Eisenhower. Dorn bejahte, kein Mensch sei unersetzbar: „administrative capacity and knowledge of food collection and food distribution [is] no monopoly of any 16 individuals, however expert they might be". Plötzlich sei Eisenhower von einem heiligen Zorn befallen worden: „was zum Teufel" die amerikanische Armee überhaupt in Deutschland zu suchen habe, wenn nicht die Entnazifizierung der deutschen Regierung und Verwaltung. Die Russen brächten die führenden Nazis einfach um und US-MG behielte einige von ihnen sogar im Amt. Er erging sich dann des längeren mit wachsendem Engagement über die Tausende von Soldaten, die er in ihren sicheren Tod habe schicken müssen, um dieses schmutzige und unmenschliche Ding namens Nationalsozialismus zu zerstören. Auf die abschließende Frage,

[193] Details hierzu in Dorns Notizbuch „Dr. Lange . . ." (Dorn Papers).

[194] Dorn an Hoegner, 5. 2. 1960, mit recht abfälligen Bemerkungen über Murphy (Mangel an Einblick in die bayerischen Verhältnisse). Umgekehrt Murphy, a. a. O., S. 331: „A subordinate Civil Affairs officer, who had been recruited from the history department of an American college, was convinced, that Bavaria should be governed by Social Democrats . . ." (Murphy glaubte allerdings, es habe sich um Padover gehandelt, als er aus dem Gedächtnis seine Memoiren schrieb, Gespräch mit Murphy im Oktober 1965).

[195] Dorn, Purge, Kap. VIII, S. 27ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wer die volle Verantwortung für die Versäumnisse trage, gab Dorn Dalferes und Reese an.

Darauf habe Eisenhower entschieden, daß Schäffer – der eigentlich für seine Obstruktion der MG-Befehle „ins Gefängnis geworfen" gehöre – und die Minister, die mit ihm bei den Verzögerungs- und Umgehungstaktiken der Entnazifizierung zusammengearbeitet hätten, sofort zu entlassen seien. Auf die Frage nach einem Ersatzmann, der „verläßlich genug sei, die MG-Befehle auszuführen", nannte Dorn Wilhelm Hoegner, will aber darauf hingewiesen haben, daß er entgegen der katholischen Mehrheit Bayerns Sozialdemokrat sei. Eisenhower: „Es ist mir egal, was für eine politische Mehrheit Bayern hat, solange unsere MG-Befehle gehorsam ausgeführt werden." Patton solle sich den Namen aufschreiben, Dorn mußte buchstabieren. Patton wollte gleich das ganze Ministerium wissen, aber Adcock gebot Dorn Einhalt: Hoegner solle sich seine Regierung selbst bilden können. Nach der Sitzung nahm Eisenhower Patton am Arm und führte ihn zu den vor dem Raum wartenden Pressevertretern: „General Patton und ich bleiben die besten Freunde." Die Perspektive Pattons aber dürfte jener Beobachter besser getroffen haben, der glaubte, damit sei die Freundschaft der beiden „on the rocks"[196].

Patton telephonierte noch von Frankfurt aus Entlassung und Ernennung an Dalferes, der die Betroffenen noch am selben Abend in die RMG kommen ließ. In einer Zeremonie, die für die damaligen Umgangsformen zwischen MG und deutschen Regierungsstellen nicht untypisch ist, händigte er ihnen – den Stahlhelm auf dem Kopf, von MP umstellt, ohne überflüssige Silben, im Stehen – ihre Entlassungs- bzw. Ernennungsschreiben aus[197]. Schäffer, Rattenhuber und Lange durften ihre Amtsräume nicht mehr betreten. Hoegner, der am selben Abend von Verhandlungen über die Reorganisation der Landesjustizverwaltungen von Frankfurt gekommen war und bei seiner Eskortierung ins RMG meinte, es gehe wegen irgendeines Mißverständnisses ins Gefängnis, war über seine Ernennung so erstaunt, daß er, als er gefragt wurde, ob er noch etwas zu sagen habe, verzichtete. Tags darauf milderte der überrumpelte Murphy die Entlassungen in Rücktritte, um damit den Ministern die Gefährdung ihrer bürgerlichen Existenz zu ersparen[198]. Erst als er nach Berlin kam, erfuhr er überhaupt, was sich ereignet hatte[199].

Drei Tage später verkündete USFET die Ablösung Pattons von seinem Kommando als Chef der 3. Armee und Militärgouverneur Bayerns. Gleichzeitig wurde er zum

---

[196] So William Bancroft Mellor, Patton, Fighting Man, New York 1946; seine Version des ‚Patton incident' S. 234ff.

[197] Schilderung der „shakespeareschen Szene" bei Hoegner, Außenseiter, S. 200. Die Begründung der Absetzung Schäffers, die Hoegner, S. 201, mit einer eidesstattlichen Erklärung über eine Denunziation Schäffers aus CSU-Kreisen untermauern will, ist ein Beweis für die Existenz solcher Denunziationen, nicht aber für die Gründe der Absetzung. Auf Einspruch seines Freundes Dorn hat sich Hoegner korrigiert in: Wilhelm Hoegner, Die bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit (1945–63), Heft 2 der Historisch-Politischen Schriftenreihe des Neuen Presseclubs München, München o. J., S. 4f.

[198] Schäffer, a. a. O., S. 16, und Gespräch mit Murphy im Oktober 1966.

[199] Murphy, a. a. O., S. 331.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kommandeur der 15. Armee („typewriter Army"), einem Stab von Armeehistorikern in Bad Nauheim, ernannt. Sein Nachfolger wurde Lt.Gen. Lucian T. Truscott Jr. als Chef der 3. Armee. Col. Reese blieb auf seinem Posten, Col. Dalferes wurde vom Leiter des RMG zurückgestuft zum stellvertretenden Direktor der neu als Office of Military Government of Bavaria (OMGB) firmierenden RMG, die damit der OMGUS-Struktur angepaßt wurde. Gen. Patton hatte die volle Verantwortung für die Handlungen seiner Untergebenen übernommen. Als Chef von OMGB wurde Pattons G–4 Brig.Gen. Walter J. Muller berufen, der den Nachschub der 3. Armee organisiert hatte[200].

VI

Die Bedeutung dieses Revirements für die Regierungsmaschinerie in der amerikanischen Zone „kann schwerlich übertrieben werden" (Dorn).

In dem Augenblick, als MG begann, die deutsche Verwaltung zu politisieren und die Länder regierungsfähig zu machen, wurde der einzige schon eingesetzte Ministerpräsident in einer durch öffentlichen Skandal an die oberste Spitze des Besatzungsapparats verschobenen Entscheidung abgesetzt, nicht weil er ein „Nazi" gewesen wäre, sondern weil er sich in die Befehlsstruktur der eben zu Ende gehenden Phase der Armeeverwaltung nicht hinreichend reibungslos eingepaßt und auf deren innere Spannungen eingestellt hatte. Sein Nachfolger wurde just nach diesem, also nicht nach einem politischen Kriterium ausgesucht. Der Regierungsauftrag erreichte Hoegner, weil er im Schweizer Exil als Kontaktmann der OSS zu sozialistischen Kreisen fungiert hatte, und weil Dorn als ehemaligem OSS-Deutschlandspezialisten, der rein zufällig über Hoegners Ernennung zu befinden hatte, dessen „anti-Nazi record" und Verläßlichkeit bekannt waren. Zwar waren beide später befreundet, vor diesem Zeitpunkt kannten sie sich jedoch nicht persönlich[201].

Durch den Mangel an Koordination und das ungebändigte Sonderbeauftragtenwesen der frühen Besatzungszeit wurde zugleich der einzige, schon über bloße Ansätze hinaus gediehene Versuch erstickt, in der amerikanischen Zone einen von den Parteien her konzipierten politischen Aufbaublock zu bilden. Die „Block"-Konzeption hätte freilich ebensowenig wie die uneingestandene Politik eines bayerischen „Oberpräsidenten" in den Regierungsmechanismus Clays gepaßt, der weder eine autoritäre Verwaltung noch eine nicht durch Wahlen legitimierte Reformherrschaft von Parteiführern anstrebte, sondern – zunächst in den Ländern – Verfassungen einrichten wollte. Innerhalb konstitutioneller Schranken, über deren Gestalt und Kontrolle die Besatzungsmacht sich das letzte Wort vorbehielt, könnte sich

[200] Aus dem vorliegenden Material ist nicht zu entscheiden, wann und auf welcher Ebene über die Entbindung Pattons vom Kommando seiner Armee entschieden wurde. Patton hat sie persönlich sehr schwer genommen. Am 5. 10. 1945 schrieb er „My head is bloody but unbowed" und an seine Frau, er sei „terribly hurt" (Semmes, a. a. O., S. 284f.). Zwei Monate später kam er bei einem Verkehrsunfall in der Nähe von Heidelberg ums Leben.

[201] Gespräch mit Wilhelm Hoegner am 7. 6. 66. Vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 165ff. und Allen Welsh Dulles, Germany's Underground, New York 1947, S. 102.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dann Schritt für Schritt eine deutsche aus Wahlen legitimierte Selbstregierung entwickeln. Für die Übergangszeit bis dahin, also vom Herbst 1945 bis Ende 1946, wurde die deutsche Mitwirkung an der Verwaltung, Regierung und Verfassungsgebung gleichwohl dringend benötigt, schon wegen der Knappheit geeigneten Personals auf alliierter Seite.

Die im September 1945 eingesetzten Regierungen befanden sich deshalb verfassungsmäßig in einem eigentümlichen Schwebezustand: auf der einen Seite wurden ihnen oft gegen ihren Willen Kompetenzen zugestanden und war es erwünscht, daß sie als deutsche Notstandsregierungen alle organisierten politischen Richtungen integrierten. Auf der anderen Seite wurden diese Kompetenzen nur insofern erteilt, als sie zu Maßnahmen benutzt wurden, die mit der Politik der MG konform gingen (dies war die praktische Bedeutung des Begriffs „Kontrolle"). Die Schäffer-Regierung wäre zu diesem Zweck durch ihre Abwehr der Organe der politischen Willensbildung zu sehr bloßes – und nicht einmal funktionierendes – Werkzeug der Besatzung gewesen und hätte durch ihre Einseitigkeit starke Opposition auf deutscher Seite erzeugt. Die Blockregierung, die wohl als solche von Murphy weder erkannt noch intendiert wurde, hätte sich zu sehr auf den „Willen der Bevölkerung . . ., wie er in den Besprechungen . . . über die Bildung politischer Parteien seinen Ausdruck gefunden hat"[202], berufen können. Worauf es OMGUS ankommen mußte, war eine Koalition der lizenzierten Parteien zum Zweck ihrer Teilhabe an der oppositionslosen Ausführung der Besatzungspolitik.

Hoegner konnte diese Aufgabe nicht ganz ausfüllen. Da er von der größten politischen Gruppe des Landes abgelehnt wurde, ähnelte seine Position der Schäffers, jedoch mit umgekehrtem Vorzeichen. Er hat sich aber auch selbst nicht als Repräsentant aller politischen Parteien, sondern eher als kongeniales Ausführungsorgan der Besatzungsmacht verstanden, und insofern versprach seine Regierung von Anfang an mehr Erfolg als die Schäffers. Die Mitarbeit anderer Parteien war ihm zwar wichtig, aber nicht notwendig. Obwohl Vertreter einer Minderheit, akzeptierte er den Regierungsauftrag, ohne seine Ablehnung auch nur zu erwägen. Er betrachtete ihn vielmehr als Bestätigung des Emigranten und ergriff ihn als Chance, zusammen mit MG antinationalsozialistische und föderalistische Reformen in Bayern durchzuführen, die er bei normalen Mehrheitsverhältnissen so nicht erwartete[203].

Seine Regierungsbildung war von Anfang an von zwei Faktoren bestimmt: von der Auflage einer kommunistischen Beteiligung[204] und von der Enttäuschung der CSU-Gründungskreise darüber, daß MG „die Linke" habe ans Ruder kommen lassen.

Die erste Bedingung hat er wohl schärfer aufgefaßt, als sie gemeint war. Die kommunistische Regierungsbeteiligung zerrann bis zu den Landtagswahlen unter amerikanischem und deutschem Druck, wohl auch angesichts des ausgebliebenen

[202] Wie Anm. 186.

[203] Gespräch mit Wilhelm Hoegner am 7. 6. 1966.

[204] Der Befehl wurde von Dalferes erteilt, später von Murphy eingeschränkt. Vgl. einen ähnlichen Auftrag für die Stuttgarter Regierung bei Maier, Grundstein, S. 207.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Linksrutsches in den Kommunalwahlen Anfang 1946. Die CSU als Partei beteiligte sich am Kabinett Hoegner nicht; nach Kämpfen wurde es jedoch „Persönlichkeiten" freigestellt, als Fachleute in die Regierung zu gehen. Es ist für die Sammelpartei dabei bezeichnend, daß es Hoegner dennoch gelang, zwei Richtungen aus ihr für seine Regierung abzuzweigen: die Gewerkschaftler und einen Teil der Bauern einerseits (Krehle, Helmerich, Baumgartner) und die föderalistischen Gouvernementalen andererseits (Ehard, Pfeiffer). Darüber hinaus wurde durch den Regierungswechsel eine weitere Dissonanz in die CSU hineingetragen: Fritz Schäffer war nach dem Verlust seines Amtes nicht mehr aus der Parteipolitik verbannt. Da er seinen Sturz innerparteilicher Konspiration zuschrieb[205], organisierte er die Opposition in der Sammlungsbewegung gegen Josef Müller[206], den er als homo novus empfand, der ihm sein Erbe als BVP-Führer streitig gemacht hatte[207]. Das Ergebnis seiner Anstrengungen war das, was man später den Hundhammer-Flügel der CSU genannt hat. Unter diesen Bedingungen war Hoegners Experiment eines simulierten Allparteienkabinetts schweren Belastungen ausgesetzt.

Durchschlagender waren die Wirkungen noch auf amerikanischer Seite. Das abschreckende Beispiel Pattons, das der weitesten Publizität ausgesetzt war, verhalf der Entnazifizierung zum Durchbruch und erstickte alle Kritik, insbesondere jene aus der Truppe, die gleichzeitig ihre MG-Zuständigkeit weitgehend einbüßte. Knappen beobachtete, daß die Entlassung Pattons „produced among the remaining high ranking officers an attitude verging in hysteria where denazification problems are concerned"[208]. Dies war um so merkwürdiger, als dieses Programm gerade dabei war, in die Sackgasse einer immer radikaleren Entleerung des öffentlichenLebens von allen Fachkräften zu laufen, ohne daß Ersatz beschafft worden wäre[209].

Der Fall Pattons brach zugleich den Widerstand der Armee gegen die Gleichschaltung der MG unter OMGUS-Berlin. Im Zuge der Schaffung der Länder durch Proclamation Nr. 2[210] wurde nun auch die letzte Naht zwischen MG und der Armee

---

[205] Zwar hat es solche Bestrebungen sicher gegeben, sie waren jedoch nicht effektiv. Vgl. Anm. 197 und das Zeugnis Robert G. Neumanns (damals in G–2 3. Armee) in Schreiben vom 16. 4. 1948 an Josef Müller in dessen Archiv.

[206] Jedenfalls bis zum März 1946, als er zum „mandatory removal" erklärt wurde, „. . . gaining, for future political use, the reputation that he was the one important Bavarian who did not kow-tow to the occupation forces", wie Cumulative HR OMGB vom 30. 6. 1946 fürchtete.

[207] Gespräch mit Schäffer am 7. 3. 1966 und seine Stellungnahme auf der Tagung des CSU Landesausschusses (Anm. 111) im März 1946: „Ich hatte mir allerdings gedacht, daß das Idealisten sind, die das machen . . ." Vgl. auch Berberich, a. a. O., S. 57 ff.

[208] Knappen, a. a. O., S. 130.

[209] Durch das während der Patton-Krise unter Clays persönlicher Leitung hastig entworfene MG Law Nr. 8, einer spektakulären Intensivierung der Entnazifizierung, sollte die öffentliche Meinung beruhigt werden. Die Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz begann dagegen durch die Einführung einer Appellationsmöglichkeit die Rehabilitierung eines Teils der Entlassenen einzuleiten.

[210] Auch sie wurde am 28. 9. 1945 verkündet und proklamierte die drei süddeutschen Länder als „states".

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelöst. Patton hätte sich zweifellos gegen diese Emanzipation einer politisierten Militärverwaltung gewehrt und besaß als gleichzeitiger Armeechef und Gouverneur des größten Landes eine besonders gute Ausgangsstellung dazu. Er schied auch darin zur rechten Zeit aus. Im folgenden Personalschub ergab sich die organisatorische Trennung wie von selbst und ohne Aufsehen[211].

Auch der Widerstand in USFET gegen die Berliner Konzentration und damit gegen die Auseinandersreißung des militärischen und des MG-Hauptquartiers schwand dahin angesichts des Versagens der Koordination zwischen den beiden OMGUS-Hauptquartieren, wie es sich in den entgegengesetzten Wirkungen der beiden Sonderbeauftragten in Bayern gezeigt hatte[212]. Oder wie Murphy gallig den Frankfurter Pyrrhussieg charakterisiert: „The embarrassing mixup had the happy result, however, of fortifying the status of OMGUS thereafter. General Adcock was a friend of Clay's, a fellow Army engineer, and he shared Clay's views that G–5 should not attempt to compete with OMGUS or prescribe which of several anti-Nazi political parties should be supported by the Germans."[213]

Es war ein Kennzeichen der amerikanischen Besatzung in Deutschland zwischen 1945 und 1947, daß sie in JCS 1067/6 ein offizielles Programm hatte, das nicht ausgeführt wurde, und eine Politik ausführte, die wegen der ihr entgegenstehenden veröffentlichten Meinung in USA nicht zum Programm erhoben werden konnte. In dieser Situation hätte die Existenz zweier Hauptquartiere mit nicht voll geklärten Zuständigkeiten zwischen Kontrollrat und Zone für die verschiedenen Anhänger des einen oder anderen Programms, die es in den mittleren Rängen von MG und in den deutschen Parteien überall gab, die Möglichkeit geboten, die Hauptquartiere gegeneinander auszuspielen. Es hätte dann überhaupt keine Formel mehr gegeben, mit der die Besatzungspolitik hätte gesteuert werden können.

„The end of the old G–5-Division was a great deal more than a mere redesignation of a staff division. It was, in reality, the end of the combat concept of civil control and it gave way to a new era of experimentation in the search for a common denominator that would coordinate all the factors involved."[214] Angesichts der Undefinierbarkeit eines Programms in der Öffentlichkeit konnte dieser gemeinsame Nenner keine politische Konzeption, angesichts der verschiedenartigen politischen Disposition des MG-Personals auch keine Institution sein, sondern nur eine Person: Clay.

---

[211] Am 5. 10. 1945 erging in Zusammenhang mit Procl. Nr. 2. eine USFET-Direktive, die die Länderregierungen von der unmittelbaren Befehlsstruktur der MG befreite und sie nur noch der US-Kontrolle durch den Ministerpräsidenten unterstellte. Damit war ein entscheidender Schritt zum politischen Aufbau der Länder getan. Wie Cum. HR OMGB vom 30. 6. 1946 berichtet, soll diese Weisung allen deutschen Beamten als Überforderung des deutschen Apparats erschienen sein. Nach einer Analyse der Verwaltung am 5. 11. erging sie jedoch mit Wirkung vom 1. 1. 1946.

[212] USFET G–5 wurde am 8. 10. 1945 als OMG(US) der OMGUS-Struktur angeglichen.

[213] Murphy, a. a. O., S. 332.

[214] Off. of the Chief Hist., Civil Affairs, a. a. O., S. 109.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation:

EIN BRIEF KURT RIEZLERS AN DEN HAMBURGER BÜRGERMEISTER PETERSEN VOM 1. FEBRUAR 1924

Beachtung verdient dieser Brief Kurt Riezlers an Carl Wilhelm Petersen[1] – ein Durchschlag davon befindet sich im Theodor-Heuss-Archiv, Stuttgart[2] – vor allem wegen der Person des Briefschreibers. Riezler war einer der wenigen Mitarbeiter Bethmann Hollwegs gewesen, die das volle Vertrauen dieses zurückhaltenden und in Überlegungen wie Motiven komplizierten Reichskanzlers genossen hatten[3]. Der Brief handelt von einem Kernproblem der Weimarer Reichsverfassung. Erörterungen von Verfassungsfragen hatten sich wie ein roter Faden auch durch den Katalog der Aufgaben und Schwierigkeiten der Kanzlerschaft Bethmanns gezogen; so ist es von Interesse zu erfahren, wie einer der intimsten Kenner der Regierungspraxis in der Endphase des monarchisch-konstitutionellen Systems ein zentrales Problem der Weimarer Reichsverfassung beurteilt hat.

Man würde die Persönlichkeit Riezlers unzutreffend kennzeichnen, wollte man ihn im Rückblick auf seine Tätigkeiten vor 1918 nur als Beamten, als „Geheimrat" kennzeichnen. Riezler, der vor seinem Eintritt in den Staatsdienst (Auswärtiges Amt) Philologie studiert hatte und sein Leben als Philosophie-Professor in den USA beenden sollte[4], war stets auch ein bedeutender Publizist. Höchste Beachtung

---

[1] Carl Wilhelm Petersen, 1868–1933, Rechtsanwalt in Hamburg, seit 1890 M. der Bürgerschaft in H., 1918 Senator, 1919 M. d. Weim. Nationalversammlung, Nachfolger Fr. Naumanns als Vorsitzender der DDP, 1920 M. d. R., 1921 M. des Staatsgerichtshofes in H., 1924–1927, 1931–1933 Erster Bürgermeister in H.

[2] R. hatte Theodor Heuss den maschinenschriftlichen Briefdurchschlag als Material für die Naumann-Biographie übergeben. Über die Beziehungen von Naumann zu Petersen vgl. Theodor Heuss, Friedrich Naumann, Der Mann, Das Werk, Die Zeit, (1. Aufl. 1937) 2. neubearbeitete Aufl. Stuttgart und Tübingen 1949, S. 355; über die Beziehungen Heuss – R. vgl. Heuss, Erinnerungen 1905–1933, Tübingen 1963, S. 167, 206, 159.

[3] Über die entscheidenden Jahre der Zusammenarbeit R.s mit Bethmann Hollweg können hoffentlich bald die Tagebücher R.s (1914–1917) Auskunft geben, die Karl Dietrich Erdmann herausgeben wird, sobald die Zustimmung der Familie Riezlers vorliegt.

[4] Kurt Riezler, 1882–1955, hatte nach seiner Promotion 1905 in der Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gearbeitet, bis er 1906 in das Pressereferat des Auswärtigen Amtes eintrat. 1914 wurde er vom A. A. dem Reichskanzler „zur Begleitung" zugeteilt. 1915 wurde er zum vortragenden Rat in der Reichskanzlei, desgl. zum „wirklichen Legationsrat" ernannt. 1917 wurde er der dt. Gesandtschaft in Stockholm, 1918 der Vertretung in Moskau zugeteilt. Danach war er im A. A. in Berlin tätig, bis er wegen der Annahme des Versailler Friedens demonstrativ aus dem ausw. Dienst ausschied. Vom Nov. 1919 bis April 1920 übernahm er die Leitung des Büros des Reichspräsidenten. Zur publizistischen Tätigkeit in dieser Zeit vgl. Anm. 5 und 10. Danach lebte er als Privatgelehrter in Berlin und veröffentlichte vorwiegend philosophische Schriften. 1928–1934 wurde er zum Vors. d. Kuratoriums der

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fand seine politisch-publizistische Tätigkeit zweifellos in den Jahren der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs[5].

Riezler schlägt in dem Brief an Petersen vom 1. 2. 1924 eine Revision der Weimarer Reichsverfassung vor; vor allem sollte das Kernstück der Bismarckschen Verfassung, die Parallelität bzw. Identität der Regierungs- bzw. Machtverhältnisse im Reich und in Preußen wiederhergestellt werden[6]. Beunruhigt ist Riezler über die Auseinanderentwicklung von Reich und Preußen, die durch divergierende parteipolitische Koalitionsbildungen in den verschiedenen Ebenen noch gefördert wird. Er sieht außerdem mit dem Auslaufen der Präsidentschaft Eberts die Gefahr heraufziehen, daß eine neue Person in diesem höchsten Amt die Funktion des überparteilichen und interföderativen Ausgleichs nicht mehr so würde wahrnehmen können, wie Ebert es verstanden hatte. Schließlich regt er an, die Revision der Reichsverfassung, wenn es anders nicht ginge, mit staatsstreichähnlichen Mitteln herbeizuführen.

Solche Gedanken waren – wie die neuere verfassungshistorische Literatur, besonders das Buch von Gerhard Schulz „Zwischen Demokratie und Diktatur"[7], zeigt – zu der Zeit, da der Brief verfaßt wurde, keineswegs ungewöhnlich. Aber man ist erstaunt, sie von Riezler zu hören. Bis 1918 war Riezler, wie auch Bethmann Hollweg, kein Befürworter innenpolitischer Gewaltanwendungen. Dafür kannte er die Kompliziertheiten und Interdependenzen im modernen Staatsleben zu gut, und die von Bethmann Hollweg vielleicht überinterpretierte innenpolitische Erfahrung, daß Aktionen Gegenkräfte mobilisieren können, die stärker werden können als jene Kraft, die man zur Durchsetzung des eigenen Planes zur Verfügung hat,

---

Universität Frankfurt und gleichzeitig zum Honorarprofessor der Philosophie ernannt. Diese Ämter mußte er 1933/34 aufgeben und emigrierte in die USA, wo er an der New School of Social Research, New York, Professor für Philosophie wurde. In seinen letzten Lebensjahren lehrte R. jeweils ein halbes Jahr an der University of Chicago. Über seine Beziehungen zu Bethmann Hollweg vgl. Karl Dietrich Erdmann, Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 15 (1964), S. 525f.

Über seine philosophischen Arbeiten s. Leo Strauss, Kurt Riezler 1882–1955 (Gedenkvortrag), in: Social Research, spring 1956; zur Person s. Theodor Heuss, A word in Memory of Kurt Riezler, in: Social Research, spring 1956, S. 1f.

[5] Vgl. vor allem J. J. Ruedorffer (Pseudonym für R.), Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart, Stuttgart 1914. Auf die bislang unbeachtet gebliebenen Beiträge, die R. in der Weltkriegszeit für die „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung" verfaßte, hat Ernst Deuerlein in einer Sendung des WDR am 26. 4. 1966: Der Philosoph als politischer Berater, eine Studie über Kurt Riezler, erstmals hingewiesen. Zum Thema R. und die Publizistik des Ersten Weltkrieges vgl. ferner Karl Alexander von Müller, Mars und Venus, Erinnerungen 1914–1919, Stuttgart 1954, S. 33ff., 148f.; s. a. Andreas Hillgruber, Riezlers Theorie des kalkulierten Risikos und Bethmann Hollwegs politische Konzeption in der Julikrise 1914, in: Historische Zeitschrift 202 (1966), 333–351.

[6] Zum Verhältnis Preußen-Reich vgl. Arnold Brecht, Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preußens, Bonn 1949; Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Zeit, Band I, Berlin 1963, hier besonders S. 462ff.

[7] Vgl. Gerhard Schulz, a. a. O.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entsprach durchaus Riezlers Ansichten. Begriffe, welche die Unfähigkeit eines Alleinhandelns gegenüber einer komplizierten Wirklichkeit demonstrieren sollten, tauchen in seinen politischen Schriften immer wieder auf. So sprach er z. B. von der „modernen Vielgestaltigkeit politischer Rücksichten" und verwandte ständig Wortfolgen wie: „Quadratur des Zirkels", „Erforderlichkeit des Unmöglichen", „circulus vitiosus"[8]. In seiner elegant-karikierenden Art schrieb Harry Graf Kessler, daß Riezler die Idee immer nur ein Vorwand sei, um etwas nicht zu tun, und daß Riezlers ganzes Denken von Natur aus im „organisierten Nichthandeln" begründet sei[9]. Wenn Riezler dann 1924 zum Handeln riet, fand dies sicher zuerst seinen Grund darin, daß nach der organischen Staatsauffassung, die er in seinen Gedanken über den modernen Nationalstaat vertreten hatte, die Weimarer Reichsverfassung im Verhältnis Preußen-Reich einen organischen Fehler enthielt. Hinzu trat noch etwas anderes.

Wer Riezlers politische Publizistik durch die Jahre nach 1918 verfolgt, wird bemerken, daß der Ton seiner Ausführungen sich zu ändern beginnt, ungeduldiger, schärfer und in gewisser Weise sogar apodiktisch wird[10]. Das mag einmal auf die philosophischen Studien zurückzuführen sein, denen Riezler nun sein Hauptinteresse zuwandte. Zum anderen aber nahmen, wie man es auch in der Beamtengeschichte beobachten kann, nach 1918 unabhängige Köpfe dem Parteienstaat[11] gegenüber nicht mehr jene vorbehaltlos positive Stellung ein, die man der Hohenzollern-Monarchie wie selbstverständlich entgegengebracht hatte. Dies darf nicht miß-

[8] Zitate aus Ruedorffer, Grundzüge, a. a. O., bis auf „Die Erforderlichkeit des Unmöglichen"; unter diesem Titel veröffentlichte Riezler eine Schrift mit dem Untertitel, Prolegomena zu einer Theorie der Politik, München 1913.

[9] Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937, Frankfurt 1961, S. 165.

[10] Einer im Jahre 1920 erschienenen Neuauflage seiner „Grundzüge der Weltpolitik" fügte R. ein Nachwort an, das unter dem gleichen Pseudonym J. J. Ruedorffer mit dem Titel „Die drei Krisen, Eine Versuchung über den gegenwärtigen politischen Weltzustand" auch als gesonderte Schrift erschien. Unter dem Eindruck der Niederlage von 1918 revidiert R. darin manche seiner Ausführungen von 1914. Er rückt ab von der Machtpolitik der wilhelminischen Epoche und der Alliierten von Versailles und plädiert für eine Politik in paneuropäischer Gesinnung.

R. war neben Bernhard W. v. Bülow, Walter Goetz, Eduard Hamm, J. Hieber, Hermann Hummel, Harry Graf Kessler, F. zur Nedden, Carl Petersen und Eugen Schiffer Mitherausgeber der Monatszeitschrift „Die Deutsche Nation". Schriftleiter dieser Zeitschrift war seit 1923 Theodor Heuss. Mit besonderer Schärfe kritisierte R. in dieser Zeitschrift die französische Deutschlandpolitik nach Versailles, vgl. J. J. Ruedorffer, Vernunft oder Untergang, in: Die Deutsche Nation 1920, S. 321ff. Ferner Kurt Riezler, Hindenburgs Wahl, a. a. O., 1925, S. 317ff.; dieser Artikel beginnt mit den Worten: „Nichts ist politisch so dumm, daß es in Deutschland nicht geschehen könnte. Vor drei Monaten hätte noch jeder Deutschnationale zugegeben, daß eine Reichspräsidentenschaft Hindenburgs eine persönliche und politische Unmöglichkeit wäre. Die Unmöglichkeit ist inzwischen Tatsache geworden."

[11] Zur Einstellung der „Deutschen Nation" zum Parteienstaat vgl. diese Zeitschrift Jg. 1921, S. 818f.; hier wird in einem ungezeichneten Artikel, überschrieben die „Deutsche Nation", das Wort Stegerwalds aufgegriffen: „Ich sehe keine Deutschen mehr, ich sehe nur Parteien." Weiter heißt es, das „Urteil ist bitter, aber nicht unrichtig. Die Ursachen liegen tief und sind verwickelt".

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verstanden werden; Riezler, der vor 1918 in seinen politischen Auffassungen als liberal, in seinem praktischen Staatsverhalten vielleicht als „Reichskonservativer" bezeichnet werden kann, stand nach 1918 politisch beinahe im demokratischen Lager. Dort fand er sich auch mit Petersen, einem Freund Friedrich Naumanns, und dorthin tendierte auch der Kreis der Herausgeber der Zeitschrift „Die Deutsche Nation". Auch seine tiefe Abneigung gegen Ludendorff und Hindenburg zwang ihn in diese politische Position[12]. Aber das hinderte nicht, daß seine Sprache in der Weimarer Zeit schärfer, seine Gedanken weniger konziliant und sein Temperament ungeduldiger wurden. Ein interessanter Hinweis auf das unruhige und unverbindliche geistige Klima der Weimarer Zeit, das auch die verspürten, die dem Wilhelminismus nach Reflexion und politischer Erfahrung kritisch, emotional jedoch, was sie meist erst nach 1918 bemerkten, mit einer gewissen Sympathie gegenübergestanden hatten.

Daß der Adressat des Briefes Petersen war, beruhte sicher zuallererst auf dem Umstand, daß Petersen 1924 der einflußreichste von Riezlers politischen Freunden war. Daß der Einfluß eines Hamburger Bürgermeisters nicht ausreichen konnte, eine Reichsreform energisch voranzutreiben, war Riezler nicht unbekannt. Aber vor den Reichstagswahlen, im Blick auf die europäische Situation und in Vorausschau auf das Auslaufen der Amtszeit Eberts, drängte es ihn, seine Sorgen zu Papier zu bringen.

Eberhard Pikart

Dokument

Kurt Riezler an Carl Petersen,

Berlin, den 1. Februar 1924.

Sehr verehrter Herr Petersen!

Verzeihen Sie einem zu einer Liege- und Hungerkur Verurteilten, wenn er an Stelle eines rechtzeitigen Glückwunschtelegramms[13] einen verspäteten Glückwunsch mit dem Niederschlag der Sorgen und Gedanken verquickt, die er in einigen Wochen erzwungener Ruhe nicht bannen konnte.

---

[12] Zu R.s Urteil über Hindenburg, s. Anm. 10. Zur Persönlichkeit R.s vgl. das im Vergleich zu Graf Kessler (s. Anm. 9) ungleich nuanciertere Urteil bei Arnold Brecht, Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1894–1927, Stuttgart 1966, S. 325: „Seine Grundanschauungen waren primär kulturell und philosophisch bestimmt. Sie wirkten sich politisch bald aristokratisch, bald liberal und oft bohèmehaft ungebunden aus. Dazu paßte es gut, daß er der Schwiegersohn des großen Malers Max Liebermann war, dessen einzige Tochter Käthe die freie Unbekümmertheit des Vaters geerbt hatte. Das geistig-kulturelle Mittelmaß der sozialdemokratischen und linksbürgerlichen Parteivertreter in der Regierung konnte er schwer ertragen." Für Eberts politische Persönlichkeit zeigte R. jedoch eine ausgesprochene Hochachtung, s. den Text des hier veröffentlichten Briefes.

[13] Der 31. 1. war Petersens Geburtstag.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der verspätete Glückwunsch ist darum nicht minder herzlich. Aber wenn ich auch weiß, daß Sie auch als erster Bürgermeister Hamburgs Gelegenheit haben werden, die Entwicklung Gesamtdeutschlands mit sorgender Hand da und dort eingreifend und helfend zu verfolgen, so bedauere ich doch aufs tiefste uud aufrichtigste, daß wir Sie gerade jetzt an der Stelle Ihrer bisherigen Tätigkeit[14] entbehren müssen.

Ich sage: gerade jetzt. Es scheint mir, als nähere sich unsere innerpolitische Entwicklung in steigendem Tempo dem Punkte, wo mit den bisherigen Mitteln nicht mehr weiter regiert werden kann und der Notbau der Weimarer Verfassung, der die deutsche Frage nicht gelöst hat und nicht lösen konnte, entweder zusammenbricht oder gründlich umgebaut werden muß. Vielleicht läßt sich der Moment durch immer neue Ermächtigungsgesetze und Zurückgreifen auf allgemeine und lokale Ausnahmezustände noch eine Zeitlang hinausschieben. Vielleicht lassen sich noch eine Weile die Konflikte mit den Bundesstaaten auf Eis legen und lokalisieren – das alles geht nur bis zu dem Augenblick, in dem aus irgend einem Grunde die gegenwärtig noch leidlichen Verhältnisse zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung zusammenbrechen. Diese trotz allem Knarren und Stöhnen der Staatsmaschine immer noch leidliche Zusammenarbeit ist der konkrete Halt aller bisherigen Regierungen. Ohne sie bricht das Weimarer Gebäude unweigerlich zusammen. Wie schmal und prekär ist die Grundlage dieser Zusammenarbeit! Sie hat in persönlicher Beziehung die Freundschaft zur Voraussetzung, die den Reichspräsidenten mit dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Minister des Innern verbindet, und wäre ohne diese Freundschaft und ohne die überlegene Geschicklichkeit und Erfahrung, mit der der Reichspräsident zur Vermeidung von Konflikten in der Stille zu intervenieren versteht[15], schon über mehr als eine Frage in die Brüche gegangen. Sie hat des weiteren in parteipolitischer Beziehung zur Voraussetzung, daß die preußische Regierung um eine Nuance weiter links steht als die des Reiches – denn nur dann ist das Reich (gestützt auf Reichswehr und Wirtschaftsmächte in den preußischen Provinzen) im Konfliktsfalle stärker als die preußische Verwaltung (weswegen denn auch die preußische Regierung sich immer wieder zur Beilegung von Konflikten bereitgefunden hat). Die Grundlagen sind also überaus schmal; für ihre Dauer gibt es nicht einmal Wahrscheinlichkeit, geschweige denn Sicherheit.

Was soll geschehen, wenn diese Zusammenarbeit, wozu Gelegenheiten und Anlässe nicht fehlen werden, in die Brüche geht? Seit Weimar will mir gerade diese Frage nicht aus dem Sinn. Sie wird von Monat zu Monat drängender. Da sie den nunmehrigen Oberbürgermeister Hamburgs ebenso angeht, als den gewesenen Führer der Demokraten, darf ich es vielleicht wagen, Ihr Interesse für meine Gedanken in Anspruch zu nehmen.

Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß in absehbarer Zeit die Rechte in die preußische Regierung eindringen wird. Dies kann direkt durch den Zusammenbruch der großen Koalition in Preußen oder indirekt durch den Eintritt der Rechten in die Kabinettsbildung des Reiches geschehen, dem dann die Umgestaltung der preußischen Regierung alsbald auf dem Fuße folgen würde. Da sich indes die Rechte mehr für die Macht über die preußische Verwaltung als für die äußerst undankbare Führung der Reichsgeschäfte interessiert, wird die Rechte in Preußen an der Macht bleiben, auch wenn sie im Reiche freiwillig oder unfreiwillig wieder zurücktritt. Dann eben wäre die Ohnmacht der Reichsregierung praktisch nicht viel geringer als die derjenigen römischen Kaiser deutscher Nation, die über eine eigene Hausmacht nicht verfügten.

---

[14] Als Parteivorsitzender der DDP.

[15] R. hatte unter Ebert einige Monate das Büro des Reichspräsidenten geleitet, vgl. Anm. 4.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sollen wir dieser Entwicklung untätig zusehen? Sollen wir abwarten, ob, wenn diese Entwicklung eintritt, das Reich zusammenbricht oder in Agonie dahinsiecht oder nach den Rezepten der Rechten umgestaltet oder neugegründet wird? Jeder sichtbare Bruch der Verfassungskontinuität wird den Franzosen als Handhabe dienen, die staatsrechtliche Stellung der besetzten Gebiete zu ändern. Wenn also die Verfassung durch unsere eigenen Zwistigkeiten, durch die innere Logik der Dinge, durch die Konstruktionsfehler, mit denen sie nun einmal behaftet ist, gesprengt wird, hilft es uns wenig, das Reich neu zu begründen; schon vor dem Versuch einer Neugründung könnten die westlichen Provinzen verloren sein. Wenn aber einmal die westlichen Provinzen verloren sind und der preußische Staat nicht mehr das leidlich getreue Spiegelbild der parteipolitischen Zusammensetzung des Gesamtreiches ist, sondern eine Domäne der Rechten wird, kann das Reich auch auf der alt-bismarckschen Basis, der der preußischen Hegemonie, nicht mehr neu gegründet werden, da dann die konkrete Grundlage auch dieser Lösung, nämlich die Parallelität der Machtverhältnisse im Reich und in Preußen fehlt.

Die Zeit drängt. Weder die Reichstags- noch die Präsidentenwahl wird die Situation vereinfachen[16]. Von der finanziellen Seite her drohen dem Verhältnis zwischen Reich und Bundesstaaten immer drängendere Streitfragen. Dem Oberbürgermeister Hamburgs wird nicht entgehen, daß hier bereits Besprechungen zwischen Bundesstaaten über mancherlei Eventualitäten stattgefunden haben. Die auswärtige Politik wird uns vermutlich durch die bevorstehenden französischen und die vollzogenen englischen Wahlen[17], mit denen einige Umstände der innerfranzösischen Politik wie der Weltlage zusammenwirken, eine Atempause gönnen, über deren Dauer wir uns indes nicht täuschen dürfen.

Diese Ruhepause hätten wir zu benutzen, um – ehe es vollends zu spät ist – den Gefahren vorzubeugen, die uns aus dem Ineinandergreifen unserer Parteistreitigkeiten mit den Konstruktionsfehlern der Weimarer Verfassung bedrohen. Das kann wirksam nur geschehen, wenn die Mitte den notwendigen Umbau der Weimarer Verfassung rechtzeitig selbst in die Hand nimmt.

Die Weimarer Verfassung ist nun einmal nur ein Notbau, aufgeführt im Drange der Not und dadurch in allen seinen Fehlern „da es eben nicht anders ging" zu rechtfertigen. Dieser Notbau steht im luftleeren Raum – die beiden Voraussetzungen, auf denen er hätte ruhen können, sind keine Realitäten mehr. Die eine, die Herrschaft paralleler Parteiausschüsse im Reiche und in den Einzelstaaten, besteht längst nicht mehr, wichtige Bundesstaaten sind als parteipolitische Kampfstellung gegen das Reich ausgebaut worden, und ihre Fehden lähmen den Gang der Geschäfte; die zweite, die Erwartung, daß die wirtschaftliche Aushöhlung der Einzelstaaten durch das Reich zum Zusammenbruch ihres politischen Eigenlebens führen würde, war nichts als ein grandioser Irrtum; die Einzelstaaten sind politisch durchaus lebendig geblieben, sie sind, gestützt auf ihre Parlamente, immer noch Herren der Verwaltung d. h. der eigentlichen politischen Macht; sie sind vielfach nur unbedenklicher in deren Handhabung geworden, weil des undankbarsten Teils eigener Verantwortung als Kostgänger des Reiches ledig und frei. Auch der größte Theoretiker kann heute nicht mehr davon träumen, daß das Reich die politische Verwaltung den Ländern entreißen könne. Die Einzelstaaten sind konkret lebendig, ja zum Teil lebendiger als das Reich.

[16] Der Reichstag wurde am 13. 3. 1924 aufgelöst, die Neuwahlen fanden am 4. 5. statt. Eberts Amtszeit wäre am 30. 6. 1925 ausgelaufen, er starb am 28. 2. 1925.

[17] Kammerwahlen in Frankreich (die einen Erfolg der Linken und damit den Sturz Poincarés bringen sollten) wurden am 11. 5. 1924 abgehalten. Die englischen Unterhauswahlen hatten am 6. 12. 1923 stattgefunden. Ende Januar übernahm daraufhin ein Labourpolitiker, Macdonald, die Regierung.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So gibt es denn heute nurmehr einen Weg, um das Reich vor der tödlichen Gefahr eines Konfliktes mit Preußen zu bewahren. Die Einheit zwischen der Reichs- und der preußischen Regierung muß hergestellt werden, ehe dieser Konflikt ausbricht. So groß die parteipolitischen und personellen Schwierigkeiten auch sein mögen, dieses Ziel muß bei allgemeiner Einsicht in die drohende Gefahr erreichbar sein. Es wäre zunächst bei der nächsten Umbildung des Reichskabinetts die Personalunion der wichtigen Ministerposten als fait accompli ohne Verfassungsänderung herzustellen. Diese Personalunion ist durch die Weimarer Verfassung nicht verboten. Nach seiner Bildung hätte das nunmehr einheitliche Reichs- und preußische Kabinett im Reiche wie in Preußen eine Verfassungsnovelle einzubringen, welche, ohne die Weimarer Verfassung als Rahmen und in toto aufzuheben, folgendes enthalten müßte:

1. Der Reichspräsident ist preußischer Staatspräsident;
2. an Stelle des preußischen Parlaments treten die in Preußen gewählten Mitglieder des Reichstags (schon aus Sparsamkeitsgründen). Antrag Kardorff vom Jahre 1869[18];
3. der Reichskanzler ist preußischer Ministerpräsident, der Reichsminister des Innern preußischer Innenminister, der Reichsfinanzminister preußischer Finanzminister, der Reichsarbeitsminister preußischer Wohlfahrtsminister, der Reichswirtschaftsminister preußischer Handelsminister (Nebenargument Sparsamkeit);
4. die zu staatlichem Eigenleben nicht mehr fähigen, nurmehr als Konfliktsquellen fungierenden mitteldeutschen Staaten werden, soweit das irgend möglich ist, mit Preußen vereinigt. (Auch hier werden Dutzende von kleinen Ministern und drittrangigen Parlamentariern erspart, ohne daß allzu Erfreuliches verschwände).
5. Die verbleibenden Bundesstaaten d. h. im Idealfalle nur Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und die drei Hansestädte können dann von einem Reich, das mit einem Großpreußen vereinigt ist, ohne Ängstlichkeit mit Reservaten, Sicherungen und Rechten bei der Vorbereitung der Reichsgesetze und dem Erlaß der Ausführungsbestimmungen, sowie mit erhöhten Stimmrechten im Reichsrat ausgestattet werden. Jedenfalls müssen sie aus der Rolle von Kostgängern des Reiches erlöst und mit ausreichenden sachlichen Aufgaben eigener Verantwortung ausgestattet werden.

Eine derartige Lösung der deutschen Frage wird dann das Richtige treffen, wenn sie von dem einen als Wiederherstellung der preußischen Hegemonie, von dem andern als Mediatisierung Preußens bezeichnet wird, dabei aber weder das eine noch das andere, sondern beides ist. Auch Bismarck sah in der Übergabe der Präsidialrechte an Preußen die beste Gewähr für die Erfüllung der Präsidialpflichten: im alten Reich entsprang jede ungerechtfertigte Voranstellung preußischer Sonderinteressen in der parlamentarischen Abhängigkeit der dem Reichskanzler nur kollegialisch coordinierten preußischen Ressortminister von einem preußischen Sonderparlament eigener und extremer Zusammensetzung. Der Sitz aller Schäden der preußischen Hegemonie im alten Reich war das Zusammenwirken der Eigenart des preußischen Wahlrechts mit der kollegialen Kabinettsverfassung. Ein gemeinsames Kabinett, das

[18] Der Antrag Kardorff und der preußischen Freikonservativen vom 28. 1. 1869 wurde von R. etwas überinterpretiert, der entscheidende Abs. 2 dieses Antrages lautete: „der königlichen Staatsregierung zur Erwägung zu geben, ob es sich nicht in allgemeinem politischen Interesse empfehlen dürfte, die Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses in bezug auf Abgrenzung der Wahlbezirke, Wahlmodus und Zahl der Abgeordneten mit der des Reichstages in Einklang zu bringen und damit eine nähere organische Verbindung der beiden Körperschaften anzubahnen". S. Schulthess, Deutscher Geschichtskalender 1869, S. 37f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur einem Parlament gegenübersteht, wird eher geneigt sein, dem Reiche Konzessionen auf Kosten Preußens zu machen, als preußische Sonderinteressen zum Schaden des Reiches zu verfolgen.

Ich bin mir allerdings bewußt, daß derartige radikale Vorschläge keinerlei Aussicht haben, kampflos auf dem Wege parlamentarischer Kompromißverhandlungen durchgesetzt zu werden. Es wird zum mindesten der Auflösung beider Parlamente, eines mächtigen Antriebs aus dem Volke selbst, vielleicht des Zurückgreifens auf ein Plebiszit oder gar der eventuellen Bereitschaft zum Staatsstreich bedürfen. Zu Aktionen dieses Umfanges und Nachdruckes ist heute so gut wie niemand bereit. Personen wie Parteien unterschätzen den Ernst der drohenden Gefahr und scheinen an die Möglichkeit, daß die Konstruktionsfehler der Weimarer Verfassung eines Tages die Maschine zerreißen könnten, nicht zu denken, geschweige denn zu glauben. Es ist ja durchaus möglich, daß die staunenswerte Geschmeidigkeit und Elastizität unseres politischen Lebens uns noch geraume Zeit schlecht und recht an direkten Katastrophen vorbeiführen wird. Vielleicht läßt sich noch eine Zeitlang der Einbruch der Rechten in die preußische Regierung verhindern. Das alles mag möglich sein; sicher ist nur eines: Wenn die Rechte einmal in Preußen eingedrungen ist, so wird sie es verstehen, Preußen als ihre Machtposition auszubauen und sich nicht in einigen Jahren wieder aus der Macht werfen lassen. Dies Preußen wird dann im Gegensatz zu dem heutigen Preußen stärker als das Reich sein. Dann ist die Weimarer Verfassung Papier. Dann wird mit einem Male der gefährlichste aller Partikularismen, der ostelbische, in seiner ganzen Stärke wiedererstanden sein.

Dieser Partikularismus wird sich mit dem Ausscheiden der katholischen und sozialistischen rheinischen Abgeordneten aus dem preußischen Parlament leichter abfinden als mit dem Einzug sächsischer und thüringischer Sozialisten. Wenn dann erst einmal Ostelbien als Domäne der Konservativen, das Rheinland als Domäne des Zentrums, Sachsen und Thüringen als Domäne der Sozialdemokratie ausgebaut sind, dann wird es mehr als eines Bismarcks bedürfen, um die dann hin und hergezerrte, wenn nicht völlig zerrissene Hülle des Reiches wieder zu einem lebendig atmenden und aktionsfähigen Staatskörper auszugestalten, der an der verwundbarsten Stelle Europas in dem Hin und Her der europäischen Begebenheiten zu bestehen Aussicht hätte.

Verzeihen Sie, wenn ich meinen Glückwunsch mit diesen sorgenvollen Betrachtungen verquicke, aber Sie werden in den für die deutsche Einheit entscheidenden Jahren die Geschicke der Stadt zu leiten haben, in der der Zusammenhang eines lebensfähigen Reiches mit den großen Weltbegebenheiten stets am tiefsten und konkretesten empfunden wurde; Sie werden als erster Bürgermeister Hamburgs wie als gewesener Führer der Demokraten dafür eintreten und wirken können, daß die Gefahren, in die wir hineinzuschliddern drohen, sei es durch gründliche Maßnahmen endgültig beschworen, sei es, wenn das nicht mögliche sein sollte, wenigstens durch kluge Voraussicht und geschmeidige Taktik abgebogen und hinausgeschoben werden können.

In alter Verehrung
Ihr getreu ergebener
gez. Riezler

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen:

AKTEN ZUR AUSWÄRTIGEN POLITIK DER WEIMARER REPUBLIK

Aufgrund eines im Jahre 1960 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten erfolgten Übereinkommens konstituierte sich im Dezember 1960 in Bonn die Herausgeber-Kommission für die Veröffentlichung der *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945*, der amerikanische, britische, deutsche und französische Historiker angehören. Sie hat den Auftrag, die Veröffentlichung von Akten aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, die in dem bekannten amerikanisch-britisch-französischen Editionsprojekt begonnen war. Hauptherausgeber sind Hans Rothfels und Fritz T. Epstein (Bundesrepublik Deutschland), Maurice Baumont (Frankreich), Alan Bullock und Ronald Wheatley (Großbritannien) und Hajo Holborn (USA).

Die Herausgeber erörterten auf der Konferenz im Dezember 1960 die Grundsätze und Richtlinien für die Durchführung der Publikation, die in einem „Allgemeinen Plan (Arbeitsplan) für die Veröffentlichung der Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945" festgelegt wurden. Die Konferenz beschloß, die Akten der Weimarer Zeit (November 1918 bis Januar 1933) in zwei Serien (Serie A: November 1918–November 1925; Serie B: 1. Dezember 1925–Januar 1933) vorzulegen und die Akten aus dem Zeitraum Dezember 1941 bis Mai 1945 als Serie E herauszugeben. Die Serien C (Januar 1933–1937) und D (1937–Dezember 1941) sind bereits im Rahmen des Dreimächte-Projekts in englischer Fassung erschienen. Die deutsche Editorengruppe, der u.a. Vincent Kroll (seit Okt. 1963 geschäftsführender Herausgeber), Roland Thimme und Hanno Graf Wolff Metternich angehören, übernahm die weitere Veröffentlichung der deutschen Fassung dieser beiden Serien. Davon liegt bis jetzt Serie D bis Band XI, 2 (von insgesamt XIII Bänden) vor. Serie C ist noch nicht in deutscher Fassung veröffentlicht.

Von den Akten der Weimarer Zeit wird aus arbeitstechnischen Gründen Serie B, die mit dem Tag der Unterzeichnung der Locarno-Verträge beginnt, zuerst veröffentlicht. Aufgrund der bereits vorhandenen Spezialfilme werden die Dokumentenbände für den Zeitraum von Dezember 1925 bis Dezember 1927 nach größeren Sachgebieten eingeteilt. Es sind folgende Reihen vorgesehen: B I – Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, Großbritannien und Belgien sowie deutsche Entwaffnung, Reparationen, Völkerbund und internationale Abrüstung; B II – Deutschlands Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen und den Baltischen Staaten; B III – Deutschlands Beziehungen zu den übrigen Staaten. Von Januar 1928 ab soll von einer solchen Aufgliederung der Serie B abgesehen werden.

Als erster Band der Serie B liegt nun Band I, 1 vor, der mit dem 1. Dezember 1925 beginnt und mit dem 31. Juli 1926 endet. Die Auswahl der Dokumente dieses Bandes besorgten unter Verantwortung der Hauptherausgeber Roland Thimme und Jacques Bariéty.

Entsprechend dem Hauptgegenstand der Außenpolitik der Weimarer Republik, der Auseinandersetzung mit der durch das Vertragswerk von Versailles geschaffenen Lage, führt die Mehrzahl der in den Dokumenten ausgebreiteten Themen auf den Friedensvertrag und das Bestreben der Reichsregierung zurück, seine Revision zu erreichen. Die Verhandlungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Bemühungen Stresemanns, für das besetzte Gebiet Erleichterungen durchzusetzen, stehen im Vordergrund. Weitere Themen sind die fortlaufenden Diskussionen um

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Frage der deutschen Entwaffnung, die Lockerung der Auflagen für die Luftfahrt, die Teilnahme an der Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz in Genf, Reparationsfragen, Sondierungen über die Rückgabe des Gebietes von Eupen-Malmedy an Deutschland und über die Saarfrage, Verhandlungen mit Frankreich um den Abschluß eines Handelsvertrags und die im internationalen Rahmen geführten Gespräche über die Bildung eines Eisenkartells. Als Anhang wurden in diesem Band ein Tagebuch über die Konferenz in Genf vom 6.–17. März 1926 und eine Rede Stresemanns vor der „Arbeitsgemeinscahft deutscher Landsmannschaften in Groß-Berlin" vom 14. Dezember 1925 abgedruckt.

Von diesem Band B I, 1 ab erscheinen die „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945" im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen. H. A.

MITARBEITR DIESES HEFTES

Dr. med. Klaus Dörner, Assistent der Psychiatr. u. Nervenklinik der Universität Hamburg, z. Z. Student der Soziologie an der FU Berlin, Berlin 61, Oranienstr. 124.

Dr. Dietrich Geyer, ord. Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Tübingen, Tübingen, Neckarhalde 44.

Lutz Niethammer, Heidelberg, Berliner Straße 38.

Dr. Eberhard Pikart, Kustos des Theodor-Heuss-Archivs, Stuttgart-N, Feuerbacher Weg 46.

Jahrgang 15 (1967), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte